



Sicher. Und morgen?

Sicherheitspolitische
Jahresvorschau 2021

Direktion für Sicherheitspolitik

Institut für Friedenssicherung und
Konfliktmanagement

Sicher. Und Morgen?

Sicherheitspolitische Jahresvorschau 2021

Wien 2021

Die Inhalte der einzelnen Beiträge geben die persönliche Einschätzung der Experten wieder und entsprechen nicht notwendigerweise den Positionen des Bundesministeriums für Landesverteidigung und der Institutionen, für die sie tätig sind.

Zum Zweck der besseren Lesbarkeit dieser Publikation wird auf eine geschlechterdifferenzierende Schreibweise verzichtet. Alle personenbezogenen Bezeichnungen sind geschlechtsneutral zu verstehen.

Impressum

Amtliche Publikation der Republik Österreich
Bundesministerin für Landesverteidigung

Medieninhaber, Herausgeber und Hersteller:
Republik Österreich, Bundesministerin für Landesverteidigung
BMLV, Roßauer Lände 1, 1090 Wien

Projektkoordination: Leyla Daskin, M.Litt
Lektorat: Mag. Walter Matyas
Übersetzungen aus dem Englischen und Korrektorat: Sprachinstitut des Bundesheeres
Kartengestaltung: Mag. Andreas Stummvoll, IMG
Gestaltung: FOInsp Axel Scala, Heeresdruckzentrum
Druck: Heeresdruckzentrum, 1030 Wien 21-00110

Erscheinungsjahr: 2021

ISBN: 978-3-903359-20-8



AT/028/048



Gedruckt nach der Richtlinie »Druckerzeugnisse«
des Österreichischen Umweltzeichens,
UW-Nr. 943

Inhalt

Politik und Wissenschaft7
(Peter Filzmaier)

01 Österreichs Sicherheitspolitik in Zeiten der Pandemie

Risikobild Österreich 2021.....18
(Johann Frank)

Verteidigungspolitische Konklusionen.....40
(Arnold Kammel)

02 Globalstrategische Trends

Umfeldszenarien 203550
(Bernhard Richter)

Die geopolitischen Herausforderungen Europas57
(Herfried Münkler)

Die global-liberale Ordnung der USA62
(Herwig Jedlaucnik)

Die Rolle Chinas in der Entwicklungsdynamik
globaler Kräfteverhältnisse68
(Doris Vogl)

Der Klimawandel und seine Folgen.....73
(Martin Muchitsch)

New Warfare: Der Kampf um den menschlichen Geist78
(Joachim Klerx)

Emergente und Disruptive Technologien83
(Daniel Wurm)

Pandemien als bleibende Herausforderungen89
(Erwin Richter)

An den Grenzen Europas: Wer wollen wir sein?95
(Gerald Knaus)

Terrorismus in Europa102
(Camillo Nemeč, Mathias Humenberger)

Radikalisierung in Europa.....108
(Daniela PISOIU)

Bioterrorismus als erhöhte Gefahr nach der Pandemie	113
<i>(Leyla Daskin)</i>	
Gesellschaftliche Polarisierungs- und Fragmentierungsprozesse	118
<i>(Teresa Reiter)</i>	
Strategien des politischen Islam in Europa	124
<i>(Mouhanad Khorchide)</i>	
Die NATO nach Trump	131
<i>(Bernhard Christandl)</i>	

03 Risiken im Umfeld der EU

Entwicklungen am Horn von Afrika	138
<i>(Roland Marchal)</i>	
Fragile Staatlichkeit in Westafrika.....	144
<i>(Gerald Hainzl)</i>	
Entwicklungsperspektiven am Westbalkan	149
<i>(Predrag Jureković)</i>	
Österreichs verteidigungspolitische Westbalkan-Initiative	155
<i>(Michael Pesendorfer)</i>	
Der Konflikt im Donbass	161
<i>(Mykola Kapitonenko)</i>	
Russland und die Beziehungen zur EU	168
<i>(Christoph Bilban)</i>	
Konflikte im Kaukasus und Schwarzmeerraum.....	174
<i>(Hans Lampalzer)</i>	
Entwicklungen im Nahen Osten und in Nordafrika.....	179
<i>(Stephan Reiner)</i>	
Türkei	185
<i>(Günter Seufert)</i>	
Iran	190
<i>(Walter Posch)</i>	
Syrien und Irak.....	196
<i>(Daniel Gerlach)</i>	
Libyen	202
<i>(Inga Kristina Trauthig)</i>	
Afghanistan	207
<i>(Markus Gauster)</i>	

Die regionalen Konflikte – eine Zusammenschau	213
<i>(Günther Barnett)</i>	

04 Systemebene EU

Die EU im globalen System	220
<i>(Ivan Krastev)</i>	
Eine geopolitische Europäische Union	227
<i>(Michael Karnitschnig)</i>	
EU-Reformperspektiven 2021	232
<i>(Stefan Lehne)</i>	
Die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU 2021.....	237
<i>(Daniel Fiott)</i>	
Der strategische Kompass	243
<i>(Klaus Anderle)</i>	
Europäische Streitkräfteentwicklung.....	248
<i>(Franz-Stefan Gady)</i>	

05 Fokusthemen 2021

Die Außen- und Sicherheitspolitik der neuen US-Administration	254
<i>(Reinhard Heinisch)</i>	
Rüstungskontrolle und neue Technologien	263
<i>(Michael Retter)</i>	
Wirtschaftspolitische Auswirkungen von COVID-19 in Österreich	269
<i>(Kurt Pribil)</i>	
Wirtschafts- und finanzpolitische Auswirkungen von COVID-19 in Europa	274
<i>(Margit Schratzenstaller)</i>	
Drone Wars	280
<i>(Markus Reisner)</i>	
Hybride Bedrohungen.....	285
<i>(Anton Dengg)</i>	
Cybersicherheit und Cyberverteidigung 2021.....	291
<i>(Walter Unger)</i>	
Internationale sicherheitspolitische Kooperationen	296
<i>(Peter Vorhofer, Matteo Natlacen)</i>	

Strategische Lehren aus der Corona-Pandemie.....	301
<i>(Wolfgang Peischel)</i>	
Organisierte Kriminalität 2021	307
<i>(Dieter Csefan, Christian Jechoutek)</i>	
Herausforderung Blackout	313
<i>(Herbert Saurugg)</i>	
COVID-19 und das internationale Krisenmanagement	318
<i>(Thomas Pillmeier)</i>	
Liegt Sicherheit im Trend?.....	323
<i>(Stefan Rakowsky, Wolfgang H. Prinz)</i>	
Sicherheitspolitische Jahrestage 2021.....	330
<i>(Erwin A. Schmidl)</i>	
Autoren	336

Politik und Wissenschaft

Eine schwierige Beziehung und der Fall Corona

Was haben »sie« nicht auf »die« gehört?

Sie, das sind in Zeiten des Coronavirus Bundes- und Landesregierungen, die sich in ihren Entscheidungen für Maßnahmen als Pandemiebekämpfung zu wenig an Ratschlägen wissenschaftlicher ExpertInnen – das sind jene, auf die angeblich zu hören sei – orientieren würden. Dahinter steht freilich die generelle Frage nach dem idealtypischen Verhältnis von Politik und Wissenschaft.

Autor:
Peter Filzmaier

Definition

Was ist überhaupt wissenschaftliche Politikberatung? In Handwörterbüchern der Politikwissenschaft stehen – siehe etwa Khevenhöster 2013, 461ff – zwei Aspekte im Mittelpunkt:

1. Information: Expertisen dienen dazu, inhaltliche Wissens- und Informationsdefizite von Politik und Verwaltung in deren Verantwortungsbereichen zu beseitigen. Salopp gesagt: PolitikerInnen, die im Regelfall naturgemäß weder epidemiologisch noch anderswo FachspezialistInnen sind, sondern bestenfalls GeneralistInnen, machen sich quasi schlau, um Themen und Zusammenhänge besser zu verstehen.
2. Legitimation: Zusätzlich versucht die Politik laufend, ihre Entscheidungen durch empirische Analysen der Wissenschaft zu fundieren bzw. zu bestätigen oder bereits vollzogene Handlungen fachlich zu legitimieren.

Nicht nur die Coronapandemie zeigt, dass solche Definitionen des Verhältnisses von Politik und Wissenschaft selten eindeutig sind. Die Informationsfunktion soll klarerweise durch möglichst kompetente und unabhängige Stellen der Wissenschaft geschehen anstatt von

interessengebundenen Quellen oder gar Hörensagen. Interessenverbände und Lobbyisten sind im jeweiligen Bereich oft sehr fachkompetent, jedoch weder unabhängig noch neutral.

Genauso widersprechen einander wissenschaftliche Studien oft im Diskurs oder sind nicht ausreichend eindeutig. Im Fall Corona etwa dürfte (Stand Herbst 2020) die Wirkungskraft von Schulschließungen und anderer Maßnahmen gegen eine Ausbreitung des Virus durch die Wissenschaft bestätigt worden sein, wobei das genaue Ausmaß – auch in Relation der Maßnahmen zueinander – hingegen noch unklar war.

Theorie

Alt, aber gut! Bei der Klärung des Verhältnisses von Politik und Wissenschaft ist die Schlüsselfrage, wo sich WissenschaftlerInnen mit ihrer Expertise in politische (Entscheidungs-)Prozesse einbringen können. David Eastons Funktionsmodell aus den 60er-Jahren des vorigen Jahrhunderts – siehe Easton 1965 – bildet dazu noch heute eine Grundlage der vergleichenden Systemanalyse und liefert ein einfaches Analyseschema der Abläufe in politischen Systemen.

An das politische System werden in Form von Forderungen und Unterstützungsleistungen Inputs herangetragen. »Die Politik« transferiert diese Inputs in allgemein verbindliche Entscheidungen als Outputs, aus denen als Resultat eines Feedbacks wiederum neue Inputs entstehen können. Wenn nicht Inputs durch das politische System ständig in Outputs transformiert werden und als Resultat des Feedbacks neue bzw. modifizierte Outputs entstehen, wäre keine Systemstabilität gegeben.

Im Fall einer Pandemie ist die Politik beispielsweise mit unterschiedlichen Forderungen aus den Subsystemen Gesundheit – etwa die größtmögliche Vermeidung aller Kontakte – und Wirtschaft, wo zu Unternehmenspleiten führende Schließungen bestmöglich vermieden werden wollen, konfrontiert. Obwohl nicht alle Anliegen erfüllt wer-

den können, müssen individuell oder kollektiv durch Interessenvertretungen vorgebrachte und sogar sich widersprechende Forderungen seitens der Regierenden bis zu einem gewissen Grad erfüllt werden, damit die Regierten politische Entscheidungen weiterhin anerkennen.

Die logische Folge sind politische Kompromisse, auch wenn das vielen in einer pandemischen Krisensituation unverständlich erscheint. Doch nur so gibt es ausreichend materielle oder ideelle Unterstützung für das politische System, sodass die regierte Bevölkerung Gesundheits- und Sicherheitsmaßnahmen befolgt. Würden ausschließlich gesundheitspolitische oder allein wirtschaftspolitische Inputs berücksichtigt, geschieht das nicht.

Auf die Coronakrise sowie das Verhältnis von Politik und Wissenschaft bezogen bedeutet das: Interdisziplinäre ExpertInnen aus der Medizin bzw. Epidemiologie sowie Bildungs-, Rechts-, Wirtschaftswissenschaften usw. geben Stellungnahmen zu möglichen Maßnahmen zur Virusbekämpfung und deren vielfältigen gesellschaftlichen Auswirkungen ab. Auch neue Studien führen als Feedback zu neuen Inputs, um neue Outputs zur Pandemiebekämpfung entstehen zu lassen.

Die Politik muss – trotz bei einem Virus per definitionem unvollständigen und sich ändernden Informationen – Entscheidungen treffen, was gemacht und was nicht gemacht wird. In einem Rückkoppelungsprozess werden dafür als Feedback neue Studien und Erkenntnisse der Wissenschaft mitberücksichtigt. Selbst Laien erkennen hier, dass es während einer Pandemie für PolitikerInnen und (Regierungs-)Parteien in diesem Ablauf intervenierende Variablen, wie zum Beispiel parallele oder bevorstehende Wahlen, die den Entscheidungsprozess mit dem Ziel der Stimmenmaximierung mitbeeinflussen, geben kann.

Zugleich werden von Interessengruppen aller Art, etwa durch Wirtschaftsverbände, bei der Debatte über Handelsschließungen sowie Lehrgewerkschaften oder Elternvereine in der Diskussion über Schulschließungen massive Forderungen und Unterstützungsleistungen an das politische System herangetragen.

Gabriel A. Almond hat als Vertreter eines noch funktionelleren Ansatzes, des Funktionalismus, in Erweiterung von Eastons Modell als Konzept für vergleichende Studien der Politikwissenschaft 1996 den Begriff der funktionalen Äquivalenz oder Gleichwertigkeit eingeführt. Dessen Ausgangspunkt ist, dass dieselbe Funktion jeweils von unterschiedlichen Strukturen geleistet werden kann, also dass gleichwertige Aufgaben in den einzelnen Staaten von unterschiedlichen Organen erfüllt werden.

Auch dieser Theorieansatz passt zum Thema Corona: In Schweden wurden Entscheidungen über Coronamaßnahmen sowie deren Kommunikation lange Zeit weitgehend einem beamteten Chefepidemiologen überlassen, in Österreich sah sich die auf eine Parlamentsmehrheit der beteiligten Parteien gestützte Bundesregierung in dieser Rolle. Es blieb zum Teil unklar, welche Expertenmeinungen von WissenschaftlerInnen wann im Entscheidungsprozess berücksichtigt wurden. Ebenso waren die Aufgaben der Wissenschaft nur teilweise formalisiert, da offizielle Gremien wie der Oberste Sanitätsrat im Jahr 2020 unbesetzt blieben.

Was allerdings in allen Staaten, Ländern und Gemeinden sowie auch in der Europäischen Union gleichermaßen der Fall war: Bestimmte »lebenserhaltende« Funktionen müssen in allen politischen Systemen geleistet werden.. Beispielsweise mussten, ob autoritär oder demokratisch, Regeln des gesellschaftlichen Zusammenlebens festgelegt werden. Nach Niklas Luhmann 1984 ist die ursächliche Aufgabe des Subsystems Politik in der Gesamtgesellschaft, allgemein verbindliche Entscheidungen für solche Regeln zu treffen. In der Coronakrise zählten dazu Covidgesetze oder entsprechende Gesetzespakete und darauf basierende Verordnungen.

Zu beachten ist, dass solche Strukturen einerseits zunehmend spezialisiert sind und andererseits sowohl einer historischen Entwicklung als auch einem Wandel durch Erfahrung unterworfen sind. Es wird daher spannend sein in den Folgejahren zu beobachten, wie sich die Rolle der Wissenschaft im Zusammenhang mit pandemiebezogenen Entscheidungsprozessen national und international verändert.

Zunächst haben sich naturgemäß über lange Zeit entstandene Muster fortgesetzt. So sind in Österreich etwa Kammern in Form von Verbänden für den Prozess der Interessenartikulation und -aggregation verantwortlich und sind als solche in der Verfassung verankert. Lobbying war auch in der Krise, anders als in den USA, kaum ein freier Wettbewerb der Interessengruppen, sondern eine Angelegenheit von institutionalisierten Interessenvertretungen im Rahmen der Sozialpartnerschaft, wie etwa der Wirtschafts- oder der Arbeiterkammer. Bei der Integration der Interessen zeigte sich auch die Stärke der Parteienlogik.

Die zentrale Fragestellung von David Easton ist das Phänomen der Erhaltung des politischen Systems anstatt der Beschreibung bzw. Status-quo-Analyse eines Systems: »Wie ist ein politisches System in der Lage, über längere Zeit zu bestehen?« Auf das Artikelthema bezogen stellt sich die Zusatzfrage nach der diesbezüglichen Bedeutung der Wissenschaft. Anders gefragt: Braucht es im politischen Systemablauf eine Einbindung von ExpertInnen? Wenn ja, wie kann das funktionieren?

Das Systemziel des Überlebens ist Easton sogar wichtiger als die Entscheidungsfindung im politischen System, weil das Bestehen des politischen Systems die Voraussetzung für das Funktionieren der Gesamtgesellschaft bildet. Die politische Entscheidungsfindung i. e. S. wurde – oft politikwissenschaftlich als Schwachpunkt kritisiert, genauso wie das Modell die Regierenden an Stelle der Regierten in den Mittelpunkt stellt – von Easton als »Black Box« bezeichnet und keiner detaillierten Analyse unterzogen. Dazu passt die Kritik mangelnder Transparenz von Entscheidungen von Seiten der Regierenden in der Coronakrise: Das betrifft in Österreich etwa die unklaren Kennzahlen für die Regierungspolitik hinsichtlich beschränkender oder lockernder Maßnahmen oder auch die Vergabe von Wirtschaftshilfen und Regierungsaufträgen für Massentests usw.

Keinesfalls darf man jedoch erwarten, dass eine aus WissenschaftlerInnen zusammengesetzte Expertenregierung automatisch mehr Zustimmung erfahren würde. Das in Orientierungen – »States of

Minds« – gezeigte Verhalten der Gesetzestreue zur Verfolgung von Coronamaßnahmen beruht auf einem hochentwickelten Gemeinschaftsgefühl, der Androhung von gewaltsamen Sanktionen (etwa Geldstrafen bei Verstößen) oder bonusähnlichen Versprechungen (beispielsweise Gutscheine für die Teilnahme an Testungen und Impfaktionen). Eine in der Pandemie eingesetzte Expertenregierung, was der Bundespräsident in Österreich theoretisch tun könnte, könnte hier kaum wirksam agieren.

Die ÖsterreicherInnen müssen sich als Mitglieder einer Gemeinschaft fühlen und für Coronamaßnahmen eine bestimmte Form der politischen Entscheidungsfindung durch friedliche Entscheidungsmechanismen anerkennen. Das sind in Demokratien bei aller Kritik an vielen Entscheidungen naturgemäß auf Parlamentsmehrheiten gestützte Regierungen und nicht ExpertInnen, die sich keiner Wahl stellen. Auch ein »We Group Feeling« ist ein politischer Prozess und kann nicht seitens der Wissenschaft herbeigeführt werden. Zugleich sind ExpertInnen aller Wissenschaftsdisziplinen nicht ausgebildet, durch Überredung die Unterstützung für ihre epidemiologischen bzw. pandemischen Empfehlungen zu gewinnen.

Das politische System ist jedenfalls gefährdet, wenn in einer Pandemie wie jener des Coronavirus Unterstützungsleistungen ein Minimum unterschreiten und gleichzeitig Forderungen ein Maximum überschreiten. Die Schlüsselfrage lautet: Wie viele Systemmitglieder vulgo BürgerInnen müssen in welchem Ausmaß beitragen? Wie viele Personen lassen sich testen? Wie viel Prozent der ÖsterreicherInnen zeigen Impfbereitschaft? ExpertInnen sind hingegen eher für die Frage zuständig, ob und welche Tests oder Impfungen sinnvoll sind. So können sie etwa durch eine entwickelte Impfung, die schwere Neuerkrankungen verhindert und keine nachhaltigen Nebenwirkungen hat, Lerneffekte auslösen, die die BürgerInnen dazu bringen, auch das politische System zu unterstützen.

Praxis

Sieht man nach dem obengenannten Theorieansatz Politik und Wissenschaft als gesellschaftliche Subsysteme mit unterschiedlichen Aufgaben für die Gesamtgesellschaft, so gibt es in der Praxis mehrere unauflösbare Widersprüche. PolitikerInnen und ExpertInnen müssen oft nach anderen und voneinander abweichenden Gesetzmäßigkeiten handeln, um ihre Aufgabe zu erfüllen. Das zeigen folgende Beispiele:

A. Die Unmöglichkeit der Technokratie

Technokratische Modelle der Politik – dazu zählt eine reine Expertenregierung – gehen davon aus, dass es wissenschaftlich »richtige« Sachgesetzmäßigkeiten gibt. Die Folge sind nicht politische Entscheidungen im traditionellen Sinne, sondern die strikte Orientierung an Notwendigkeiten. Doch welcher Lockdown ist in welchem Ausmaß und welcher Länge zur Bekämpfung des Coronavirus absolut richtig, wirkt mit Sicherheit und löst zugleich nicht andere schwerwiegende Kollateralschäden, etwa Wirtschaftskrisen und Arbeitslosigkeit, als Folge langer Lockdowns aus?

WissenschaftlerInnen können hier der/dem PolitikerIn das Entscheidungsrisiko nicht abnehmen und keine fertigen Rezepte, deren Zuverlässigkeit außer Zweifel stünden, liefern. So kann in Rechenmodellen klar die Wirkung von harten Lockdowns zur Pandemiebekämpfung nachgewiesen werden. Schwieriger sind Messungen, welche Einzelmaßnahme – von Ausgangsbeschränkungen über den Stillstand der Gastronomie und des Tourismus bis hin zu Schulschließungen – dabei genau was bewirkt.

B. Die Kunst des Machbaren

Zudem stehen in fast allen politischen Entscheidungsbereichen den nahezu unbegrenzten technischen Möglichkeiten begrenzte Budgets gegenüber. Also wird »technische Machbarkeit« durch »politische Wünschbarkeit« relativiert (Lompe 2006, 25ff). Auch dazu ein nahelie-

gendes Beispiel aus der Coronapandemie: Sachlich könnte beispielsweise ein viel strikterer Lockdown bei gleichzeitig unbeschränktem – 100-prozentigen – Kostenersatz für Lohnausgleich infolge Kurzarbeit usw. empfohlen werden. Das wäre freilich mit begrenzten Budgets auch hinsichtlich der ökonomischen Langzeitfolgen für das Staatsbudget und die Volkswirtschaft nicht machbar. »Koste es, was es wolle!« ist ein rein politischer Slogan, der im wörtlichen Sinn nicht für immer und ewig stimmen kann.

C. Die Frage der Wertfreiheit

Kann man von mehreren Ansteckungsrisiken mit dem Coronavirus nur eines minimieren, so zeigen sich weitere Grenzen: Sachargumente setzen sich nicht wertfrei, interessenungebunden und unideologisch durch. Ihre Durchsetzung hängt vielmehr von Grundsatzentscheidungen der politisch Verantwortlichen ab. Was ist wichtiger? Bildung für Kinder oder Existenzsicherung für bereits berufstätige Menschen? Unmittelbar gesundheitlich betroffene Mitmenschen oder mittelbar an psychischen, sozialen und wirtschaftlichen Folgen leidende Mitmenschen? Freiheiten als Grundrecht oder Ausgangsbeschränkungen? Über die den Antworten darauf zugrunde liegenden Wertsystemen kann nicht oder nur sehr bedingt im Namen der Wissenschaft entschieden werden, sondern das ist vielmehr eine politische und ethische Frage.

D. Die Illusion der Objektivität

Eine strikte Trennung der Funktionen von PolitikerInnen und ExpertInnen ist schwierig bis unmöglich. Einerseits sind die politischen Institutionen großteils nicht verpflichtet, Beratungsergebnisse zu veröffentlichen, andererseits ist die Wissenschaft niemals völlig frei von praktischen Beratungsinteressen. Wer etwa Sachkompetenz einbringt, übernimmt nicht nur automatisch ein Mindestmaß an Bewertung zu den unter Punkt C angesprochenen Fragen, sondern auch generell Verantwortung für das Ergebnis der wissenschaftlichen Beratung und die politischen Entscheidungen. Das kann nicht völlig losgelöst vom jeweiligen Menschen- und Gesellschaftsbild geschehen. Als Konse-

quenz daraus sollen – und das keinesfalls durch gegenseitige Unterstellungen oder virtuelle Gerüchte, sondern als Sachdebatte – beteiligte Interessen, inhaltliche Grundvorstellungen und allfällige Zielkonflikte auch in der Wissenschaft transparenter werden.

E. Die Probleme von Transparenz, Pluralismus und Transdisziplinarität

Politikberatung seitens der Wissenschaft ist mehrfach defizitär (Lompe 2006, 25ff): Gerade in Österreich wurde erstens zu Recht beklagt, dass in der Coronakrise nur ungenügend ersichtlich ist, von wem bzw. welchem Expertengremium sich der Bundeskanzler und einzelne Minister oder auch Landeshauptleute beraten lassen. Hinzu kommt zweitens die fehlende Pluralität, wenn nicht unterschiedliche Expertenmeinungen angehört werden, weil sich wissenschaftliche Erkenntnisse ändern können. Mit dem Dilemma eingeschränkter Vielfalt steht oft die ungenügende Transdisziplinarität in Zusammenhang. Zu selten werden von der Politik in der Beratungspraxis ExpertInnen verschiedener Disziplinen beteiligt. Zugleich sind die Grenzen zwischen Politik und Wissenschaft fließend.

F. Die Parallelwelten der Geschwindigkeiten

Sowohl die Politik als auch die Wissenschaft sind ein Prozess. Allerdings unterscheiden sich politische und wissenschaftliche Prozesse grundlegend in ihrem Tempo. So wird dem US-amerikanischen Präsidenten Bill Clinton und dessen Beraterteam die Erfindung der politischen Kommunikationsstrategie »Speed Wins« – oft gar martialisch als »Speed Kills« bezeichnet – zugeschrieben. Gemeint ist, in einem Aktion-Reaktion-Schema stets in Zyklen von Stunden, Tagen oder höchstens Wochen proaktiv zu sein. In der Wissenschaft gilt hingegen die Entwicklung eines Impfstoffs gegen das Coronavirus in knapp einem Jahr als außergewöhnlich schnell. Hier wird oft in der Dimension von Jahrzehnten gedacht.

G. Das wechselseitige Unverständnis von Fehleranalyse und Rückkoppelung

Wie wird der Politik und Wissenschaft rückgemeldet, dass ihre Entscheidungen oder beratenden Expertisen erfolgreich sind? Wie können sie dadurch korrigierend eingreifen, um Schlussfolgerungen zu modifizieren, umzuwandeln oder abzuändern? Ganz abgesehen von der Definitionsproblematik für »erfolgreich« zeigt sich nirgendwo sonst ein größerer Unterschied von PolitikerInnen und WissenschaftlerInnen.

Für politische Akteure gelten oft die Zahl der Wählerstimmen und in einer wahlfreien Zeit Meinungsumfragen als einziger Evaluierungsprozess. Häufig wird gar angenommen, dass das Eingeständnis von Fehlern nachteilig ist. Das führt zu Kommunikationsformen im Stil von »Ich habe immer schon gesagt, dass ...!«, was eine inhaltliche Selbstreflexion ad absurdum führt. Für WissenschaftlerInnen ist es hingegen ein üblicher Prozess, dass Studien ständiger Kritik von KollegInnen ausgesetzt sind, was zu permanenten Überarbeitungen und Korrekturen führt. So wird das Wissen verbessert, was allerdings in der Coronakrise nicht der Erwartungshaltung nach endgültigem Wissen entspricht.

Autoreninformation:

Univ.-Prof. Dr. **Peter Filzmaier**, geboren 1967, ist Professor für Politikwissenschaft an der Donau-Universität Krems und der Universität Graz sowie geschäftsführender Gesellschafter des Instituts für Strategieanalysen (ISA) in Wien. Seine Arbeitsschwerpunkte umfassen u. a. politische Kommunikation, Wahlanalysen sowie den Vergleich politischer Systeme.

01 Österreichs Sicherheitspolitik in Zeiten der Pandemie





Risikobild Österreich 2021

Autor:
Johann Frank

Der Zweck der Sicherheitspolitischen Jahresvorschau ist eine möglichst objektive, experten- und faktenbasierte Darstellung der für Österreich und Europa erwartbaren sicherheitspolitischen Entwicklungen in den kommenden zwölf bis 18 Monaten. Sie folgt dem Motto:

»Die Kenntnis der Risiken macht diese weder größer noch kleiner, aber die Gefahr, ihnen unvorbereitet zum Opfer zu fallen, sinkt, und die Chance besser vorbereitet zu sein als in der letzten Krise, steigt.«

In diesem Sinne versteht sich die Sicherheitspolitische Jahresvorschau 2021 als Beitrag zu einer strategischen Debatte über die Zukunft der österreichischen Sicherheit. Denn unabhängig von den konkreten Sicherheitsrisiken sind mangelndes Verständnis der Komplexität und Volatilität sicherheitspolitischer Zusammenhänge einerseits sowie Defizite im strategischen Denken und Handeln andererseits zwei zentrale und bleibende Herausforderungen für Österreichs Sicherheit.

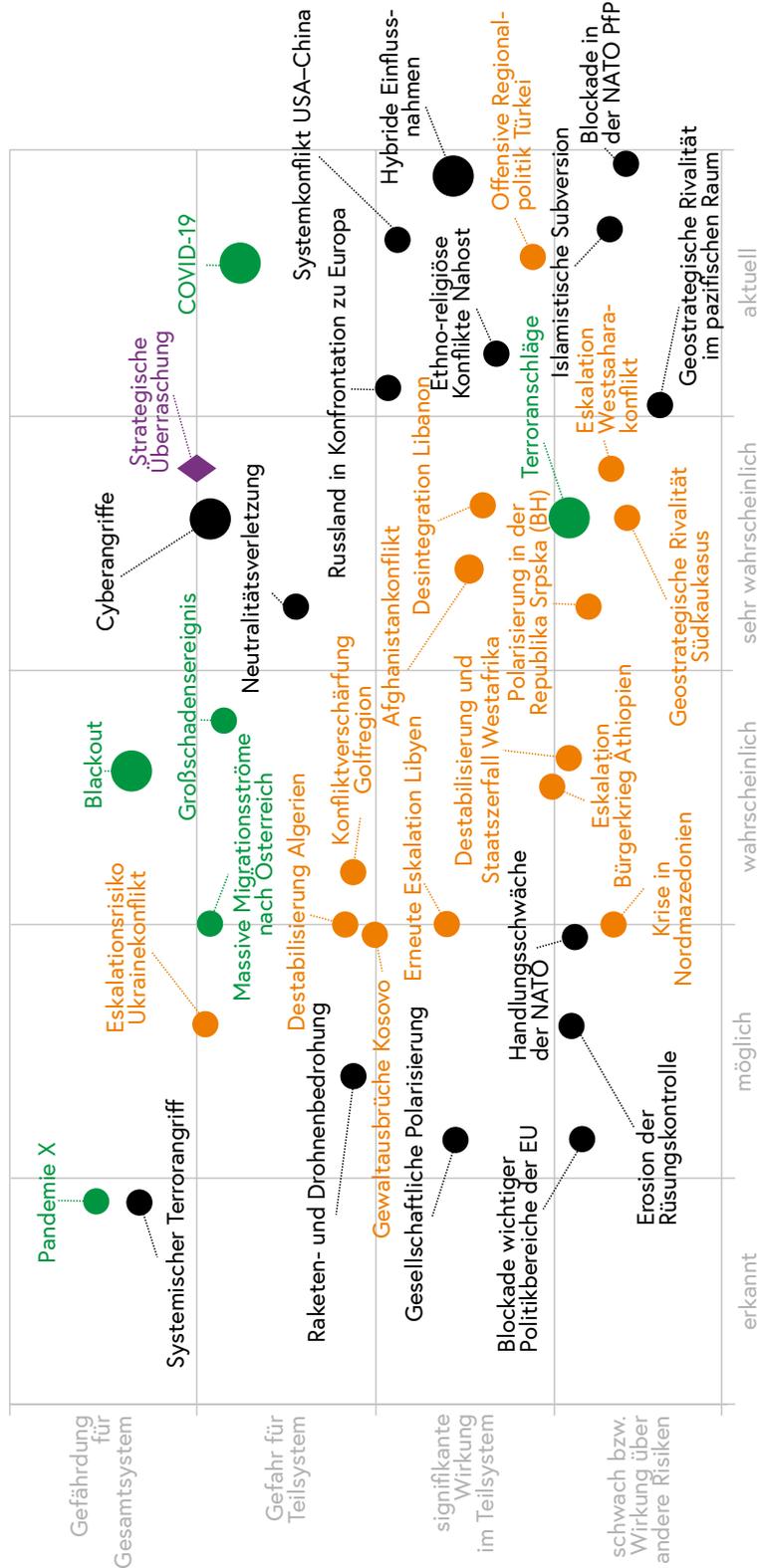
Erstaunliche Exaktheit bisheriger Prognosen

Die wesentliche Schlussfolgerung der Sicherheitspolitischen Jahresvorschau 2020 und der Jahre davor war, dass sich die Sicherheitslage Österreichs und Europas kontinuierlich verschlechtert. Vorläufiger Höhepunkt dieser kritischen Prognosen war im vergangenen Jahr das tatsächliche Eintreten einer als wahrscheinlich beurteilten Pandemie und eines Terroranschlages sowie größerer Cyber-Angriffe. Diese nationalen Entwicklungen gingen einher mit einer Verschärfung der Krisenlage um Europa und einer intensivierten geopolitischen Rivalität der Großmächte. Die Exaktheit dieser Vorhersagen ist vielleicht der Allgemeinheit der Prognosen geschuldet. Dennoch ist die Jahresvorschau des Bundesministeriums für Landesverteidigung analytisch bemerkenswert und in dieser Form in Europa einzigartig, weil die Risikoanalyse auf einer eigens für diese Zwecke etablierten Methodik und Prognosesoftware beruht und auf einem breiten, mehr als 200 internationale und nationale Expertinnen und Experten umfassenden Analysenetzwerk aufbaut. Somit resultiert auch das »Risikobild Österreich 2021« einerseits aus dem laufenden Monitoring der für die Sicherheit Österreichs relevanten Faktoren und andererseits aus der Synopsis der Einzelbeiträge der Autorinnen und Autoren des vorliegenden Bandes.

Was ist das Neue am Risikobild 2021?

Zu Beginn des Jahres 2021 ist eine qualitative Veränderung in der Beurteilung der Risikolage Österreichs festzustellen. Die Sicherheitslage Österreichs ist nicht mehr bloß von einer allgemeinen und eher abstrakten Verschlechterung der Lage gekennzeichnet, vielmehr sind mehrere der bislang nur prognostizierten Szenarien nunmehr auch tatsächlich eingetreten. Heute ist die Sicherheit Österreichs von deren Auswirkungen real gefordert. Kurz: Der Bewährungsfall für die österreichische Sicherheitspolitik ist eingetreten! Wie sich die eingetretenen Gefährdungsszenarien mittel- bis langfristig auf die Sicherheit Österreichs und damit das zukünftige Risikobild auswirken werden, hängt vorrangig vom Erfolg des Managements dieser Krisen

Auswirkungen auf die österreichische Sicherheit 1 – 3 Jahre



Eintrittswahrscheinlichkeit 1 – 3 Jahre

Erläuterung der Grafik:

Auf der X-Achse wird die Eintrittswahrscheinlichkeit eines Risikos dargestellt, auf der Y-Achse die Auswirkung auf die Sicherheit Österreichs. Die Größe des Kreissymbols drückt die aktuelle Gesamtrelevanz aus.

Die Auswirkungen sind wie folgt unterteilt:

- Schwach bzw. Wirkung über andere Risiken (die negativen Auswirkungen einzelner Risiken sind deutlich erkennbar, die Schäden sind noch gering, aber das Eskalationspotenzial ist hoch – auch durch den Zusammenhang mit anderen Risiken)
- Signifikante Wirkung in Teilsystem (innerhalb eines oder mehrerer Teilsysteme kommt es zu Ereignissen, die zwar schwere Schäden verursachen, aber die Resilienz des Teilsystems noch nicht gefährden)
- Gefahr für Teilsystem Österreichs (zumindest ein Teilsystem ist gestört oder dysfunktional, aber die Resilienz des Gesamtsystems ist noch gewährleistet)
- Gefährdung für Gesamtsystem (die Resilienz Österreichs ist aufgrund der Dysfunktionalität eines oder mehrerer Teilsysteme massiv gefährdet)

Die Risikokategorien sind farblich wie folgt zugeordnet:

- **Grün – Extremereignisse:** Damit sind vor allem Natur- und technische Katastrophen sowie Ereignisse erfasst, die zu einer Beeinträchtigung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit führen, welche die Überforderung der zivilen Organisationen und einen Assistenzeeinsatz des ÖBH zur Folge haben können.
- **Orange – regionale Konflikte:** Diese Risiken resultieren aus Entwicklungen im Umfeld Österreichs oder der EU, die von prioritärem strategischen Interesse für Österreich sind und in denen sich auch das internationale Engagement Österreichs fokussiert.
- **Schwarz – generelle Risiken:** Dies sind Risiken genereller Natur, die auf vielfältige Weise eine Wirkung im System der Risiken haben und auf andere Risiken für Österreich wirken.

und davon ab, welche Schlussfolgerungen man daraus für die notwendige Reorganisation des Sicherheitssektors ziehen wird.

»Von der Insel der Seligen« ins »Zentrum der Betroffenen«

Hoffnungen, dass Österreich eine abgekoppelte »Insel der Seligen« ist, haben sich schon in der Vergangenheit nicht bewahrheitet. Im Gegenteil: Österreich ist von vielen Entwicklungen der letzten Jahre sogar stärker betroffen als andere Staaten in Europa. Sowohl die Migrationskrise als auch die Corona-Krise haben Österreich zeitweise massiver getroffen als andere EU-Staaten. Und viele weitere international diskutierte Bedrohungsszenarien wie hybride Bedrohungen, Cyber-Angriffe oder Desinformationskampagnen finden auch in Österreich statt. Zudem liegt Österreich regionalen Konflikten geographisch oftmals näher als andere EU-Staaten. Ein kurzer Rückblick auf die Ereignisse des Jahres 2020 bestärkt diese Diagnose.

Schlaglichter des Jahres 2020

Mit dem Terroranschlag vom 2. November 2020 mit vier Toten und 23 zum Teil schwer Verletzten ist der islamistische Terrorismus in Österreich angekommen. Wie der Anfang 2020 erfolgte massive Cyber-Zugriff auf das Außenministerium gezeigt hat, ist Österreich Ziel von international gesteuerten Cyber-Angriffen. Die gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen Türken und Kurden in Wien-Favoriten haben gezeigt, dass sich teils vom Ausland unterstützte subversive Organisationen formiert haben, die das staatliche Gewaltmonopol in ersten Ansätzen herauszufordern beginnen.

An folgenden Ereignissen ist exemplarisch aber doch klar erkennbar, dass Österreich bereits hybriden Einflussnahmen und Bedrohungen ausgesetzt ist: Den Desinformationskampagnen im Zusammenhang mit COVID-19, die sowohl von staatlichen wie auch von nicht-staatlichen Akteuren mit dem Ziel der Unterminierung des Vertrauens in

die nationale wie europäische Politik betrieben wurden, an der von der Türkei betriebenen Blockade Österreichs in der Partnerschaft für den Frieden der NATO, die mittel- bis langfristig die internationale Einsatz- und Zusammenarbeitsfähigkeit des Österreichischen Bundesheeres untergräbt sowie an den in die Öffentlichkeit gelangten Spionagefällen mit Bezug zu Russland.

Auch das Risiko resilienzgefährdender Extremereignisse ist sehr hoch; so ist Österreich in den letzten Monaten mehrfach an einem größeren Blackout vorbeigeschrammt.

Ebenso haben sich die unbewältigten regionalen Krisen und Konflikte in und um Europa im abgelaufenen Jahr auf hohem Niveau fortgesetzt und teilweise sogar intensiviert. Die Sicherheitslage hat sich in der Sahelzone massiv verschlechtert und im Nahen Osten nicht verbessert. Österreichs Sicherheit ist von der Instabilität in diesen Räumen insbesondere durch Migration und Terrorismus betroffen. Eine neue Qualität haben die Spannungen im Raum des östlichen Mittelmeers zwischen Griechenland und Zypern einerseits und der Türkei andererseits erreicht, die knapp bis zur Schwelle eines offenen militärischen Konflikts eskaliert sind. Österreich wäre als Mitglied der EU von einem offenen militärischen Konflikt zwischen der Türkei und Griechenland politisch gefordert, wenn Griechenland als EU-Staat die militärische Beistandsverpflichtung nach Artikel 42/7 aktiviert. In Weißrussland ist eine neue Staatskrise ausgebrochen. Und der langjährige Konflikt zwischen Aserbaidschan und Armenien um Bergkarabach wurde in einem Krieg entschieden, in dem sich viele Facetten zukünftiger Kriege beispielsweise durch den Einsatz von Drohnen manifestiert haben. Der Krieg in Bergkarabach hat sicherheitspolitisch vor allem gezeigt, dass politische Konflikte sehr wohl am Gefechtsfeld entschieden werden können, wovon eine negative Vorbildwirkung für andere »eingefrorene« Konflikte ausgehen könnte.

Mehr als alles andere aber hat die Corona-Pandemie verdeutlicht, dass selbst das Unwahrscheinliche bislang als »unwahrscheinlich« Gegläubte eintreten kann, dass das bislang nur schwer Vorstellbare aber nicht Unvorhersehbare passieren kann. Das Krisenjahr 2020

hat nicht zuletzt auch aufgezeigt, wie rasch innerstaatliche Polarisierungs- und Spaltungsprozesse entlang unterschiedlicher Konfliktlinien entstehen und an Dynamik gewinnen können.

Worauf müssen wir uns im Jahr 2021 einstellen?

Aus den der Grafik des Risikobilds 2021 zu Grunde liegenden Analysen lassen sich für Österreich für die nächsten zwölf bis 18 Monate fünf zentrale sicherheitspolitische Herausforderungen ableiten:

1. die Corona-Pandemie und ihre strategischen Auswirkungen,
2. neue resilienzgefährdende Extremereignisse, insbesondere Black-out und Großschadensereignisse,
3. Cyber- und Terrorangriffe,
4. die Eskalation regionaler Konflikte in und um Europa mit besonderem Blick auf den östlichen Mittelmeer-Raum und das nördliche und westliche Afrika und
5. hybride Bedrohungen in und gegen Österreich.

Diese aktuell bereits eingetretenen Ernstfälle der österreichischen Sicherheitspolitik sind, wie die Grafik zum Risikobild zeigt, eingebettet in anhaltende Entwicklungstrends und bleibende Themen. Dazu zählen die geopolitische Konkurrenz zwischen den Großmächten, die konfrontative Position Russlands zu Europa, der latente Migrationsdruck, die unzureichende Handlungsfähigkeit von EU und NATO, die Erosion der internationalen Rüstungskontrolle, die Gefahr des Einsatzes von Drohnen und ferngelenkten Waffensystemen sowie die Klimakrise.

Als neue Risikofaktoren wurden in die Risikomatrix 2021 der Systemkonflikt zwischen den USA und China, ethnoreligiöse Konflikte im Nahen Osten, eine offensive Regionalpolitik der Türkei und die gesellschaftliche Polarisierung in Österreich aufgenommen.

Prägendes Charakteristikum der Sicherheitslage ist der hohe Grad an Ungewissheit und Volatilität mit großen Eskalationsgefahren. Es wird

2021 jedenfalls keinen Lockdown von Krisen geben. Vielmehr ist mit einer Entwicklungsdynamik entlang bisheriger Konfliktlinien zu rechnen.

Corona-Pandemie und deren strategische Auswirkungen

Die Hoffnungen, dass mit dem Ende des Jahres 2020, das für viele als Annus horribilis in Sicherheitsfragen gesehen wird, eine merkliche Verbesserung der Lage eintritt, haben sich nicht bestätigt. COVID-19 hat die Sicherheitslage nicht grundsätzlich verändert, aber in vielen Bereichen als Katalysator gewirkt und bisher eher im Verborgenen abgelaufene Entwicklungen auf nationaler wie internationaler Ebene vor den Vorhang geholt und dynamisiert.

Die enormen, in ihrer ganzen Tragweite noch nicht absehbaren wirtschaftlichen Auswirkungen der COVID-Pandemie werden das sicherheitspolitische Lagebild auf Jahre hinaus bestimmen. Stand zu Beginn der Pandemie noch die Frage, ob sich die Krise V-förmig als harte, aber kurze oder U-förmig als länger dauernde Verwerfung darstellen werde, so ist aus heutiger Sicht mit einem K-förmigen Verlauf zu rechnen. Das bedeutet im Wesentlichen, dass sich die Reichen rascher erholen und weniger geschädigt aus der Krise kommen werden als die Armen, die sowohl gesundheitlich wie wirtschaftlich die Hauptlasten zu tragen haben. Diese unterschiedliche Betroffenheit gilt sowohl innerhalb der westlichen Gesellschaften als auch zwischen den Staaten des globalen Nordens und Südens. In den westlichen Staaten wird COVID-19 damit zu einer Verstärkung der gesellschaftlichen Polarisierung führen, die mit Versuchen einhergeht, die Krise für ein Wiedererstarken populistischer Kräfte zu nutzen und vermehrt auch gewaltsame Proteste und Desinformationskampagnen hervorrufen. Dies vor allem dann, wenn es nicht gelingt, die gesundheitlichen Auswirkungen effizienter als bislang zu managen und die langfristigen wirtschaftlichen Folgen in einer sozial verträglichen Art und Weise zu bewältigen.

Im Jahr 2020 betrug der Rückgang der Wirtschaftsleistung innerhalb der EU 7,4 Prozent, und die Arbeitslosenquote wird in Richtung 9 Prozent steigen. Trotz aller Unsicherheiten bei aktuellen Wirtschaftsprognosen wird laut Österreichischem Institut für Wirtschaftsforschung (WIFO) vom Dezember 2020 die Neuverschuldung des Staates für das Jahr 2020 auf etwa 10 Prozent steigen und auch 2021 mit etwa 6 Prozent hoch bleiben. Damit wird sich die Schuldenquote auf über 85 Prozent des BIP erhöhen. Zudem findet diese Neuverschuldung aktuell zu historisch niedrigen Finanzierungsbedingungen statt. Die somit schwerste wirtschaftliche Krise Europas seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs wird zu langfristigen Defiziten und Verschuldungen auf Rekordniveau führen. Wenn wie bei der Finanzkrise 2008 auch die Kosten der Pandemie durch Einkommensverluste der Mittelschicht und durch staatliche Sparprogramme finanziert werden, wird das die zivilgesellschaftliche Fragmentierung weiter befördern.

Bezogen auf die internationale Konfliktentwicklung waren die unmittelbaren sicherheitspolitischen Auswirkungen im ersten Pandemiejahr noch begrenzt, ab 2021 ist aber mit Verschärfungen regionaler Konflikte zu rechnen, die nicht nur bereits konfliktgeprüfte Staaten betreffen, sondern auch auf bisher noch stabile Ankerstaaten übergreifen könnten. Aktuelle Schätzungen zu Folge werden durch COVID-19 mehr als 150 Millionen Menschen unter die Armutsschwelle gedrückt. Der Anstieg der Arbeitslosigkeit, Einkommensverluste und ausbleibende staatliche und internationale Hilfsprogramme werden die Stabilität von Staaten im eurostrategischen Umfeld enorm herausfordern. Diese Entwicklungen eröffnen externen Akteuren die Chance zur Einflussnahme und bilden einen Nährboden für extremistische Ideologien und Terror. Dabei ist im afrikanischen Raum mit einem Wiedererstarken des IS zu rechnen. Als weiterer Konflikttreiber gilt der regionale Klimawandel. Laut der International Crisis Group (ICG) bewirkt der Anstieg regionaler Temperaturen um 0,5 Grad Celsius ein 10 bis 20 Prozent höheres Risiko für gewaltsame lokale Konflikte. Anfang 2021 haben COVID-19 und seine Mutationen die Sicherheitslage fest im Griff. Die langfristigen wirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Auswirkungen der Pandemie haben das Potenzial sich sowohl auf nationaler wie auch internationaler Ebene zu einer Polykrise aus-

zuweiten. Neben dem eigentlichen Infektionsgeschehen wird vielmehr die Politik und deren Agieren in der Krise darüber entscheiden, ob COVID-19 primär eine Gesundheitskrise bleibt oder sich zu einer umfassenden Systemkrise auswächst. Bezogen auf zukünftige weitere Gesundheitsgefahren muss festgestellt werden, dass neben Corona auch andere Pandemien-X lauern und vor allem dann ausbrechen könnten, wenn nicht die richtigen Lehren aus Ursprung, Ursache und Verlauf der aktuellen Pandemie gezogen werden.

Renaissance der Geopolitik: Im Zentrum der Systemkonflikt USA-China

Trotz COVID-19 ist die Geopolitik nicht verschwunden. Im Gegenteil! Auf globaler Ebene erleben Machtpolitik und Great Power Competition in Gestalt konfrontativer Multipolarität eine Renaissance. Im Zentrum steht dabei der Systemkonflikt zwischen den USA und China, der durch die Pandemie nur weiter an Intensität gewonnen hat, wobei sich der Trend zur geostrategischen Gewichtsverlagerung nach Asien weiter fortsetzt. Dieser das internationale System bestimmende Konflikt kann bestenfalls moderiert, aber nicht rückgängig gemacht werden. Es ist erwartbar, dass sich die Tonalität im Verhältnis zwischen USA und China etwas verbessern könnte, das ändert aber nichts an der Substanz der Systemkonkurrenz. China versucht, angesichts der Schwäche des Westens offener und unkaschierter denn je seinen Platz in der internationalen Politik einzunehmen und sein Modell eines techno-autoritären, staatskapitalistischen Systems als Gegenmodell zu westlich-liberalen Demokratien zu forcieren. Auch wenn diesem systempolitischen Ansatz Chinas im Zuge der Corona-Pandemie zunehmend internationales Misstrauen entgegengebracht wird. Der Systemkonflikt zwischen USA und China wird im Jahr 2021 vorrangig als finanz- und technologiepolitischer Wettbewerb ausgetragen. Im Kampf um die internationale Vorherrschaft und Softpower-Dominanz ist zwischen Washington und Peking ein Wettstreit darüber erwartbar, wer besser in der Lage ist, die Welt zu heilen, zu impfen und zu grünen (»to heal, vaccine and green the world«), wobei es sowohl bei der globalen Gesundheitspolitik als auch bei der globalen

Klimapolitik um handfeste wirtschaftliche Interessen und Technologieführerschaft geht.

Diese globalstrategische Konkurrenz bestimmt auch den Handlungsrahmen der europäischen und damit österreichischen Sicherheitspolitik im Großen. Beide Großmächte werden versuchen, sich der europäischen Gefolgschaft zu versichern. Dabei ist neben Kooperationsanreizen auch mit vermehrten Aktivitäten im Bereich hybrider Einflussnahmen und Interessensdurchsetzung zu rechnen. Die globale Führungsrolle der USA ist trotz des Wahlsiegs von Joe Biden in Auflösung. COVID-19, finanzielle Probleme sowie anhaltende Fragmentierung und Polarisierung der US-Gesellschaft werden daher in der nächsten Zeit zu einem Fokus der neuen US-Administration auf innerstaatliche Reformen und einen langwierigen nationalen »Heilungsprozess« der Wunden der Administration Trump führen, was die Rolle der USA als globaler Ordnungshüter weiter reduzieren und Regionalmächten neue Handlungsspielräume eröffnen wird.

Neuer Aktivismus von Regionalmächten

Ohne globalen Ordnungshüter steigt auch das Eskalationspotenzial für Krisen in und um Europa, und der Handlungsspielraum von Regionalmächten wie Russland oder der Türkei, ihre Interessenspolitik auch gegen europäische Staaten und Gesellschaften zu verfolgen. Dieser erwartbare erhöhte außenpolitische Aktivismus von Regionalmächten ist eine der neuen, besonders relevanten Entwicklungen für die nähere Zukunft. Dabei wird speziell die innenpolitische Lage und Stabilität in der Türkei, aber auch in Russland von entscheidender Bedeutung sein. Ein selbstbewusstes außenpolitisches Engagement hilft Ankara, von sozialen und ökonomischen innenpolitischen Krisen abzulenken. Besonders deutlich wurde dies im Zuge des Konfliktes um Bergkarabach, der zur türkisch-aserbaidshaischen Schicksalsfrage stilisiert wurde. Gleichzeitig ist die im Vergleich zu früher offensivere Außenpolitik auch »Sachzwängen« geschuldet: Die Türkei muss aus ihrer Sicht im Irak und in Syrien nicht zuletzt wegen der Kurdenfrage (Kampf gegen die PKK, Verhinderung eines unabhängigen Kur-

denstaates) militärisch präsent bleiben. Im Falle Syriens kommt dazu, dass nur die physische Präsenz vor Ort Ankara ein Mitspracherecht auf Augenhöhe gegenüber den Russen und Amerikanern ermöglicht. Mittelfristig will die Türkei aber ihr Verhältnis zu Russland und zur EU verbessern. Dazu gehört auch eine Verständigung über Libyen, wo die Türkei sich geschickt positioniert und damit auch Einfluss auf das Migrationsgeschehen entlang der Mittelmeer-Route gewonnen hat.

Sollte es unter der Administration Biden in Folge der ideologischen Gegnerschaft der Demokraten zu autoritären Regimen und als Reaktion auf die massiven, Russland zugeschriebenen Cyber-Angriffe zu einer weiteren Verschlechterung der Beziehungen zwischen USA und Russland kommen, so würde das auch zu einer Verstärkung der aktuell etwas kalmierten konfrontativen Position Russlands zur EU führen. Das könnte weitere hybride Aktivitäten Moskaus gegen die EU und ihre Mitgliedstaaten zur Folge haben.

Vor diesem Hintergrund wird die NATO zum einen mit Blick auf den Osten ihre Re-Fokussierung auf Bündnisverteidigung fortsetzen und zum anderen versuchen, auf diplomatischem Weg expansive Aktivitäten der Türkei im Südosten einzudämmen, was aber die Gefahr einer Blockadepolitik und eine damit einhergehende Schwächung der Handlungsfähigkeit in Krisensituationen mit sich bringen könnte.

Hybride Bedrohungen als Folge dieser geopolitischen Entwicklungen

Aus der Zusammenschau des globalstrategischen Systemkonflikts zwischen den USA und China, von Russlands Politik in Konfrontation zum Westen und der aktivistischen Außenpolitik der Türkei in Verbindung mit der zunehmenden innerstaatlichen Herausforderung durch islamistische und terroristische Aktivitäten resultieren die für Österreich aktuell relevanten hybriden Bedrohungsbilder. Diese umfassen Maßnahmen zur Vorbereitung und Durchführung gezielter Einflussnahmen bis hin zu nicht ausschließbaren vereinzelt Destabilisierungsaktivitäten.

Europa umgeben von einem Ring von Krisen

Infolge des Rückzugs der USA als »Weltpolizist«, rivalisierender Interessen von Regionalmächten, die oft lokale Konflikte von außen befeuern und instrumentalisieren, anstatt sie einzudämmen, und der Schwächung staatlicher Strukturen durch die sozio-ökonomischen Auswirkungen der Pandemie lässt das Jahr 2021 eine weitere Verschärfung der Krisenlage in und um Europa erwarten. Zudem sind der Westen und die EU massiv mit sich selbst beschäftigt, und die wirtschaftlichen Auswirkungen von COVID-19 könnten zukünftig auch weniger finanzielle Mittel für internationale Stabilisierungs- und Entwicklungsmaßnahmen zur Folge haben.

Das einzige Stabile im eurostrategischen Umfeld scheint die Instabilität zu sein. Damit ist bis auf Weiteres die Erhaltung des Status quo und die Verhinderung einer fortschreitenden Konfliktausweitung sowie ein Übergreifen dieser Konflikte auf Europa durch reaktives und punktuelles Krisenmanagement realpolitisch der einzig gangbare Weg. Wenngleich aus analytischer Sicht klar ist, dass diese Reaktion keine langfristig erfolgversprechende und nachhaltige Strategie für Europas Sicherheit sein kann.

Für Österreich von besonderer Relevanz und genau zu beobachten ist neben dem Westbalkan auf Grund möglicher Terrorismus- oder Migrationseffekte die Lage im westlichen Afrika mit Fokus auf Mali, Niger und Burkina-Faso, im nördlichen Afrika mit besonderem Blick auf Libyen und Algerien und im östlichen Mittelmeer-Raum. Der Westbalkan befindet sich weiterhin im Zustand einer nur semi-konsolidierten Region mit immer noch relevanten Sicherheitsrisiken wie etwa neuen Konfliktausbrüchen im Kosovo, weiteren Polarisierungen in der Republika Srpska und einer krisenhaften Entwicklung in Nordmazedonien. Und auch Weißrussland hat erst den Anfang des Niedergangs des »letzten Diktators« in Europa gesehen, aber noch nicht dessen Ende.

Die Lage in der Golfregion bleibt angespannt, wobei der Iran in eine zunehmend isolierte Position gedrängt wird und damit das Eskalationspotenzial als hoch zu bewerten ist, wenngleich ein offener

militärer Konflikt als wenig wahrscheinlich gilt. Der Iran steht der neuen Biden-Administration abwartend gegenüber und macht deutlich, dass das Abkommen nur bei einem Wiedereintritt der USA und der Aufhebung der Sanktionen eine Chance hat. Gleichzeitig hat Teheran die Implementierung des Nuklearabkommens teilweise ausgesetzt und damit den USA eine Rückkehr zum »Status quo ante Trump« verunmöglicht. Dadurch muss mit einer Verschärfung der Nuklearkrise und einer damit einhergehenden weiteren Isolation des Landes gerechnet werden. Das wiederum wird den wirtschaftlichen Niedergang beschleunigen und zur Verschärfung innenpolitischer Spannungen beitragen.

Die gesamte Region vom Mittelmeer bis nach Afghanistan leidet unter Massenverarmung, die zum Teil durch Binnenvertriebene und deren Konfinierung in Lagern hervorgerufen wird. Eine der wenigen verbliebenen Einkommensquellen stellen die Drogenökonomie und der mit ihr verbundene Menschenhandel dar. Insgesamt stehen Tunesien, Ägypten und Jordanien erheblich unter Druck, und der Libanon ist sogar systemgefährdend instabil. Großes Augenmerk ist auch auf den Irak und das Eskalationspotenzial dort zu legen, das eine antischiitische Sicherheitssektorreform hervorrufen kann.

Der bewaffnete Konflikt in Afghanistan wird trotz der Friedensverhandlungen eine Fortsetzung finden. Entscheidend wird die Rolle der USA sein, wobei ein rascher Rückzug die afghanische Regierung massiv unter Druck brächte, während eine Verlängerung der Truppenpräsenz zu einer Gewalteskalation auf Seiten der Taliban führte und in beiden Fällen die Chance auf eine Pazifizierung des Jahrzehnte andauernden Konflikts verspielt würde. Es gilt nun, eine robuste Koalitionsregierung zu bilden. Eine neuerliche Alleinregierung der Taliban hätte globale Signalwirkung, weil sich dschihadistische Gruppen weltweit ideologisch und strategisch bestätigt sehen würden, den Widerstand trotz hoher Kosten weiter fortzusetzen.

Die krisenhaften Entwicklungen im Nahen und Mittleren Osten haben primär über Migration, potenziell über Terrorismus und zunehmend auch über hybride Einflussnahmen und gesellschaftliche Polarisierung

nicht zuletzt aufgrund der starken Diaspora Auswirkungen auf die Sicherheit Österreichs.

Zur Lage der EU: Europa wird in Krisen geschmiedet

Nach anfänglichen Schwierigkeiten ist die EU bislang einigermaßen gut durch die Corona-Krise gekommen. Obwohl die Pandemie zunächst die Verwundbarkeiten und Schwächen der Union offenbart hat, hat sich im Zuge der Krisenbewältigung die Einsicht durchgesetzt, dass die Mitgliedstaaten für sich alleine nicht in der Lage sind, die großen Zukunftsherausforderungen zu meistern. Getragen vom Gedanken der Solidarität hat die EU daher auch einen 750 Mrd. Euro umfassenden Wiederaufbauplan auf den Weg gebracht. Zudem hat die EU neben den schwierigen BREXIT-Verhandlungen auch die laufenden internationalen Herausforderungen relativ gut gemeistert. Somit konnte das in der Risikomatrix abgebildete Szenario »Blockade wichtiger Politikbereiche der EU« vermieden werden, wenn auch in der Frage der Kontroversen um die innereuropäische Rechtsstaatlichkeit durch Erkaufen von Zeit. Damit hat sich die EU als resilienter erwiesen, als ihr das von vielen Kommentatoren zugetraut worden war und die Pandemie-Krise könnte längerfristig als Reform- und Integrationskatalysator wirken. Dennoch ist der wirtschaftspolitische und pandemie-getriebene Integrationsschub bislang noch nicht auf die Außenpolitik übergesprungen, was aber angesichts der global-strategischen Herausforderungen notwendig wäre.

Denn in Zeiten einer multipolar-konfrontativen Geopolitik hat keiner der großen Akteure Interesse an einem Gelingen der europäischen Integration und an einem effektiven Multilateralismus. Letzteres gilt auch für die USA, den natürlichsten wertbasierten Partner der EU, weil bzw. solange aus der Sicht Washingtons die internationalen Regeln dem Aufstieg Chinas dienen und die Handlungsfreiheit der USA einschränken. Daher muss die EU, wenn sie für ihre Interessen und das europäische Lebensmodell wirksam eintreten können möchte, ihre strategische Autonomie in allen Handlungsfeldern von Wirt-

schaft über Technologie bis hin zur Sicherheitspolitik deutlich stärken. Die Union hat diese Notwendigkeit im vergangenen Jahr erkannt und daher ihre Bemühungen zur Stärkung der Resilienz, der strategischen Autonomie und auch der sicherheitspolitischen Handlungsfähigkeit deutlich ambitionierter verfolgt als bislang.

Im Jahr 2021 wird die EU auf der konzeptionellen Ebene die Zielsetzung einer verbesserten strategischen Autonomie weiter vorantreiben. Ein Format dafür ist die Erarbeitung eines »strategischen Kompasses«, der die zukünftige militärische Ambition und die Rolle der militärischen GSVP einschließlich der dazu erforderlichen Kapazitäten näher bestimmen soll. Eine strategische Schlüsselfrage wird dabei sein, welche Rolle die »Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik« (GSVP) bei der Stärkung der innereuropäischen Resilienz etwa beim Schutz der Außengrenzen, beim Schutz kritischer Infrastrukturen oder bei der Bekämpfung von Pandemien oder sonstigen resilienzgefährdenden Extremereignissen spielen kann und soll. Die Globalstrategie aus dem Jahr 2016 hat jedenfalls bereits den Weg zu einer Erweiterung des GSVP-Handlungsspektrums geöffnet, indem sie neben dem internationalen Krisenmanagement und der Ertüchtigung von Partnerstaaten den »Schutz Europas und seiner Bürgerinnen und Bürger« zum dritten strategischen Ziel der EU-Sicherheitspolitik erklärt hat. Bislang ist die Umsetzungsdiskussion dazu aber mit Verweis auf die Rechtslage und die Sorge auf allfällige negative Rückwirkungen auf die NATO ausgeblieben. Dazu gehört auch die Diskussion um die Operationalisierung der militärischen Beistandsklausel nach Artikel 42/7 des Vertrags von Lissabon. Über den strategischen Kompass hinausgehend wird zudem eine Wiederaufnahme der durch COVID-19 unterbrochenen »Konferenz zur Zukunft Europas« erfolgen, wo über die zukünftige Orientierung der EU und notwendige institutionelle Reformvorhaben diskutiert werden soll, wobei aber keine großen Reformschritte zu erwarten sind.

Neuer Instrumentenkasten der Gemeinsamen Verteidigungspolitik

Mit Ende des Jahres 2020 hat die EU den Prozess zur Schaffung eines neuen verteidigungspolitischen Instrumentenkastens abgeschlossen, der sie und die Mitgliedstaaten besser als bisher in die Lage versetzen soll, die steigenden Sicherheitsherausforderungen effektiver bewältigen zu können. Diese Toolbox umfasst den Verteidigungsfonds für Rüstungsprojekte, die europäische Friedensfazilität zur Verbesserung der Resilienz von Partnerstaaten, den Prozess zur jährlichen koordinierten Überprüfung der nationalen Verteidigungsplanungen und die ständig strukturierte Zusammenarbeit. In der nächsten Phase gilt es nun, diese Instrumente zu implementieren und kohärent anzuwenden. Auf operativer verteidigungspolitischer Ebene werden daher im kommenden Jahr die Implementierung bereits beschlossener Vorhaben und die Verbesserung der erkannten Defizite in der bisherigen verteidigungspolitischen Zusammenarbeit am Programm stehen. So sollen die aktuell laufenden 47 Projekte der »ständigen strukturierten Zusammenarbeit« forciert umgesetzt und in den Bereichen Luftabwehr, europäischer Kampfpanzer, Weltraumverteidigung und militärische Mobilität neue Initiativen gesetzt werden. Gleichzeitig werden die 17 laufenden zivilen und militärischen GSVP-Einsätze weiterzuführen und an die sich verändernden strategischen Rahmenbedingungen anzupassen sein, wobei infolge der hohen Instabilität im europäischen Umfeld auch mit einer verstärkten Nachfrage nach neuen Einsätzen und einer Intensivierung von Maßnahmen zum militärischen Kapazitätenaufbau von Partnerstaaten zu rechnen ist. Damit bleiben auch 2021 konkrete Einsätze, Kooperationsprojekte und die gemeinsame Kapazitätenentwicklung der Lackmuestest für die Glaubwürdigkeit europäischer strategischer Autonomieansprüche.

Der Abgang Trumps und der Austritt Großbritanniens bieten jedenfalls Chancen für eine Vertiefung der militärischen Zusammenarbeit, weil damit zukünftig zwei erhebliche Blockierer wegfallen und sich integrationsskeptische EU-Mitgliedstaaten, die eine engere Anbindung an Trump suchten, nunmehr mangels Alternativen wieder mehr nach Brüssel orientieren könnten. Die Solidarität und Kohärenz der EU herausfordernden Themen werden jedenfalls die Umsetzung des

Wiederaufbaufonds, die Migrations- und Asylpolitik, die Chinapolitik, die gemeinsame Position gegenüber den von Osteuropa über den Schwarzmeer-Raum bis zum Westbalkan aktivistisch agierenden Flügelmächten Russland und Türkei, die Frage der möglichen Einführung von Mehrheitsentscheidungen in der Außenpolitik und die konkrete Ausgestaltung der militärischen Dimension der Sicherheitspolitik der Union sein. Eine lange Liste, die durch den Abgang Angela Merkels im September noch um die Facette der offenen Führungsfrage und der zukünftigen Rolle Deutschlands erweitert wird.

Für Österreichs Sicherheit ist und bleibt die Handlungsfähigkeit der EU von entscheidender Bedeutung. Daher sollte Österreich jedes Eigeninteresse haben, die strategisch-konzeptionellen Prozesse aktiv mitzugestalten und nach besten Kräften zu einer Verbesserung der sicherheitspolitischen Handlungsfähigkeit der EU beizutragen.

Blackout, Cyberangriffe, Massenmigration und Terrorismus

Neben der Geopolitik bleibt das Risiko resilienzgefährdender Ereignisse wie gravierende Blackouts, souveränitätsgefährdende Cyber-Angriffe und unkontrollierter Massenmigration unvermindert hoch. Das größte Risiko für eine nächste Systemkrise in Österreich birgt sicherlich ein flächendeckender Strom-, Infrastruktur- und Versorgungsausfall (Blackout) mit dessen Eintritt Fachexperten zu Folge binnen der nächsten fünf Jahre zu rechnen ist und an dem Europa und Österreich erst am 9. Jänner 2021 knapp vorbei geschrammt sind.

Obwohl die pandemiebedingten Grenzsicherungen zu einer Dämpfung der Migration geführt haben, bleibt die Thematik von Flucht, Vertreibung und Auswanderung angesichts der strukturellen Ursachen wie der weltweit 32 Bürgerkriege, dem pandemieforcierten Abgleiten von mehr als 150 Millionen Menschen unter die Armutsgrenze und den fortschreitenden Auswirkungen des Klimawandels auf der sicherheitspolitischen Agenda. Die 2020 weitgehend eingefrorenen Potenziale mit rund 25.000 Migrantinnen auf der Westbalkan-

Route, mehr als 100.000 in Griechenland, vier Mio. in der Türkei und 3,5 Mio. im Iran sowie mehr als 150.000 in Libyen sind die zahlenmäßigen Annäherungswerte des bleibenden Migrationsdrucks auf Europa. Wesentliche Migrationsherausforderung im Jahr 2021 werden die sich verschlechternden Lebensbedingungen der in den Herkunfts- und Transitländern gestrandeten Migranten und der damit einhergehende Druck auf diese Gastländer sein.

Die durch die Corona-Pandemie forcierte Digitalisierung und Abhängigkeit nahezu aller Lebensbereiche von funktionierenden IKT-Systemen erhöht und diversifiziert die Cyber-Verwundbarkeiten westlicher Gesellschaften noch weiter. So haben seit Beginn der Pandemie kriminelle Cyber-Aktivitäten sowohl nicht-staatlicher wie auch staatlicher Akteure massiv zugenommen. Dabei standen Desinformationskampagnen, Cyber-Kriminalität und Cyber-Spionage im Zentrum der Aktivitäten. Der Anstieg der Cyber-Attacken auf Krankenhäuser und Labor-einrichtungen von mehr als 220 Prozent zeigt, wie sich die Cyberbedrohungen an die allgemeine Lage anpassen. Zudem wird das Internet gerade in Zeiten der Lockdowns durch extremistische und terroristische Gruppierungen auch verstärkt zur Radikalisierung und Personalrekrutierung genutzt. Cyberangriffe seitens staatlicher Akteure sind immer im Kontext einer größeren politischen Absicht zu bewerten und zunehmend eingebettet in eine hybride Gesamtbedrohung. Angesichts des konfrontativen europäischen Umfelds ist das Risiko von Cyberangriffen gegen Österreich als konstant hoch zu bewerten. Der massive Cyber-Angriff auf das österreichische Außenministerium vom Beginn letzten Jahres zeigt, dass Österreich ein relevantes Ziel auch für souveränitätsgefährdende Cyber-Angriffe aus dem Ausland darstellt.

Mit dem Anschlag vom 2. November 2020 in Wien ist der internationale Terrorismus in Gestalt islamistisch radikalierter Einzeltäter, ausgeführt mit einfachen Waffen und willkürlicher Opferswahl, auch in Österreich angekommen. Neben der Verbreitung von Angst und Schrecken wird dabei die Spaltung der Gesellschaft und die Offenlegung von Verwundbarkeiten der psychischen Resilienz der Menschen verfolgt. Mit diesem Attentat ist auch Österreich ins Visier des IS-motivierten Terrorismus gekommen, woran sich auch so schnell nichts mehr

ändern wird, weil die expliziten Propaganda-Aktivitäten und ausdrücklichen Anschlagsaufrufe zu Angriffen in Europa auf einen fruchtbaren Resonanzboden fallen. Mit über 2.000 Rückkehrern aus dem Dschihad nach Europa und aktuell rund 50 bis 60 in Österreich inhaftierten sowie 120 entlassenen und in Deradikalisierungsprogrammen befindlichen Personen ist das Reservoir weiterer potenzieller Täter hoch. Zudem besteht in Österreich mit etwa 30 als salafistisch einzustufenden Moscheen eine islamistische Szene, die auch international vernetzt ist. Damit bleibt die Terrorbedrohung 2021 für Österreich erhöht, und weitere Terroranschläge in Europa werden erfolgen.

Diese Art konventioneller terroristischer Aktivitäten bedroht in ihrer Dimension nicht die Stabilität des Gesamtsystems Österreichs. Eine andere Qualität kommt aber dem noch nicht eingetretenen systemischen oder souveränitätsgefährdenden Terrorangriff zu. Ein solcher wäre eine koordinierte, von mehreren größeren Terrorzellen gleichzeitig und über einen längeren Zeitraum verübte Anschlagsserie auf die kritische Infrastruktur Österreichs oder ein mit chemischen oder biologischen Massenvernichtungswaffen durchgeführter Angriff mit hohen Opferzahlen. Haben sich dschihadistische Akteure bereits nachweislich bemüht, entsprechende Fähigkeiten zu entwickeln, so könnte auch in diesem Bereich von der Corona-Pandemie eine negative Vorbildwirkung ausgehen. Eine vorsätzlich herbeigeführte Pandemie oder eine bloß schon glaubwürdig angedrohte Freisetzung von infektiösen biologischen Agenzien könnte insbesondere westlich-liberale Staaten in eine Dauerkrise stürzen. Das gilt für terroristische Organisationen, aber auch für strategische staatliche Herausforderer, denn sofern diese die eigenen Schadensfolgen unverhältnismäßig geringer halten könnten, entfielen das bisherige Argument der Irrationalität eines solchen Angriffs. Damit würde sich auch die bisher als gering beurteilte Eintrittswahrscheinlichkeit erhöhen. Strategische Voraussetzung auf Seiten des Gegners für solche Vorgangsweisen wären eine geringere eigene wirtschaftliche Verwundbarkeit und eine aus einer allgemeinen Geringschätzung des menschlichen Lebens resultierende höhere Bereitschaft, Opfer in Kauf zu nehmen. Daher hat der Terrorismus mit radiologischen, chemischen oder biologischen Mitteln in Folge von COVID-19 in westlichen strategischen Lagebildern generell eine höhere Berücksichtigung erfahren.

Fazit: Kein sicherheitspolitischer »Lockdown« für Krisen und Risiken jenseits von COVID-19

Im Jahr 2021 wird die COVID-19 Pandemie in Österreich und in weiten Teilen der Welt das alles dominierende Thema bleiben. Gleichzeitig aber wird es für die anderen relevanten Sicherheitsthemen zu keinem »sicherheitspolitischen Lockdown« kommen. Vielmehr wird die Pandemie bestehende Sicherheitsrisiken und Entwicklungstrends noch weiter verstärken und beschleunigen.

Über COVID-19 hinausgehend stellt sich das Risikobild für Österreich sehr herausfordernd und geprägt von massiven Unsicherheiten und Ungewissheiten dar. Österreich sieht sich mit einer strategischen Risikolage konfrontiert, die als hochgradig volatil und komplex zu bewerten ist. Der Bewährungsfall für die österreichische Sicherheitspolitik ist eingetreten: Internationale Krisen setzen sich auf hohem Niveau fort und die Sicherheit in Österreich ist zunehmend resilienzgefährdenden Risiken ausgesetzt.

Neben klar identifizierbaren, konkret beschreibbaren Risikokategorien, deren Ablauf und Bewältigung in einem kalkulierbaren Erwartungsraum erfolgt, treten vermehrt Systemrisiken. Systemrisiken ergeben sich aus einer eskalierenden Vernetzung singulärer Einzelereignisse und können häufig auch politisch instrumentalisiert und eskaliert werden. Eine genaue Vorhersage solcher in Kaskaden sich verbreitender Systemrisiken ist auf Grund der vielfältigen Vernetzungen und Abhängigkeiten nur schwer möglich. Damit beginnt sich eine neue Qualität strategischer Sicherheitsbedrohungen zu manifestieren, die die Vorstellung dessen, was sicherheitspolitisch zukünftig denkbar, möglich oder wahrscheinlich ist, verändern wird.

Diese neuen strategischen Risikoentwicklungen bedeuten in letzter Konsequenz, dass sich sicherheitspolitisches Denken zukünftig nicht vorrangig an Wahrscheinlichkeiten orientieren kann, sondern Risiken inkludieren muss, deren Eintreten sich allenfalls aus Kaskadeneffekten beurteilen lässt, die aber eine hochgradig negative Auswirkung auf das Überleben von Staat und Gesellschaft haben können. Sicherheit neu denken heißt daher, Konzepte und Fähigkeiten nicht nur an der Eintrittswahrscheinlichkeit bestimmter Szenarien, sondern auch am möglichen Schadensausmaß

auszurichten. Gefordert ist ein Verständnis von Sicherheitspolitik als eine Kernaufgabe des Staates, die mit hinreichenden Ressourcen unterlegt ist und nicht bloß als Randgebiet gesehen wird, dessen Bedeutung und Ressourcenzuwendung sich nach den Prioritäten anderer Politikfelder bemisst.

Damit ist die österreichische Sicherheitspolitik im Jahr 2021 gefordert, drei strategische Herausforderungen gleichzeitig zu bewältigen: Zunächst und vordringlich gilt es, Kontrolle über die COVID-19-Krise und deren Auswirkungen zu bekommen, sodann muss das nationale Sicherheitsmanagement auf über den bisherigen Erwartungsraum hinausgehende komplexe Szenarien eingestellt werden und letztlich ist die strategische Krisenfestigkeit Österreichs und Europas mit Blick auf eine erhöhte europäische Autonomie und Handlungsfähigkeit auf stabilere Beine zu stellen.

Sicherheit 2021 ist keine Selbstverständlichkeit, aber auch keine Unmöglichkeit

Strategische Vorausschau kann politische Entscheidungsträger bei der angesichts der Vielzahl an realen und hypothetischen Krisen unumgänglich notwendigen Prioritätensetzung unterstützen. Je treffsicherer die Antizipation, desto größer die Chance für eine gezielte Festlegung von Vorsorge-Prioritäten. Sicherheit ist keine Selbstverständlichkeit, aber auch keine Unmöglichkeit, sofern sie als vorausschauende, vorsorgende und umfassende sowie europäisch-kooperative Gestaltungsaufgabe konzipiert ist.

Generalmajor Dr. **Johann Frank**, MAS, geboren 1969, ist Direktor des Instituts für Friedenssicherung und Konfliktmanagement an der Landesverteidigungsakademie Wien. Von 2014 bis 2020 war er Sicherheitspolitischer Direktor im Bundesministerium für Landesverteidigung. Er war beratendes Mitglied im Nationalen Sicherheitsrat der Republik Österreich und ist Mitglied der Wissenschaftskommission beim BMLV. Er ist Verfasser zahlreicher wissenschaftlicher Publikationen zur europäischen und österreichischen Sicherheitspolitik.



Bild: Zerbor/Shutterstock.com

Verteidigungspolitische Konklusionen

Autor:
Arnold Kammel

Österreich und das Österreichische Bundesheer stehen auch im aktuellen Beobachtungszeitraum vor erheblichen Sicherheits Herausforderungen. Seit dem Ausbruch der Corona-Pandemie in Europa zu Beginn des Jahres 2020 wurde deutlich, dass COVID-19 auch tiefgreifende Auswirkungen auf die globale und europäische Sicherheitspolitik haben und schon bestehende sicherheitspolitische Krisen- und Konfliktbilder weiter beschleunigen wird.

Das zuvor dargestellte Risikobild hat sich umfassend der erwartbaren Bedrohungslage gewidmet. Generell lässt sich bereits seit Jahren eine Verschlechterung der Sicherheitslage für Europa und Österreich konstatieren. Wir sehen eine immer stärker konfrontative Weltordnung, eine Forcierung unilateralen Handelns von globalen, aber auch regionalen Akteuren und eine Infragestellung des internationalen politischen Systems und Völkerrechts.

Das Jahr 2020 war in diesem Zusammenhang beispielhaft. Risiken, deren Eintrittswahrscheinlichkeit über die vergangenen Jahre als zumindest möglich angesehen wurde, sind eingetreten. Cyberangriffe, Pandemien, Naturkatastrophen, regionale Konflikte und Terror-

anschläge wurden zur Realität. Die noch immer reale Herausforderung der Migration mit einem Potenzial von mehreren Millionen Menschen trat durch die Befassung mit den anderen Herausforderungen gleichsam in den Hintergrund. Der vollzogene Brexit wie auch der fortdauernde Klimawandel verkamen gleichsam zur Randnotiz.

Dieser Trend hat sich auch am Beginn des Jahres 2021 fortgesetzt. Sei es im Nahen und Mittleren Osten, in Afrika oder Asien. Darüber hinaus ist Europa und damit auch Österreich zu Jahresbeginn nur knapp an einem Blackout vorbeigeschrammt.

Risikobild 2030

In Hinblick auf die Ausrichtung von Streitkräften zur Adressierung schon bestehender und künftiger Herausforderungen ist es folglich erforderlich, mögliche Risiken, Trends und Bedrohungen fortwährend zu analysieren und beurteilen. Dieser Analyse folgend sind die richtigen sicherheits- und verteidigungspolitischen Schlussfolgerungen zu ziehen. Das Bundesministerium für Landesverteidigung hat daher ein verteidigungspolitisches Risikobild mit der Perspektive 2030 erstellt. Dieses bildet die Grundlage für die Planung des Bundesheeres der Zukunft.

Eine zunehmend konfrontative geopolitische Lage, regionale Konflikte und vermehrtes Auftreten resilienzgefährdender Extremereignisse bestimmen das verteidigungspolitische Risikobild für Österreich bis 2030. Klimawandel, Pandemien, disruptive Technologieentwicklung und die tiefe Wirtschaftskrise in Folge von COVID-19 wirken als risikoverschärfende Faktoren. Diese Trends werden durch die steigenden Herausforderungen und die künftige Entwicklung der Handlungsfähigkeit der EU und anderer relevanter Organisationen wie UN, NATO und OSZE weiter verstärkt. Generell ist daher in der nächsten Dekade mit einer im Vergleich zu den vergangenen zwanzig Jahren sich weiter verschlechternden Sicherheitslage zu rechnen.

Das Risikobild 2030 identifiziert als relevanteste Herausforderungen hybride Bedrohungen, sich verschärfende Konflikte im südlichen und östlichen Krisenbogen, die Weiterentwicklung der GSVP, souveränitätsgefährdende Angriffe und resilienzgefährdende Extremereignisse. Welche Konsequenzen ergeben sich hieraus für die österreichische und europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik? Welche Ausprägung erfährt in diesem Kontext die Landesverteidigung?

Hybride Bedrohungen

Das Schwergewicht der verteidigungspolitischen Neuausrichtung der militärischen Landesverteidigung sollte sich an einem hybrid agierenden, vorwiegend subkonventionellen Gegner orientieren. Hybride Bedrohungen sind dadurch gekennzeichnet, dass das völkerrechtlich klar normierte Kriegsbild durch breit gefächerte, oft unvorhersehbare Formen der Gewaltanwendung ergänzt wird. Die der österreichischen Rechtsordnung entsprechende klare Trennung zwischen innerer Sicherheit und militärischer Landesverteidigung wird immer schwieriger zu ziehen sein.

Darüber hinaus nutzen hybrid agierende Akteure den Graubereich zwischen einem offen ausgetragenen bewaffneten Konflikt und verdeckten subkonventionellen Angriffen systematisch aus. Dadurch sollen völkerrechtliche Regeln umgangen werden.

Die österreichischen Streitkräfte müssen daher schnell, flexibel sowie robust organisiert und einsetzbar sein. Die Fähigkeit zum koordinierten Kampf in allen Domänen inklusive Luft- und Cyber-Raum ist dabei das wesentliche militärische Alleinstellungsmerkmal.

Das liegt daran, dass ein hybrider Angriff auch zu einem konventionellen hocheskaliert werden kann. Verfügt das Bundesheer über die hierfür notwendigen Fähigkeiten und Kapazitäten, wirkt dies abschreckend auf hybride Akteure. Dabei genügt es allerdings nicht, nur Österreich im Blick zu haben. Hybride Bedrohungen inklusive Desinformationskampagnen und Cyber-Bedrohungen stellen auch für Europa eine direkte Sicherheitsbedrohung dar.

Grundsätzlich stellt sich gerade mit Blick auf diese Herausforderungen und insbesondere die hybriden Bedrohungen die Frage, wo diesen am besten begegnet werden kann: primär im eigenen Land oder durch die Stabilisierung des europäischen Umfelds?

Das Umfeld der Europäischen Union

Konflikte im südlichen und östlichen Krisenbogen bleiben ein zentraler Faktor der europäischen Sicherheitsagenda. Aktuell geben die Spannungen um die Nutzung von Erdgasfeldern im östlichen Mittelmeer, die Lage im Libanon und in Syrien, der amerikanische Truppenabzug aus dem Irak und aus Afghanistan sowie die Situation in Libyen und in der Sahel-Region Anlass zur Besorgnis in Europa. Aber auch der Konflikt um die Ostukraine, der nach wie vor fragile Westbalkan und der Krieg um Bergkarabach müssen nach wie vor hoch auf der Sicherheitsagenda der EU stehen. Wie nachhaltig die aktuell positive Dynamik im Nahostkonflikt ist, lässt sich unmittelbar nach dem Amtswechsel in den USA noch nicht absehen.

Die meisten in Österreich unmittelbar relevanten Risiken resultieren aus Entwicklungen im Umfeld der EU. Daher sind österreichische Beitragsleistungen zur Reduktion solcher Risiken oder Abwendung von Bedrohungen im Rahmen einer proaktiven Umfeldstabilisierung unabdingbar – einschließlich internationalem Krisenmanagement im Rahmen der EU, UN, NATO und OSZE, auch mit robusten militärischen Kräften. Hier wird von Österreich weiterhin ein entsprechender Beitrag verlangt werden.

Man muss sich dabei aber bewusst sein, dass es im Bereich des internationalen Krisenmanagements zu einem Richtungswechsel weg von klassischen Peacekeeping-Operationen hin zu auch qualitativ anspruchsvolleren Missionen und Operationen gekommen ist. Gerade mit Blick auf Operationen und Missionen im Rahmen der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) der EU sowie auch der NATO zeigt sich, dass etwa Trainings- und Ausbildungsmissionen auch einen höheren Anspruch an die Qualität der Streitkräfte stellen.

Mit der neuerlichen Übernahme der Kommandofunktion bei der European Union Training Mission in Mali im ersten Halbjahr 2022 und der Beibehaltung des starken Engagements auf dem Westbalkan sowie im Rahmen der United Nations Interim Force im Libanon bringt Österreich deutlich zum Ausdruck, dass es auch weiterhin seinen Beitrag zum internationalen Krisenmanagement leistet und damit wesentlich zur Umfeldstabilisierung beiträgt.

Die Komplexität dieser Herausforderungen übersteigt die Möglichkeiten eines unilateralen Ansatzes, daher sind diese nur im Rahmen internationaler und europäischer Kooperationen zu bewältigen.

Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik

Betrachtet man die Entwicklungen im Bereich der GSVP, so ist man mit unterschiedlichen Konjunktur-Zyklen in den ersten beiden Dekaden konfrontiert. Während sich zu Beginn des Millenniums die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) – um es in den Worten des damaligen Hohen Vertreters Javier Solana auszudrücken – mit Lichtgeschwindigkeit entwickelte, verlangsamte sich die weitere Ausgestaltung, die Schritt für Schritt mit kleineren Initiativen weiter vorangetrieben wurden.

Im Dezember 2013 wurde der Europäische Rat unter das Motto »Defence matters« gestellt. Zum ersten Mal seit dem Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon wurde auf Ebene der Staats- und Regierungschefs eine Debatte über die Weiterentwicklung der GSVP gestartet. Seither sieht man im Bereich der GSVP qualitative Entwicklungsschritte: Von der Verabschiedung der EU-Globalstrategie über den Start der Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit und die Einrichtung eines Europäischen Verteidigungsfonds bis zur Schaffung der Military Planning and Conduct Capability wurden graduelle Schritte zur Weiterentwicklung der GSVP gesetzt.

Unter der mit 31. Dezember 2020 beendeten deutschen Ratspräsidentschaft wurden auch die Option der Drittstaatenbeteiligung im

Rahmen der Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit, die Einrichtung der Europäischen Friedensfazilität und die Ausarbeitung eines Strategischen Kompasses auf den Weg gebracht. Dieser Prozess, der auf zwei Jahre angelegt ist, soll auf der Grundlage des gültigen Ambitionsniveaus gemäß der EU-Globalstrategie zu einer klareren Zieldefinition, was man im Rahmen der GSVP erreichen will, beitragen.

Ausgehend von einer gemeinsamen Bedrohungsanalyse soll eine Verbesserung des europäischen Krisenmanagements, eine Erhöhung der Widerstandsfähigkeit der EU und ihrer Mitgliedstaaten sowie auch die verstärkte Einbeziehung von Partnern erreicht werden. Österreich hat sich in der Vergangenheit an diesen Prozessen im Rahmen seiner verfassungsmäßigen Rahmenbedingungen proaktiv eingebracht und trägt damit der enormen Bedeutung der Europäischen Union für seine Sicherheits- und Verteidigungspolitik Rechnung.

Für Österreichs Sicherheit ist und bleibt die EU der entscheidende Handlungsrahmen. Gerade deswegen ist es im österreichischen Interesse notwendig, die Weiterentwicklungsschritte sorgsam zu überprüfen, weiterhin proaktiv mitzugestalten und mit entsprechenden Beiträgen auch zu unterstützen sowie die auf europäischer Ebene getroffenen Entscheidungen in der nationalen Streitkräfteplanung zu berücksichtigen. Durch die bereits erwähnte deutsche EU-Ratspräsidentschaft im 2. Halbjahr 2020 wurden neue Weiterentwicklungsschritte initiiert, die über die portugiesische und slowenische Präsidentschaft spätestens unter der Vorsitzführung Frankreichs im 1. Halbjahr 2022 wieder proaktiv thematisiert werden.

Angesichts der Herausforderungen, die nicht mehr alleine national bewältigt werden können, muss der Trend zu Kooperationen als Grundprinzip der Verteidigungspolitik weiter verstärkt werden. Viele der auch für Österreich relevanten Krisen sind nur in Zusammenarbeit mit anderen Staaten oder Staatenbündnissen lösbar. Dies lässt sich meist nur durch die aktive Mitwirkung Österreichs an der Weiterentwicklung der GSVP beantworten. Kooperation darf in diesem Kontext allerdings nicht als Einbahnstraße verstanden werden, sondern es bedarf auch der Aufstellung entsprechender Fähigkeiten, um Koope-

rationen eingehen zu können. Wer auf Solidarität anderer zählt und europäische Sicherheitspolitik mitgestalten will, muss auch selbst in der Lage sein, relevante Beiträge zu erbringen.

Souveränitätsgefährdende Angriffe und resilienzgefährdende Extremereignisse

COVID-19 hat tiefgreifende Auswirkungen auf die globale und europäische Sicherheitspolitik und wird schon bestehende Krisen- und Konfliktbilder weiter beschleunigen. Der Trend zu unilateralem Handeln von globalen, aber auch regionalen Akteuren wird sich weiter fortsetzen. Darüber hinaus hat die Pandemie auch die nicht vollkommen ausgeprägte Resilienz staatlicher Strukturen klar vor Augen geführt. Neben der Konjunktur und der wirtschaftlichen Zukunft belastet diese Krise die Budgets von Staaten und internationaler Organisationen und bindet finanzielle und personelle Mittel öffentlicher und privater Akteure. Und sie setzt die Sicherheitsvorsorge von Staaten und internationalen Organisationen unter Druck. Daher gilt es hier auch ein besonderes Augenmerk auf die ausreichende budgetäre Bedeckung für den Bereich der Sicherheits- und Verteidigungspolitik zu werfen. Die Konsequenzen der Finanz- und Wirtschaftskrise 2008 auf dieses Politikfeld sind noch immer spürbar.

COVID-19 hat eindrücklich die Verwundbarkeit unserer Gesellschaft aufgezeigt und den Ruf nach Resilienz erhöht. Ein unsichtbarer Gegner, der nicht greifbar und mit klassischen Mitteln zu bezwingen ist, hat auch zu neuen Aufgaben für Streitkräfte in ganz Europa geführt. Die Rolle des Militärs als strategische Handlungsreserve und Rückgrat staatlicher Strukturen wurde hier klar unterstrichen. Auch bei anderen resilienzgefährdenden Extremereignissen wie beispielsweise einem flächendeckenden Blackout wird die Sicherheits- und Verteidigungspolitik eines Landes auf den Prüfstand gestellt werden. Die Ereignisse zu Beginn des Jahres 2021 haben die Notwendigkeit einer intensiven Auseinandersetzung mit dieser Thematik nochmals klar verdeutlicht.

Für Österreich bedeutet dies, dass neben der primären Aufgabe der militärischen Landesverteidigung auch weiterhin der Ruf nach Assistenz- und Unterstützungsleistungen des Bundesheeres ergehen wird. Zurecht wird von der Bevölkerung eine aktive Rolle des Heeres erwartet. Im Mittelpunkt steht der Einsatz des Bundesheeres zum Schutz der Lebensgrundlagen, der kritischen Infrastruktur und der demokratischen Freiheiten. Auch weiterhin muss das Bundesheer in seiner Gesamtheit die nationale Handlungsreserve der Republik in Krisensituationen darstellen. Als solches trägt es zur Sicherstellung der Aufrechterhaltung des souverän entscheidenden politischen Systems Österreich bei. Dazu muss es – und das ist wohl ein Alleinstellungsmerkmal von Streitkräften – über entsprechende Vorhalte-, Durchsetzungs- und Durchhaltefähigkeiten verfügen.

Fazit

Die österreichische Sicherheits- und Verteidigungspolitik bewegt sich zwischen verfassungs- und einfachgesetzlich determinierten und durch politische Grundsatzdokumente festgelegten Aufgaben, der bestmöglichen Bewältigung der skizzierten Risiken, politischen Schwerpunktsetzungen sowie den budgetären Rahmenbedingungen.

Angesichts der hohen Unsicherheiten und komplexen Wechselwirkungen zwischen einzelnen Risiken sind konkrete Eintrittswahrscheinlichkeiten für einzelne Szenarien nur schwer prognostizierbar. Strategische Vorwarnzeiten, zehn Jahre oder mehr, die früher für die Kalkulation eines allfälligen Wiederaufwuchses militärischer Fähigkeiten genutzt werden konnten, existieren insbesondere angesichts hybrider Bedrohungen nicht mehr. Die Etablierung eines gesamtstaatlichen, kontinuierlichen und umfassenden Risikobeurteilungs- und Monitoringprozesses ist daher unabdingbar. Zudem steigt der Bedarf an rascher und flexibler Reaktionsfähigkeit, hoher Einsatzbereitschaft, Autarkie bzw. Durchhaltefähigkeit der Streitkräfte.

Die erwartbaren Herausforderungen und Entwicklungen führen auch zu Veränderungen von grundlegenden verteidigungspolitischen Pla-

nungsparametern, die in der künftigen Ausrichtung des Österreichischen Bundesheeres berücksichtigt werden müssen. Daher hat eine zeitliche und finanzielle Priorisierung der konkreten Ausrichtung der Fähigkeiten des Bundesheeres zu erfolgen, die insbesondere die dargestellten Herausforderungen innerhalb einer Dekade berücksichtigt.

Um diesen Entwicklungen Rechnung zu tragen, wird im Bundesministerium für Landesverteidigung wie erwähnt ein den aktuellen Herausforderungen entsprechendes Streitkräfteprofil für das Österreichische Bundesheer mit einem Zeithorizont bis 2030 erarbeitet. Dabei liegt auch ein besonderes Augenmerk auf der Zukunftsrobustheit der einzelnen Varianten, sprich darauf, welchen erwartbaren Entwicklungen bereits jetzt entsprechend planerisch Rechnung getragen werden kann. Bereits 2013 wurde in der Österreichischen Sicherheitsstrategie zutreffend festgehalten: »Moderne Sicherheitspolitik ist heute ein Querschnittsthema, das in beinahe allen Lebens- und Politikbereichen mitgedacht werden muss. Sie muss umfassend und integriert angelegt, aktiv gestaltet und solidarisch umgesetzt werden.« Nur so wird es trotz der Vielzahl an Herausforderungen gelingen, Sicherheit für die Bürgerinnen und Bürger entsprechend zu gewährleisten.

Autoreninformation

Dr. **Arnold H. Kammel**, geboren 1981, ist seit Juni 2019 Kabinettschef und seit April 2020 auch (mit der Führung beauftragter) Leiter der Direktion für Sicherheitspolitik im Bundesministerium für Landesverteidigung in Wien. 2018/19 Berater im Kabinett des Bundesministers für EU, Kunst, Kultur und Medien im Bundeskanzleramt; 2004 bis 2018 Research Fellow, Generalsekretär und Direktor des Austria Institut für Europa- und Sicherheitspolitik (AIES); 2002 bis 2004 Junior Researcher am Institut für Österreichisches, Europäisches und Vergleichendes Öffentliches Recht, Politikwissenschaft und Verwaltungslehre der Karl-Franzens-Universität Graz. Zahlreiche Lehrtätigkeiten und Mitgliedschaften in wissenschaftlichen Gesellschaften.

02

Globalstrategische Trends





Bild: Michelle Patrick/Shutterstock.com

Umfeldszenarien 2035

Autor:
Bernhard Richter

Zusammenfassung

Die verteidigungspolitischen Umfeldszenarien 2035 stellen eine Weiterentwicklung der seit 2012 in der Direktion für Sicherheitspolitik des Bundesministeriums für Landesverteidigung initiierten szenario-basierten Langfristanalyse dar. Diese Szenarien, insbesondere jene im Erwartungsraum, zeigen ein sehr konfrontatives fragmentiertes internationales politisches System mit mehreren Schlüsselunsicherheiten und einem hohen Konfliktpotenzial.

Methodischer Hintergrund

In der modernen Zukunftsforschung hat sich die Erkenntnis durchgesetzt, dass es die Zukunft nicht geben kann, sondern in alternativen Zukünften gedacht werden sollte. Diesem Postulat folgend wurde in der Direktion für Sicherheitspolitik 2011 ein szenariobasierter verteidigungspolitischer Managementprozess initiiert. Dabei wurden mehrere Umfeldszenarien erarbeitet, die gemeinsam mit unterschiedlichen Strategieoptionen für das Österreichische Bundesheer als Grundlage für die Teilstrategie Verteidigungspolitik und andere Prozesse des verteidigungspolitischen Managementprozesses verwendet wurden. So ist das Trendszenario 2021 eine unmittelbare mittelfristige Ableitung aus den langfristigen Umfeldszenarien.

Die vorliegenden Umfeldszenarien sind ein Update und eine Weiterentwicklung dieser Umfeldszenarien mit einem Zeithorizont bis 2035.

Diese Szenarien basieren auf 13 Schlüsselfaktoren (z. B. globale machtpolitische Entwicklungen, Rolle der USA, Chinas, Russlands, globale Wirtschaftliche Entwicklungen, relevante Entwicklungen der EU etc.). Für diese Schlüsselfaktoren wurden alternative Möglichkeiten der Entwicklung erarbeitet, die anschließend über eine Konsistenzanalyse zu sieben Szenarien zusammengefügt wurden.

Die Szenarien

Szenario 1: Bipolarer Systemkonflikt –

Exklusives Kerneuropa strebt nach eigener Verteidigungsfähigkeit.

Dieses Szenario beschreibt einen bipolaren Systemkonflikt zwischen USA und China mit zwei getrennten Einflussphären. Die Gefahr zwischenstaatlicher Kriege ist sehr hoch, insbesondere im Nahen und Mittleren Osten und in Asien. Zwischen den Großmächten ist die hybride Konfliktaustragung mittlerweile an der Tagesordnung. In Europa hat sich eine Gruppe von Staaten zusammengeschlossen, die die eigene Verteidigungsfähigkeit anstreben (exklusives Kerneuropa).

Szenario 2: Multipolar konfrontative Welt –

Vollumfängliche EU mit globaler militärischer Projektionsfähigkeit.

Dieses Szenario beschreibt ein multipolares Umfeld, in dem sich die einzelnen Pole eher antagonistisch gegenüberstehen. Die Gefahr zwischenstaatlicher Kriege ist sehr hoch, und die Großmächte – mit deren Regionalverbänden – unterhalten moderne hochgerüstete Streitkräfte. Die EU hat sich zu einer vollumfänglichen Union mit gemeinsamen Streitkräften und einer globalen militärischen Projektionsfähigkeit entwickelt.

Szenario 3: Eine anarchische Welt ohne berechenbare Strukturen –

Vollumfängliche EU mit umfassender globaler Projektionsfähigkeit.

Dieses Szenario beschreibt eine konfrontativ geprägte Welt, die ihre berechenbaren Strukturen verloren hat. Die großen Spannungen zwischen den Großmächten entladen sich in erster Linie in Form von Stellvertreterkriegen in Afrika, im Nahen und Mittleren Osten und in Zentralasien. Auch hybride Konflikte werden zwischen den Großmächten ausgetragen. Die EU hat sich zu einer vollwertigen politischen Union mit umfassender globaler Projektionsfähigkeit entwickelt.

Szenario 4: Unipolar konfrontatives globales System –

EU der variablen Geometrie.

Die USA behalten ihre unangefochtene globale Vormachtstellung in einer konfliktgeladenen Welt. Es besteht die Gefahr offener zwischenstaatlicher Kriege, in erster Linie kommt es aber zu Stellvertreterkriegen, Proxywars und hybriden Konflikten. Die EU verfolgt eine differenzierte Integration, eine Reihe Staaten schließt sich zu einer vertieften Kooperation in nahezu allen Politikbereichen zusammen. Das verteidigungspolitische Ziel dieser Staaten ist in erster Linie die Verteidigung der EU-Außengrenzen und des unmittelbaren strategischen Umfeldes.

Szenario 5: Unipolar konfrontatives globales System –

Desintegration der EU in instabilem Umfeld.

Die USA behalten ihre globale Vormachtstellung und sind in ihrer Rolle als globaler Sicherheitsprovider zurückgekehrt. Das strategische Schwergewicht der USA ist jedoch im Westpazifik. Das Sicherheits-

umfeld ist dennoch sehr instabil und konfrontativ. Durch starke wirtschaftliche Konkurrenz und viele Krisen hat sich die EU desintegriert. Auch die GSVP ist gescheitert.

Szenario 6: Kooperative Weltordnung des effektiven Multilateralismus – Zivilmacht Europa im eurostrategischen Umfeld.

Dieses Szenario beschreibt eine multipolare kooperative Weltordnung des effektiven Multilateralismus. Konflikte beschränkten sich auf zwischenstaatliche Spannungen auf sehr geringem Niveau. Europa begreift sich als Zivilmacht und verfolgt einen umfassenden sicherheitspolitischen Ansatz.

Szenario 7: Unipolares kooperatives Umfeld – Innerer Zerfall Europas.

Die USA behalten global die Vorherrschaft und agieren als wohlwollender Hegemon. Die Gefahr zwischenstaatlicher Konflikte und die Intensität von substaatlichen Konflikten ist relativ niedrig. Europa zerfällt und wird zu einem Krisenherd in einer eher kooperativen Welt.

Bewertung

Die einzelnen Umfeldszenarien wurden in einem weiteren Schritt in Hinblick auf ihre Nähe zur Gegenwart sowie auf ihre Eintrittswahrscheinlichkeit im beobachteten Zeithorizont 2035 beurteilt. Die Ergebnisse der Szenariobewertung lassen erkennen, dass der Erwartungsraum deutlich breiter gefasst ist als 2012. Es sind fünf statt vier Szenarien im Erwartungsraum enthalten, und diese sind auch thematisch breiter gefasst, d. h. es werden mehr unterschiedliche Entwicklungen beschrieben. Auch wird erkennbar, dass der gegenwärtige Zustand des Systems weniger unterschiedlich zur erwarteten Zukunft wahrgenommen wird. Die Einschätzung der Gegenwart bewegt sich schon sehr nahe in Richtung des Erwartungsraumes, d. h. dass schon in der Gegenwart Elemente der Szenarien im Erwartungsraum erkennbar sind.



Bewertung der Szenarien

Zu erkennen ist, dass die erwarteten Szenarien eine eher konfrontative Ausprägung und eine starke Fragmentierung des internationalen Systems aufweisen. Eine der Schlüsselunsicherheiten in diesem Modell ist die Frage, ob das internationale System eine multipolare (bipolare) oder eine weiterhin unipolare Ausprägung haben wird. D. h. konkret, ob China den Aufstieg zu einer globalen Supermacht bewerkstelligen und mit den USA gleichziehen kann, oder ob die USA auch in den nächsten Dekaden die einzige globale Supermacht in allen Kategorien der Macht sein wird.

Die zweite Schlüsselunsicherheit in diesem Modell ist die Entwicklung der europäischen Integration. In Bezug auf die politische EU-Integration wurde gleichermaßen die Erwartung einer vertieften europäischen Integration als auch eine mögliche Desintegration des europäischen Integrationsmodells zum Ausdruck gebracht.

Im Gegensatz zu den Umfeldszenarien aus 2012 und der darauf aufbauenden Bewertung des Zukunftsraumes erscheint gegenwärtig auch ein Scheitern der europäischen Integration als denkbar, und dies in einem global sehr konfliktiven und regional äußerst instabilen Umfeld. Dies war bei der Szenariobewertung 2012 für nahezu alle Teilnehmer undenkbar.

Kernaussagen

- Eine Erkenntnis aus der Szenariobewertung ist, dass die Erwartungshaltung einer Verschlechterung des globalstrategischen Umfeldes hin zu fragmentierten, konfrontativen internationalen Umfeldern mit abnehmender globaler und regionaler Steuerungsfähigkeit tendiert.
- Schlüsselunsicherheiten in diesem Modell sind die Ausprägung des internationalen Systems und die Entwicklung der politischen Integration der EU.
- Die sicherheitspolitische Entwicklung der EU ist abhängig von globalen Entwicklungen.
- Weil zu erwarten ist, dass die globalen Entwicklungen deutlich konfrontativer werden, muss die EU mehr als bisher bereit sein, globale Wirkungsfähigkeit zu entwickeln und auch anzuwenden.
- Will die EU in dieser Welt überleben und globalen Einfluss generieren, muss sie auch zu einer deutlich vertieften Integration in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik bereit sein.

Key Messages

- One finding of the scenario assessment is that the global strategic environment is moving towards deterioration into a fragmented, confrontational international environment with decreasing possibilities of steering at the global and regional levels.
- Core insecurities in this model are the nature of the international system and the development of the European Union's political integration.
- The security-political development of the EU depends on global developments.
- Since the actors are expected to adopt an increasingly more confrontational attitude at the global level, more than ever the EU must be willing to develop, and also apply, a global projection capability.
- If the EU wants to survive in this world and exert global influence, it must be willing to adopt a clearly more integrated security and defence policy.

Autoreninformation

Oberst Dr. **Bernhard Richter**, geboren 1969, ist seit 2005 Referent für Zukunfts- und Trendanalyse in der Abteilung Verteidigungspolitik im Bundesministerium für Landesverteidigung. Er promovierte in Politikwissenschaft an der Universität Wien.



Bild: Brian A Jackson/Shutterstock.com

Die geopolitischen Herausforderungen Europas in den Jahren 2021 und 2022

Zusammenfassung

Auch in den kommenden Monaten wird die Europäische Union mit den Zentrifugalkräften im Innern und einer Reihe äußerer Herausforderungen konfrontiert sein, wobei der Druck wächst, auf beides schnelle und effektive Antworten zu finden. Der Machtwechsel in den USA wird das Gesprächsklima spürbar verbessern, aber nicht zur Wiederherstellung eines in sich geschlossenen »Westens« führen. Will die EU bei dem bereits stattfindenden Umbau der Weltordnung ein mitsprachefähiges Subjekt und nicht Objekt der Entscheidungen anderer sein, wird sie nicht umhinkommen, die Voraussetzungen strategischer Autonomie beschleunigt zu entwickeln: technologische Innovationskraft, ökonomische Durchhaltefähigkeit bei gravierenden Störungen der globalen Wirtschaft, politische Geschlossenheit und militärische Selbstbehauptungsfähigkeit.

Autor:
Herfried Münkler

Zentrifugalkräfte im Innern und Erosionsversuche von außen

Die politischen Dissense innerhalb der EU, die durch Kompromissbildung nicht aufzulösen sind, bestehen fort und werden sich weiter verschärfen. Da die Corona-Pandemie die einzelnen Länder der EU unterschiedlich getroffen hat, hat sie das wirtschaftliche Auseinanderdriften verstärkt und zu einer verstärkten Orientierung der Menschen am eigenen Staat geführt. Die Verbindung populistischer Distanz zur EU mit einer weit verbreiteten Enttäuschung über die schwache Rolle Brüssels bei der Pandemiebekämpfung, aber auch der stockende Fortschritt bei der Rekonstruktion des europäischen Wirtschaftsraums haben den Zusammenhalt der EU geschwächt. Hinzu kommen wachsende Differenzen über Rechtsstaatlichkeit, Liberalität und Pressefreiheit, also die gemeinsamen Werte der Union. Die EU steht in der Gefahr, in eine Agonie zu verfallen, die sie gänzlich handlungsunfähig macht.

Dass die EU trotz dieser Schwächesymptome im Innern vorerst ein geopolitisch relevanter Akteur ist oder doch von anderen Akteuren dieses Typs so angesehen wird, zeigen die Desinformationskampagnen, mit denen sie von Seiten Russlands überzogen wird, die vor allem die Balkanstaaten betreffende Strategie Chinas, eine finanzielle Abhängigkeit herzustellen, und das demonstrative Desinteresse der USA unter Donald Trump, den Zusammenhalt der Union zu befördern. Hier dürfte der Machtwechsel in den USA dazu führen, dass die Position der britischen Regierung in den Verhandlungen mit der EU schwächer wird und auch Polen und Ungarn bei destruktivem Agieren nicht mehr auf den Rückhalt Washingtons zählen können.

Die Krisenregion vom westlichen Balkan bis zum Kaspischen Meer

Die in den nächsten Monaten (und Jahren) größte Herausforderung der europäischen Sicherheit dürfte aus einem Raum ethnischer und religiöser Konflikte erwachsen, der vom Westbalkan über die Ägäis

und das Schwarze Meer mitsamt den an diesen angrenzenden Staaten Ukraine und Türkei über die Kaukasusregion bis zum Kaspischen Meer (und darüber hinaus) reicht. Hier ist die EU als geopolitischer Ordnungshüter gefragt. Die zahlreichen Konfliktherde auf dem Balkan sind zurzeit durch EU-Hilfen finanzieller, administrativer und humanitärer Art sowie die Aussicht auf EU-Mitgliedschaft stillgestellt. Der 2020 aufgebrochene Konflikt zwischen Griechenland und Zypern auf der einen und der Türkei auf der anderen Seite wird angesichts schwindenden Einflusses von EU-Staaten auf die Türkei und deren forciert neosmanische Politik fort dauern, wie überhaupt die schleichende Verabschiedung der Türkei aus der NATO und ihr Auftreten als eigenständige Regionalmacht konfliktverschärfend wirken. Die Instabilität der Ukraine sowie zahlreiche schwelende Konflikte in der Kaukasusregion kommen hinzu. In diesem Raum treffen die geopolitischen Interessen der EU, der Türkei und Russlands aufeinander. Man muss davon ausgehen, dass die im 19. Jahrhundert aufgetauchte »Orientalische Frage« im 21. Jahrhundert aufs Neue virulent wird.

Maritime Sicherheit

Der europäische Wirtschaftsraum ist in hohem Maße in die globale Ökonomie integriert, wobei der Güteraustausch nach wie vor wesentlich auf dem Seeweg stattfindet. Die Fähigkeiten der Europäer, die Sicherheit der Seewege zu garantieren, sind indes – zumal nach dem Brexit – überaus begrenzt. Es steht zu erwarten, dass auch die Biden-Administration in den USA von den Europäern einen größeren Beitrag zur militärischen Sicherung der Seewege fordern wird. Diesen Erwartungen werden die Europäer genügen müssen, wenn es nicht zu einem endgültigen Zerfall des »Westens« kommen soll. Es kommt hinzu, dass die Meere zunehmend zum Ausbeutungsraum von Rohstoffen werden, wobei der Arktis eine herausgehobene Rolle zukommt. Wenn die EU dabei nicht als relevanter Mitspieler in Erscheinung tritt, wird sie nicht nur ökonomische Nachteile, sondern auch einen politischen Reputationsverlust riskieren, der geopolitisch folgenreich sein dürfte.

Die Folgen der Corona-Pandemie

Im Umgang mit COVID-19 ging und geht es nicht nur um die Eindämmung von Infektionen und die Begrenzung wirtschaftlicher Schäden, sondern auch um die Frage, welches politische System bei der Bekämpfung der Pandemie mehr oder weniger erfolgreich ist. Die Evaluation dessen verändert über den Faktor von Soft Power die geopolitischen Konstellationen. Das Jahr 2020 war durch einen Reputationsgewinn Chinas und einen erheblichen Reputationsverlust der USA gekennzeichnet, wobei sich die EU bei unterschiedlichen Infektionsverläufen in den einzelnen Mitgliedstaaten »dazwischen« gehalten hat. Der Verlauf der Corona-Pandemie hat, wiewohl das Virus aus China kam, zu einer weiteren geopolitischen und geoökonomischen Gewichtsverschiebung nach Ostasien geführt, auf die sich die Europäer werden einstellen müssen.

Konsequenzen

Die politische Handlungsfähigkeit, der wirtschaftliche Zusammenhalt und die technologische Innovationskraft der EU müssen im Hinblick auf die geopolitische Selbstbehauptung Europas deutlich gestärkt werden. Defizite im Bereich von künstlicher Intelligenz und Softwareentwicklung sind nach Möglichkeit auszugleichen, was jedoch nur in staatenübergreifender Kooperation in der EU möglich ist. Die Krisenregion vom Balkan bis zum Kaspischen Meer erfordert eine größere Aufmerksamkeit, als ihr zuletzt zuteil geworden ist, und dabei ist auch Österreich gefordert.

Autoreninformation

Prof. Dr. **Herfried Münkler**, geboren 1951, war von 1992 bis 2018 Inhaber des Lehrstuhls für Theorie der Politik an der Humboldt-Universität zu Berlin. Er ist Mitglied der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaft. Seine Forschungsschwerpunkte sind Politische Ideengeschichte der Frühen Neuzeit, Theorie und Geschichte des Krieges sowie Politische Kultur-Forschung.

Kernaussagen

- Die Zentrifugalkräfte im Innern der EU werden nicht zuletzt auch infolge der Corona-Pandemie weiter zunehmen.
- Der Machtwechsel in den USA wird nicht zur Wiederherstellung eines in sich geschlossenen »Westens« führen.
- Die größte Herausforderung der europäischen Sicherheit wird in den nächsten Jahren aus der von ethnischen und religiösen Konflikten bestimmten Krisenregion vom Balkan bis zum Kaspischen Meer erwachsen.
- Europa wird einen größeren Beitrag zur militärischen Sicherung der Seewege leisten müssen.
- Die Evaluation der Erfolge der verschiedenen politischen Systeme bei der Bekämpfung der Corona-Pandemie verändert über den Faktor von Soft Power die geopolitischen Konstellationen.

Key messages

- The centrifugal forces within the EU will continue to grow, not least due to the corona pandemic.
- The change of power in the U.S. will not restore a West that is cohesive in itself.
- In the upcoming years, the biggest challenge to European security will stem from ethnic and religious conflicts in specific crisis regions ranging from the Balkans to the Caspian Sea.
- Europe will have to provide a larger contribution to securing the sea routes militarily.
- The evaluation of the success of the various political systems in fighting the corona pandemic changes the geopolitical constellations through the factor of soft power.



Bild: melitas/Shutterstock.com

Die global-liberale Ordnung der USA

Autor:
Herwig Jedlaucnik

Zusammenfassung

Die Aufrechterhaltung der global-liberalen Werteordnung dient unter anderem auch geostrategischen US-Interessen. Sie bindet die westlichen Verbündeten an die USA und garantiert diesen damit politische, wirtschaftliche und militärische Präsenz an ihren Gegenküsten. Das dahinterstehende strategische Ziel der USA ist die Aufrechterhaltung ihrer globalen Dominanz. An der hegemonialen Stellung der USA innerhalb der westlichen Partner wird sich in absehbarer Zeit nichts ändern, egal ob der Hegemon seine Stellung wohlwollend oder fordernd präsentiert. US-Präsident Joe Biden wird sich zur Absicherung US-amerikanischer Interessen und Ziele jedoch wieder vermehrt kooperativer Rhetorik bedienen. Multilateralismus wird dabei der Durchsetzung der Interessen des scheinbar wohlwollenden US-amerikanischen Hegemons dienen.

Global-liberale Ordnung unter Druck

Veränderungen der Machtverteilung und differentes ökonomisches Wachstum, wie wir es seit Jahren beobachten können, führen zur Bedrohung des Status quo und potenziell zu strukturellen Krisen. Die aktuelle Weltordnung wird von einer Minderheit der internationalen Akteure dominiert, von primär europäisch geprägten demokratischen Staaten, die zumeist in der nordwestlichen Hemisphäre beheimatet sind. Zahlreiche Akteure dieser Staatengruppe verfolgen dabei neben ihren nationalen Interessen auch das Ziel, die Welt zu einer vermeintlich besseren, jedenfalls zu einer friedlicheren und demokratischeren zu machen. Gleichzeitig hat diese westliche Staatengruppe das Ziel, die derzeitige Weltordnung stabil zu halten, auch um die eigene Machtposition abzusichern. Diese Stabilität ist jedoch gefährdet, da einige Staaten ihre Stellung im internationalen System zu verändern suchen und gleichzeitig eine Auseinandersetzung zwischen Liberalismus und einem neuen Totalitarismus chinesischer Prägung droht. Die globale geopolitische Struktur entwickelt sich dabei zu einer fragilen asymmetrischen Bipolarität, dominiert durch einerseits die USA und andererseits die chinesisch-russische Zwangsallianz. Dadurch stehen aber auch global-liberale Ordnungsvorstellungen unter Druck.

Der Hegemon

Für das Zustandekommen und den Fortbestand von Kooperation innerhalb einer Staatengruppe bedarf es zumeist der Führung eines Einzelnen, eines Hegemons. Insbesondere eine äußere Bedrohung animiert dazu, einen solchen zu akzeptieren. Aus europäischer Perspektive fehlt ein derart dominierender Staat hierorts. Daher bedarf es der USA als dominanten Partner. Vor allem in sicherheitspolitischen und geostrategischen Fragen fehlt Europa eine eigenständige Rolle. Es benötigt die NATO und den Hegemon USA, um zielgerichtet und kollektiv agieren zu können. Ähnlich stellt sich die Situation auch bei den westlichen Verbündeten in Ostasien dar.

Ein Hegemon ist dabei grundsätzlich ein Gleichartiger, der eine Gruppe durch die Einwilligung seiner Mitglieder führt. Daraus ergibt sich eine Gemengelage aus Einflussnahme und Herrschaft. Grundsätzlich führt ein Hegemon aber mit Konsens und nicht mit Zwang.

Die nationalen Interessen der USA

Der Großteil des US-amerikanischen Establishments glaubt, dass die Aufrechterhaltung der global-liberalen Werteordnung ein wesentliches US-amerikanisches Interesse ist. Gleichzeitig dient diese Ordnung geostrategischen US-Interessen. Sie bindet die westlichen Verbündeten an die USA und sichert ihnen so politische, wirtschaftliche und militärische Präsenz an ihren Gegenküsten. Das dahinterstehende strategische Ziel der USA ist die Aufrechterhaltung ihrer globalen Dominanz. Dazu wollen und werden sie weiterhin nicht nur den amerikanischen Kontinent, sondern auch die europäische und die asiatische Gegenküste dominieren.

Die NATO ist für die USA die institutionelle Grundlage sowohl für die permanente Präsenz US-amerikanischer Truppen an der atlantischen Gegenküste als auch für die Möglichkeit, europäische Angelegenheiten zu beeinflussen. Die klare Führung innerhalb des transatlantischen Bündnisses und die Unterordnung der europäischen Verbündeten wird durch den US-amerikanischen Oberbefehl sichergestellt. Europa will grundsätzlich auch geführt werden, aber europäische Eliten und Öffentlichkeiten wollen die Illusion hegen, dass sie gleichberechtigte Partner wären. Diese Illusion wurde von US-Präsident Donald Trump in den letzten Jahren deutlich gestört.

Wenn auch die institutionellen Strukturen anders sind und die eigene Rolle primär bilateral abgesichert ist, verfolgen die USA auch an ihrer asiatischen Gegenküste eine vergleichbare Politik. Auch diese garantiert die US-Präsenz an der pazifischen Gegenküste.

Zukünftige Stellung und Rolle des Hegemons

Allen Unkenrufen zum Trotz wird sich an der hegemonialen Stellung der USA in absehbarer Zeit auch nichts ändern, unabhängig davon, ob der Hegemon seine Stellung wohlwollend oder fordernd präsentiert: Donald Trump hatte die Maske des wohlwollenden Hegemons abgenommen, die US-Präsident Joe Biden nunmehr wieder aufsetzen wird. Unabhängig davon dienen internationale Institutionen dem Hegemon als Instrumente zur Durchsetzung seines Willens. Faktisch war die US-amerikanische Hegemonie schon immer auch eine institutionelle Form von Herrschaft. Wenn die Aufrechterhaltung US-amerikanischer Hegemonie als Ziel verstanden wird, ist die globale liberale Wertordnung kritisch betrachtet auch als politisches Instrument zu begreifen. Auch der vielgepriesene Multilateralismus ist in diesem Sinne primär instrumentell zu betrachten und dient der Realisierung US-amerikanischer Interessen. Ob es gefällt oder nicht, US-amerikanische Sicherheitspolitik orientiert sich prinzipiell primär an eigenen nationalen Interessen. Es ist aber auch ein Kennzeichen US-amerikanischer Politik, dass abhängig von innenpolitischen Rahmenbedingungen realistische oder liberal-institutionalistische Denkweisen prägend sind. Donald Trump hatte dabei dem Realismus noch einen Hauch Isolationismus beigefügt. Daher war Trump auch nicht bereit, im Namen von Demokratie und Liberalismus weitere Kriege zu führen.

Präsident Joe Biden wird hingegen wieder eher bereit sein, liberal-demokratische Ziele auch mit militärischer Gewalt durchzusetzen. Dennoch werden die USA vermutlich weniger aggressiv agieren als in der Clinton–Bush–Obama-Ära. Biden wird gegenüber den US-Partnern die nationalen Interessen der USA wieder besser kaschieren und diese zumindest vordergründig nur mit Soft Power durchzusetzen versuchen. Er wird sich zur Absicherung US-amerikanischer Interessen und Ziele wieder vermehrt kooperativer Rhetorik bedienen. Im Vergleich zu Trump denkt Biden weniger unilateral und eher multilateral. Er wird daher versuchen, seine europäischen und asiatischen Partner in einer konzertierten Strategie gegen die Herausforderer China und Russland zu vereinen. Multilateralismus wird dabei der

Durchsetzung der Interessen des scheinbar wohlwollenden liberalen US-amerikanischen Hegemons dienen.

Biden wird durch geschickten Einsatz internationaler Institutionen auch versuchen, die Kosten zur Durchsetzung der eigenen Interessen auf Partner und Verbündete zu übertragen. Dazu wird er der NATO und anderen Allianzen wieder mehr Aufmerksamkeit schenken. Von den europäischen Verbündeten wird er dafür mehr Verantwortung gegenüber dem von ihm als feindlich definierten Russland, aber auch im MENA-Raum einfordern. Vor allem aber wird er die bi- und multilateralen Bündnisse der USA im asiatisch-pazifischen Raum forcieren.

Autoreninformation

Oberst Dr. **Herwig Jedlaucnik**, MBA, geboren 1969, ist Berufsoffizier, Politikwissenschaftler und Unternehmensberater. Er ist Mitarbeiter am Institut für Strategie und Sicherheitspolitik an der Landesverteidigungsakademie Wien mit dem Forschungsschwerpunkt strategischer Entscheidungsfindungen.

Kernaussagen

- Für das Zustandekommen und den Fortbestand von Kooperation innerhalb einer Staatengruppe bedarf es zumeist der Führung eines Einzelnen, eines Hegemons.
- Internationale Institutionen dienen dem Hegemon als Instrumente zur Durchsetzung seines Willens.
- Europa will grundsätzlich geführt werden, aber europäische Eliten und Öffentlichkeiten wollen dabei die Illusion hegen, dass sie gleichberechtigte Partner wären.
- US-Präsident Biden wird gegenüber US-Partnern die nationalen Interessen der USA wieder besser kaschieren und diese zumindest vordergründig nur mit Soft Power durchzusetzen versuchen.
- Multilateralismus wird dabei der Durchsetzung der Interessen des scheinbar wohlwollenden liberalen US-amerikanischen Hegemons dienen.

Key messages

- The entering into, and the continuation of, cooperation within a group of states requires the lead of an individual, a hegemon.
- International institutions serve the hegemon as instruments for implementing his will.
- As a matter of principle, Europe wants to be led, but European elites and the public want to indulge in the illusion that they are equal partners.
- U.S. President Biden will return to disguising the national interests of the United States vis-à-vis their partners better and will apparently try to impose them only with soft power.
- Multilateralism will serve to impose the interests of the apparently sympathetic liberal U.S. American hegemon.

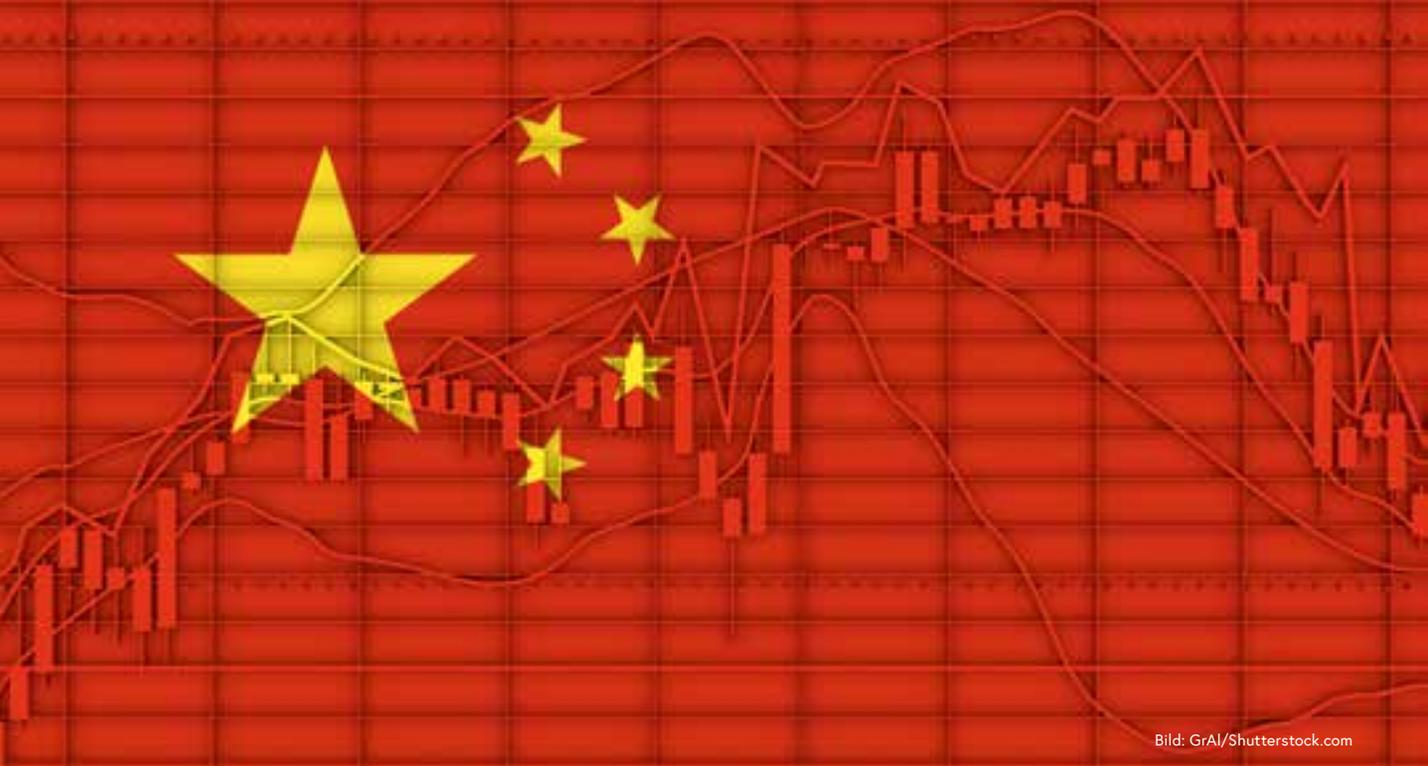


Bild: GrAI/Shutterstock.com

Die Rolle Chinas in der Entwicklungsdynamik globaler Kräfteverhältnisse

Autorin:
Doris Vogl

1. Zusammenfassung

Die vorliegende Analyse orientiert sich nicht an den narrativen Konturen von Freund- und Feindbildern, sondern beschränkt sich auf das Aufzeigen quantifizierbarer dynamischer Prozesse. Die Vorschau gelangt zu der Conclusio, dass China begonnen hat, nach dem Scheitern seiner »Eurasischen Vision« als Bestandteil der »Belt & Road«-Initiative die globalen Kräfteverhältnisse in Richtung Asien zu verschieben, und dass es diese Strategie fortsetzen wird.

2. Rückblende auf 2020

Das Jahr 2020 präsentierte sich infolge der COVID-19-Pandemie durch eine weltweit negative Dynamik mit historischem Seltenheitswert: Einerseits massive wirtschaftliche Einbrüche in den Industriestaaten, andererseits Entwicklungsrückschläge und erneuter Verar-

mungsprozess im globalen Süden und in den Schwellenländern. Nur einige wenige Staaten konnten in der zweiten Jahreshälfte 2020 die Pandemie eindämmen und mit Jahresende einen post-pandemischen Konjunkturaufschwung verzeichnen.

3. Chinas post-pandemischer Wirtschaftsaufschwung

Bereits für das dritte Quartal 2020 verlautbarte China eine Steigerung des BIP von 4,9 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Die Weltbank prognostizierte für China ein BIP-Wachstum von zwei Prozent für das Jahr 2020, die Prognose für 2021 beträgt satte 7,9 Prozent. Diese positive Dynamik der chinesischen Binnenwirtschaft steht im krassen Gegensatz zu den makroökonomischen Prognosen der Weltbank für die USA und die Europäische Union. Das Wachstum des BIP der USA wird für 2021 auf zwei Prozent geschätzt, das der EU auf 1,5.

4. Geostrategische Folgen

4.1 Ausweitung der US-chinesischen Konfrontation

Neben der Intensivierung technologischer Konkurrenz zeichnet sich eine starke Erweiterung der Konfrontationsfelder ab. Bereits 2020 war angesichts der Börsengänge chinesischer Großkonzerne und der Emission chinesischer Staatsanleihen eine neue Konflikt-Arena im Softpower-Bereich zu erkennen; diese lautet »globaler Finanzmarkt«. Das Interesse US-amerikanischer Anleger für chinesische Staatsanleihen und Aktien ist trotz der konfrontativen Rhetorik politischer US-Eliten bemerkenswert, weshalb sich Washington zu Investitions-Einschränkungen mit Hinweis auf die nationale Sicherheit genötigt sah.

Die Biden-Administration wird die »Amerika-First«-Rhetorik der letzten Jahre zwecks globaler Softpower-Schadensbegrenzung merkbar zurückfahren. Doch die Politik eines »selektiven Multilateralismus« antichinesischer Ausprägung wird in internationalen Institutionen fortgesetzt werden. Der technologische Wettbewerb wird, unabhän-

gig von weiteren Trade-Deals, an Intensität zunehmen. Der beschleunigte ökonomische Aufholprozess Chinas wird sich ebenso im Rüstungsbereich widerspiegeln.

Kurzfristig wird insbesondere der Geld- und Währungsmarkt an sicherheitspolitischer Bedeutung gewinnen. Der stetige Aufstieg des chinesischen Yuan als internationale Transferwährung (Cross-Border Interbank Payment System – CIPS) sowie die für 2021 geplante Einführung des digitalen Yuan (Digital Currency Electronic Payment – DCEP) als staatliche Währung wird das globale Kräfteverhältnis zunehmend beeinflussen. Hinzu kommt, dass Beijing in den kommenden zwei Jahren seine Bemühungen vervielfachen wird, das gegenwärtig US-Dollar-zentrierte globale Finanzsystem zu unterminieren.

4.2 Polarisierung innereuropäischer Einstellungen zu China

Gegenwärtig verfolgt die Europäische Union gegenüber der Volksrepublik die bilaterale dualistische Linie nach dem Prinzip »Partner wie auch Rivale«. Infolge der steigenden Attraktivität des chinesischen Binnenmarktes und der wachsenden ökonomischen Stärke Chinas werden europäische Wirtschaftseliten jedoch vermehrt bestrebt sein, aus diversen EU-Vorschriften auszuscheren. Zunehmender Druck seitens der USA, sich einer antichinesischen Globalstrategie anzuschließen, kann eine polarisierende Dynamik unter den Mitgliedsländern auslösen. Eine solche Dynamik würde die Europäische Union als Akteur im geostrategischen Kräfteverhältnis bereits kurzfristig schwächen. Sollte sich die EU der geostrategischen Linie Washingtons beugen und von der ambivalenten Positionierung gegenüber China abweichen, werden für europäische Unternehmen nicht nur potenzielle Märkte in der Volksrepublik verschlossen bleiben, sondern bereits bestehende Marktanteile wegbrechen. Australien und Kanada stellen hier anschauliche Präzedenzfälle dar.

4.3 Steigende Machtkonversion Chinas in Südostasien

Chinas post-pandemischer Wirtschaftsaufschwung zeigt auch Wirkung im Raum des Verbandes Südostasiatischer Nationen (ASEAN).

Länder wie Malaysia, Indonesien oder die Philippinen verhalten sich seit der Zusage Chinas betreff baldiger COVID-19-Impfstofflieferungen in der Frage territorialer Ansprüche im Südchinesischen Meer auffallend zurückhaltend. Die ASEAN-Staaten sind im Jahr 2020 zum wichtigsten Handelspartner Chinas aufgestiegen und haben die EU aus dieser Rolle verdrängt. Diese Dynamik wird sich mit hoher Wahrscheinlichkeit fortsetzen und mittelfristig die globalen Kräfteverhältnisse zugunsten asiatischer Partnerschaften verschieben.

4.4 Indiens Rolle als Großmacht fällt hinter China zurück

Laut dem Asia Power Index 2020 wurde Indiens Wirtschaft durch die Pandemie so stark geschwächt, dass gegenwärtig selbst der Status als asiatische Großmacht anzuzweifeln ist. Ein signifikanter Aufbau der militärischen Kapazitäten Indiens angesichts des Grenzkonfliktes mit China erscheint aus budgetären Gründen als unwahrscheinlich. Andererseits wird Indien unter Premier Narendra Modi kein Abkommen mit Territorialverlusten abschließen. Somit ist kurzfristig keine Lösung in Sicht, und örtlich begrenzte Konfrontationen entlang der Line of Actual Control (LAC) sind auch für 2021 zu erwarten.

4.5 Ausbau von Chinas Einfluss auf das eurostrategische Umfeld

Trotz des rezenten Investitions-Rückzugs der Volksrepublik aus europäischen Kerngebieten wie Osteuropa oder dem Balkan müssen die EU-Staaten – und damit auch Österreich – im äußeren Ring des eurostrategischen Umfeldes bereits 2021 mit verstärkter chinesischer Softpower-Präsenz rechnen. Chinas diplomatisches Engagement gegenüber der Afrikanischen Union sowie der Arabischen Welt verzeichnet einen signifikanten Aufwärtstrend. Die Instrumentalisierung der neuen geostrategischen Vision »Health Silk Road« sichert für Beijing mittelfristigen Erfolg. Das Fokusthema 2021 in den Beziehungen zwischen China und der Union (einschließlich Österreichs) wird unverändert »Reziprozität« von Marktzugängen lauten, wenngleich kontroversere Themen vordergründig stärkeren medialen Anklang finden werden. Eines steht fest: Zur Erreichung von sicherheitspolitischen Kerninteressen wird die VR China

in nächster Zukunft mehr denn je ökonomische Druckmittel einsetzen, ohne die Hardpower-Klavatur bedienen zu müssen.

Kernaussagen

- Chinas post-pandemischer Wirtschaftsaufschwung beeinflusst die globalen Kräfteverhältnisse.
- Die US-chinesische Konfrontation gewinnt an Intensität.
- Die EU-Globalstrategie wird durch polarisierende China-Einstellungen innerhalb EU-Staaten beeinträchtigt.
- Fokusthema in den Beziehungen zwischen der Union und China bleibt die »Reziprozität« von Marktzugängen.
- Die chinesische Einflussnahme im eurostrategischen Umfeld wird zunehmen.

Key messages

- China's post-pandemic economic upswing affects the global balance of power.
- The US-Chinese confrontation is gaining in intensity.
- The EU Global Strategy will be hampered by the polarised attitude towards China within the Union.
- The reciprocity of access to markets remains the focus topic in the relations between the European Union and China.
- Chinese influence in the Euro-strategic environment is bound to increase.

Autoreninformation

Dr. **Doris Vogl**, geboren 1961, ist Politikwissenschaftlerin und Sinologin mit den Forschungsschwerpunkten China, Südkaukasus, Human Security in Krisengebieten und Europäische Sicherheitspolitik. Sie wurde in den GSVP-Missionen EUMM Georgia (2008 – 2010), EUPOL Afghanistan (2011 – 2013) sowie EUCAP Sahel Mali (2014 – 2015) eingesetzt. Zudem wurde sie von der OSZE nach Armenien (2010 – 2011) und in die Ukraine (2015 – 2017) entsandt. Darüber hinaus war sie mehrfach als Lektorin an den Universitäten Wien und zuletzt Salzburg tätig.



Bild: Piyaset/Shutterstock.com

Der Klimawandel und seine Folgen

Zusammenfassung

Der Klimawandel bleibt eine der großen globalen Herausforderungen für die Weltgemeinschaft. Ohne deutliche Kurskorrektur beim Ausstoß von Treibhausgasen ist mittel- bis langfristig mit weitreichenden Folgen zu rechnen: von humanitären Katastrophen über geschwächte Volkswirtschaften bis hin zu sozialen und politischen Unruhen. Schon heute sind klimawandel-bedingte Umweltveränderungen sichtbar. Von besonderem Interesse wird 2021 der Weltklimagipfel in Glasgow sein, wo von den Vertragsstaaten des Pariser Klimaabkommens von 2015 ambitioniertere nationale Klimaschutzbeiträge erwartet werden.

Autor:
Martin Muchitsch

Umwelt und Wirtschaft

Die Folgen der Erderwärmung erhöhen das Risiko für geopolitische Spannungen. So ermöglicht das schmelzende Packeis in der Arktis zunehmend die Ausbeutung bisher unzugänglicher Rohstoffe sowie die Nutzung neuer, kürzerer Seewege zwischen Atlantik und Pazifik. Dies führt unter anderem dazu, dass sich Großmächte wie die USA, Russland und China in der Region positionieren.

Eine direkte Folge der arktischen Eisschmelze ist der steigende Meeresspiegel. Dieser bedroht die Existenz von Inselstaaten wie Kiribati und Tuvalu, aber auch Küstenregionen mit Millionenstädten wie Kairo und Lagos. Die Klimaerwärmung bewirkt auch das Auftauen von Permafrostböden. Dies bedroht die urbane und industrielle Infrastruktur Sibiriens massiv, erhöht aufgrund der Freigabe von Bakterien die Gefahr von Pandemien und hat das Entweichen großer Mengen des im Boden gespeicherten CO₂ und Methan zur Folge. Dies bewirkt wiederum eine weitere Beschleunigung der Klimaerwärmung.

Ebenso führt der zunehmende Umstieg der Weltgemeinschaft auf erneuerbare Energien zum Verlust wichtiger Einnahmequellen für öl- und gasexportierende Länder. Besonders Staaten, die auf diese Einnahmen zur Erfüllung eines Sozialvertrags mit ihren Bevölkerungen angewiesen sind, geraten dadurch unter Druck.

Sicherheitsrisiken

Besonders in Staaten mit geringen Bewältigungskapazitäten trägt die Klimaerwärmung zur Gefährdung von Frieden und Stabilität bei. Hinzu kommt, dass gerade fragile Staaten vom Klimawandel besonders stark betroffen sind. So schrieb das Stockholmer Friedensforschungsinstitut SIPRI in einem Kurzdossier mit dem Titel »Climate Change, Peacebuilding and Sustaining Peace« aus dem Jahr 2019, dass acht von zehn Ländern mit den personalintensivsten multilateralen Friedensoperationen sich in Gegenden befinden, die besonders stark vom Klimawandel betroffen sind.

Zunehmend extreme Wetterereignisse wie Stürme, Überflutungen und Dürren können Konflikte um essenzielle Ressourcen wie Land und Wasser schüren, besonders wenn in den betroffenen Regionen keine wirksamen Streitlösungsmechanismen zur Verfügung stehen. Beispielsweise haben in der südlichen Sahelzone die Auseinandersetzungen zwischen niedergelassenen Landwirten und umherziehenden Viehzüchtern zugenommen. Gerade in Ländern mit überwiegend agrarischer Wirtschaftsstruktur hat ein derart ausgelöster Wegfall von Lebensgrundlagen zur Folge, dass besonders die junge männliche Bevölkerung mangels anderer Perspektiven für Radikalisierung, Kriminalität und Gewalttätigkeit empfänglicher wird. Der Klimawandel stellt auch eine Bedrohung für Ernteergebnisse und damit die Ernährungssicherheit in vielen Ländern dar. Die kann zu extremen Preissprüngen für Lebensmittel führen und in weiterer Folge Unruhen auslösen.

Auf zwischenstaatlicher Ebene kann der Klimawandel Konflikte um Wasserrechte verschärfen. Veranschaulicht wird dies am Bau des Grand Ethiopian Renaissance Dam am Blauen Nil, wo der angestrebten Stromerzeugung Äthiopiens die Sorge der anderen Flussanrainer Sudan und Ägypten vor einem Wassermangel für die notwendige landwirtschaftliche Bewässerung gegenübersteht. Generell gilt, dass Klimakatastrophen die staatliche Legitimität unterminieren, wenn die jeweiligen Regierungen nicht in der Lage sind, ihre Bevölkerung ausreichend zu schützen und zu versorgen.

Klimaagenda 2021

Die politischen Vorzeichen für eine ambitioniertere globale Klimaagenda sind vorsichtig positiv einzuschätzen. Die Europäische Union, Großbritannien und viele andere Länder verfolgen das Ziel der Klimaneutralität bis 2050. China hat als weltgrößter Kohlendioxid-Emitent seine Absicht erklärt vor 2060 CO₂-neutral zu werden. Unter Joe Biden werden sich die Vereinigten Staaten dem Pariser Klimaabkommen wieder anschließen und das Ziel der Klimaneutralität bis 2050 verfolgen. Mit einer faktischen Mehrheit im Senat hat Biden zudem

die Möglichkeit, eine ambitionierte Klimaagenda auch innenpolitisch durchzusetzen.

Bisherige Maßnahmen zur Begrenzung der Erderwärmung auf möglichst 1,5 Grad im Vergleich zum vorindustriellen Zeitalter sind jedoch bei weitem nicht ausreichend. Die Glaubwürdigkeit der postulierten Langzeitziele wird daher davon abhängen, ob die Weltgemeinschaft bereit ist, ihre Anstrengungen entsprechend anzupassen. Die im November 2021 in Glasgow stattfindende 26. UN-Klimakonferenz wird diesbezüglich zum Moment der Wahrheit, denn dort sind die Vertragsstaaten zum Pariser Klimaabkommen aufgerufen, ihre national festgelegten Beiträge zum Klimaschutz mit den Notwendigkeiten in Einklang zu bringen.

Autoreninformation

Mag. **Martin Muchitsch**, M.A.I.S., geboren 1982, ist Referent im Bundesministerium für Landesverteidigung. Er hält einen Masterabschluss der Diplomatischen Akademie Wien und absolvierte ein Studium der Betriebswirtschaft an der Universität Graz.

Kernaussagen

- Der Klimawandel verändert das geopolitische Umfeld. Die Arktis rückt ins Zentrum potenzieller Großmachtrivalitäten; Inselstaaten und Küstenregionen sind immer stärker bedroht.
- Die Auswirkungen des Klimawandels sind gerade in fragilen Regionen groß und können dort bestehende Konflikte verschärfen.
- Die Rückkehr der Vereinigten Staaten zum Pariser Klimaabkommen wird die multilaterale Zusammenarbeit zur Eindämmung des Klimawandels befördern.
- Bei der 26. UN-Klimakonferenz im November 2021 wird sich zeigen, ob die angestrebten Langzeitziele glaubwürdig erreichbar sind.

Key messages

- Climate change affects the geopolitical environment. The Arctic moves into the centre of potential great power rivalries; island states and coastal regions are increasingly threatened.
- The effects of climate change can be felt particularly in fragile regions, and may even aggravate existing conflicts there.
- The return of the United States of America to the Paris Agreement will advance international cooperation to rein in climate change.
- It will show in the course of the 26th UN climate change conference in November 2021 whether it is plausible to reach the intended long-term goals.

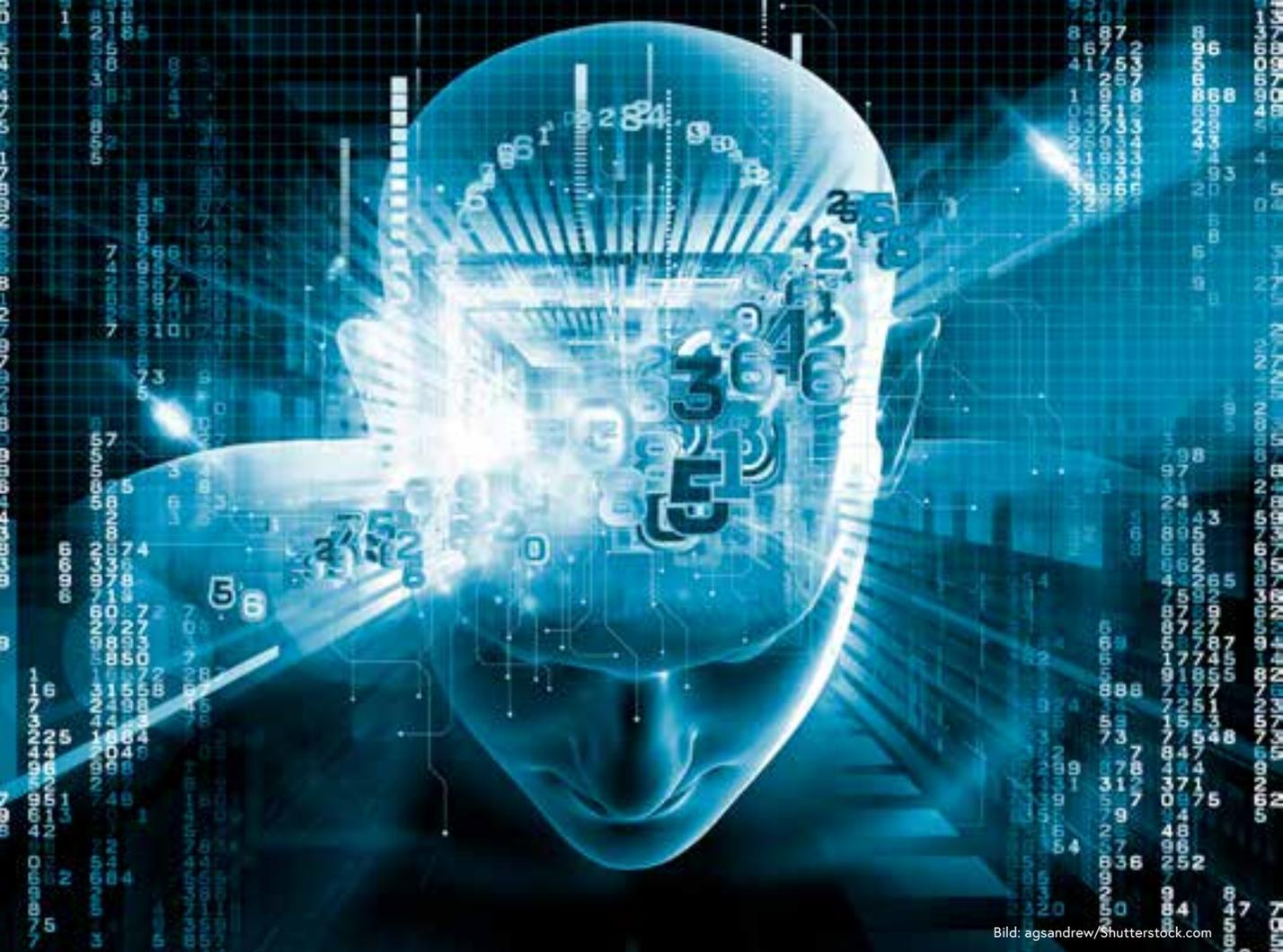


Bild: agsandrew/Shutterstock.com

New Warfare

Der Kampf um den menschlichen Geist

Autor:

Joachim Klerx

Zusammenfassung

Der Kampf um den menschlichen Geist beginnt mit der unbewussten und vorbewussten emotionalen Beeinflussung mit Informationen, die zu den jeweiligen strategischen Zielen passen. Dieses Konzept ist vermutlich so alt wie die Menschheitsgeschichte. In den letzten Jahren allerdings vollzieht sich eine Transformation hin zu digitaler Informationsverarbeitung mit gravierenden Auswirkungen auf die Methoden und Technologien der gezielten Manipulation. In der Kombination füh-

ren diese bestehenden disruptiven Innovationen zu Systemen der globalen Massenmanipulation, wobei nicht direkt ersichtlich ist, wer diese steuert, oder ob es ungesteuerte Massenphänomene sind. Neue Konzepte wie jenes der Memetic Warfare sind eine Herausforderung nicht nur für die militärische Führung, sondern auch für den Staat als Ganzes.

Neue Methoden der Meinungsmanipulation

In den letzten Jahren sind viele neue technologische Möglichkeiten der Meinungsmanipulation wie Deep Fakes, Darknets oder Soziale Medien entstanden, die auch in der QAnon-Kommunikation eingesetzt werden. Mit politischem Framing bei Themen wie Klimawandel oder Überwachung wird sogar die Wissenschaft herausgefordert. Künstlich erzeugte Graswurzelbewegungen (Astroturfings), Troll-Armeen, die mit Bot-Netzwerken Stimmung in den Sozialen Medien erzeugen, und Qualitätsmedien, die mit jeder schlecht recherchierten Nachricht ihre Existenzberechtigung weiter untergraben, hinterlassen einen Vertrauensverlust in weiten Teilen der Gesellschaft, der die Grundlage für Phänomene wie QAnon schafft. Dabei stellt sich die Frage, ob QAnon der Gesellschaft nur passiert oder organisiert ist.

QAnon als Methode der Meinungsmanipulation

Um heraus zu finden, wie QAnon funktioniert und warum Informationen von QAnon weltweit bei Protesten auftauchen, wurde mit CDFZ/AIT-Crawlern ein Monitoring gestartet. Als Ergebnis zeigt sich, dass beginnend mit dem Jahr 2017, anfangs über Diskussionsforen wie 4chan, 8chan und 8kun, Nachrichten verbreitet wurden, die erst von Sozialen Medien und dann von klassischen Medien aufgenommen und kommentiert wurden. Das globale Netzwerk von QAnon ist riesig und besteht aus mehr als 5.000 Domains, die jede für sich als Informationsquelle interpretiert werden kann. Alleine auf 8chan/8kun's QResearch Board befinden sich über 10 Mio. Posts in 15.000 Threads. Ein Subnetz vom QAnon reicht über den Telegram-Kanal QGlobalChange bis zu Martin Sellner und den Identitären in Österreich.

Im Zentrum von QAnon steht Q, ein anonymer Whistleblower, der am 28. Oktober 2017 auf 4chan auftauchte. Seitdem verfasste dieser fast 5.000 QDrops (Postings), die wie ein Orakel nicht beweisbare, aber brisante Hintergrundinformationen liefern. Thematisch werden quasi alle in den USA existenten Verschwörungstheorien der letzten Jahre aufgegriffen. Das Tückische ist, dass die Themen in der überwiegenden Anzahl auf reale aktuelle gesellschaftliche Probleme hinweisen und reale aktuelle Ängste reflektieren. Häufig werden die Themen durch eine unwissenschaftliche Auslegung von hochwertigen realen Quellen vermeintlich untermauert. Einzelne Schlüsse driften immer wieder in Verschwörungstheorien ab.

Emotional wirkende Streaming-Filme wie »The Plan to Save the World« und »Q – we are the plan« dienen als emotionaler Einstiegspunkt. In den Filmen wird suggeriert, dass es ein »großes Erwachen« braucht um sich aus der korrupten Verflechtung von Regierungen, dem »Deep State« und den klassischen Medien zu befreien.

Im österreichischen Telegram-Kanal werden geeignete Methoden der Wahrheitsfindung mit Formulierungen wie »selbst Recherchieren, unterschiedliche Quellen verwenden« beschrieben. Diese an sich nicht zu kritisierenden, fast »wissenschaftlichen« Kriterien zum Erkenntnisgewinn werden unterminiert durch die schiere Masse an Informationen, Quellen und Beweisen, die innerhalb der QAnon-Bewegung geteilt werden, womit eine persönliche Überprüfung aller Behauptungen wieder erschwert und für Nichtexperten verhindert wird.

Mit dem Selbstverständnis der QAnon Bewegung – »We are hackers who deal in open-source information, reasoned argument and meme warfare« – zeigt sich eine erst auf den zweiten Blick identifizierbare, interessante militärische Seite der Bewegung. Warum Meme Warfare? Das Wort Meme Warfare oder Memetic Warfare taucht nur fünf Mal öffentlichkeitswirksam im Internet auf: im Computerspiel »Transhuman Space« aus dem Jahr 2002 und in militärischen Fachpublikationen von Michael Prosser (2005) und Jeff Giese (2015 und 2017). In »It's Time to Embrace Memetic Warfare« aus dem Jahr 2015

hat Jeff Giese, ein Berater von Donald Trump, erste Ideen und Konzepte zum Meme Warfare für das NATO Strategic Communications Centre of Excellence entwickelt.

Ausblick

Anonyme Message Boards in Kombination mit VPN, TOR und vergleichbaren Einrichtungen des Darknets erlauben es, beteiligte Personen und Organisationen wirksam zu verschleiern. QAnon ist der Prototyp eines Mechanismus zur globalen Meinungsbeeinflussung, der unabhängig vom Thema mit extrem hoher Effizienz weltweit Menschen mobilisieren kann, ohne dass die Quelle sichtbar wird. In den nächsten Monaten und vielleicht Jahren wird sich zeigen, ob diese Blaupause für Desinformation 2.0 bestehen bleibt oder sich weiterentwickelt, wer sie steuert und welche Auswirkung das auf die Krisenkommunikation hat. Der Kampf um den menschlichen Geist hat längst begonnen: »Kriege gewinnt, wer die Informationen steuert«, aber wer steuert die Informationen, wenn das Zentrum ein anonymer Whistleblower ist?

Autoreninformation

Dr. **Joachim Klerx** arbeitet seit Jahrzehnten in der Forschung an Methoden der künstlichen Intelligenz zur Unterstützung von Zukunftsanalysen, Foresights und Horizon Scanning. Sein Hauptfokus liegt derzeit in der Erforschung automatisierter Methoden zur Analyse geopolitisch relevanter Gruppen und deren strategischen Innovationsverhalten. Dabei verwendet er deren Methoden aus dem Bereich der Big Data Analyse (Topic Mining und Emotion Mining) und der Netzwerkanalyse.

Kernaussagen

- Der Kampf um den menschlichen Geist beginnt mit der unbewussten und vorbewussten emotionalen Beeinflussung.
- Memetic-Warfare-Operationen sind eine Herausforderung nicht nur für die militärische Führung, sondern auch für den Staat als Ganzes.
- QAnon adressiert die menschliche Sehnsucht nach vertrauenswürdiger Information und die Angst vor Desinformation.
- Memetic Warfare ist die netzwerkzentrierte Version eines Guerilla-Krieges gegen den menschlichen Geist.
- Deep Fakes, Troll-Armeen, Bots, anonyme Kommunikation, Darknet-Foren und anonyme Diskussionsforen sind Elemente einer Memetic Warfare.
- QAnon hat alle Elemente einer Memetic-Warfare-Operation, ist aber nicht gegen ein spezifisches Zielgerichtet.
- Deep Fakes, Troll-Armeen, Bots, Anonyme Kommunikation, Darknet-Foren und anonyme Diskussionsforen werden in der Zukunft nicht verschwinden, sondern technisch immer besser werden.

Key Messages

- The fight for the human mind starts with unconscious and pre-conscious influencing.
- Memetic warfare operations are a challenge not only for the military leaders but also for the state as a whole.
- QAnon addresses the human longing for trustworthy information and the fear of disinformation.
- Memetic warfare is the network-centred version of a guerrilla war against the human mind.
- Deep fakes, troll armies, bots, anonymous communication, darknet forums and anonymous discussion forums are elements of memetic warfare.
- QAnon has all elements of a memetic warfare operation; however, it is not targeted against a specific objective.
- Deep fakes, troll armies, bots, anonymous communication, darknet forums and anonymous discussion forums will not disappear in the future but become technologically more advanced.



Bild: Gorodenkoff/Shutterstock.com

Emergente und Disruptive Technologien

Zusammenfassung

Emergente und Disruptive Technologien (EDT) rücken zunehmend in den Fokus des sicherheits- und verteidigungspolitischen Interesses zahlreicher Staaten und Organisationen und entwickeln sich zu Instrumenten der Geopolitik. Dabei liegen die Anstrengungen darauf, zivile technologische Fortschritte möglichst rasch in militärische Anwendungen überzuführen. Sicherheitspolitisch führt ein Rückstand der EU in der Forschung und Entwicklung von EDT zu einem entscheidenden strategischen Nachteil. Aufgrund des transformativen und disruptiven Charakters bestimmter Technologien ist es im Interesse der EU, Einflussmöglichkeiten auf (ethische) Standards und rechtliche Normen zu generieren. Im militärischen Kontext werden EDT in unmittelbarer Zukunft vor allem in der Verbesserung der vernetzten Kriegsführung und neuen Waffensystemen sichtbar.

Autor:
Daniel Wurm

Globale Relevanz des Technologiesektors

Der Themenkomplex der EDT gewinnt in nahezu allen Staaten und Organisationen an Bedeutung. Dabei werden, neben den Chancen etwa im medizinischen oder ökologischen Bereich, vor allem auch die sicherheitspolitisch relevanten Herausforderungen wie Fragen der Rüstungskontrolle und Eingriffe in die menschliche Autonomie beleuchtet. Die Pandemie hat sich als zusätzlicher Treiber technologischer Entwicklungen (vor allem in den Bereichen Biotechnologie und Künstliche Intelligenz) erwiesen und dabei deren Stellenwert, die hohe wechselseitige Verschränkung sowie den Stand der weltweit führenden Forschungszentren gezeigt. Augenscheinlich wurde dabei der Rückstand der EU in diesen Aspekten, insbesondere gegenüber den Großmächten China, Russland und den USA.

Was ist zu erwarten?

Das neue Forschungsprogramm der EU – Horizon Europe – soll mit rund 95 Mrd. Euro für die kommenden sieben Jahre diese Lücken schließen und Europas Souveränität in zahlreichen Schlüsselbereichen sichern. Darunter fallen etwa die Unabhängigkeit von seltenen Rohstoffen, der Aufbau einer Führungsrolle in der Quantentechnologie, aber auch eine strategische Autonomie im pharmazeutischen Sektor.

Ein weiterer großer Fortschritt wurde durch die Einführung des European Defence Fund (EDF) geleistet, mit dem ein starkes Engagement und gezielte gemeinsame militärische Entwicklungen gefördert werden sollen – ein Schritt hin zu einer europäischen Verteidigungsunion. Diese positiven Ansätze relativieren sich allerdings, wenn man die Anstrengungen der EU jenen vergleichbarer Konkurrenten bzw. Partner gegenüberstellt. So sieht der US-Verteidigungsetat für 2021 insgesamt 740 Mrd. US-Dollar vor, davon alleine 106,6 Mrd. Dollar für Technologieentwicklungen und Forschung. Das ist eine beachtenswerte Entwicklung in Zeiten der COVID-19-bedingten, wirtschaft-

lich schwierigen Situation. Dasselbe ist auch für China anzunehmen, wobei hier keine validen Daten vorliegen.

Ein Problembereich in Europa bleibt der Abfluss von Innovationen durch den Verkauf zahlreicher Start-Ups im Digitalbereich an US-amerikanische und chinesische Investoren. Hier wurde in den letzten Jahren die sicherheitspolitische Relevanz und Sensibilität erkannt und mit der Foreign-Direct-Investment-Regulierung der EU ein Steuerungsinstrument geschaffen.

Entwicklungen in EDT

Die großen Investitionen in EDT finden neben der Forschung und Entwicklung von KI vor allem in den Bereichen Neurowissenschaft, Biotechnologie und Quantentechnologie statt. Zusätzlich wird in jene ermöglichenden Technologiefelder investiert, die für die Realisierung der Fortschritte dieser Schlüsseltechnologien benötigt werden, etwa in Materialwissenschaften. Wichtig ist in diesem Zusammenhang die inhärente Dual-Use-Charakteristik dieser Technologien, also deren wechselseitige Nutzbarkeit im zivilen und militärischen Bereich.

Insbesondere im Bereich der Biotechnologie steht mit der CRISPR/Cas9 ein Instrument zur Verfügung, mit dem die menschliche DNA gezielt verändert werden kann. Die Investitionen des US-Verteidigungsministeriums für 2021 in der Höhe von 1,05 Mrd. Dollar in Biotechnologieforschung geben Aufschluss über die Relevanz dieses Forschungsbereichs für das Militär.

Vor allem KI gewinnt als Universaltechnologie zunehmend an strategischer Bedeutung. Hier werden große Anstrengungen im Bereich der Autonomie unternommen, die sich im militärischen Sektor im Kontext der Mensch-Maschine-Kooperation zeigen. Das US-Militär investiert hier alleine 2021 etwa 1,5 Mrd. Dollar mit dem Ziel, die Weichen für die neuen Herausforderungen in der Kriegsführung zu stellen.

Als Kulminationspunkt verschiedener EDT gilt das sogenannte Human Enhancement. Dabei verdient insbesondere der französische Ansatz über den Umgang der Armee mit den Möglichkeiten der menschlichen »Verbesserung« Aufmerksamkeit. So erlaubt Frankreich als Antwort auf internationale Entwicklungen die konkrete Forschung zu biologisch veränderten Soldaten zur Verbesserung von physischen, kognitiven, psychologischen und Wahrnehmungskapazitäten, solange dies nicht unmittelbar das Gefühl für Menschlichkeit berührt. Damit sind Diskussionen über die Vereinbarkeit europäischer Werte und der Menschenrechte mit den notwendigen Schritten für militärische Überlegenheit vorprogrammiert.

In nächster Zukunft wird es insbesondere im Bereich der Entscheidungsfindung, im Intelligence-Bereich, bei Assistenzsystemen und autonomen Systemen zu großen Fortschritten kommen. Die qualitativen Fortschritte in den ermöglichenden Technologien fungieren dabei als entscheidende Treiber für die Operationalisierung und Implementierung in zum Teil bereits bestehende Waffensysteme. Damit soll auch die bestehende und in den jüngsten Konflikten sichtbar gewordene Herausforderung der Integration alter und neuer Systeme in einen Wirkverbund bewältigt werden.

Der Kampf um die technologische Vormachtstellung wird außerdem die Konflikte der nächsten Zukunft bestimmen. Einen Vorgeschmack darauf bieten die Schauplätze Libyen und Berg-Karabach, auf denen durch den Einsatz neuester Drohnentechnologie entscheidende Vorteile generiert werden konnten.

Herausforderungen für die EU

Europa hinkt in verteidigungspolitisch wichtigen Technologieanwendungen wie etwa Drohnen zahlreichen aufstrebenden Akteuren hinterher. Daher ist eine rasche und konsequente Umsetzung von bereits initiierten PESCO-Projekten unerlässlich. Aufgrund des transformativen und disruptiven Charakters von EDT ist es im Interesse der EU, Einflussmöglichkeiten auf (ethische) Standards und rechtliche Nor-

men zu generieren und so eine strategische Autonomie und Souveränität in Schlüsselbereichen zu erlangen. Dies bedingt aber die Beibehaltung einer normativen Vormachtstellung im globalen Kontext. Darüber hinaus stellt eine gemeinsame europäische Strategie zum Umgang mit emergenten Technologien, insbesondere dort, wo sie den Menschen in seinem ethisch-geistigen Selbstverständnis in Frage stellen, eine vordringliche Notwendigkeit dar.

Kernaussagen

- Emergente und Disruptive Technologien (EDT) besitzen eine hohe Transformationskraft im Hinblick auf künftige Methoden der Kriegsführung und daher geopolitische Relevanz.
- Eine zentrale Herausforderung von EDT für die EU liegt in der Implementierung in verteidigungspolitischen Fähigkeitslücken.
- Die EU hat dringenden Handlungsbedarf, um aktuelle Defizite aufzuholen und strategische Autonomie und Souveränität in Schlüsselbereichen zu gewinnen.
- EDT erfordern aufgrund ihrer Risiken für die Autonomie des Menschen einen umfassenden ethischen Diskurs.

Key messages

- Emerging and Disruptive Technologies (EDT) have a high transformational power with regard to future methods of warfare and are therefore of geopolitical relevance.
- A key challenge of EDT for the EU lies in their implementation in defence capability gaps.
- The EU has an urgent need for action to make up for current shortfalls and gain strategic autonomy and sovereignty in key areas.
- EDT require comprehensive ethical discourse due to their risks to human autonomy.

Autoreninformation

Oberstleutnant Mag. (FH) **Daniel Wurm**, geboren 1980, ist seit 2017 Referent in der Abteilung Verteidigungspolitik im Bundesministerium für Landesverteidigung. Sein Tätigkeitsbereich umfasst die Analyse und Bewertung der sicherheitspolitischen Auswirkungen neuer Technologien sowie die Erstellung von Strategie- und Policydokumenten.



Bild: MIA StudioShutterstock.com

Pandemien als bleibende Herausforderungen

Zusammenfassung

Die Auswirkungen der aktuellen COVID-19-Pandemie sind noch nicht in vollem Umfang abschätzbar. Es gilt jedoch als Tatsache, dass Epidemien und Pandemien, gleich ob natürliche oder anthropogene, auch in Zukunft zu den herausragenden Problemen zählen werden. Die Welt, Europa und die Republik Österreich sind gut beraten, ihre Vulnerabilität anzuerkennen, die wesentlichen Faktoren des politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens zu überdenken und relevante Systembereiche zu härten, um ihre Resilienz (Widerstandskraft) gegenüber künftigen Epidemien und Pandemien zu erhöhen.

Autor:
Erwin Richter

Pandemien wie COVID-19

Infektionskrankheiten haben die Menschheit seit jeher begleitet und zählen auch heute noch zu den häufigsten Todesursachen. Große Seuchenzüge wie die Pestepidemie des 14. oder die Spanische Grippe am Beginn des 20. Jahrhunderts erwirkten drastische Umbrüche. Übertragbare Krankheiten treten weit häufiger in epidemischer oder pandemischer Form auf, auch wenn sie weniger Opfer fordern.

Experten warnten seit Jahren vor einem pandemischen Geschehen. Dass die Kassandrarufer vielfach auf taube Ohren stießen, mag dem Umstand geschuldet sein, dass weder der spezifische Krankheitserreger noch der Zeitpunkt des Auftretens vorhersagbar sind. Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) führte ab 2015 in ihrer Liste der prioritären Krankheiten eine »Disease X« und warnte damit die Welt vor einer von einem unbekanntem Erreger verursachten Pandemie. Zudem täuschte ein falsches Sicherheitsgefühl, begründet in der vermeintlichen Verfügbarkeit jeglicher Art von Medikamenten und den Fortschritten der modernen Medizin.

COVID-19 wurde zur globalen Herausforderung und offenbarte pandemiebegünstigende Faktoren: Zunehmende Bevölkerungszahlen und -dichte sowie der weltweite Güter- und Personenverkehr ließen es zu, dass sich der Krankheitserreger schnell über den Globus ausbreitet.

Herausforderung Pandemie

Pandemien haben gravierende Auswirkungen auf sämtliche Lebensbereiche. Sie eröffnen aber auch die Möglichkeit, wesentliche Faktoren zu überdenken und Schritte in die richtige Richtung zu setzen. Ziel dabei muss es sein, auf künftige Krisen rascher und effizienter reagieren zu können und resilienter zu werden.

Die Ökonomisierung staatlicher Strukturen und Organisationen im Hinblick auf Vorsorgen für Extremereignisse unter dem Paradigma der Kosteneffizienz hat die Resilienz staatlicher und überstaat-

licher Systeme massiv geschwächt. COVID-19 traf daher auf mangelhaft vorbereitete Gesundheitssysteme. Verbesserungsbedarf haben wir in den Bereichen Seuchenüberwachung – Früherkennung, grenzüberschreitende Melde- und Informationssysteme sowie Bündelung des Wissens über Infektionen – und Ausstattung der Krankenhäuser. Besonderes Augenmerk verdient auch die Therapie der psychischen Auswirkungen von Pandemien.

Die Politik ist herausgefordert, Maßnahmen zur Eindämmung und Schadensminimierung unter Wahrung der Balance zwischen Einschränkung der persönlichen Freiheit und den zu treffenden Schutzmaßnahmen zu setzen. Demokratie und Rechtsstaatlichkeit dürfen unter dem Deckmantel der Corona-Bekämpfung nicht eingeschränkt werden. Und die Politik muss ihre Kommunikation mit der Bevölkerung verbessern, indem sie ihr die getroffenen Entscheidungen einsichtig macht.

Massive ökonomische Einbrüche im Sog von COVID-19 sind in allen Staaten unausweichlich. Die armen Länder der Dritten Welt und einige der südlichen EU-Mitgliedstaaten werden am stärksten betroffen sein. Bisher unbeachtete Berufsgruppen (Handel, soziale Berufe) werden einen Bedeutungsgewinn verzeichnen. Gleichzeitig wird die steigende Arbeitslosigkeit die Sozialsysteme an ihre Grenzen führen. COVID-19 ist die erste Pandemie in der Geschichte der Menschheit, in der virtuell weiterbetrieben werden konnte, was im persönlichen Kontakt nicht möglich war. Die Digitalisierung leistet ihren Beitrag zur Mitigation der Krise.

Konsequenzen für Europa, die EU und Österreich

COVID-19 hat gezeigt, dass das derzeitige Krisenmanagement im Raum der EU an seine Grenzen stößt, wenn viele Mitgliedstaaten gleichzeitig und massiv von derselben Krisensituation betroffen sind. Das Spannungsfeld zwischen Zusammenarbeit und Abgrenzung in der Krise zeigte gravierende Unterschiede in den nationalen Präferenzen, zumal die EU-Kompetenzen im Bereich des Gesundheitswesens

unzureichend sind. In dieser Situation hängt der Erfolg zur Bewältigung der COVID-19-Pandemie von den jeweiligen nationalen Maßnahmen ab. Auf längere Sicht sind die Herausforderungen jedoch für den einzelnen Mitgliedstaat ungleich schwieriger zu bewältigen als durch die Gemeinschaft. Dies erfordert einen Zuwachs an EU-Kompetenzen, aber auch eine größere Mittelausstattung.

Der Krisenmechanismus innerhalb der EU muss insoweit verbessert werden, dass nationale Egoismen und Alleingänge wie das Verbot zur Ausreise von medizinischem Personal, die Blockierung von Hilfsgütern oder allfällige »Schutzimpf-Nationalismen« zugunsten des Zusammenhaltes und des gemeinschaftlichen Handelns unterbleiben.

Um künftig konstruktiver auf ernsthafte Herausforderungen wie Epidemien und Pandemien reagieren zu können, müssen die globalen Abhängigkeiten reduziert werden. Die Abhängigkeit von Medizinprodukten, medizinischen Hilfsgütern und relevanten Komponenten aus anderen Ländern bedeutet eine strategische Verwundbarkeit und erfordert den Aufbau eigener Produktions- und Lagerkapazitäten.

Auf internationaler Ebene bedarf es einer Stärkung der WHO, zum Beispiel bei der Verteilung auf internationaler Ebene von Tests und Impfstoffen und beim Aufbau eines effizienten Netzwerkes der vielen Akteure im Bereich des Schutzes vor Infektionskrankheiten.

Die WHO listet in ihrer aktuellen »Blueprint List of Priority Diseases« neben COVID-19 jene Krankheiten auf, die entsprechend ihrem epidemischen Potenzial das größte Risiko für die öffentliche Gesundheit in der nahen Zukunft darstellen und gegen die es nur unzureichende oder keine Vorkehrungen bzw. Gegenmaßnahmen gibt. Die in den nächsten Jahren zu erwartenden Epidemien und Pandemien könnten demnach die Viruskrankheiten Krim-Kongo-Fieber, Ebola- und Marburgfieber, Lassafieber, das Middle East Respiratory Syndrome Coronavirus (MERS-CoV) und das Severe Acute Respiratory Syndrome (SARS) sein.

Kernaussagen

- Epidemisches und pandemisches Geschehen zählen zu den zentralen Problemen des 21. Jahrhunderts.
- Pandemiebedingte Lernprozesse führen unweigerlich zu einer Steigerung der Resilienz zur Bewältigung künftiger pandemischer Krisen.
- Die Erkennung von außergewöhnlichem Infektionsgeschehen kann wesentlich zur Eindämmung einer Seuche beitragen. Der grenzüberschreitende Informationstransfer ist unabdingbar.
- Gemeinschaftliches Handeln kann nicht durch die hypothetische Summe der Maßnahmen einzelner Staaten ersetzt werden.
- Europäische Grundwerte wie Menschenwürde, Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit dürfen auch in einer Krise nicht missachtet werden.
- Im Bereich der Umfassenden Sicherheitsvorsorge muss die Republik Österreich auch ihre Pandemie-Sicherheitsvorsorge optimieren.

Key messages

- Epidemic and pandemic events are among the central problems of the 21st century.
- Pandemic-related learning processes inevitably lead to an increase in resilience with regard to coping with future pandemic crises.
- Detection of unusual infectious events can be essential to contain an epidemic. Cross-border information transfer is essential.
- Community action cannot be replaced by the hypothetical sum of the actions of individual states.
- European fundamental values such as human dignity, freedom, democracy and the rule of law must not be disregarded, even in a crisis.
- In the area of comprehensive security provision, the Republic of Austria must also optimise its security provisions regarding pandemics.

Autoreninformation

Oberst **Erwin Richter**, MA, geboren 1962, ist Leiter des Referates Höhere Fachausbildung und Referent Wissensmanagement im ABC-Abwehrzentrum des Österreichischen Bundesheeres. Er war Berater bei den VEREX-Verhandlungen zur Biotoxinwaffenkonvention und als UN-Waffeninspektor für Biologische Waffen der UN im Irak. Er ist Chefredakteur der wissenschaftlichen Schriftenreihe des ABC-Abwehrzentrums.



Bild: doom.ko/Shutterstock.com

An den Grenzen Europas

Wer wollen wir sein?

Zusammenfassung

Je schneller wir in unserem Denken über Grenzen und Migration Metaphern aus der Hydraulik hinter uns lassen, desto rascher finden wir zu einer lösungsorientierten Debatte. Die Unterscheidung zwischen regulärer und irregulärer Migration sowie zwischen menschlichen und unmenschlichen Grenzen ist dabei zentral.

Autor:
Gerald Knaus

Über Grenzen sprechen

Es gibt in der Debatte über Grenzen und Migration viele häufig verwendete Bilder, die uns in die Irre führen. Meistens geht es dabei um verwendete Analogien aus der Hydraulik: um Migrationsflüsse, kommunizierenden Röhren, Becken oder gar Tsunamis, deren Gesetzmäßigkeiten sich erfassen lassen. Dies führt zu Theorien wie jener des Afrikanisten Steven Smith, der in seinem Buch »Nach Europa!« erklärt, dass bis 2050 »bei anhaltender Migrationswelle« 150 bis 200 Mio. »Afroeuropäer« in Europa leben würden. Oder bei dem Ökonomen Paul Collier, der vor einer »Flut von Mochtegern-Migranten« warnt. Die sprachliche Nähe zu Begriffen aus der Physik suggeriert Wissenschaftlichkeit, doch eine solche »Migrationsphysik« hindert uns daran, die Herausforderungen von und Abwägungen bei Migration und Grenzmanagement zu begreifen und humane Lösungen zu finden.

Zahlen und Ängste

Wir finden solches Denken nicht nur bei Experten, sondern auch bei Politikern. So warnte der ungarische Premierminister Viktor Orbán vor zwei Jahren, bis zum Jahr 2020 würden sich in Afrika 60 Mio. Menschen auf den Weg machen, die Mehrheit davon nach Europa, also mindestens 30 Mio. Doch damit lag er um 99,5 Prozent falsch. Insgesamt ist die Zahl der Menschen, die regulär und irregulär aus Afrika nach Europa kommen nicht höher als vor 15 Jahren. Hätte er recht gehabt, wären seit 2018 pro Tag 41.000 Menschen irregulär nach Europa gekommen. Doch in den letzten 20 Jahren waren es mit der Ausnahme 2014 bis 2018 im Schnitt etwa 41.000 pro Jahr! Bei diesen Zahlenspielen entwickelt Orbán jedoch weitergehende und gefährliche Fantasien:

»Wir blicken einer Völkerwanderung ins Auge, die die bisherige Ordnung unseres Lebens und unsere Lebensweise in Gefahr bringt.« Man werde sich »nicht wie Schafe verhalten, die darauf warten, dass man ihnen die Kehle durchschneidet«.

Die Dimension irregulärer Migration

Auch das Bild, durch Bevölkerungswachstum entstünde Druck, führt in die Irre. Betrachten wir Nigeria mit einer Bevölkerung von 200 Mio. Menschen, davon 92 Mio. in extremer Armut. Tatsächlich kamen 2018 lediglich 1.500 Nigerianer irregulär in die EU, selbst im Rekordjahr 2016 waren es nur 38.000, 2019 dann nur wenige Hundert. Die Frage, warum so wenige kommen, ist leicht zu beantworten: Es war immer und ist weiterhin schwer, Grenzen irregulär zu überschreiten. Die allerwenigsten versuchen es weltweit. So bleiben die meisten Menschen selbst bei großen Gefahren in ihren Ländern. Das erklärt, warum es mehr als doppelt so viele Binnenvertriebene als Flüchtlinge weltweit gibt. Und warum 2019 99 Prozent der Flüchtlinge in Afrika geblieben sind.

Nur wenige versuchen es. Dass das dennoch zu einer Tragödie führt, liegt daran, dass in den letzten Jahren Tausende dabei im Mittelmeer und in der Sahara ums Leben gekommen sind.

Massengrab Mittelmeer

So wurde das Mittelmeer in den letzten Jahren zur tödlichsten Grenze der Welt, mit 17.500 Ertrunkenen in den fünf Jahren von 2014 bis 2018. Eine Grenze, an der so viele Menschen sterben, ist keine humane Grenze. Seenotrettung allein konnte dieses Sterben nicht beenden: Noch nie gab es so viele Rettungen wie 2016 und noch nie in einem Jahr so viele Tote. Doch der Umkehrschluss, die Retter hätten erst das Problem erzeugt, ist ebenso falsch. Als ein geschockter Papst im Sommer 2013 in Lampedusa vor der »Globalisierung der Gleichgültigkeit« angesichts der vielen Toten im zentralen Mittelmeer warnte, gab es weder staatliche noch private Seenotretter vor Ort.

Der Schlüssel für eine erfolgversprechende Politik sind die Unterscheidung zwischen Flüchtlingen und Migranten sowie die Rückführung jener, die sich gar nicht auf den Weg machen sollten; dazu Verbesserung der Bedingungen für Flüchtlinge in Erstaufnahmeländern,

sodass sich viele nicht auf den gefährlichen Weg machen müssen; und mehr Neuansiedlungen Schutzbedürftiger, wie in den 1980er-Jahren aus Südostasien. Dies erfordert schnelle, qualitativ hochwertige Asylverfahren, um zu entscheiden, wer zurückgeführt werden kann. Heute fällt es allen EU-Staaten schwer, schnelle Asylentscheidungen zu treffen. Dies zu ändern ist eine Frage der Ressourcen, der Organisation und des politischen Willens.

Abschiebungsrealismus

Gleichzeitig benötigen wir einen Abschieberealismus in Form von Einigungen mit anderen Staaten, die in deren Interesse sind. Wenn wir einen Stichtag festlegen, nach dem die Wahrscheinlichkeit, abgeschoben zu werden, hoch ist, machen sich sofort viel weniger Menschen auf den Weg. Das reduziert irreguläre Migration und rettet Leben. Im Gegenzug sollten sich die Europäer von der Illusion verabschieden, hunderttausende Ausreisepflichtige, die in den Ausnahmejahren 2014 bis 2018 in die EU kamen, in Massenabschiebungen abfertigen zu können. So gelingt es beispielsweise Deutschland mit seinen gut 11.000 ausreisepflichtigen Gambiern in keinem Jahr, mehr als ein paar Dutzend pro Jahr abzuschieben.

Abschiebungen von nicht Schutzberechtigten nach einem fairen Verfahren sind der moralischste Weg, um lebensgefährliche irreguläre Migration zu reduzieren. Die Zahl von Menschen, die abgeschoben werden können, ist dabei aus vielen Gründen gering. Das Ziel sollten keine imaginären »Abschiebungsoffensiven« sein, sondern strategische Abschiebungen.

Migrationsdiplomatie

Dazu brauchen die EU und ihre Mitglieder eine andere Migrationsdiplomatie. Abschiebungen gelingen seit Jahren in die Ukraine und die Balkanländer. Sie gelingen, weil diese Länder im Gegenzug für Visafreiheit ein Interesse haben, ausreisepflichtige Bürger zurückzu-

nehmen. Mehr Mobilität und mehr Sicherheit sind dabei kein Widerspruch. In den letzten zwei Jahrzehnten haben die Innenminister der EU für über 100 Millionen arme Europäer die Visapflicht aufgehoben: auf dem Westbalkan, für Ukrainer, Georgier, Moldauer. Die EU-Innenminister haben trotzdem zugestimmt, weil Mobilität, verbunden mit Kooperation bei Rückführungen, die Sicherheit für alle erhöht. Im Gegenzug mussten diese Länder viele Bedingungen erfüllen, die die Sicherheit der Europäer erhöhten; dafür haben die Innenminister der EU zugestimmt.

Es gibt einige entscheidende Transitländer in Nordafrika, wo man eine solche Politik – visafreies Reisen im Gegenzug für Reformen wie dem Aufbau von Asylsystemen vor Ort und Kooperation bei Rückführungen – ins Auge ziehen sollte. Tunesien und Marokko sind pro Kopf wohlhabender als die Ukraine – und haben weniger Einwohner. Eine solche Politik könnte irreguläre Migration und das Sterben im Mittelmeer dauerhaft reduzieren, tausende Leben retten und das Thema irregulärer Migration als politischer Sprengstoff in Demokratien entschärfen. Anderen Herkunftsländern sollte man mehr legale Mobilität bieten: Stipendien, legale Migration verbunden mit Berufsausbildungsprogrammen, leichtere und billigere Visavergabe. Mobilität und Freiheit stehen so nicht im Widerspruch zu Kontrolle und Sicherheit.

Vorbild Kanada

Es geht nicht nur darum, irreguläre Migration zu reduzieren, sondern auch darum, legale Aufnahme von Flüchtlingen weltweit zu verbessern. Dabei sollte auch Resettlement eine wichtige Rolle spielen, wie bereits einmal 1956 (Ungarnkrise) und in den zwei Jahrzehnten nach 1979 in Südostasien (Bootsflüchtlinge). Kanada ist seitdem ein wichtiger und heute der weltweit wichtigste Akteur bei Neuansiedlungen mit jährlich 30.000 direkt aus Erstaufnahmeländern aufgenommenen Flüchtlingen, davon allein 20.000, also 0,05 Prozent der kanadischen Bevölkerung, im Rahmen privater Patenschaften, in denen sich Bürger, Kirchen, Vereine und Gemeinden engagieren. Das ist ein Ziel, das auch andere Staaten, die den internationalen Flüchtlingsschutz

unterstützen wollen, verfolgen können. Für Österreich wären dies nur 4.500 Menschen im Jahr. Deutschland hat mit »Neustart im Team« (NesT) bereits ein Pilotprojekt für zunächst 500 Personen gestartet. Kanada zeigt: Das Engagement von Bürgern hilft dabei auch bei der Integration. Es geht nicht um eine einmalige Aktion, sondern um ein humanes System, Kontrolle und Solidarität weltweit zu stärken.

Humaner Dreiklang

Das Ziel für Österreich und seine europäischen Partner sollte ein Dreiklang aus schnellen und fairen Asylverfahren, strategischen Abschiebungen und großzügiger Hilfe für Erstaufnahmeländer sein. Wir sollten Asylverfahren so durchführen, dass wir andere Staaten überzeugen können, dass Asyl möglich ist. Und Staaten überall auf der Welt sollten dabei unterstützt werden, Asylsysteme aufzubauen. Das würde dazu führen, dass wir mit Rückführungen ab Stichtagen diejenigen, die keinen Schutz brauchen, von irregulären Einreisen abhalten und dafür legale Mobilität anbieten. Wir sollten Neuansiedlungsprogramme ausbauen, damit sich weniger Menschen in die Hände von Schleppern begeben. Und wie bereits im Globalen Pakt für Flüchtlinge der Vereinten Nationen 2018 festgelegt, die Hilfe für Flüchtlinge in Erstaufnahmeländern ausbauen.

Kernaussagen

- Es gibt keinen Migrationsdruck aus Afrika – die Zahlen sind durch kluge Politik beherrschbar.
- Ohne Partner ist humane Kontrolle an Grenzen nicht möglich.
- Kontrolle lässt sich durch einen Dreiklang aus Asylverfahren, strategischen Abschiebungen und Hilfe für Erstaufnahmeländer herstellen.

Key messages

- There is no migratory pressure from Africa – the numbers are controllable if politics acts prudently.
- Without partners, it is not possible to make humane controls at borders.
- Control can be established by way of asylum procedures, strategic deportation and support for countries of first reception.

Autoreninformation

Gerald Knaus, geboren 1970, ist Vorsitzender des Thinktanks Europäische Stabilitätsinitiative (ESI) in Berlin. 2011 schrieb Knaus das Buch »Can Intervention Work?«, er ist Gründungsmitglied des European Council on Foreign Relations, war fünf Jahre Fellow am Carr Center for Human Rights Policy der Harvard Kennedy School. 2018/19 war er Fellow am Institut für die Wissenschaften vom Menschen in Wien. 2020 veröffentlichte er das Buch »Welche Grenzen brauchen wir?« zur Zukunft europäischer und globaler Flüchtlings- und Migrationspolitik.



Bild: Prazis Images/Shutterstock.com

Terrorismus in Europa

Autoren:
**Mathias
Humenberger
Camillo Nemeč**

Zusammenfassung

Der Terrorismus in Europa gleicht einem Chamäleon, das seine Erscheinungsform optimal den veränderten Gegebenheiten anpasst. Durch Druck von außen hat er in den letzten Jahren einen kontinuierlichen Wandlungsprozess vollzogen. Zentrale Führungsstrukturen durch organisierte Terrorzellen à la Al-Qaida oder IS zur Durchführung großer, symbolträchtiger Anschläge in Europa sind derzeit geschwächt. Aktuelle Anschläge sind auf Ideologien zurückzuführen, die sich über das Internet und Soziale Medien verbreiten. Es existiert eine ideologische Cloud, ein virtuelles Netzwerk, das weltweit vor allem Einzelattentäter inspiriert. Dadurch wird das Verhindern von Anschlägen erschwert und der Terrorismus auch 2021 für Österreich eine latente Bedrohung darstellen.

Im Wesen nichts Neues

Auch im Jahr 2020 blieb Europa von der seit dem Anschlag auf Charlie Hebdo 2015 anhaltenden Welle des Terrorismus nicht verschont. Größere Anschläge wie noch vor wenigen Jahren in Paris, Brüssel, Nizza oder Barcelona blieben aus. Stattdessen gab es eine Fortsetzung des Trends hin zu kleineren, teilweise rechtsextremen, vorwiegend aber islamistisch motivierten Anschlägen durch Einzelattentäter, unter anderem erstmals auch in Österreich.

Der Anschlag in Wien vom 2. November 2020 markiert per se zwar eine einschneidende Zäsur im gesellschaftlichen und politischen Sicherheitsverständnis Österreichs, war jedoch im Hinblick auf die Entwicklung der letzten Jahre Ausdruck bereits seit längerem beobachtbarer Trends: vom Profil des islamistisch radikalisierten Einzelattentäters über die Verwendung einfach erhältlicher Waffen bis hin zur Wahl des Anschlagorts in den Seitenstraßen der Wiener Innenstadt, eines ungesicherten, sogenannten »weichen« Ziels mit einer offensichtlich willkürlichen Auswahl der Opfer.

Auch die Ziele der jüngsten Terroranschläge in Europa, wie im Falle des Anschlags in Wien, scheinen seit Jahren unverändert: die Verwundbarkeit des öffentlichen Lebens in unserer Gesellschaft zu zeigen, Angst und Schrecken unter den »Ungläubigen« zu verbreiten und die demokratischen Strukturen und Werte zu destabilisieren.

Terrorismus im Wandel

Der islamistische Terrorismus hat spätestens seit dem weitgehenden Zerfall des IS im Irak und in Syrien einen grundlegenden Wandlungsprozess vollzogen. Die Bedrohung für Europa geht heute von einer amorphen Masse, einem virtuellen Netzwerk, einer Cloud ohne Führungsstruktur aus, nur durch die Ideologie verbunden oder davon inspiriert. Einzelne Moscheen werden instrumentalisiert, um radikale islamistische Ideologien zu verherrlichen, den Märtyrertod zu preisen und so potenzielle Attentäter zu rekrutieren. Über Internetforen und

Soziale Medien wird um neue Anhänger geworben und zu Anschlägen in Europa aufgerufen.

Auch im Bereich des rechtsextremen Terrorismus, der mit dem rassistisch motivierten Anschlag in Hanau 2020 sein tödliches Gesicht zeigte, geschieht die Radikalisierung von Individuen primär über Internetplattformen, die rassistisches, antisemitisches, islamfeindliches und von Verschwörungstheorien geprägtes Gedankengut verbreiten.

Die Ausbreitung radikaler Ideologien über das Internet führt dazu, dass sich insbesondere Einzeltäter zu terroristischen Gewaltakten inspirieren lassen. Oftmals haben die Attentäter keinen direkten Kontakt mit transnationalen Terrorgruppierungen, operieren autonom, sind in unscheinbaren Verhältnissen aufgewachsen, fühlen sich benachteiligt, von der Gesellschaft erniedrigt und vom staatlichen System in Stich gelassen. Die verwendeten einfachen Waffen bzw. Anschlagsmittel und scheinbar willkürlichen Angriffsziele benötigen wenige bis gar keine logistischen Vorbereitungen. Virtuelle ideologische Verbundenheit und das gemeinsame Ziel sind der Nährboden dieser schlummernden Attentäter.

Sicherheitspolitische Herausforderungen

Als Folge des Terroranschlages von Wien hat Österreich seine aktive politische Unterstützung bei den europäischen Maßnahmen und Initiativen im Kampf gegen den Terrorismus angekündigt. Hierbei wird sich die Bekämpfung des transnationalen Terrorismus vor allem auf Staaten konzentrieren müssen, die ihn dulden, unterstützen oder sogar steuern. Dazu bedarf es einer effektiveren Zusammenarbeit vor allem im Umgang mit zurückgekehrten Foreign Terrorist Fighters, einer verstärkten digitalen Kooperation der Sicherheits-, Justizorgane und Nachrichtendienste, eines restriktiveren Vorgehens gegen Islamismus und politischen Extremismus, präventiver Maßnahmen gegen die Radikalisierung im Internet und eines effizienten europäischen Außengrenzschutzes.

Die fortschreitende Technologisierung ermöglicht terroristischen Gruppierungen oder Einzeltätern einen immer leichteren und breiteren Zugang zu modernen Waffen wie etwa Drohnen. Darüber hinaus entstehen durch die zunehmende Digitalisierung unserer Gesellschaften weitere Verwundbarkeiten, unter anderem durch Cyber-Angriffe. Zukünftige Terroranschläge könnten auch den Einsatz von chemischen Waffen, die Verbreitung von biologischen Krankheitserregern, Sabotageakte oder Cyber-Angriffe auf kritische Infrastrukturen umfassen.

Terrorismus in Österreich 2021

Die Entwicklungsprognose hinsichtlich der Terrorismusbedrohung für Europa und Österreich muss eher pessimistisch ausfallen. Die Zutaten für einen gefährlichen Molotow-Cocktail stehen bereit: Zunahme von regionalen Konflikten im Umfeld der EU, Ausbreitung terroristischer und militanter Gruppierungen, ein schlummerndes Potenzial von rückkehrenden Foreign Terrorist Fighters, mangelnde Integration und verstärkte gesellschaftliche Polarisierung sowie Radikalisierung und Rekrutierung im Internet. Die Gefahr von Terroranschlägen auf das öffentliche Leben bleibt daher auch im Jahr 2021 bestehen.

Österreich steht nach dem Anschlag in Wien vor einer gesellschaftlichen und politischen Herausforderung: Je stärker es sich im Kampf gegen den Terrorismus akzentuiert, desto stärker wird es auch in den Fokus von islamistischen Terrorgruppierungen und Einzeltätern geraten. Bei unzureichendem Vorgehen drohen jedoch Anschläge von Nachahmungstätern sowie ein erhöhtes Bedrohungspotenzial durch den rechtsextremen Terrorismus.

Kernaussagen

- Die Gefahr von Terroranschlägen auf das öffentliche Leben in Europa und damit auch in Österreich bleibt im Jahr 2021 bestehen.
- Die Attentäter folgen primär einem virtuellen Netzwerk, einer Cloud ohne Führungsstruktur, nur durch die Ideologie inspiriert und verbunden.
- Durch die fortschreitende Technologisierung und Digitalisierung könnten zukünftige Terroranschläge Cyber-Angriffe, Sabotageakte oder den Einsatz von biologischen Waffen umfassen.
- Die Bekämpfung des transnationalen Terrorismus wird sich auf jene Staaten konzentrieren müssen, die ihn dulden, unterstützen oder sogar steuern.

Key messages

- The risk of terrorist attacks on public life in Europe, and thus also in Austria, will continue to exist in 2021.
- These terrorists primarily follow a virtual network, a cloud without any leadership structure, inspired and connected merely through their ideology.
- Due to the technological progress and increasing digitalisation; future terrorist attacks can also comprise of cyber attacks, acts of sabotage or attacks using biological weapons.
- The fight against transnational terrorism will have to focus on those states that tolerate, support or even control terrorism.

Autoreninformation

Mathias Humenberger, M.A.I.S., geboren 1993, ist Referent in der Abteilung Verteidigungspolitik der Direktion für Sicherheitspolitik im Bundesministerium für Landesverteidigung. Er ist Absolvent der Diplomatischen Akademie Wien und der Universität Innsbruck.

Oberst Mag. **Camillo Nemeč**, arbeitet in der Abteilung für Verteidigungspolitik. Er ist Absolvent der Theresianischen Militärakademie und hat Politikwissenschaft an der Universität Wien studiert. Er machte Auslandseinsätze bei UNDOF, UNIKOM und ISAF. Außerdem arbeitete er von 2004 bis 2012 im Kabinett des Bundesministers für Landesverteidigung und in der EU-Abteilung der Militärvertretung Brüssel.

Verstärkung von Radikalisierung

Sowohl im dschihadistischen als auch im rechtsextremistischen Bereich ist mit einer Intensivierung von Radikalisierungstendenzen zu rechnen. Laut dem jüngsten Bericht des Global Terrorism Index haben in den letzten fünf Jahren die rechtsextremen Terroranschläge in westeuropäischen Ländern um 250 Prozent zugenommen. In den letzten Jahrzehnten war der religiös motivierte Terrorismus die tödlichste Form des Terrorismus, allerdings nicht die häufigste.

2019 wurden 63 Prozent der Angriffe und 90 Prozent der Todesfälle rechts- und linksterroristischen Gruppen und Einzelpersonen zugeschrieben. Der Anteil der Todesfälle, die von rechtsextremen Gruppen und Einzelpersonen verursacht wurden, stieg von 26 Prozent im Jahr 2014 auf 82 Prozent im Jahr 2019. Es ist zu erwarten, dass die Effekte der Pandemie und die rasche Verbreitung von Verschwörungstheorien diese Tendenzen weiter verstärken.

Der Anschlag in Wien: Eine Kontextualisierung

Der Anschlag am 2. November 2020 in Wien wird der Tendenz zu kleineren, vom IS inspirierten Einzelangriffen zugeschrieben, die wahrscheinlich weitergehen. Wie das Profil des Terroristen zeigt, sind es nicht unbedingt zurückgekehrte Foreign Fighters, die ein Problem darstellen, sondern radikalisierte Inländer bzw. diejenigen, die es nicht geschafft haben, in die Konfliktzone zu reisen, oder von der Realität vor Ort enttäuscht wurden.

Eine weitere Risikogruppe sind psychisch gefährdete Personen, deren Klassifizierung als »Terroristen«, d. h. politisch motiviert und ideologisch informiert, umstritten bleibt. In Zukunft könnte es notwendig sein, die Definition von Gefährdern auf Personen auszudehnen, die keine besondere Verbindung zum IS haben und nicht im klassischen Sinn radikalisiert wurden. Diese Personen nutzen dschihadistische Aktivitäten zumeist als Ventil für ihre persönlichen bzw. psychischen Probleme.

Der Anschlag hat unter anderem auch auf die Problematik der Deradikalisierung und Reintegration terroristischer und extremistischer InsassInnen hingewiesen. 12,5 Prozent der Anschläge in Europa von 2014 bis 2020 wurden von Personen verübt, die wegen terroristischer Aktivitäten vorbestraft waren. Österreich verfügt zurzeit über kein Deradikalisierungsprogramm im Sinne eines Multi-Agency Ansatzes, bei dem Justiz, Bewährungshilfe, Sicherheitsbehörden und weitere relevante Akteure auf Basis einer Risikobewertung einen entsprechenden Reintegrationsplan verabschieden und begleiten. Bei den derzeitigen einzelnen Maßnahmen fehlt es nicht nur an multidisziplinärer Expertise, sondern auch an Vernetzungs- und Risikobewertungsprotokollen.

Der online-globalisierte Dschihad

Nach dem Niedergang des Kalifats haben sich die Aktivitäten des Islamischen Staats in Europa vorrangig ins Internet verlagert, wobei Sympathisanten explizit aufgefordert werden, Anschläge mit einfachsten Mitteln zu verüben. Radikalisierung, Kommunikation und Planung finden zunehmend online statt, was wiederum den transnationalen Austausch erleichtert, auch im Hinblick auf die Erstellung von Narrativen. Dadurch werden Ereignisse und politische Äußerungen in einem Land wie etwa Frankreich übernommen und an globale sowie lokale Formulierungen angepasst, um dort eine Mobilisierung von Gewalt zu erreichen. Die Erstellung von Propaganda auf zentraler Ebene und durch Multiplikatoren hat eine beispiellose Qualität und Verbreitungsgeschwindigkeit erreicht, die mit hohen Fertigkeiten im Umgang mit sozialen Medien und mit einer enormen Anpassungsfähigkeit einhergehen. So haben Anbieter Sozialer Medien kürzlich zwar zahlreiche dschihadistische Konten auf Twitter und Telegram gelöscht, doch tauchen diese weiterhin auf, indem sie innovative Techniken wie kurzlebige Videokampagnen einsetzen. Diese Online-Fiktionen werden zunehmend globaler und lösen sich von den Realitäten vor Ort, wodurch sich die Wahrscheinlichkeit zufälliger Ziele erhöht, da die Beweggründe nicht unbedingt in konkreten Missständen zu finden sind, sondern in individuellen Profilierungsbedürf-

nissen. Diese Entwicklungen stellen ernsthafte Herausforderungen für die Überwachung des Internets dar, wo der radikale bzw. extremistische Diskurs zunehmend widerstandsfähiger wird.

Radikalisierung und Polarisierung

Eine Tendenz, die seit Kurzem in europäischen Gesellschaften im Zusammenhang mit Radikalisierung zu beobachten ist, ist Polarisierung. Dies ist insbesondere als Versicherheitlichung von Migration und als eine Reaktion auf Terrorismus zu verstehen. Verstärkt wird diese Entwicklung durch das Eindringen rechtsextremer Akteure und Diskurse in die gesellschaftliche Mitte. Am bekanntesten sind verschiedene Artikulationen des kulturellen Rassismus und abwertende, pauschalisierende Beurteilungen bestimmter Bevölkerungsgruppen. In diesem Kontext sind auch reaktionäre, patriarchale und anti-feministische Strömungen auf dem Vormarsch, was sich in Abtreibungsgegnern, Anti-LGBTQI-Bewegungen, nationalistischen und nativistischen Agenden widerspiegelt. Es darf erwartet werden, dass dies zu Widerstand und Mobilisierung im linken (bzw. linksextremen) Spektrum führt. Ein neuer Trend, der sich zumindest in der Zeit der Pandemie fortsetzen könnte, sind die Querdenker. Sie vereinen die äußersten Enden des politischen Spektrums und sind sehr aktiv bei Protesten gegen COVID-19-Maßnahmen.

Autoreninformation

Dr. **Daniela PISOIU**, geboren 1981, ist Senior Researcher am Österreichischen Institut für Internationale Politik (OIIP) in Wien und Dozentin an der Universität Wien mit dem Forschungsschwerpunkt Terrorismus, Extremismus und Radikalisierung. Sie promovierte am Centre for the Study of Terrorism and Political Violence der University of St Andrews.

Kernaussagen

- Sowohl im dschihadistischen als auch im rechtsextremistischen Bereich ist mit einer Intensivierung von Radikalisierungstendenzen zu rechnen, die auch durch die Effekte der Pandemie und die rasche Verbreitung von Verschwörungstheorien verstärkt werden.
- Beim dschihadistischen Terrorismus könnte es in Zukunft notwendig sein, die Definition von Gefährdern auf Personen auszudehnen, die keine besonderen Verbindungen zum IS haben und nicht im klassischen Sinne radikalisiert wurden.
- Globalisierung und Professionalisierung der terroristischen Propaganda werden zu einer weiteren Diversifizierung von Motivationen führen und ernsthafte Herausforderungen für die Überwachung des Internets darstellen.
- Die Gesellschaft polarisiert sich weiter, und neue Formen von Radikalisierung jenseits der klassischen Definitionen werden zunehmend sichtbar.

Key Messages

- In both the Jihadist and the right-wing extremist domains, radicalisation tendencies are expected to intensify, amplified by the pandemic and the speedy distribution of conspiracy theories.
- In the future, it might become necessary in terms of Jihadist terrorism to apply the tag of potential threat to persons that are not directly linked to ISIS and have not been radicalised in the classical sense.
- Globalisation and professionalisation of terrorist propaganda will lead to further diversification of motivations and serious challenges to the surveillance of the internet.
- Society polarises even more, and new types of radicalisation beyond the classical definition are increasingly becoming visible.



Bild: David Bautista/Shutterstock.com

Bioterrorismus als erhöhte Gefahr nach der Pandemie

Zusammenfassung

Durch die COVID-19-Pandemie ist Bioterrorismus ein größeres Risiko geworden. Offengelegte Schwächen in Gesundheitssystemen und die mangelhafte Krisenvorbereitung vieler Staaten haben gezeigt, welche Auswirkungen von einem bioterroristischen Angriff ausgehen könnten.

Autorin:
Leyla Daskin

Terrorismus in Zeiten einer Pandemie

Terroristische Organisationen haben in der Pandemie schnell erkannt, dass sie Gewinn aus der Situation schlagen können. António Guterres betonte bereits im April 2020 vor dem UN-Sicherheitsrat, dass Bioterrorismus nun unter den aus seiner Sicht prioritären sicherheitspolitischen COVID-19-Risiken anzuführen sei. Durch die offengelegten Schwächen und Verwundbarkeiten der staatlichen Gesundheitssysteme und Krisenvorbereitung sei ersichtlich geworden, wie ein bioterroristischer Angriff aussehen könnte und wie dramatisch dessen Auswirkungen sein würden.

Wenngleich die Produktion oder der Erwerb und die Verbreitung von biologischen Kampfstoffen, also Bakterien, Viren, Pilzen und Toxinen, immer noch eine sehr große Herausforderung sind, so ist es dennoch möglich, dass Organisationen mit viel Geld und technischem Know-how einen Angriff mit biologischen Waffen durchführen oder Zugriff auf biologische Kampfstoffe bekommen könnten. Und selbst wenn ein großer Angriff nicht gelingt, so ist die Gefahr kleinerer Einsätze nicht auszuschließen. Diese hätten zwar deutlich weniger Opfer zur Folge, wären aber dennoch ein vergleichsweise hoher Angstfaktor. Einen solchen Angsteffekt erreicht man bereits über die bloße Androhung, eine schwierig durchlebte Pandemie wieder aufleben zu lassen. Wenn dann noch auf glaubwürdige Weise Folgeanschläge in den Raum gestellt werden, droht Panik in der Bevölkerung.

Phänomen Bioterrorismus

Seit den Anschlägen der Ōmu Shinrikyō, auch Aum-Sekte, 1995 in Tokio und den Anthrax-Attentaten 2001 in den USA ist klar, dass die Nutzung von Biowaffen durch nichtstaatliche Akteure nicht mehr nur Stoff für Science-Fiction-Romane, sondern Realität geworden ist.

Erst im März 2020 wurde ein 31-jähriger IS-Kämpfer vom Düsseldorfer Oberlandesgericht für den Bau einer Bombe mit dem biologischen

Kampfstoff Rizin zu zehn Jahren Haft verurteilt. Er ist zur Herstellung des Gifts einem Herstellungsleitfaden des IS gefolgt.

Rizin zählt mit elf weiteren Giftstoffen, darunter etwa Pflanzenschutzmittel und Industriechemikalien, zum sogenannten »dreckigen Dutzend«. Diese Gruppe an Giftstoffen wurde durch das Stockholmer Übereinkommen über persistente organische Schadstoffe, auch POP-Konvention, vom 22. Mai 2001 weltweit eingeschränkt bzw. verboten. Toxine wie Rizin oder Bakterien wie der Milzbrand verursachende *Bacillus anthracis* zählen zu den am leichtesten für Terroristen erreichbaren Erregern, für deren Herstellung es kein großes Hochsicherheitslabor braucht. Neue Entwicklungen, die es möglich machen, im privaten Bereich kleine Biolabore zu betreiben, und damit auch Terroristen die Chance bieten, relativ einfach vorzugehen, werden im Rahmen der UN-Biotoxinwaffenkonvention kritisch verfolgt.

Risikofaktor Bioterrorismus

Bioterrorismus ist in den Risikobildern westlicher Staaten bislang als sogenanntes »Dread risk«- oder »Low probability/High impact«-Risiko eingeschätzt worden. Er fällt in die Kategorie der nicht diskriminatorisch wirkenden Bedrohungen mit katastrophalen Auswirkungen. Die Eintrittswahrscheinlichkeit hängt vorrangig vom Zugang zu biologischen Kampfstoffen, von der Möglichkeit der Durchführung und vom kalkulierten Einsatznutzen ab. In der österreichischen Risikomatrix ist Bioterrorismus in der Kategorie »Systemischer Terrorismus« subsumiert. Dieser wird insgesamt als wenig wahrscheinlich, aber mit extremen Auswirkungen auf das Gesamtsystem der österreichischen Sicherheit bewertet.

Mit der COVID-19-Pandemie könnte ein Paradigmenwechsel in der Risikoeinschätzung erforderlich sein. Denn wenn potenzielle Angreifer die negativen Auswirkungen eines Einsatzes von biologischen Kampfstoffen für sich selbst geringer einschätzen, ändert sich auch das Einsatzkalkül. Entscheidend bleibt dann nur mehr die Frage der Verfügbarkeit der Mittel. Künftig wird die sicherheitspolitische Planung daher

vermehrt auch Szenarien berücksichtigen müssen, deren Eintritt als wenig wahrscheinlich gilt oder deren Einstufung hinsichtlich ihrer Eintrittswahrscheinlichkeit überhaupt schwierig ist.

Extremistische Ideologien in Verbindung mit technologischen Fortschritten in der Biotechnologie lassen die Gefahr der Synthetisierung von biologischen Kampfstoffen zunehmend in den Bereich des Möglichen rücken. Aufgrund der raschen und grenzüberschreitenden Verbreitung der eingesetzten Kampfstoffe muss bei Angriffen auf westliche Staaten in jedem Fall auch mit massiven Auswirkungen auf Österreich gerechnet werden. Diese transnationale Dimension könnte in zukünftigen Risikobewertungen auch zu einer höheren Einstufung der Eintrittswahrscheinlichkeit führen. Generell ist dieses Risiko daher auch als Beispiel zu sehen, dass nationale Risikobewertungen zunehmend auch in einem europäischen Kontext vorzunehmen sind, insbesondere bei transnationalen Risiken.

Effektive Gegenstrategien haben sich vor allem auf die Erschwerung des Zugangs zu biologischen (Kampf-)Stoffen mit besonderem Fokus auf nichtstaatliche Akteure zu konzentrieren. Das erfordert insbesondere eine verbesserte bilaterale Zusammenarbeit zwischen relevanten Staaten, die Stärkung multilateraler Kooperation, die Intensivierung nachrichtendienstlicher Zusammenarbeit sowie die maximale Verbesserung nationaler Schutzmaßnahmen, etwa durch den Ausbau von einschlägigen militärischen Laboreinrichtungen und andere medizinische Vorsorgemaßnahmen.

Autoreninformation

Leyla Daskin, M.Litt, geboren 1991, ist Mitarbeiterin der Direktion für Sicherheitspolitik im Bundesministerium für Landesverteidigung. Derzeit arbeitet sie als sicherheitspolitische Analytikerin am Institut für Friedenssicherung und Konfliktmanagement der Landesverteidigungsakademie Wien. Sie hat am französischen Institut d'Etudes Politiques (Sciences Po) und der Universität Wien studiert und hält einen Masterabschluss in Terrorism Studies and Political Violence der University of St Andrews.

Kernaussagen

- Bioterrorismus zählt zu jenen Sicherheitsrisiken, die auch über die Pandemie hinaus auf der sicherheitspolitischen Agenda bleiben werden.
- Viele Staaten werden ihre Armeen vermehrt darauf ausrichten, mit bioterroristischer Gefahr umgehen zu können.
- Terrororganisationen könnten zunehmend versuchen, auch biologische Kampfstoffe in die Hände zu bekommen, spätestens seitdem deren Schadpotenzial augenscheinlich wurde.
- Auch wenn ein anderer Staat Ziel eines solchen Angriffs ist, wäre das Risiko für Österreich groß, da die Ausbreitung – insbesondere von Viren – über Staatsgrenzen hinausgeht.

Key messages

- Bioterrorism ranks among those security risks that will remain on the security-political agenda even after the pandemic.
- Many states will increase their military capabilities for dealing with bioterrorist threats.
- Terrorist organisations might increasingly try to get hold of biological warfare agents, especially after their damage potential became apparent.
- Even if another state were the target of such an attack, the risk for Austria would be considerable, especially in the case of viruses, as they spread across national borders.



Bild: Phonlamai Photo/Shutterstock.com

Gesellschaftliche Polarisierungs- und Fragmentierungsprozesse

Autor:
Teresa Reiter

Zusammenfassung

Entfremdungsprozesse zwischen unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen werden zu mehr gewaltsamen Eskalationen auf den Straßen Europas führen. Ausgrenzung, Rassismus und despektierliches öffentliches Verhalten gegenüber Minderheiten und sozio-ökonomisch benachteiligten Gruppen müssen als treibende Kräfte von Radikalisierung mit entsprechenden Mitteln bekämpft werden, um Europa sicherer zu machen.

Gesellschaftliche Marginalisierung als Sicherheitsrisiko

Europa gilt zumindest in seiner Eigenwahrnehmung als sozial ausgeglichener Teil der Welt. Dennoch: Das Versprechen eines sozialen Sicherheitsnetzes und gleichwertiger gesellschaftlicher Teilhabe, das die Europäische Union sich oft auf die Fahnen schreibt, ist für viele in der Union lebende Menschen nicht einlösbar.

Echokammern, wo Personen sich online oder offline in einem Informationsumfeld befinden, das ihnen ausschließlich die eigene Meinung bestätigt, sind längst kein neues Phänomen mehr. Die Menschen leben zunehmend in unterschiedlichen Realitäten.

Die wirtschaftlichen Folgen der Pandemie werden zusätzlichen Druck auf eine bereits angespannte Situation zwischen den gesellschaftlichen Schichten ausüben.

Folglich wird es zu Problemen bei der Durchsetzung notwendiger politischer Maßnahmen, die die Kooperation der Bevölkerung erfordern, kommen. Ein Beispiel dafür ist die mangelnde Bereitschaft vieler BürgerInnen, sich gegen das Coronavirus impfen zu lassen.

Ausgrenzungserfahrungen vieler Menschen machen Europa angreifbar

Zahlreiche Studienergebnisse belegen, dass besonders Menschen mit Ausgrenzungserfahrungen empfänglich für die Rekrutierungsversuche radikaler Gruppierungen sind. Diese Gruppen beuten solche Erfahrungen gezielt aus.

Erfahrungen der gesellschaftlichen Isolierung und Perspektivlosigkeit sowie das Gefühl, dass Europas Werte und Versprechen nicht für den »kleinen Mann« oder die »kleine Frau« gelten, spielen auch bei VerschwörungstheoretikerInnen eine große Rolle. Auch im rechtsradikalen Milieu ist diese Denkweise häufig.

Betrachtet man das Problem der Gewalt durch radikale Gruppen in Europa unter dem Aspekt der gesellschaftlichen Marginalisierung, so ist es offensichtlich, dass es nicht durch höhere Sicherheitsbudgets, mehr Kompetenzen für den Sicherheitsapparat oder Verbote alleine lösbar sein wird.

Falsche Maßnahmen verschärfen das Problem

Vor dem Hintergrund, dass Terroranschläge in Europa immer wieder von Personen verübt werden, die hier geboren und aufgewachsen sind und sich auch hier radikalisiert haben, sind auch Grenzschießungen keine praktikable Lösung. Darüber hinaus beweisen Daten der Motivforschung bei Personen, die terroristischen Organisationen angehör(t)en, dass nicht der Migrationshintergrund oder sonstige »Andersartigkeit« selbst zur Radikalisierung führt, sondern die Erfahrungen, die ein Leben als Angehörige(r) einer Minderheit mit sich bringen kann. Somit ist auch der Einwanderungsstopp keine angemessene Antwort.

Nebenbei ist davon auszugehen, dass Alltagsrassismus in der Ausdrucksweise politischer VerantwortungsträgerInnen und das Suggestieren, arme Menschen seien schwach, wie dies etwa im Begriff »sozial schwache Schichten« zum Ausdruck kommt, sie seien nicht im selben Ausmaß klug oder um das Leisten eines Beitrags bemüht, die Erfahrungen der Isolation, Ablehnung und Demütigung durch die Gesellschaft verstärken.

Wird diesbezüglich kein anderer Weg eingeschlagen, so ist zu erwarten, dass Demonstrationen auf den Straßen Europas künftig radikaler und gewalttätiger werden und auch Auseinandersetzungen zwischen sozial benachteiligten Gruppen zunehmen.

Europa verschläft die Prävention

Es ist hinlänglich bewiesen, dass besonders junge Menschen, die Ausgrenzungserfahrungen gemacht haben, leichter in die Nähe radikaler Gruppen gelangen. Identitätskonflikte und Zukunftsängste tragen zusätzlich dazu bei.

Radikale Führungspersönlichkeiten aller Art agieren oft wie SozialarbeiterInnen. Sie sind mit den Lebenswelten junger Menschen vertraut, bieten Antworten auf deren Fragen und einen geschützten Ort, wo es egal ist, woher man kommt oder wie viel man hat, und wo man einer Gemeinschaft angehören kann.

Europäische Staaten verfügen über die Fähigkeiten und die finanziellen Mittel, genau diese Leistungen selbst flächendeckend anzubieten. Jugend- und Gemeinschaftszentren tun das bereits nach Kräften, allerdings mit viel zu wenig Ressourcen. JugendsozialarbeiterInnen werden schlecht bezahlt und erhalten wenig Anerkennung, obwohl sie einen nicht nur für die Sicherheit wesentlichen Job machen. Es war in Europa noch nie die erste Maßnahme am Tag nach einem Anschlag, das Budget für Streetworker nennenswert zu erhöhen.

Genau das verlangt die aktuelle Situation allerdings, um weitere gewaltsame Eskalationen durch radikale Gruppen zu verhindern. Wenn der Sicherheitsapparat das Konzept der Prävention nicht als Teil seines natürlichen Aufgabenbereichs ansieht, verliert Europa den Wettlauf um seine Jugend.

Darüber hinaus mangelt es den meisten europäischen Staaten an attraktiven Angeboten bei der politischen Erwachsenenbildung. Angesichts der schleppenden Fortschritte in diesem Bereich in der Vergangenheit ist davon auszugehen, dass Propaganda und Verschwörungstheorien auch in den nächsten Jahren nicht auf eine effektiv verbreitbare demokratische Gegenerzählung, die alle Bevölkerungsgruppen erreicht, treffen werden.

Die Terrorismusbekämpfung der Zukunft muss auf zwei Beinen stehen. Einerseits braucht es einen gut finanzierten Sicherheitsapparat mit entsprechenden Kompetenzen, der strenger parlamentarischer Kontrolle und den Regeln der Verhältnismäßigkeit unterliegt. Doch es braucht andererseits eine Gesellschaft, die mit den ihr zur Verfügung stehenden Ressourcen daran arbeitet, niemanden zurückzulassen. Beides sind sicherheitsrelevante Konzepte für eine möglichst friedliche und gewaltfreie Zukunft Europas.

Autoreninformation

Mag. **Teresa Reiter**, geboren 1988, ist Visiting Fellow am Institut für die Wissenschaften vom Menschen in Wien. Sie war drei Jahre lang Fachreferentin für EU, Außenpolitik, Landesverteidigung und Migration im NEOS-Parlamentsklub und leitete anschließend die Kommunikation des Europäischen Forums Alpbach.

Kernaussagen

- Es wird schwieriger für sozial unterschiedlich gestellte Bevölkerungsgruppen, sich auf eine gemeinsame Realität zu einigen. Wirtschaftlicher Druck als Folge der Pandemie vertieft diesen Konflikt.
- In Folge wird die Bereitschaft vieler Menschen sinken, an gesamtgesellschaftlichen Lösungsansätzen mitzuarbeiten.
- Rekrutierer radikaler Gruppierungen beuten Ausgrenzungserfahrungen aus, und europäische Gesellschaften verschärfen durch ihr weiterhin ausgrenzendes Vorgehen und diskriminierende Maßnahmen das Risiko.
- Grenzschießungen, Einwanderungsstopp und mehr Überwachung sind keine geeigneten Maßnahmen, um Zulauf zu radikalen Gruppierungen zu reduzieren.
- Europa muss Präventionsarbeit, besonders Jugendsozialarbeit, aber auch politische Erwachsenenbildung, finanziell besser ausstatten und als wesentlichen Teil der Sicherheitsvorsorge erkennen.

Key messages

- It is becoming more difficult for socially differently situated population groups to agree on a common reality. Economic pressure due to the pandemic will deepen this conflict.
- As a result, many people will be less willing to work on solutions for society as a whole.
- Recruiters from radical groups exploit experiences of exclusion, and European societies exacerbate the risk through their continued exclusionary approach and discriminatory measures.
- Border closures, immigration freezes, and increased surveillance are not appropriate measures to reduce recruitment to radical groups.
- Europe must provide better funding for prevention work, especially youth social work, but also political adult education, and recognize it as an essential part of security provision.

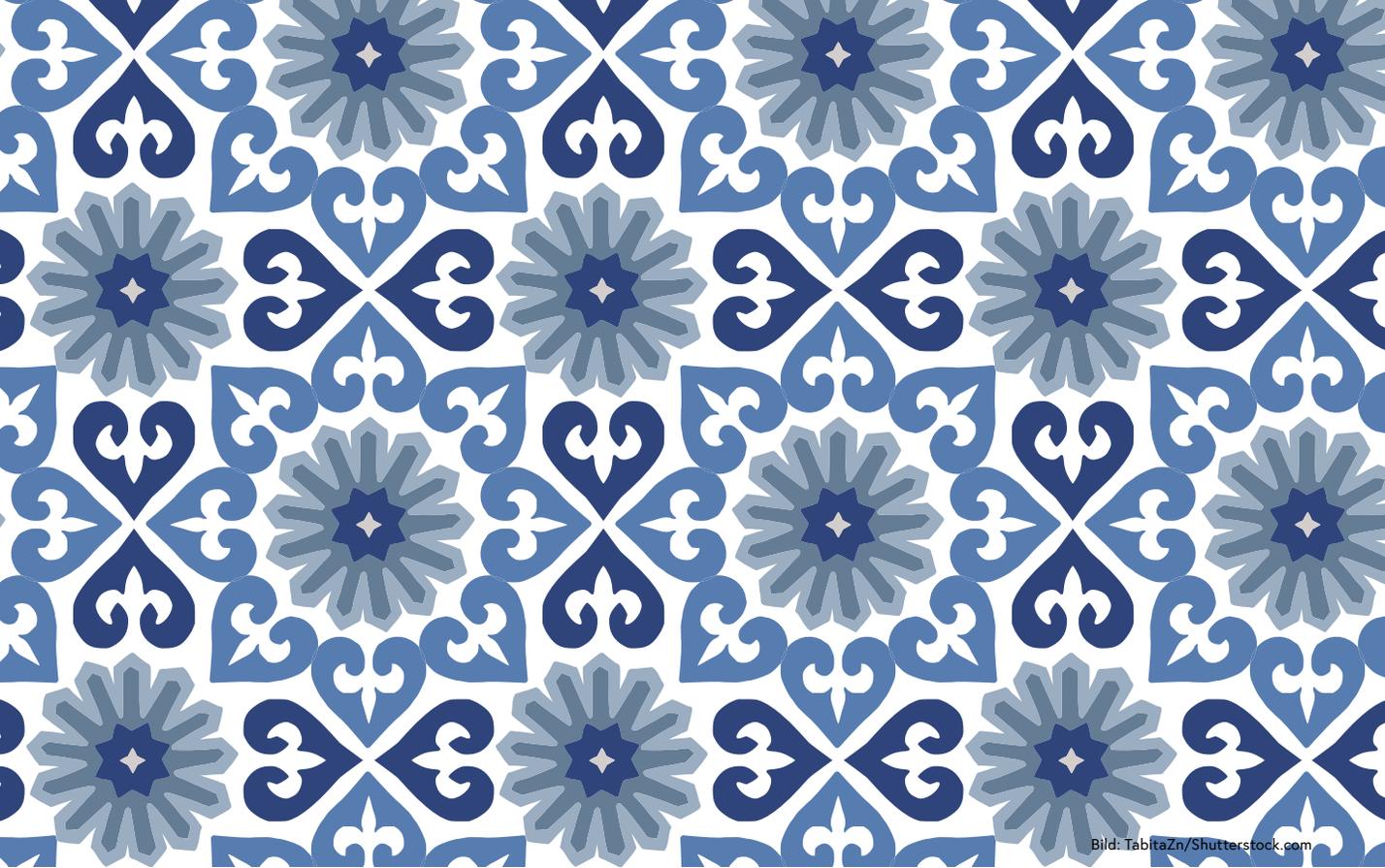


Bild: TabitaZn/Shutterstock.com

Strategien des politischen Islam in Europa

Autor:
**Mouhanad
Khorchide**

Zusammenfassung

Der Politische Islam (PI) als eine demokratiefeindliche Herrschafts-ideologie, die anstrebt, die freiheitlich-demokratische Gesellschafts-ordnung im Namen des Islam von ihren demokratischen Grundwerten auszuhöhlen, stellt neben dem Dschihadismus und Salafismus eine große Gefahr für unsere Gesellschaft dar. Anders als die letztgenannten Ideologien versuchen Akteure des PI, ihre Ziele auf legalem Weg durch demokratische Mittel zu erreichen. Daher spricht man von einer subtilen Unterwanderung der Gesellschaft. Um Menschen in ihre Reihen zu rekrutieren, betreiben Akteure des PI eine Identitätspolitik, die darauf zielt, den Westen als Feindbild der Muslime und diese als Opfer westlicher Repressionen und Diskriminierungen zu stigmatisieren. Daher spricht man auch von einer antiwestlichen Ideologie.

Was ist Politischer Islam und was nicht?

Die im September 2020 eingerichtete Dokumentationsstelle Politischer Islam verwendet folgende Arbeitsdefinition des Begriffs: Eine Gesellschafts- und Herrschaftsideologie, die die Umgestaltung bzw. Beeinflussung von Gesellschaft, Kultur, Staat oder Politik anhand von solchen Werten und Normen anstrebt, die von deren Verfechtern als islamisch angesehen werden, die aber im Widerspruch zu den Grundsätzen des demokratischen Rechtsstaates und den Menschenrechten stehen.

Schon Mitte des 20. Jahrhunderts hat sich die Politikwissenschaft mit diesem Phänomen auseinandergesetzt, um die Bewegung der Muslimbruderschaft, die 1928 in Ägypten gegründet wurde und heute als der wichtigste Akteur des PI gilt, wissenschaftlich zu erfassen und zu analysieren. Der Gründer der Muslimbruderschaft, Hasan al-Banna (1906 – 1949), sah in dieser Bewegung eine Art Herrschaftsideologie, die darauf zielt, die Gesellschaftsordnung nach deren Verständnis der Scharia auszurichten. Die Scharia sei die einzig berechtigte Gesellschaftsordnung, daher müsse sich die Welt an ihr orientieren.

Hier wird klar, dass nicht jede Form der Partizipation von Muslimen an der Gesellschaft zum PI gehört. Wenn sich Muslime, zum Beispiel, motiviert durch ihren Glauben – unter Achtung der Grundsätze des demokratischen Rechtsstaates, der Menschenrechte, der Grundlagen einer freien Gesellschaft sowie des Rechts eines jeden Individuums auf Selbstbestimmung – an der Gesellschaft beteiligen, z. B. im Sinne einer Sozialethik, bzw. wenn Muslime Gesellschaftskritik üben oder sich kritisch mit politischen Themen auseinandersetzen, dann ist das nicht mit dem PI gemeint.

Aushöhlung des demokratischen Rechtsstaats

Erst wenn religiös motiviert im Namen des Islam versucht wird, eine schleichende Machtübernahme unter Ausnutzung bzw. Missbrauch des bestehenden Rechtssystems durchzusetzen bzw. staatliche Machtbefugnisse zu übernehmen, dann spricht man vom PI. Dies kann zum Beispiel durch Einflussnahme auf staatliche Instanzen geschehen, oder durch Druck auf bestimmte gesellschaftliche Gruppen. Dazu gehört z. B. jede Form von Scharia-Polizei bzw. das Kontrollieren der religiösen Praxis von Menschen.

Zum PI gehört aber auch, wenn versucht wird, Menschen im Namen des Islam Heilsgewissheiten aufzuzwingen (z. B. Zwang zur religiösen Praxis) bzw. solche religiösen Werte und Normen – egal, mit welchen Mitteln und auf welchem Wege – durchzusetzen, die im Widerspruch zu den Grundsätzen des demokratischen Rechtsstaates und den Menschenrechten sowie den Grundlagen einer freien Gesellschaft stehen. Und genau darin liegt die Gefahr des PI. Er instrumentalisiert den Islam, um die Gesellschaft aktiv zu polarisieren, Macht auszuüben sowie Herrschaft zu legitimieren.

Strategien des Politischen Islam

Im Unterschied zum Dschihadismus und Salafismus zeichnet sich der PI dadurch aus, dass er den bestehenden Rechtsstaat anerkennt und bereit ist, im Rahmen der gültigen Gesetze, also auf legalem Weg, zu handeln. Daher spricht der deutsche Verfassungsschutz auch von einem legalistischen Islamismus. Akteure des PI vertreten nach außen oft gemäßigtere und offenere Positionen als organisationsintern und zeigen nach außen Loyalität zur bestehenden Rechtsordnung. Gleichzeitig werden aber langfristige, übergeordnete ideologische Ziele verfolgt, die nur in der Scharia die angestrebte Gesellschaftsordnung anerkennen. Insofern unterscheidet sich der PI vom Salafismus und Dschihadismus nur in der Methode, nicht aber in den Zielen.

Methoden der Unterwanderung und Rekrutierung

Einige der wichtigsten Methoden der subtilen Unterwanderung freiheitlich-demokratischer Gesellschaftsordnung im Namen des Islam und der Rekrutierung von Anhängern sind im Folgenden kurz aufgelistet:

Etablierung eines Opferdiskurses unter den Muslimen

Muslimen werden als eine über alle Zeiten hinweg verfolgte Gemeinschaft imaginiert, die Gesellschaft wird in »wir, die Guten« und »die anderen, die Bösen«, »wir, die Opfer« und »die anderen, die Täter« polarisiert. Statt aber wie die Salafisten eine religiös beladene Sprache zu verwenden (»Gläubige vs. Ungläubige«), wird hier die Trennlinie zwischen konstruierten Identitäten gezogen: Muslimen als Opfer, als Diskriminierte vs. die Mehrheitsgesellschaften des Westens als Islamophobe, Islamhasser, Rassisten, weiße Männer. Dahinter verbirgt sich die Strategie, mit den Ängsten der Menschen zu spielen, um Feindbilder zu erzeugen.

Identitätspolitik statt Wertekoalition

Um die Welt in Unterdrücker (der Westen) und Unterdrückte (die Muslimen) zu spalten und verfeindete Identitäten zu konstruieren, benötigt die PI »Unterdrückte«, »Verängstigte«, »Verunsicherte« und suggeriert Muslimen daher ständig, sie seien diese Opfer der Gesellschaft. Wenn es jedoch um demokratische Werte an sich geht, dann werden diese nur so weit verteidigt, wie sie der eigenen Gruppe helfen. Zum Beispiel wird mit Religionsfreiheit in Österreich argumentiert, um möglichst viele der eigenen Ansprüche zu legitimieren, gleichzeitig werden Einschränkungen der Religionsfreiheit vor allem von religiösen Minderheiten in islamischen Ländern, z. B. in der Türkei, ignoriert. Demokratische Werte werden nur verteidigt, solange sie dem eigenen Vorteil dienen.

Missbrauch demokratischer Strukturen

Akteure des PI versuchen, ihre Machtansprüche durch die Partizipation an (zivil-)gesellschaftlichen und politischen Institutionen zu gewinnen, durch das Einrichten von Vereinen, Bildungseinrichtungen, politi-

schen Parteien und Verbänden sowie durch Medienarbeit. Sie nutzen allerdings die legalen Möglichkeiten einer liberalen Demokratie, um diese langfristig abzuschaffen.

Vermeidung von Bekenntnissen der eigenen Zugehörigkeit

Dies ist vor allem bei der Muslimbruderschaft der Fall. Nicht selten tritt man mit einer freiheitlich-demokratischen Fassade auf, um das Vertrauen der Gesellschaft zu gewinnen und um in wichtigen gesellschaftlichen Institutionen Fuß zu fassen. Diese Tatsache macht es nicht einfach, die Akteure des PI zu identifizieren.

Selbstimmunisierung gegen Kritik

Jede Kritik am PI wird von seinen Anhängern als Angriff auf den Islam deklariert, um sich vor berechtigter Kritik zu immunisieren. Dies führt sehr oft zu einer Selbstzensur von Politikern und anderen Akteuren, die Angst bekommen, als Rassisten oder Islamophobe stigmatisiert zu werden.

Delegitimation von innerislamischen Reformen

Alternative, vor allem liberale Islamvorstellungen werden delegitimiert und verdrängt, um stark konservative Auslegungen des Islam als die einzig richtige darzustellen. Man denke zum Beispiel an die Ablehnung einer historisch-kritischen Lesart des Korans oder an die Beharrung auf frauendiskriminierenden Auslegungen des Islam.

Fatwas als Druckmittel

Ein weiteres Rekrutierungsinstrument des PI sind Fatwas, religiöse Rechtsprechungen, die den Gläubigen erschweren sollen, sich mit der österreichischen Gesellschaft zu identifizieren. Flexiblere Ansichten innerhalb der islamischen Theologie werden vom PI meistens abgelehnt, so etwa die anerkannten theologischen Positionen, die das Essen von nichtgeschächtetem Fleisch gestatten bzw. Muslimen erlauben, in den Sommermonaten die Fastenstunden im Ramadan zu reduzieren.

Kernaussagen

- Die Herrschaftsideologie des Politischen Islam (PI) will die freiheitlich-demokratische Gesellschaftsordnung im Namen des Islam aushöhlen.
- Der PI versucht, anders als Dschihadismus und Salafismus, seine Ziele auf legalem Weg und mit demokratischen Mitteln zu erreichen.
- Die Akteure des PI betreiben eine Identitätspolitik, die Muslime als Opfer westlicher Repressionen und Diskriminierungen imaginiert.
- Der PI entwickelt und benützt ein ausgeklügeltes System von Methoden der subtilen Unterwanderung der freiheitlich-demokratischen Gesellschaftsordnung im Namen des Islam und der Rekrutierung von Anhängern.

Key messages

- The ideology of domination pursued by Political Islam is to erode the libertarian-democratic social order in the name of Islam.
- Political Islam, contrary to Jihadism and Salafism, attempts to reach its goals in a legal manner and by democratic means.
- The actors of Political Islam pursue an identity politics that depicts Muslims as victims of Western repression and discrimination.
- Political Islam develops and makes use of an intricate system of methods to subtly undermine the libertarian-democratic social order in the name of Islam and to recruit followers.

Autoreninformation

Prof. Dr. **Mouhanad Khorchide**, geboren 1971, ist seit 2010 Professor für Islamische Religionspädagogik an der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster und seit 2011 Leiter des Zentrums für Islamische Theologie Münster. Seit 2020 ist er Leiter des wissenschaftlichen Beirats der Dokumentationsstelle Politischer Islam.



Bild: Jiri Flogel/Shutterstock.com

Die NATO nach Trump

Zusammenfassung

Die NATO wird trotz ihrer inneren Spannungen auf absehbare Zeit die einzige sicherheitspolitisch handlungsfähige Organisation in Europa bleiben. Zugleich bleibt die Europäische Union der wichtigste Partner der Allianz. Die Bündnispolitik der USA wird entscheidend sein, die Herausforderungen durch China und die Spannungen im Verhältnis zu Russland werden auch weiterhin die Agenda der NATO bestimmen. Die Türkei wird ein schwieriges Allianzmitglied bleiben, aber die Existenz des Bündnisses nicht gefährden. Österreichs Rolle wird nicht immer als solidarisch und zunehmend kritischer gesehen.

Autor:
**Bernhard
Christandl**

NATO 2030: United for a New Era

Als der französische Präsident Emmanuel Macron im November 2019 in der britischen Wochenzeitung »Economist« von einer »hirntoten NATO« sprach, löste er damit einerseits einen Sturm der Entrüstung, andererseits aber auch eine öffentliche Debatte über den tatsächlichen Zustand des Bündnisses aus. Diese Debatte führte zur Einsetzung einer Reflexionsgruppe zur Zukunft der NATO. Die Ergebnisse liegen unter dem Titel »NATO 2030: United for a New Era« mit insgesamt 138 Vorschlägen vor. Ausschlaggebend wird sein, was sich von diesen Vorschlägen in einem dringend erforderlichen neuen Strategischen Konzept wiederfinden wird. Für ein solches gibt es viele Themenfelder, die im noch gültigen strategischen Konzept aus dem Jahr 2010 nicht oder nicht mehr adäquat abgebildet sind. Dazu gehören etwa die Verbesserung und Beschleunigung der Entscheidungsfindungsprozesse in der NATO, China, hybride Bedrohungen, Künstliche Intelligenz einschließlich der Anwendung in autonomen Waffensystemen, Weltraum, die Ausweitung der Partnerschaften in den indopazifischen Raum und die Auswirkungen des Klimawandels.

Handlungsfähigkeit der NATO

Wesentlich für die Handlungsfähigkeit der Allianz bleibt die Suche nach einem grundsätzlichen Konsens innerhalb des Bündnisses. Stressfaktoren in diesem Zusammenhang sind die Spannungen zwischen Allianzmitgliedern, die unterschiedlichen Bedrohungsperzeptionen z. B. zwischen östlichen und südlichen Bündnispartnern und die auch unter einer neuen US-Administration bestehen bleibende sicherheitspolitische Ausrichtung der USA in den indopazifischen Raum. So schwierig sich die Zusammenarbeit im Bündnis von Zeit zu Zeit auch darstellt, die Handlungsfähigkeit im Falle einer wirklich großen Bedrohung dürfte doch gewährleistet sein. Der ausschlaggebende Faktor dafür sind und bleiben kooperations- und handlungswillige Vereinigte Staaten.

Die Türkei wird ein schwieriges Mitglied bleiben. Dies liegt in erster Linie darin begründet, dass sie sich zunehmend als regionale

Führungsmacht etabliert. Die daraus resultierenden Aktivitäten stehen nicht immer im Einklang mit den Interessen der Allianz. Dass die Türkei dadurch allerdings die Handlungsfähigkeit oder gar die Existenz des Bündnisses ernsthaft zu gefährden beabsichtigt, ist nicht anzunehmen.

Verhältnis zu China

Mittelfristig wird China wohl zur dominierenden Herausforderung für die NATO, ihre Mitglieder und die Sicherheit im euro-atlantischen Raum werden. China stellt nicht nur in sicherheitspolitischen Fragen, sondern in allen Politikbereichen eine Herausforderung dar, die in ihrer Dimension diejenige, die der Allianz – und der EU – durch Russland erwächst, deutlich übertreffen wird. Da das politische Handlungsspektrum Chinas den Wirkungsbereich der NATO erheblich übersteigt, wäre eine enge Kooperation der Allianz mit der EU besonders geboten.

Wenn auch vorerst unwahrscheinlich, ist die Möglichkeit von militärischen Spannungen künftig nicht völlig auszuschließen. Sowohl in der Arktis, wo China Interessen anmeldet, als auch im Fall einer Gefährdung der Seewege im Indischen Ozean und im Südchinesischen Meer ist ein direktes Aufeinandertreffen von NATO bzw. NATO-Mitgliedern und China denkbar.

Verhältnis zu Russland

Im Verhältnis zu Russland ist in einem überschaubaren zeitlichen Rahmen keine wesentliche Änderung zu erwarten. Militärisch bleibt Russland – auch wenn ein Angriff auf einen NATO-Staat sehr unwahrscheinlich ist – die Referenzgröße für das Bündnis. Russland beeinflusst die Sicherheit der NATO und der EU wesentlich auch über seine aktive Beteiligung an Konflikten in deren unmittelbarer Nachbarschaft, sei dies nun in der Ukraine, in Georgien, Syrien oder in

Libyen. Daneben sind Antworten auf die von Russland ausgehenden hybriden Bedrohungen zu finden.

Auf absehbare Zeit wird wohl der Zwei-Wege-Ansatz der NATO – Abschreckung bei gleichzeitiger Gesprächsbereitschaft – das realistischste Szenario für den Umgang mit Russland bleiben.

Partnerschaften

Die Bedeutung der Partnerschaften hat sich bereits in der Vergangenheit inhaltlich verändert und dürfte sich in der Zukunft auch geografisch verlagern. Bestimmend für die Bedeutung eines Partners für die NATO ist dessen geografische Lage und/oder seine Bereitschaft, mit der NATO sicherheitspolitisch und militärisch zu kooperieren. In Europa sind dies vor allem Finnland, Schweden und die Ukraine. Vor dem Hintergrund der sich abzeichnenden globalen Rolle Chinas wird sich der Fokus für Partnerschaften verstärkt in die indopazifische Region verlagern. Schwierig, aber dennoch wesentlich für die Sicherheit der Allianz, werden die Partnerschaften mit den arabischen Ländern bleiben.

EU und Österreich

Der naheliegendste Partner zur Bewältigung der sich abzeichnenden Herausforderungen für die NATO ist die Europäische Union, von deren 27 Mitgliedsstaaten 21 auch Mitglieder der NATO sind. Als hinderlich für die Zusammenarbeit erweisen sich die Spannungen innerhalb der Allianz ebenso wie die nicht abschließend diskutierte Rolle der EU in Fragen der Sicherheitspolitik – einschließlich deren militärischer Komponente.

Österreich strebt über die Partnerschaft mit der NATO eine Einbindung in den transatlantischen, sicherheitspolitischen Dialog und die Sicherstellung der Zusammenarbeitsfähigkeit des österreichischen Bundesheeres mit den Streitkräften der EU und NATO-Mitglieder an. Da eine

künftige militärische Handlungsfähigkeit der EU realistisch nur im Wege der NATO denkbar ist, muss auch dieser Aspekt in die österreichischen Überlegungen Eingang finden, sowohl in politischer als auch in militärischer Hinsicht.

Die Glaubwürdigkeit Österreichs als Partner ist nicht ungetrübt. Dazu trägt das im Vergleich zu anderen europäischen Staaten deutlich niedrigere Verteidigungsbudget ebenso bei wie politische Alleingänge, z. B. im Fall des Nuklearwaffenverbotsvertrages oder hinsichtlich seiner unkritischen Haltung gegenüber Russland. Dieses Verhalten steht im Widerspruch zu den Interessen der Allianz und ihrer europäischen Mitglieder, und es lässt eine österreichische sicherheitspolitische Perspektive, die über nationale Interessen hinaus auch eine europäische Dimension umfasst, vermissen.

Die Kooperation Österreichs mit der NATO wird in Teilbereichen nach wie vor von der Türkei blockiert.

Autoreninformation

Oberst Dr. **Bernhard Christandl**, geboren 1961, ist Referatsleiter NATO in der Abteilung Militärpolitik im Bundesministerium für Landesverteidigung. Von 2006 bis 2010 war er nationaler Verbindungsoffizier zum NATO Allied Command Transformation in Norfolk/USA. Er studierte Geschichte, promovierte in Politikwissenschaft und absolvierte mehrere internationale Ausbildungen in Genf, Rom, Hamburg und Stockholm.

Kernaussagen

- Die NATO wird auf absehbare Zeit die einzige sicherheitspolitisch handlungsfähige Organisation in Europa bleiben.
- Die USA bleiben für eine glaubwürdige und handlungsfähige NATO unverzichtbar.
- Die NATO wird auch in Zukunft inneren Spannungen unterworfen sein.
- Die EU bleibt der wichtigste Partner der NATO, auch im Hinblick auf die Herausforderungen, die durch China erwachsen.
- China wird zur dominierenden Herausforderung für den euro-atlantischen Raum und damit für die NATO werden.
- Die Türkei wird ein schwieriger Partner bleiben, ohne die Existenz des Bündnisses zu gefährden.
- Die Beziehungen mit Russland werden auch 2021 angespannt bleiben.
- Österreichs Rolle wird nicht immer als solidarisch und zunehmend kritischer gesehen.

Key messages

- NATO will remain the only organisation that is able to act in the security-policy field in Europe in the foreseeable future.
- The USA will remain indispensable for NATO as far as credibility and the ability to act are concerned.
- NATO will remain subjected to internal tensions in the future.
- The EU remains the most important partner of NATO, also with a view to the challenges posed by China.
- China will become the dominating challenge for the Euro-Atlantic region and thus for NATO.
- Turkey will continue to be a difficult partner, without endangering the existence of the Alliance.
- The relations with Russia will remain tense in 2021.
- Austria's role is not always perceived as being solidary with other nations, and it will increasingly be met with criticism.

The image features three European Union flags waving in the foreground. The flags are blue with twelve yellow stars arranged in a circle. They are set against a background of a building with a grid-like facade, possibly a government or institutional building. The lighting is bright, suggesting a sunny day. The text '03' is positioned in the upper left corner, and the main title 'Risiken im Umfeld der EU' is centered over the middle flag.

03

Risiken im Umfeld der EU



Entwicklungen am Horn von Afrika

Autoritarismus auf dem Vormarsch

Autor:
Roland Marchal

Zusammenfassung

Am Horn von Afrika schlägt das Pendel wieder in die falsche Richtung aus. Im Jahr 2019 herrschte noch Optimismus, aber für das Jahr 2021 ist die Perspektive düster. Trotz einiger oberflächlicher Veränderungen geht der Konkurrenzkampf in der Golfregion weiter, wobei die internationale Konfrontation noch größer geworden ist. Die Region zeigt sich gegenüber externen Partnern weitaus weniger unterwürfig, da die Regime mehr auf geopolitische Rivalitäten und den Mangel an offensichtlichen Alternativen setzen. Der Autoritarismus ist auf dem Vormarsch, weil er die einzige Überlebensstrategie für die Regime am Horn von Afrika darstellt. Sowohl als Ursache wie auch in Folge dessen werden bewaffnete bzw. dschihadistische Gruppen, die den meisten dieser Regime den Kampf ansagen, immer zahlreicher.

Sicherheitslage und geopolitische Faktoren

Im Jahr 2019 war die politische Dynamik in Äthiopien nicht ausschließlich positiv, aber es bestand immer noch die Hoffnung, dass das Friedensabkommen zwischen Addis Abeba und Asmara der Bevölkerung zugutekommen würde, die im Krieg von 1998 bis 2000 sehr gelitten hatte. Die Spannungen in Äthiopien nahmen zu; die zahlreichen Reformankündigungen konnten dennoch weitgehend friedlich umgesetzt werden. In Eritrea hatte sich kein bedeutender Wandel vollzogen, aber Beobachter waren der Meinung, dass dies noch nicht ausgeschlossen sei – bestand doch für das Regime eine einmalige Gelegenheit, sich ohne Risiko zu reformieren. Der Sudan erlebte in den Städten eine gewaltige Protestbewegung, die sich so stark radikalisierte, dass die Armee eingreifen und für einen fragilen Kompromiss sorgen musste, durch den Zivilisten und Militärs in eine neue Staatsführung eingebunden werden, während einer der ältesten afrikanischen Präsidenten, Omar al-Bashir, in Haft genommen, aber nicht verurteilt wurde. Somalia befand sich in einer eher besorgniserregenden Lage, aber viele dachten, dass eine Neuverteilung der Macht zwischen der in Mogadischu ansässigen nationalen Regierung und den föderalen Einheiten notwendig sei und die somalische Politik nicht darüber hinaus beeinflussen würde.

2021 wird es keine drastischen Veränderungen in der regionalen und internationalen Geopolitik geben. Die finanzielle Unterstützung Qatars für den somalischen Präsidenten wird es diesem ermöglichen, die Wahlen erneut zu gewinnen, obwohl die Opposition von Wahlmanipulation spricht. Saudi-Arabien und die VAE tätigen aus geopolitischen Gründen weiterhin Investitionen in den Ländern am Roten Meer, während China, Russland und – in geringerem Maße – auch die Türkei versuchen, ihre militärische Präsenz in der Region zu verstärken. Die USA und ihre westlichen Verbündeten sind an diesen Spieltisch zurückgekehrt, sollten aber eher ihre politischen Prioritäten neu definieren als die Anzahl ihrer Soldaten in der Region zu erhöhen.

Eritrea

Die Regime besitzen in diesem geopolitischen Kontext einen größeren Spielraum. Der eritreische Präsident Isayas Afewerki genießt diese Zeit, da sein Erzfeind, die Tigray-Volksbefreiungsfront TPLF, gegen den äthiopischen Ministerpräsidenten Abiy Ahmed verloren hat, der am 4. November 2020 eine destruktive »Operation für Recht und Ordnung« gegen Tigray eingeleitet hatte.

Äthiopien

Abiys Regime in Addis Abeba ist nun in der Lage, Wahlen zu organisieren und zu gewinnen, obwohl dieser Sieg durch Unregelmäßigkeiten und lokale Gewalt getrübt wird. Die militaristische Richtung, die im Kampf gegen die TPLF eingeschlagen wurde, zeigt sich an der Rhetorik und führt zu einem Grad an Zwangsausübung, der jenem nicht unähnlich ist, dem die Bevölkerung 2016 und 2017 unterworfen war. Die internationale Gemeinschaft ist durch das Auftauchen bewaffneter Gruppen paralysiert – zu einem Zeitpunkt, in dem regionale Führung benötigt wird.

Somalia

Hinzu kommt die Besorgnis über das enorme Wiedererstarken dschihadistischer Gruppen in Somalia. Die dortigen Wahlen wurden (wie immer) durch Korruption und die Einmischung der Regierung von Präsident Farmajo in die Parlamentswahlen manipuliert. Zwei der fünf Bundesstaaten, Jubaland und Puntland, kappten monatelang ihre Beziehungen zu Mogadischu. Al-Shabaab profitiert von den Spaltungen in der somalischen Nationalarmee und der Schwächung der regionalen Verwaltungen, da deren Finanzierung aus Mogadischu im Grunde eingestellt wurde. Das Wiedererstarken al-Shabaabs reicht über die Landesgrenzen hinaus, da diese neue (allerdings kleine und nicht gut organisierte) Gruppen in Äthiopien aufbaut und an der kenianischen Grenze weiterhin aktiv ist. Die Wahlen in Somaliland werden friedlich

abgehalten, aber ihre Ergebnisse zeigen, dass die Politik in Somaliland zunehmend als Sesselspiel der Isaaq-Clans angesehen werden könnte, während die nicht-isaaqischen (und daher in der Minderheit befindlichen) Clans, die vor allem im Osten leben, politisch nur marginal vertreten sind.

Nachbar Kenia

Einer der Hauptgründe für die Spannungen am Horn von Afrika ist das Streben nach einem möglichst großen Anteil an Einnahmen aus der Erschließung und der Förderung von Öl und Gas, was eine Zerreißprobe für Regierungen ohne starke Institutionen darstellt. Die somalischen Beziehungen zu Kenia gleichen einem permanenten Psychodrama, da Nairobi immer wieder die Regierung von Jubaland gegen Mogadischu unterstützt und vor dem IGH prozessiert, um die Seegrenze zu Somalia neu ziehen zu können. Selbst Äthiopien pflegt ambivalente Beziehungen zu Kenia, da es seine Grenzen nicht kontrollieren kann und strategisch unentschlossen ist, ob entweder der Seezugang über Somalia oder jener über Kenia bevorzugt werden soll.

Dschibuti

Die Wahlen in Dschibuti stellen keine Überraschung dar, da Präsident Ismael Omar Guelleh eine beeindruckende Zahl internationaler Unterstützer um sich scharen konnte, welche die politische Kontinuität befürworten und der vom Präsidenten zersplitterten Opposition keine Glaubwürdigkeit verleihen. Darüber hinaus spürt Dschibuti die Dynamik des regionalen Wettbewerbs, weil die sanierten Häfen von Assab (in Eritrea) und Berbera (in Somaliland) eröffnet werden und aufgrund ihrer Lage und niedriger Betriebskosten viel Interesse auf sich ziehen.

Nachbar Sudan

Die Wahlen im Sudan sind immer noch für 2022 geplant, aber die Zivilbevölkerung steht vor neuen Problemen. Die Gründe dafür sind vielfältig. Das Friedensabkommen mit den bewaffneten Gruppen ist keine ausreichende Basis für die Wiederherstellung eines Minimums an Recht und Ordnung in Darfur. Die zivile Allianz, die Omar al-Bashir besiegte, hat sich gespalten, da die traditionellen Parteien mehr Macht für sich beanspruchen und die Radikalen vorgeben, größere Legitimität zu besitzen. Den Forderungen des Militärs nachzukommen, ist zu einer fast unmöglichen Aufgabe geworden, weil die Regierung nun die Kontrolle über die vielen Unternehmen und Firmen zurückgewinnen will, die Eigentum von Armee- und Sicherheitskadern sind. Trotz finanzieller Zusagen der internationalen Gemeinschaft gelingt es der Regierung nicht, die Lebensumstände der Bevölkerung zu verbessern. Die Politik ist nicht immer realistisch genug, und der Staatsapparat ist nach Jahrzehnten korrupter Regierungsführung weitgehend dysfunktional.

Ausblick

Das Jahr 2021 wird wahrscheinlich eine Verschlechterung im Vergleich mit der zweiten Hälfte von 2020 mit sich bringen, vor allem, weil sich die neue US-Regierung auf die globalen Probleme (Iran, China, Russland) konzentriert und bis jetzt nicht in der Lage war, eine ehrgeizige Politik – wie bereits unter Obama und Trump – zu verfolgen. Dann vielleicht 2022?

Kernaussagen

- Für 2021 ist eine Verschlechterung der Sicherheitslage am Horn von Afrika zu erwarten.
- Die geopolitischen Ambitionen in und gegenüber der Region werden sich nicht dramatisch verändern.
- Der Autoritarismus ist am Horn von Afrika auf dem Vormarsch, weil er die einzige Überlebensstrategie für die Regime dort darstellt.
- Dschihadistische Gruppen werden am Horn von Afrika immer zahlreicher.

Key messages

- The security situation in the Horn of Africa is expected to deteriorate in 2021.
- Geopolitical ambitions in and toward the region will not change dramatically.
- Authoritarianism is on the rise in the Horn of Africa because it is the only survival strategy for the regimes there.
- Jihadist groups are becoming more numerous in the Horn of Africa.

Autoreninformation

Roland Marchal ist Senior Research Fellow am National Center for Scientific Research (CNRS), mit Sitz am Center for International Researches (CERI/Sciences-Po Paris). Von 2002 bis 2006 war er Chefredakteur der französischen akademischen Vierteljahresschrift *Politique Africaine*. Er hat zu den Konflikten und der Politik am Horn von Afrika und in Zentralafrika geforscht und publiziert und war als Berater für verschiedene Regierungen, die Weltbank und die Europäische Union tätig. Seine aktuelle Expertise konzentriert sich auf Somalia, die Zentralafrikanische Republik, den Tschad und einige Länder der Sahelzone sowie auf die Politik der Großmächte auf dem afrikanischen Kontinent.



Fragile Staatlichkeit in Westafrika

Autor:
Gerald Hainzl

Zusammenfassung

Mali wird aus europäischer Perspektive im Zentrum der Herausforderungen und des Engagements im Sahelraum bleiben. Die Lage in Malis Nachbarstaaten Niger und Burkina Faso bleibt 2021 ebenfalls sehr fragil. Die Gefahr, dass terroristische Gruppen ihren Aktionsradius vor allem Richtung Süden ausweiten, bleibt weiterhin bestehen. Der Konflikt zwischen Marokko und der Frente Polisario könnte eskalieren.

Mali und seine Nachbarstaaten

Mali wird weiterhin äußerst fragil bleiben, Anschläge und gewaltsame Auseinandersetzungen zwischen ethnischen Gruppen sind im hohen Ausmaß von 2020 weiter zu erwarten. Das gilt für die Nachbarstaaten Burkina Faso und Niger ebenso. Das Engagement der internationalen Gemeinschaft bleibt durch die COVID-19-Pandemie zumindest in der ersten Hälfte 2021 noch beeinträchtigt. Zusätzliche Initiativen wie die Operation Barkhane und die Combined Joint Special Operations Task Force for the Sahel (Task Force Takouba) sind für die kommenden zwölf Monate nicht zu erwarten.

Das Verhalten gegenüber islamistischen Gruppen dürfte die Beziehungen zwischen der malischen Übergangsregierung und einem großen Teil der internationalen Akteure belasten. Dem angeblichen Willen der Bevölkerung folgend wird die Übergangsregierung versuchen, offizielle Kontakte mit Jama'at Nasr al-Islam wal Muslimin (JNIM), dem malischen Zweig der Al-Qaeda, aufzunehmen, um mögliche Friedensverhandlungen auszuloten. Die Hoffnung, dass dadurch auch die Gewalt reduziert werden wird, dürfte sich für 2021 nicht bestätigen. Da sich die JNIM aus mehreren Gruppen gebildet hat, könnten Verhandlungen dazu führen, dass sie sich wieder aufsplittert. Einzelne Subgruppen könnten dann versuchen, durch besondere Gewalt und Brutalität die Aufmerksamkeit auf sich zu ziehen, um sich entweder von Verhandlungen zu distanzieren oder sich selbst als Verhandlungspartner in Stellung zu bringen.

Sicherheitspolitische Auswirkungen von COVID-19

Die sicherheitspolitischen Entwicklungen sind eng an eine wirtschaftliche Erholung gebunden. Die Rezession des Jahres 2020 könnte sich fortsetzen, falls die globale Nachfrage 2021 auf dem diesjährigen Niveau bleibt. Auch der Handel innerhalb der Region kam durch die Grenzschießungen teilweise zum Erliegen. Eine dämpfende Wirkung hatten die geschlossenen Grenzen aber auch auf irreguläre Aktivitäten. 2020 war ein Rückgang der Migrationszahlen bemerkbar. Dies

könnte sich 2021 wieder ändern, da einerseits mit Grenzöffnungen zu rechnen ist und andererseits eine gewisse Adaption an die neuen Gegebenheiten stattgefunden hat. Über das Mittelmeer kamen 2019 insgesamt 105.425 Menschen nach Europa, 2020 mit Stand Anfang Dezember laut UNHCR-Daten ca. 64.000. In die Angaben zur Mittelmeerroute sind allerdings alle Ankünfte und nicht nur die aus Afrika eingerechnet. Auch hat sich die Migration aus Afrika vom Mittelmeer Richtung Atlantik verschoben. Laut Internationaler Organisation für Migration gab es 2020 bisher etwa 18.000 Ankünfte auf den Kanarischen Inseln, im Vergleichszeitraum 2019 1550.

Gefahr der Ausbreitung von Terrorismus

Das Armed Conflict Location & Event Data Project listet für die erste Jahreshälfte 2020 mehr als 1.000 gewaltsame Zwischenfälle für Westafrika. Mehr als 46 Prozent davon fanden in Mali statt, 35 Prozent in Burkina Faso und 17 Prozent in Niger.

Dass sich Terrorismus in Westafrika vor allem Richtung Süden ausbreitet, hat sich bisher nicht im befürchteten Ausmaß bestätigt. Allerdings könnte sich das 2021 ändern. In mehreren Staaten sollten Wahlen stattfinden. 2021 dürfte sich auch der Druck auf islamistische Gruppen durch Sicherheitskräfte erhöhen. Zudem werden die wirtschaftlichen Auswirkungen der COVID-19-Pandemie beinahe alle Staaten treffen. Dies könnte dazu führen, dass terroristische Organisationen versuchen, aus dieser fragilen Situation Kapital zu schlagen. Das könnten sowohl lokale Gruppen ohne Affiliationen sein, aber auch solche, die sich mit Al-Qaeda oder dem sogenannten Islamischen Staat verbünden. Insbesondere die Staaten Togo, Benin und Ghana könnten in ihren nördlichen Provinzen davon betroffen sein.

In Nigeria bleibt der Norden des Landes instabil, wobei sich die Zone der Instabilität von Nordosten in den Nordwesten ausdehnen wird. Die Regierung wird weiterhin nicht in der Lage sein, in großen Gebieten auf dem Land Sicherheit zur Verfügung zu stellen. 2021 wird sich der Trend fortsetzen, dass immer mehr Bauern ihr Land verlassen und

in Städte ziehen. Daher wird sich der Druck in großen, aber auch in kleinen Städten erhöhen, und kommunale Dienstleistungen werden ihre Kapazitätsgrenzen erreichen.

Die Rückkehr des Westsaharakonflikts

Der Konflikt zwischen Marokko und der Westsahara über den endgültigen Status des Gebietes, Teil Marokkos oder unabhängiger Staat, könnte nach der gewaltsamen Eskalation im November 2020 und der Aufkündigung des Waffenstillstandes von 1991 durch die Frente Polisario weiter anschwellen.

Konsequenzen für die EU und Österreich

Da die westafrikanischen Binnenstaaten auch 2021 fragil bleiben und die jeweiligen Sicherheitskräfte nicht in der Lage sein werden, weite Teile ihrer Länder zu kontrollieren, sollten die EU und Österreich 2021 und darüber hinaus aus eigenem Interesse das Niveau der derzeitigen Unterstützung beibehalten oder erhöhen. Je mehr diese Region stabilisiert werden kann, desto mehr Einfluss wird dies auf die Reduktion von Terrorismus und Migration haben.

Ein gewaltsames Wiederaufflammen des Konflikts zwischen Marokko und der Frente Polisario würde ein weiteres an die EU grenzendes Gebiet destabilisieren. Dies hätte nicht nur Konsequenzen für die regionale Sicherheit. Auch Fragen von Migration und Flucht Richtung Europa würden neu bewertet werden müssen. Deshalb sollten die Konfliktparteien dabei unterstützt werden, eine tragfähige Lösung für ihren Konflikt zu finden bzw. zum Status quo ante zurückzukehren.

Die EU und Österreich sollten sich dafür einsetzen, dass die Staaten Westafrikas bei der Beteiligung mit Impfungen gegen COVID-19 nicht benachteiligt werden. Dies könnte in den kommenden 12 bis 18 Monaten einen wesentlichen Beitrag zur Stabilisierung und zur Wiederankurbelung des Wirtschaftswachstums in der Region führen.

Kernaussagen

- Die westafrikanische Sahelregion wird weiterhin fragil bleiben.
- Die Migration aus der Region könnte 2021 wieder auf das Niveau vor der COVID-19-Pandemie ansteigen.
- Terrorismus wird in der Region in den nächsten Monaten weiterhin ein bestimmendes Thema bleiben.
- Der lange Zeit als eingefroren geltende Konflikt zwischen Marokko und der Westsahara könnte erneut aufflammen.

Key Messages

- The West African Sahel region will continue to be fragile.
- In 2021, migration from the region could rise again to the level before the COVID-19 pandemic.
- Terrorism will remain a significant factor in the region for the months to come.
- The conflict between Morocco and Western Sahara, which for a long time was considered as a frozen conflict, might flare up again.

Autoreninformation

Dr. **Gerald Hainzl**, geboren 1970, forscht seit 2004 am Institut für Friedenssicherung und Konfliktmanagement an der Landesverteidigungsakademie Wien. Er beschäftigt sich mit Konflikten in Afrika, lokalen, regionalen und internationalen Konfliktlösungsmechanismen sowie afrikanischer Sicherheitspolitik und deren Institutionen. Zahlreiche Forschungsaufenthalte, unter anderem in Tansania, Südafrika, Botswana, Äthiopien, Somaliland, Eritrea und Ghana.



Entwicklungsperspektiven am Westbalkan

Zusammenfassung

Die Bewältigung der COVID-19-Pandemie bzw. die wirtschaftliche Erholung davon wird für alle Regierungen der wenig resistenten Staaten des Westbalkans (WB) 2021 die zentrale Herausforderung bleiben. Ungelöste regionale Konflikte und innerstaatliche Spannungen werden aber parallel dazu wieder an Bedeutung gewinnen. Das regionale Gesamtbild wird diesbezüglich von Ambivalenz charakterisiert sein. Neuen Chancen (Wechsel der US-Administration, einzelne demokratische Lichtblicke am WB) stehen autoritäre Bestrebungen von Schlüsselpolitikern, politische Fragilität und die anhaltende Schwäche der EU-Integrationspolitik gegenüber. Vor diesem Hintergrund bleibt die militärische Präsenz von EUFOR und KFOR auch weiterhin notwendig.

Autor:
Predrag Jureković

Herausforderungen in der (Post-)Corona-Phase

COVID-19 wird sehr wahrscheinlich auch 2021 innerstaatliche und regionale Entwicklungen substantiell beeinflussen. Trotz fiskalischer Probleme werden die Staaten des WB im Vergleich zu den meisten EU-Staaten das Jahr 2021 mit einem geringeren Wirtschaftsrückgang von durchschnittlich etwa minus fünf Prozent beginnen. Falls die Pandemie mit Hilfe von Impfstoffen schrittweise zurückgedrängt werden kann, ist 2021 mit einem regionalen Wirtschaftswachstum von drei bis fünf Prozent zu rechnen. Eine Schlüsselrolle für die wirtschaftliche Erholung könnte 2021 das Corona-Hilfspaket der EU im Ausmaß von 3,3 Mrd. Euro spielen.

Wegen der Pandemie sind regionale Konflikte 2020 im Vergleich zu innerstaatlichen Konflikten eher in den Hintergrund geraten. Für 2021 ist aber damit zu rechnen, dass Wechselwirkungen zwischen innerstaatlichen und regionalen Entwicklungen wieder stärker hervortreten werden.

Bosnien und Herzegowina

Partielle Wahlerfolge bisher unbescholtener Politiker bei der Kommunalwahl in Bosnien und Herzegowina (BiH) im November 2020 haben für 2021/22 die Hoffnung geweckt, dass demokratische Veränderungen auch in BiH möglich sein könnten. Andererseits wird sich 2021 auch das Risiko für eine verstärkte Polarisierung erhöhen, insbesondere in der bosnisch-herzegowinischen Entität Republika Srpska (RS). Dort hat die dominierende serbische Nationalpartei SNSD klargemacht, dass sie den Machtverlust in der Entitätshauptstadt Banja Luka nicht so einfach hinzunehmen gedenkt. Finanzielle Sanktionen, die den »abtrünnigen« Städten in der RS von der SNSD angekündigt wurden, könnten gewaltsame Auseinandersetzungen mit der RS-Polizei bei Demonstrationen auslösen. Auch das Konfliktpotenzial zwischen dem SNSD-Vorsitzenden Milorad Dodik und dem »Wächter« des Dayton-Friedensvertrages, dem Hohen Repräsentanten Valentin Inzko, wird sich 2021 sehr wahrscheinlich noch vergrößern.

Montenegro

Der im Dezember 2020 stattgefundenen Regierungswechsel in Montenegro nährt im Hinblick auf das Jahr 2021 einerseits die Hoffnung auf Demokratisierung und effizientere Korruptionsbekämpfung. Andererseits bestehen berechtigte Zweifel hinsichtlich der Stabilität dieser heterogenen Regierung, der sowohl serbisch-nationalistische als auch grün-liberale Parteien angehören. Trotz anderslautender Beteuerungen der neuen Regierung befürchten vor allem ethnische Minderheiten und Bürger mit montenegrinischer Nationalidentität einen stärkeren Einfluss der serbisch-orthodoxen Kirche auf die montenegrinische Politik und eine Schwächung der Westorientierung des jungen NATO-Mitglieds Montenegro.

Kosovo

Auch im Kontext der Kosovofrage sind 2021 Entwicklungsoptionen durch Ambivalenz charakterisiert. So könnte die wahrscheinliche Wiederbelebung der Kooperation zwischen der EU und den USA am WB unter dem neuen US-Präsidenten Joe Biden dem zuletzt sehr statischen Dialog zwischen Belgrad und Prishtina/Priština wichtige Impulse geben. Zugleich dämpfen aber die sehr unterschiedlichen politischen Entwicklungen in Serbien und im Kosovo die Aussichten auf einen baldigen Durchbruch.

Während es im EU-Kandidatenland Serbien dem Präsidenten Aleksandar Vučić gelungen ist, ein semi-autoritäres Regime ohne wirkliche politische Opposition zu etablieren, wird die politische Situation im Kosovo 2021 wahrscheinlich sehr fragil bleiben. Ausschlaggebend dafür sind die schwache Machtbasis von Ministerpräsident Avdullah Hoti und das Machtvakuum, das Ende 2020 durch den Rücktritt von Präsident Hashim Thaçi als Folge seines Kriegsverbrecherprozesses in Den Haag entstanden ist. Die instabile politische Situation im Kosovo könnte sich ohne ein substanzielles Engagement der westlichen Akteure 2021 in gewaltsamen Protesten oder in niederschweligen interethnischen Auseinandersetzungen entladen.

Lackmustest für die EU-Integrationspolitik

Nachdem Nordmazedonien durch eine äußerst konstruktive Außenpolitik den jahrelangen Konflikt mit Athen um den Staatsnamen beilegen konnte, fordert nun Bulgarien mazedonische Zugeständnisse in Fragen der nationalen Identität. Stärkere Anstrengungen der EU werden notwendig sein, um diese neue Krise der Integrationspolitik bald zu beenden und Nordmazedonien 2021 gemeinsam mit Albanien den Beginn von Beitrittsverhandlungen zu ermöglichen. Alles andere würde eine zusätzliche Beschädigung der EU-Rolle als wichtigster externer Konsolidierungsfaktor am WB und ein weiteres Erstarren anderer geopolitischer Akteure (China, Russland und Türkei) in der Region bedeuten. Für Nordmazedonien hätte eine neuerliche längere Phase der Blockadepolitik sehr wahrscheinlich negative Folgen für die interne Stabilität. Wichtige Reformvorhaben wären gefährdet, und das inter-ethnische Verhältnis zwischen Mazedoniern und Albanern könnte sich wieder verschlechtern.

Sicherheitspolitische Konsequenzen für die EU und Österreich

Der Westbalkan wird sich 2021 wahrscheinlich weiterhin im Zustand einer nur semi-konsolidierten Region mit potenziellen Sicherheitsproblemen befinden. Unterhalb der Schwelle zu – wenig wahrscheinlichen – bewaffneten Auseinandersetzungen am WB kann die Resilienz der EU durch den Fortbestand nationalistischer Bewegungen, massiver Korruption, organisierter Kriminalität und autoritärer Tendenzen direkt oder indirekt negativ beeinflusst werden. Nicht zuletzt vor dem Hintergrund des tragischen Terroranschlags in Wien am 2. November 2020 ist ausdrücklich auf die strategische Notwendigkeit der Unterstützung gemäßigter islamischer Repräsentanten und toleranter inter-religiöser Beziehungen am WB hinzuweisen.

Kernaussagen

- Der Westbalkan benötigt eine solidarische Unterstützung der EU in der (Post-)Corona-Phase.
- Eine von Österreich unterstützte glaubwürdige EU-Integrationspolitik sollte demokratische Standards wieder zur Priorität erklären und Blockadepolitiken wie im Falle Nordmazedoniens ausschließen.
- Die Erneuerung der strategischen Allianz EU-USA am Westbalkan könnte die Lösung von ethnisch-territorialen Konflikten erleichtern.
- Wegen ausbleibender Fortschritte im Prozess der Konflikttransformation in BiH und im Kosovo bleibt die Präsenz von EUFOR ALTHEA und KFOR auch 2021 notwendig.
- Die Unterstützung toleranter inter-religiöser Beziehungen am Westbalkan erschwert das Erstarken religiös-extremistischer Gruppen.

Key messages

- The Western Balkans needs solidarity-based support from the EU in the (post-)Corona phase.
- A credible EU integration policy supported by Austria should make democratic standards a priority again and exclude blockade policies as in the case of Northern Macedonia.
- The renewal of the EU-US strategic alliance on the Western Balkans could facilitate the resolution of ethnic-territorial conflicts.
- Due to a lack of progress in the process of conflict transformation in BiH and Kosovo, the presence of EUFOR ALTHEA and KFOR will remain necessary in 2021.
- Supporting tolerant inter-religious relations in the Western Balkans makes the strengthening of religious extremist groups difficult.

Autoreninformation

Dr. **Predrag Jureković**, geboren 1969, ist Leiter des Referats Konfliktanalyse im Institut für Friedenssicherung und Konfliktmanagement der Landesverteidigungsakademie Wien. Er ist außerdem österreichischer Co-Chair in der Studiengruppe Regional Stability in South East Europe des Partnership for Peace Consortium (PfP) of Defence Academies and Security Studies Institutes.



Österreichs verteidigungspolitische Westbalkan-Initiative

Zusammenfassung

Die Westbalkanstaaten werden 2021 vor der Herausforderung stehen, ihre teilweise suboptimalen intraregionalen Beziehungen zu verbessern und innerstaatliche Krisen zu bewältigen. Neben Ethnonationalismus und religiösem Extremismus entwickelt sich vor allem die Abwanderung von gebildeten jungen Bürgern zu einem Konsolidierungsproblem. Die Präsenz der Friedenstruppen EUFOR in Bosnien und Herzegowina und KFOR im Kosovo bleibt als Sicherheitsnetz auch 2021 notwendig. Die Zeichen der Zeit wurden in Brüssel grundsätzlich verstanden, nicht zuletzt durch aktives Betreiben Österreichs und seiner Partner, und eine Refokussierung der EU auf die Region

Autor:
Michael Pesendorfer

hat im Jahr 2020 verstärkt stattgefunden. Das Vorantreiben einer proaktiven EU-Integrationspolitik in Verbindung mit von Österreich und Partnern lancierten intraregionalen Initiativen und Projekten im sicherheitspolitischen und militärischen Kontext sind daher wesentliche Faktoren für Stabilität und Sicherheit in der Region.

Der Westbalkan zurück im Fokus der EU

Die Erklärung von Zagreb im Rahmen des EU-27-Westbalkangipfels vom 6. Mai 2020 bestätigte die Notwendigkeit, das politische und militärische Engagement in der Region fortzusetzen, und damit die Richtigkeit des auch im Regierungsprogramm verankerten sicherheitspolitischen Ansatzes Österreichs. Die EU bekräftigte erneut, dass sie die europäische Perspektive für den Westbalkan uneingeschränkt unterstützt:

»Die EU und der Westbalkan stehen vor einer Reihe gemeinsamer sicherheitspolitischer Herausforderungen, die ein koordiniertes individuelles und kollektives Handeln erfordern. Wir stimmen darin überein, unsere Zusammenarbeit in zentralen Sicherheitsfragen entschlossener und systematischer voranzubringen, auch auf operativer Ebene.«

Diese angepeilte Stoßrichtung wurde in den Schlussfolgerungen des Rates der EU zur Erweiterung sowie zum Stabilisierungs- und Assoziierungsprozess für den Westbalkan am 16. Dezember 2020 bekräftigt.

Österreichs Beitrag

Das überragende Interesse der EU und Österreichs – für das der Westbalkan auch sonst eine mehrfach wichtige Nachbarregion ist, von Wirtschaftsinteressen bis zur menschlichen Dimension, man bedenke, dass die größte Diaspora in Österreich aus der Westbalkanregion stammt – muss daher darin bestehen, den Westbalkan nicht zu verlieren und einen Rückfall in erosive Strategien und letzt-

lich gewaltsame Konflikte zu verhindern. Deshalb sind demokratische, rechtsstaatliche und wirtschaftliche Reformen sowie kooperative Prozesse in der Region gesamtstaatlich zu unterstützen und der nachteilige Einfluss externer Akteure zu begrenzen.

Die mit dem Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten abgestimmte Westbalkaninitiative des Bundesministeriums für Landesverteidigung bezweckt daher, die nachhaltige Erhöhung der sicherheitspolitischen Stabilität der Westbalkanstaaten durch Kapazitätenaufbau im Rahmen regionaler und bilateraler Kooperationen zu unterstützen. So sollen die Westbalkanstaaten auf ihrem Weg im Rahmen des EU-Beitrittsprozesses auf Augenhöhe begleitet und negative Einflüsse externer staatlicher Akteure möglichst neutralisiert werden. Gleichzeitig soll dem möglichen Import ethno-nationaler Konflikte aus der Region nach Österreich präventiv begegnet werden.

Diese Zielerreichung wird durch Aktivitäten in den Handlungsfeldern »Sicherheitspolitischer Dialog« und »Fähigkeitsaufbau« angestrebt. Die sicherheitspolitischen Dialoge im Format regionaler, periodischer, ministerieller Treffen bilden die Grundlage für jegliche bilateralen und regionalen Aktivitäten und bieten gleichzeitig eine einzigartige regionale Dialogplattform für formelle und informelle Gespräche der jeweiligen höchsten sicherheitspolitischen Akteure. Zweck dieses Handlungsfeldes ist es, auf der höchsten sicherheitspolitischen und militärstrategischen Ebene konkrete Vorhaben und Projekte mit entsprechender Unterstützung aus allen Entscheidungsebenen aufzusetzen.

Zweck des Handlungsfeldes Fähigkeitsaufbau hingegen ist es, die Westbalkanstaaten bei ihrer Transition vom Security Consumer zum Security Provider zu unterstützen. Beim Fähigkeitsaufbau sollen die Interoperabilität der Streitkräfte gesteigert und ein nutzbares regionales Netzwerk auf der strategischen und operativen Ebene verankert werden. Letztendlich soll das Engagement im Handlungsfeld Fähigkeitsaufbau mittel- und langfristig der Interoperabilität bei gemeinsamen friedensunterstützenden Operationen und bei Einsätzen im Rahmen von grenzüberschreitenden Katastrophenbewältigungsmaßnahmen

men – man denke an das Save-Hochwasser 2014 – dienen und auch zur Etablierung einer demokratischen Militärkultur westlicher Ausprägung in einem europäischen Bewusstsein führen.

Erfolgskriterien

Die Umsetzung der Ziele Österreichs in Bezug auf den Westbalkan werden begünstigt, solange es gelingt, die Aufmerksamkeit und das Engagement der EU für die Region hoch zu halten. Aufgrund der gegenwärtigen sicherheitspolitischen Lage und Herausforderungen sind die Einsätze von EU und NATO in der Region fortzusetzen. Dabei wird gemäß der nationalen Interessenslage angestrebt,

- das Engagement Österreichs in der Region bei der Truppenstellung für EUFOR und KFOR auf höchstmöglichem Niveau zu halten,
- durch intraregionale Projekte und Initiativen im sicherheitspolitischen Bereich ein nutzbares regionales Netzwerk, basierend auf gegenseitigem Vertrauen zur Gewinnung von Synergien, herzustellen,
- bestehende Kooperationsformen zur Einbindung in EU-Strukturen zu stärken und, wo es erforderlich erscheint, neue zu entwickeln, um dabei
- Einflüsse externer Akteure, die gegen die EU gerichtet sind, abzuwehren.

Darüber hinaus könnte unter Umständen die Möglichkeit der Implementierung einer militärischen Neutralitätskonzeption nach österreichischem Vorbild evaluiert und bei Bedarf unterstützt werden, vor allem in Serbien sowie in Bosnien und Herzegowina, falls es hier für den NATO-Beitritt keinen nationalen Konsens geben sollte.

Kernaussagen

- Der Westbalkan ist immer noch eine semikonsolidierte Nachkriegsregion und erfordert weiterhin ein besonderes Engagement der EU und Österreichs.
- Die Westbalkanstaaten sollen auf ihrem Weg im Rahmen des EU-Beitrittsprozesses auf Augenhöhe begleitet werden.
- Die mit dem Außenministerium abgestimmte Westbalkaninitiative des Verteidigungsministeriums bezweckt eine nachhaltige Erhöhung der sicherheitspolitischen Stabilität der Westbalkanstaaten.
- Sicherheitspolitische Dialoge im Format regionaler Treffen bilden eine wichtige Grundlage für nachfolgende bilaterale und regionale Aktivitäten.
- Der Kapazitätenaufbau unterstützt die Transition der Westbalkanstaaten vom Security Consumer zum Security Provider.

Key messages

- The Western Balkans still are a semi-consolidated post-war region, which continues to require a special involvement on the part of the EU and Austria.
- The countries in the Western Balkans are to be accompanied in their EU accession process at eye level.
- The MoD's Western Balkans Initiative, which is coordinated with the Ministry of Foreign Affairs, is aimed at a sustainable increase regarding the security-political stability of the Western Balkan states.
- Security political dialogues in the format of regional meetings are a significant basis for subsequent bilateral and regional activities.
- Capacity building supports the Western Balkan countries in their transition from being a security consumer to becoming a security provider.

Autoreninformation

Oberst Dr. iur. **Michael Pesendorfer**, geboren 1961, ist Leiter der Projektgruppe Westbalkan der Direktion für Sicherheitspolitik im Bundesministerium für Landesverteidigung. Er hat in leitenden Funktionen an EU- und NATO geführten Operationen und Missionen am Westbalkan teilgenommen und war bis Sommer 2019 als österreichischer Verteidigungsattaché in Bosnien und Herzegowina akkreditiert. Zuvor wurde er mehrere Jahre als Rechtsexperte im Generalsekretariat des Rates der EU in Brüssel verwendet.



Der Konflikt im Donbass

Zusammenfassung

Trotz anfänglicher Fortschritte im Konflikt in der Ostukraine in den Jahren 2019 und 2020 liegt eine Lösung noch in weiter Ferne. Sowohl der Ukraine als auch Russland fehlen die Anreize für Kompromisse, die Gegner einer Konfliktlösung hingegen sind stark. Die wahrscheinlichste Entwicklung ist die Weiterführung eines militärischen Konflikts niedriger Intensität. Seine Auswirkungen auf die regionale Sicherheitslage werden wahrscheinlich langsam abnehmen, aber der Konflikt wird dennoch Europas entscheidende Sicherheits herausforderung und ein heikler Teil in Hinblick auf seine breitere Strategie gegenüber der Russischen Föderation bleiben. Obwohl das Risiko einer militärischen Eskalation vernachlässigbar klein bleiben wird, wird der Konflikt internationale Institutionen und das Sicherheitsumfeld weiter aushöhlen.

Autor:
**Mykola
Kapitonenko**

Status quo

Nach 28 erfolglosen Verhandlungen wurde ein mit 27. Juli 2020 wirksamer, dauerhafter Waffenstillstand entlang der Front in der Ostukraine erzielt. Dieser ist äußerst fragil und kann jeden Moment gebrochen werden. Trotz gelegentlicher Scharmützel wird er jedoch eingehalten: Durchschnittlich wird nun ein bis drei Mal täglich Granatenbeschuss gemeldet, im Vergleich zu 15 bis 20 Mal am Tag vor Abschluss des Waffenstillstandes. Laut der OSZE Special Monitoring Mission (SSM) gab es vor Ende Juli täglich insgesamt mehrere hundert Verstöße, Einschränkungen und Behinderungen.

Ein stabiler Waffenstillstand ist einer der wichtigsten Forderungen des Minsker Abkommens von 2014, das nach wie vor alle Parteien als Grundlage für eine Lösung des Konfliktes anerkennen. Er ist von entscheidender Bedeutung für das Konfliktmanagement an sich: Die fortgesetzte Gewalt führte zu steigender Angst auf beiden Seiten, bestärkte Konfliktlösungsgegner, behinderte politische Konfliktlösungsmaßnahmen und intensivierte die Kriegsrhetorik. Ein dauerhafter Waffenstillstand war und ist eine zentrale Bedingung für jegliche Verhandlungsfortschritte auf politischer Ebene. Die Ukraine verfolgte relativ lange das Prinzip »Sicherheit zuerst« und tut dies auch weiterhin. Obwohl das ukrainische Sicherheitsverständnis über einen Waffenstillstand hinausgeht und auch einen Rückzug russischer Truppen sowie die Kontrolle der Grenzen inkludiert, bedeutet Sicherheit im engeren Sinne für die Ukraine auch ein Ende der Angriffe. Für die Regierung in Kiew sind substanzielle Schritte Richtung Konfliktlösung bei gleichzeitig andauernder Gewalt entlang der Front nahezu unmöglich.

Der Konflikt wurde gewissermaßen institutionalisiert. Er hat ein Eigenleben bekommen, während seine Strukturen sich gefestigt haben. Dementsprechend haben sich um ihn herum politische Prozesse, Handelsbeziehungen und Interessensgruppen gebildet. Bei lang andauernden Konflikten niedriger Intensität ist deshalb oft kein Ende in Sicht.

Auch hat der Konflikt starke Antreiber. Gruppen in Moskau, Donetsk, Lugansk und Kiew haben Interesse daran, dass der Konflikt so weitergeht wie bisher, aufgrund der politischen, wirtschaftlichen und sonstigen Vorteile, die sie potentiell daraus ziehen. Ihr Einfluss auf die Konfliktodynamik wurde bisher unterschätzt, und um ihren Widerstand zu brechen, bedürfte es weitaus größerer Anstrengungen.

Die Trilaterale Kontaktgruppe (TCG) und das Normandie-Format (N4) haben sich als Institutionen des Konfliktmanagements als wenig effizient erwiesen. Es gab einen wesentlichen Wechsel auf ukrainischer Seite der TCG in Minsk. An die Stelle des vormaligen Präsidenten Leonid Kuchma trat Ex-Präsident Leonid Kravchuk als Leiter der ukrainischen Delegation auf. Letzterer musste bereits für seine anfänglichen Bemerkungen hinsichtlich des Dialogs, der Kompromisse und der russischen Sprache im Donbass harte Kritik einstecken.

Perspektiven für 2021

Eine wesentliche Änderung der Situation ist für 2021 nicht zu erwarten. Der politische Preis für jedes Zugeständnis ist für ukrainische Politiker extrem hoch, für Russland ist er noch akzeptabel, während es auf beiden Seiten starke Gegenkräfte gibt. Die Zeit für eine Lösung des Konflikts ist noch nicht gekommen, und daran wird sich auch 2021 nichts ändern.

Die TCG wird ihre fruchtlose Arbeit fortsetzen. Die Folgen der politischen Krise in Weißrussland werden das Konfliktmanagement der Minsker Plattform nicht wesentlich beeinflussen. Dieses stellt nach wie vor die beste Option dar; jedoch benötigen alle Parteien mehr Kontrolle und zusätzliche Kommunikationskanäle.

Moskau wird die Lage am Boden weiterhin effektiv kontrollieren und dabei mit mehreren Dilemmata konfrontiert sein: Einerseits, wie die Kosten für die sogenannten Volksrepubliken Donetsk und Lugansk möglichst geringgehalten, und andererseits, wie diese sinnvoll in eine breiter angelegte Strategie für den postsowjetischen Raum integ-

riert werden könnten. Russland wird auf seiner Verhandlungsposition beharren: Die Ukraine solle alle Punkte des Minsker Abkommens erfüllen, bevor sie die Kontrolle über die Grenzen zurückerlangt. Allerdings wird es der ukrainischen Führung schwerfallen, dieser Forderung nachzukommen. Der Einfluss Präsident Wolodymyr Selenskyjs im Parlament schwindet zunehmend. Seine Partei, »Diener des Volkes« hat zwar am Papier die absolute Mehrheit der Sitze, die Realität sieht jedoch anders aus. Die meisten Abgeordneten stehen unter dem Einfluss ukrainischer Oligarchen und stimmen nicht im Sinne des Präsidenten ab. Dies bedeutet unter anderem, dass Selenskyj, selbst wenn er ein bahnbrechendes Abkommen mit Russland treffen sollte, dafür keine Unterstützung im Parlament bekommen würde.

Ein stabiler Waffenstillstand könnte den Weg zu weiteren Schritten eröffnen: Austausch weiterer Gefangener, zusätzliche Maßnahmen zum Abzug von Waffen, Entminungen und – nicht zuletzt – politische Übereinkommen. Der Abzug von Waffen, das Errichten einer Pufferzone sowie eine strenge Kontrolle des Waffenstillstandes durch die OSZE sind bereits Bestandteil des Minsker Abkommens. Jedoch sind weder der Waffenstillstand noch der Waffenabzug irreversibel. Die Erreichung dieser beiden Maßnahmen hingegen würde Raum für politische Entscheidungen schaffen. Letztere werden der Ukraine, wie die Erfahrung zeigt, jedoch schwerfallen.

Fortschreitende Verhandlungen werden sich wahrscheinlich um den Austausch weiterer Gefangener, neue entmilitarisierte Zonen sowie die Perspektiven eines weiteren Gipfels im Normandie-Format drehen. Die Abhaltung von Wahlen in unkontrolliertem Gebiet ist 2021 unwahrscheinlich, trotz gelegentlicher Spekulationen Kiews in dieser Richtung.

Mittelfristige Prognose

Über 2021 hinaus betrachtet wird die Dynamik des Konfliktmanagements vor allem von den politischen Zyklen in Russland und der Ukraine bestimmt werden. In beiden Ländern stehen 2024 Präsidentschaftswahlen an. In Russland deuten die Zeichen auf eine politische

Krise hin, und eine geordnete Machtübergabe Vladimir Putins an einen ernannten/auserwählten Nachfolger scheint möglich. Ein Rückzug aus der Donbass-Region scheint für Vladimir Putin sehr viel schwieriger zu sein als für einen möglichen nächsten Präsidenten Russlands. Sollten die russischen Eliten innerhalb der nächsten drei bis vier Jahre wechseln, wird der Konflikt um die Donbass-Region höchstwahrscheinlich zum Gegenstand von Verhandlungen mit dem Westen und der Ukraine über ein künftiges Beziehungsformat.

Die Handhabung des Konfliktes seitens der Ukraine hängt großteils vom innenpolitischen Wettbewerb zwischen jenen ab, die einen Kompromiss mit Russland bevorzugen und jenen, die für ein entschlosseneres Vorgehen sind. Der Konflikt ist mittlerweile zu einem wichtigen innenpolitischen Thema geworden, und da 50 bis 60 Prozent der Bevölkerung die Donbass-Krise als nationales Sicherheitsproblem Nummer eins betrachten, ist eine zunehmende Polarisierung der Gesellschaft wahrscheinlich. Derzeit scheint es nicht so, als würde die Zahl der Kompromissbefürworter bis 2024 noch weiter ansteigen.

Eine weitere wichtige Rolle in diesem Konflikt wird die US-Regierung unter Präsident Joe Biden spielen. Man erwartet, dass dieser einen härteren Kurs gegenüber Russland einschlagen wird, aber letztlich bleibt auch das ungewiss. Biden verfügt über Erfahrung bei der Lösung von regionalen Sicherheitsfragen in Osteuropa. Als Vizepräsident hat er die Ukraine sechs Mal besucht, und er kennt das Land gut. Es ist möglich, dass die USA wieder einen Sonderbeauftragten für die Ukraine einsetzen, dies war zuletzt Kurt Volker. Während die Hilfe für die Ukraine wahrscheinlich ausgeweitet wird, werden die Sanktionen gegen Russland härter werden. Ziel der Ukraine wäre es auch, den Status eines wichtigen verbündeten Staats außerhalb der NATO zu erlangen, was sich ebenfalls auf die Dynamik des Donbass-Konfliktes auswirken würde.

Konsequenzen

Der andauernde »heiße« Konflikt in der Ostukraine zeigt unterschiedliche Auswirkungen auf die regionale Sicherheit. Einerseits führt er zur Instabilität, da er die Unsicherheit hinsichtlich der Intentionen und Grenzen militärischer Gewalt sowie möglicher Konfliktlinien erhöht. Das Sicherheitsumfeld verschlechtert sich zunehmend. Andererseits höhlt der Konflikt die regionale Sicherheitsarchitektur aus, indem er internationale Organisationen und Normen schwächt. Darüber hinaus besteht die Möglichkeit, dass dieser Konflikt Europa hinsichtlich seiner Russlandpolitik, seiner Unterstützung für die Ukraine und seiner Handhabung von Sicherheitsfragen östlich der EU-Grenze spaltet.

Autoreninformation

Dr. **Mykola Kapitonenko**, geboren 1979, ist außerordentlicher Professor am Institut für Internationale Beziehungen in Kiew. Er ist außerdem Experte am Internationalen Zentrum für Politikstudien, einem in Kiew ansässigen Think Tank, und Mitherausgeber von UA: Ukraine Analytica. Mykola ist Berater des Ausschusses für Außenpolitik und interparlamentarische Zusammenarbeit des Parlaments der Ukraine.

Kernaussagen

- Sowohl der Ukraine als auch Russland fehlt es an Anreizen für Kompromisse, die Widersacher hingegen sind stark.
- Für die Regierung in Kiew wären substanzielle Schritte in Richtung Konfliktlösung undenkbar, wenn die Gewalt an der Kontaktlinie andauert.
- Sogar wenn Präsident Selenskyj ein bahnbrechendes Abkommen mit Moskau treffen würde, bekäme er dafür keine Unterstützung des Parlaments.
- Auf lange Sicht wird die Dynamik des Konfliktmanagements großteils von den politischen Zyklen in Russland und der Ukraine bestimmt werden.
- Ob US-Präsident Biden wie erwartet einen härteren Kurs gegenüber Moskau fahren wird, bleibt ungewiss.

Key messages

- Both Ukraine and Russia lack incentives for a compromise, whereas those who oppose settlement are strong.
- Substantial steps towards conflict resolution will be unthinkable for the Kyiv government as long as the fighting at the contact line continues.
- Even if President Zelensky brokered a ground-breaking agreement with Moscow, he would not gain the Parliament's support.
- In the long run, the dynamic of conflict management will largely be determined by the political cycles in Russia and Ukraine.
- Whether U.S. President Biden will pursue a more rigorous course vis-à-vis Moscow remains to be seen.



Russland und die Beziehungen zur EU

Autor:
Christoph Bilban

Zusammenfassung

Die Beziehungen zwischen der EU und Russland haben sich verschlechtert. Im Schatten der Coronapandemie hat Russland seine Position in seinem »Nahen Ausland« ausgebaut. Durch die Rückkehr der USA als antirussischer Akteur ist eine Zunahme der Spannungen auch in den europäisch-russischen Beziehungen zu erwarten.

Russland im Schatten der Pandemie

Das Jahr 2021 wird in Russland weiter durch die COVID-19-Pandemie bestimmt. Die für September geplanten Duma-Wahlen erfordern als wichtigsten politischen Erfolg, die Krise möglichst frühzeitig und glaubwürdig zu überwinden. Zugleich wird der Umbau des politischen Systems zu Gunsten des Präsidenten Wladimir Putin weiter vorangetrieben. Die Verfassungsreform 2020 ermöglicht Putin auch nach 2024, für zwei weitere Amtszeiten zu kandidieren. Offen bleibt jedoch, ob er dies anstrebt. Die Nachfolgefrage und damit verbundene Elitenkonflikte werden Russland jedenfalls weiterhin beschäftigen. Wahlfälschungen im September sind ob der schlechten Umfragewerte von »Einiges Russland« zu erwarten. Je nach Schwere der Fälschungen kann dies zu lange anhaltenden Massenprotesten führen. Ein erstes Anzeichen sind hier die Großdemonstrationen für die Freilassung des Oppositionellen Alexej Nawalny in mehreren russischen Städten Ende Jänner. Der Unmut in der Bevölkerung wächst nicht erst seit der Coronapandemie. Die Haushaltskürzungen der letzten Jahre und die aktuelle Wirtschaftskrise wirken sich durch merkliche Reallohnverluste auf die Bevölkerung aus. Wirtschafts- und sozialpolitisch steht Russland unter Zugzwang.

Während Russland als erste Nation das Vakzin Sputnik V präsentieren und einen kommunikativen Erfolg erzielen konnte, läuft die Immunisierung der Bevölkerung nur langsam an. Global kann der Kreml jedoch trotz – vor allem westlicher – Zweifel an der Wirksamkeit und Sicherheit am Parkett der Impfstoffdiplomatie mit anderen Staaten konkurrieren, wie erste Zulassungen und Lieferverträge mit Ländern in Lateinamerika und Afrika, aber auch Europa zeigen.

Rückkehr nach Afrika

In Afrika wird Moskau seine Position weiter ausbauen, worauf u. a. die Eröffnung eines Marinestützpunktes im Sudan hindeutet. Dabei werden vor allem im zentralafrikanischen Raum politische Freiräume infolge französischer Rückzüge ausgenutzt. Die Entwicklung der politischen Beziehungen mit den afrikanischen Staaten ist weiterhin eine Priorität für Moskau.

Politische Eiszeit mit der EU

Die Versuche einer pragmatischen Kooperation zwischen der EU und Russland sind durch den Nowitschok-Anschlag auf Alexej Nawalny vorerst auf Eis gelegt. Insbesondere die guten Beziehungen zwischen Berlin und Moskau wurden schwer beschädigt. Die Causa Nawalny, besonders nach dessen Verhaftung zu Jahresbeginn, erhöht zusätzlich den Druck, das deutsch-russische Prestigeprojekt der Gasleitung North Stream 2 im letzten Moment zu stoppen, das bereits durch US-Sanktionsdrohungen verzögert wurde. Russische Desinformationskampagnen im Kontext der Coronapandemie werden nicht nachlassen. Russland wird weiter versuchen, staatliche Corona-Maßnahmen und möglicherweise auch das Vertrauen in Impfstoffe abseits von Sputnik V zu untergraben.

Konfliktregion Östliche Partnerschaft

Die europäisch-russische Konkurrenz um Einfluss in der Region der Östlichen Partnerschaft wird nicht nachlassen. Die im Zuge der Ukrainekrise 2014 verhängten Sanktionen werden weiter verlängert, und neue Sanktionen können nicht ausgeschlossen werden. Moskau wird versuchen, Belarus nachhaltig in seiner Einflussosphäre zu verankern, während die EU aus Gründen der eigenen Glaubwürdigkeit und ihres Wertesystems weiter auf einem Rücktritt Lukaschenkos und freien sowie fairen Wahlen bestehen muss. Eine pragmatische Lösung zwischen Brüssel und Moskau ist jedoch nicht zu erwarten. Im Südkaukasus wird Russland den politischen Erfolg durch den Waffenstillstand und die Friedenstruppen in Bergkarabach zum weiteren Ausbau seiner Vormachtstellung nutzen, muss diese jedoch gleichzeitig gegenüber den türkischen Ambitionen absichern.

Die geopolitische Rivalität zwischen Ankara und Moskau findet auch in Libyen durch Russlands Allianz mit General Haftar eine Fortsetzung, während in Syrien das Regime von Baschar al-Assad durch die russische Präsenz gestützt und die Türkei als Partner für eine Lösung des Konfliktes benötigt wird.

Auswirkungen der neuen US-Administration

Mit dem 46. US-Präsidenten Joe Biden kehrt eine zwar berechenbare, aber deutlich russlandkritische US-Außenpolitik zurück. Vor allem die Stärkung der transatlantischen Beziehungen beeinflusst auch das europäisch-russische Verhältnis. Die transatlantische Einigkeit steigert die Resilienz der EU gegen russische Versuche der Spaltung durch bilaterale Diplomatie und Desinformation. Abzuwarten bleibt, ob die USA sich verstärkt in Belarus und im Südkaukasus engagieren und damit den geopolitischen Wettbewerb intensivieren werden. Im Bereich der internationalen Rüstungskontrolle ist eine Entspannung zu erwarten, sollte Russland das Angebot Bidens zur Verlängerung des New-START-Vertrags annehmen.

Die russischen Beziehungen zu China sind weiterhin von guter Zusammenarbeit geprägt, eine umfassendere und tiefere Kooperation wird jedoch maßgeblich durch Washingtons Politik gegenüber Peking und Moskau mitbestimmt werden.

Ableitungen für Österreich

Die Konfrontation zwischen Russland und dem kollektiven Westen birgt für Österreich vorrangig wirtschaftliche Risiken, aber unerwartete Eskalationen wie in Bergkarabach zeigen deutlich, dass auch ein sicherheitspolitisches Risiko der Neutralitätsgefährdung weiter besteht. Österreich sollte daher die bilateralen Beziehungen zu Russland auch in Zukunft vor allem als verlässlicher Partner innerhalb der EU gestalten. Die Fortsetzung der pragmatischen Politik des Dialogs auf kultureller, wissenschaftlicher und gesellschaftlicher Ebene und der guten wirtschaftlichen Beziehungen ist zu empfehlen.

Im Hinblick auf die Krise in Belarus kann Österreich durch gute Dienste und als möglicher neutraler Verhandlungsort einen positiven Beitrag leisten, von einer aktiven Vermittlerrolle ist jedoch abzuraten. Auch hier gilt, dass Österreich die EU-Sanktionen gegen das Regime in Minsk mittragen wird.

Kernaussagen

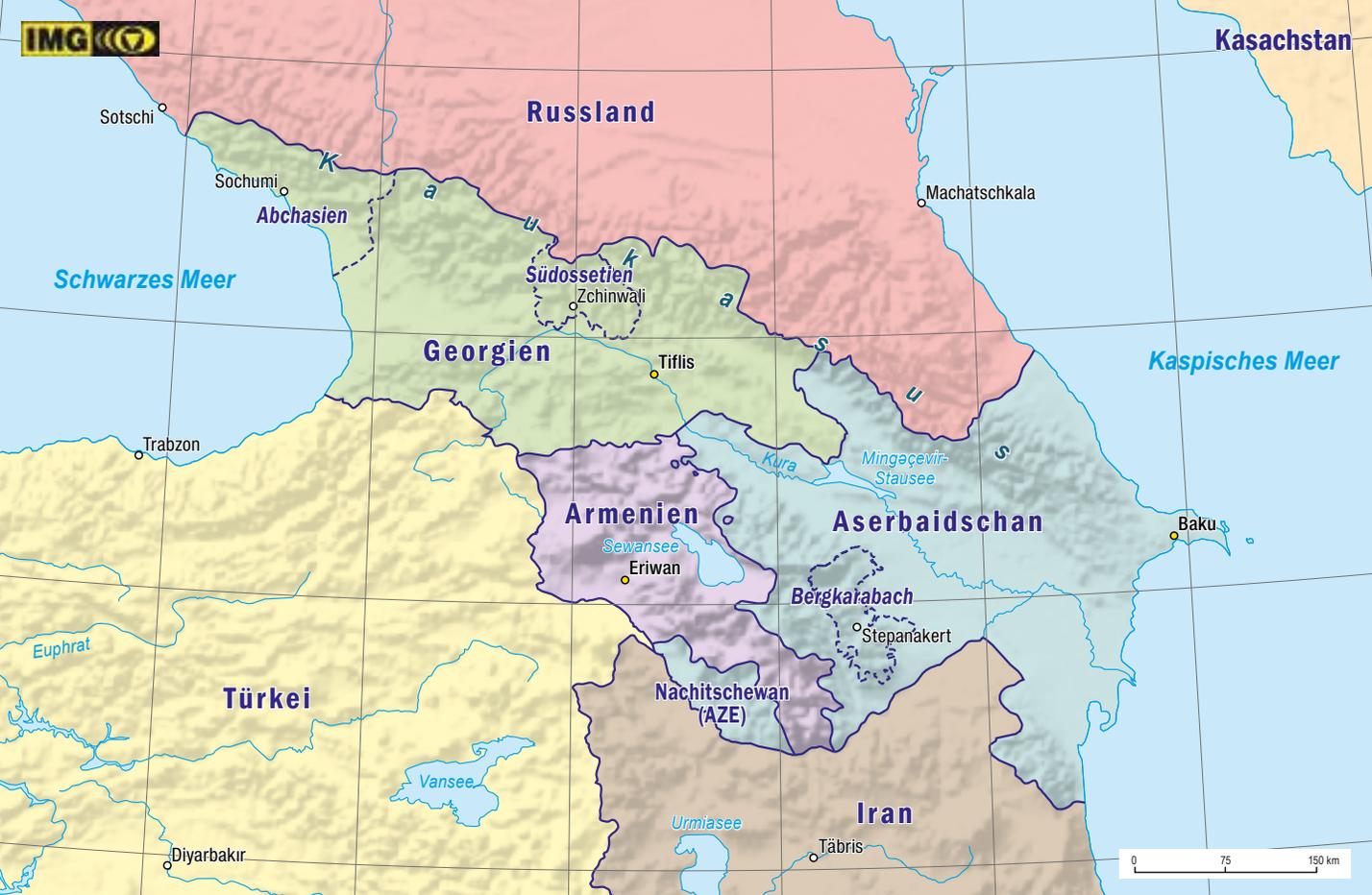
- Die Transformation des politischen Systems Russlands wird auch in Zeiten der Pandemie fortgeführt. Russland sieht sich jedoch schneller als erwartet vor sozialen und wirtschaftlichen Herausforderungen.
- Die Stabilisierung seines Umfeldes, insbesondere in Belarus und im Südkaukasus, ist zwar vorerst gelungen, aber Russland muss sich insbesondere nach der Pandemie gegenüber geopolitischen Rivalitäten absichern.
- Die Beziehungen mit der EU haben durch das Attentat auf Alexej Nawalny eine rapide Verschlechterung erfahren.
- Die neue US-Führung bringt eine kongruente, russlandkritische Außenpolitik bei gleichzeitiger Stärkung des transatlantischen Bündnisses und fördert dadurch die Resilienz Europas gegenüber den Spaltungsversuchen aus Russland.
- Österreich bleibt auch in Zukunft ein verlässlicher Partner innerhalb der EU, gleichzeitig wird abseits der tagespolitischen Fragen eine Dialogbasis mit Russland auf wirtschaftlicher, kultureller und gesellschaftlicher Ebene weiter ausgebaut.

Key messages

- The transformation of Russia's political system will be continued also in times of the pandemic. Russia faces social and economic challenges earlier than expected.
- Even if the stabilisation of its neighbourhood, especially in Belarus and the southern Caucasus, has worked out for now, Russia has to guard against geopolitical rivalries after the pandemic.
- The relations with the EU have deteriorated rapidly since the attack on Alexei Navalny's life.
- The new U.S. government will bring about a congruent foreign policy that is critical towards Russia, but simultaneously strengthens the transatlantic alliance and thus bolsters Europe's resilience against Russian attempts to divide the EU.
- Austria will remain a reliable partner within the EU also in the future, while apart from short-term political issues the basis for dialogue with Russia will be expanded further at the economic, cultural and social levels.

Autoreninformation

Christoph Bilban, MA, geboren 1991, ist Forscher am Institut für Friedenssicherung und Konfliktmanagement der Landesverteidigungsakademie Wien. Seine Forschungsschwerpunkte umfassen u. a. die Konflikte im post-sowjetischen Raum und die Außen- und Sicherheitspolitik der Russischen Föderation.



Konflikte im Kaukasus und Schwarzmeerraum

Autor:
Hans Lampalzer

Zusammenfassung

Der Kaukasus und der Schwarzmeerraum bleiben Räume der Instabilität und des geopolitischen Wettstreits. Mit Hilfe von Streitkräften wurden nationale und geopolitische Realitäten geschaffen. Dies verdeutlicht auch die Gefahr von mitunter fälschlich als »eingefroren« bezeichneten Konflikten. Die Russische Föderation hat nach dem Krieg um Bergkarabach ihre Position ausgebaut und ist nunmehr mit Truppen in allen drei Konfliktträumen unmittelbar präsent. Mit der Türkei ist ein weiterer Akteur prominent hinzugetreten. Die EU wirkt vorwiegend stabilisierend und sollte ihr Unterstützungspotenzial – wenn immer möglich – auch politisch gezielt nützen, wenn sie eine ernsthafte Alternative zu anderen Akteuren bieten

möchte. Die derzeitigen geopolitischen Spannungen erschweren multilaterale Konfliktlösungsbestrebungen. Davon ist insbesondere die OSZE betroffen.

Armenien/Aserbaidshan

Nach dem offen ausgebrochenen Konflikt um Bergkarabach und der Unterzeichnung des trilateralen Neun-Punkte-Plans am 9. November 2020 ist es Moskau gelungen, seine Position im Südkaukasus weiter zu stärken. Armenien ist durch die militärische Niederlage, die humanitären Folgen des Krieges und die Präsenz der russischen Friedensmission noch mehr in dessen Abhängigkeit geraten. Russland wird danach trachten, einerseits viel internationale Hilfe bei der Aufbauarbeit zu generieren, andererseits aber seine Schlüsselrolle dominant und öffentlichkeitswirksam voranzustellen. Gepaart mit den innenpolitischen Turbulenzen sind unter diesen Vorzeichen auch die Leuchtkraft des »Westens« und demokratische Werte in Gefahr. Dem muss die EU durch verstärkte Bemühungen begegnen.

Ein Wiederausbrechen von größeren Kampfhandlungen erscheint derzeit eher unwahrscheinlich. Die weitere reale Bedeutung des Minsker Prozesses der OSZE ist trotz gegenteiliger Beteuerungen in Frage gestellt; substanzielle Fortschritte in der politischen Konfliktbeilegung sind wenig wahrscheinlich. Zwei pro-armenische Resolutionen des französischen Senats und Parlaments belasten zudem die weitere Arbeit Frankreichs als Ko-Vorsitzender. Es ist anzunehmen, dass Russland und die Türkei alles unternehmen werden, ihre Positionen zu Lasten des offiziellen Verhandlungsformats auszubauen. Der Türkei kommt dabei sowohl die Öffnung der Verkehrs- und Transportwege von der Türkei nach Aserbaidshan als auch die bilateral umgesetzte Truppenpräsenz in der Konfliktnachsorge zugute. Insgesamt wird im angestrebten Stabilisierungsprozess die offenbar gewordene geostrategische Rivalität im Südkaukasus offen zu Tage treten.

Georgien

Bei der Parlamentswahl in Georgien vom 31. Oktober 2020 ließ sich die Regierungspartei »Georgischer Traum« als Sieger feiern, während die Opposition von Wahlfälschung spricht. Eine bis dato andauernde innenpolitische Krise ist die Folge. In der Beziehung zu den abtrünnigen Gebieten Abchasien und insbesondere Südossetien wird 2021 viel davon abhängen, inwiefern u. a. die »Grenzziehung« und Limitierungen der Bewegungsfreiheit weiter voranschreiten. Außenpolitisch kann damit auch der nach dem Krieg mit Russland im Jahr 2012 aufgenommene Prozess einer »strategischen Geduld und Normalisierung« unter Druck geraten. Die neuen Realitäten nach dem Krieg zwischen Armenien und Aserbaidschan bringen für Georgien keine positiven Aussichten. Einerseits ist Russlands Präsenz und Einfluss im Nachbarland Armenien gestiegen, andererseits bedeutet der Ausbau des Korridors von Nachitschewan nach Aserbaidschan eine zumindest mittelfristige Schwächung der bisherigen Stellung als Transportknoten. Die weitere Stärkung der Beziehungen zur NATO wie auch zur EU sowie die Beibehaltung einer möglichst pragmatischen Beziehung zu Russland erscheinen als wahrscheinlich.

Transnistrien

Die Präsidentschaftswahlen in Moldova im November 2020 brachten trotz gezielter Desinformationskampagnen eine Abwahl des russlandfreundlichen Kandidaten zugunsten der pro-europäischen Konkurrentin. An der grundlegenden Konstellation für eine politische Lösung des Konfliktes mit der separatistischen Region Transnistrien wird dies jedoch nichts ändern. Ein Abzug der Operativen Gruppe russischer Truppen aus Transnistrien und eine Umsetzung des Vorschlags der neuen Präsidentin, die derzeitigen trilateralen militärischen Peacekeeping-Kräfte (Moldova, Transnistrien und Russische Föderation) durch eine zivile OSZE-Mission zu ersetzen, erscheinen bis auf Weiteres nicht realistisch. Die bestehenden Gespräche im 5+2-Format mit den Parteien Moldova und Transnistrien sowie den Vermittlern Russland, Ukraine, OSZE und den Beobachtern EU und USA wer-

den pragmatisch fortgeführt werden, ein politischer Durchbruch ist jedoch nicht zu erwarten. Die Pandemie verdeutlichte die bestehenden sozialen und wirtschaftlichen Verflechtungen zwischen den Seiten. Nichtsdestotrotz nahm Transnistrien COVID-19 zum Anlass, weitere Einschränkungen – insbesondere der Bewegungsfreiheit – für die Bevölkerung vorzunehmen. Dies beeinflusste den Verhandlungsprozess sehr negativ. Die Pandemie wird die angespannte soziale und wirtschaftliche Situation im Land verschärfen. Die Auswirkungen werden nur mit internationaler Unterstützung abzufedern sein. Insgesamt ist von einem weiteren Migrationsdruck auszugehen.

Konsequenzen für die EU

Die bestehenden Formate zur politischen Lösung der drei Konflikte bieten der EU derzeit beschränkte unmittelbare politische Einflussmöglichkeiten. Die Union kann jedoch u.a. mit der EU Monitoring Mission in Georgien weiterhin einen sichtbaren Beitrag zur Stabilisierung leisten. In Moldova wird insbesondere in Anbetracht der schwierigen innenpolitischen Situation ein Gutheißen der Bevölkerung für den pro-europäischen Kurs auch mit wirtschaftlicher Unterstützung durch die EU verbunden sein. Im Konflikt zwischen Armenien und Aserbaidschan ist zwar nach dem Krieg die Ausgangslage für die EU schwierig, jedoch sollte eine weitere wirtschaftliche Unterstützung mehr an Bedingungen gebunden sein, etwa im Bereich europäischer Werte und politischer Mitgestaltung.

Kernaussagen

- Erneut wurden mithilfe von Streitkräften nationale und geopolitische Realitäten geschaffen.
- Im Krieg um Bergkarabach sind Aserbaidschan, Russland und die Türkei als Gewinner hervorgegangen. Priorität hat nunmehr eine Stabilisierung und Konfliktnachsorge.
- In Georgien ist eine Annäherung der Konfliktparteien nicht in Sicht.
- COVID-19 verschärfte die schwierige Situation in Moldova, dies hat negative Auswirkungen auf den Verhandlungsprozess.

Key messages

- Once again, national and geopolitical realities were created with the help of armed forces.
- Azerbaijan, Russia and Turkey have emerged as the winners in the war over Nagorno-Karabakh. The priority now is stabilization and post-conflict rehabilitation.
- In Georgia, no rapprochement between the parties to the conflict is in sight.
- COVID-19 has aggravated the difficult situation in Moldova, which has a negative impact on the negotiation process.

Autoreninformation

Oberst Dr. **Hans Lampalzer**, geboren 1968, ist seit 2019 am Institut für Friedenssicherung und Konfliktmanagement an der Landesverteidigungsakademie Wien tätig. Darüber hinaus wurde er mit Oktober 2020 vom Vorsitz des OSZE Forums für Sicherheitskooperation (FSK) zum Koordinator für Assistenzprojekte für Kleinwaffen und leichte Waffen & Lagerbestände konventioneller Munition bestellt.



Entwicklungen im Nahen Osten und in Nordafrika

Zusammenfassung

Im Jahr 2021 jährt sich zum zehnten Mal der Beginn des sogenannten »Arabischen Frühlings«. Der unter diesem Begriff damals durchwegs eindrucksvoll zur Schau gestellte zivilgesellschaftliche Versuch einer Emanzipation von den traditionell repressiv agierenden sunnitisch dominierten Herrschaftssystemen wich und weicht in weiten Teilen der arabischen Gesellschaft einer breiten Stagnation. In manchen latent krisenbehafteten Staaten (Libyen, Syrien, Irak, Jemen) bleibt der bewaffnete Kampf aufrecht und wird damit in der internationalen Konfliktwahrnehmung tonangebend bleiben. Dies wird sich im kommenden Jahr um eine Eskalation, die durch sozio-ökonomische Fak-

Autor:
Stephan Reiner

toren (COVID-19, Rohölpreisentwicklungen, Gaskonflikt im östlichen Mittelmeer u. ä.) getrieben wird, erweitern. Zu den rezenten Krisen werden sich die zunehmend konfrontativen Entwicklungen auf der Arabischen Halbinsel gegenüber der Islamischen Republik Iran hinzufügen. Die saudi-arabische Haltung gegenüber der Islamischen Republik Iran weist dabei ein erhebliches Potenzial zur militärischen Eskalation auf. Ganz generell muss in den Staaten Nordafrikas und des Nahen Ostens mit einer Fortsetzung einzelner militärischer Aktivitäten und breiteren zivilen Protesten gerechnet werden. Diese werden wie im Jahr 2015 auch massive Auswirkungen auf Europa und damit auf die Republik Österreich haben.

Innerstaatliche Krisen

Die Staaten des Nahen und Mittleren Ostens sowie Nordafrikas werden auch 2021 mit krisenhaften Entwicklungen konfrontiert sein. In der Maghreb-Region wird dies überwiegend den sozio-ökonomischen Bereich betreffen, weil die Grundkonstante des Dreiklanges aus Armut, Perspektivlosigkeit und der politischen Manifestation korrupter Eliten als verfestigter Konflikttreiber weiterbestehen wird. Im politischen Mitbestimmen zeichnet sich zwar ein leichter Bedeutungsverlust islamischer wie auch teilweise islamistischer Parteien ab, gesellschaftliche Bewegungen und Bürgerinitiativen können jedoch nicht in breiteren Gesellschaftsschichten der »Arabischen Straße« ein Gegenarrativ propagieren. Die zu erwartenden Proteste der überwiegend jugendlichen Bevölkerungskreise adressieren vor allem die wirtschaftliche Stagnation und das anhaltende Unvermögen der Eliten, die einfachsten Lebensverhältnisse breiter Bevölkerungsschichten auch nur rudimentär zu verbessern.

Die levantinische Region des Maschrek wird weiterhin durch Aktivitäten von Terrorgruppierungen betroffen sein. Diese werden vor allem Aktivitäten des Islamischen Staates betreffen, der gegen den Gebietsverlust aus 2017 und die zunehmende Konsolidierung des syrischen Machtapparates ankämpfen wird und sich in seiner inneren

Struktur bereits wieder teilweise personell konsolidiert und erneut dschihadistische Kämpfer anwerben wird.

Die Staaten auf der Arabischen Halbinsel werden – neben den wirtschaftlichen Problemen, die durch zu geringe Einnahmen durch den anhaltend niedrigen Rohölpreis bedingt sein werden – weiterhin von internen Verwerfungen um die Gaspolitik und damit um ihren Umgang mit der Islamischen Republik Iran und der Republik Türkei geprägt sein. Diese Entwicklungen werden sich operativ v. a. in Form von Aktivitäten gegenseitiger (Wirtschafts-)Spionage, Cyberangriffen auf staatliche Infrastruktureinrichtungen und räumlich eingeschränkten Drohnenangriffen (Jemen-Konflikt) darlegen.

Internationale Beziehungen

Alle Staaten des Nahen Ostens und Nordafrikas werden auch 2021 vom Ringen der USA, Russlands sowie Chinas um deren jeweilige Vormachtstellung in der Region geprägt sein oder dessen Auswirkungen sozio-ökonomisch zu spüren bekommen. Hierbei wird der Administrationswechsel von Donald Trump zu Joe Biden in den USA vor allem in der Golfregion, aber auch beim Nahostfriedensprozess und dem damit verbundenen Plan um eine Normalisierung der Beziehungen des Staates Israel zu seiner unmittelbaren und mittelbaren Nachbarschaft Auswirkungen zeigen.

Die krisenhaften Entwicklungen werden auch das Verhältnis einzelner Staaten der Arabischen Welt zur Europäischen Union negativ beeinflussen, weil die robustere Außengrenzpolitik der EU und die damit verbundene restriktivere Zuwanderungspolitik die Perspektiven der lokalen Bevölkerungen einengen und die jeweiligen arabischen Staatschefs damit zunehmend unter Druck setzen werden. Dazu kommt, dass die strategische Rivalität Russlands und Europas im östlichen Mittelmeer um die Rivalität der Türkei, Syriens und Russlands mit der EU und einzelner Mitgliedsstaaten wie Frankreich erweitert werden wird.

Libyen bleibt ebenso ein Stellvertreterkriegsschauplatz für einzelne arabische Staaten, welche unterschiedliche Konfliktparteien unterstützen. Dies wird sich weiterhin auf das Engagement europäischer Staaten auswirken, deren politische Zielsetzungen von der arabischen Divergenz beeinflusst werden.

Diese Entwicklungen werden daher auch den Nahostkonflikt mit seinem »Friedensprozess« weiter in den Hintergrund rücken. Die Israelpolitik einzelner Staaten des Golf-Kooperationsrates (GCC) und einzelner Staaten in Nordafrika, etwa Marokko, wird aus heutiger Sicht fortgesetzt werden und den zunehmenden Bedeutungsverlust der »Palästinensischen Sache« verstärken.

Wirtschaftliche Entwicklungen

Die Organisation erdölexportierender Länder (OPEC) wird aus Sicht der GCC-Staaten weiter an Bedeutung verlieren. Saudi-Arabiens Förderpolitik wird sich an Russland, China und den USA messen, bilaterale chinesisch-saudi-arabische Aktivitäten werden nicht mit weiteren OPEC-Partnern abgestimmt werden. Saudi-Arabien will und muss mit Hochdruck seine ökonomische Diversifizierung vorantreiben und die Arbeitsmarktpolitik auf die einheimische Bevölkerung fokussieren. Diese Diversifizierungsbestrebung wird im Lichte der Wirtschaftskrise zu vermehrten Absatzwünschen von Erdgas und LNG-Kontingenten in die EU führen und auf bilateraler Ebene den Handel mit Frankreich und Deutschland, aber auch mit dem Vereinigten Königreich verstärken. Diese Staaten werden daher bereits kurzfristig v. a. mit China in Konkurrenz um die arabischen Märkte treten.

Kernaussagen

- Armut, Perspektivlosigkeit und Korruption werden zu anhaltenden Protesten und zu einer Fortsetzung der bekannten bewaffneten Konflikte im Nahen Osten und in Nordafrika führen.
- Die sozio-ökonomische Gesamtlage verschärft sich aufgrund der Rohölmärkte, der Dispute um die Gasförderung und der globalen COVID-19-Krise.
- Die konfrontative Haltung Saudi-Arabiens zur Islamischen Republik Iran zeigt ein massives Potenzial zur militärischen Eskalation.
- Die strategische Rivalität der USA, Russlands und der Volksrepublik China bleibt aufrecht, der US-Administrationswechsel von Trump zu Biden wird jedenfalls Bewegung in die aktuellen politischen Frontverläufe bringen.
- Für Europa bedeuten die krisenhaften Entwicklungen in seiner unmittelbaren Nachbarschaft auch weiterhin den Zwang zur politischen Reaktion.
- Für Österreich haben die krisenhaften Entwicklungen in der Region nicht zuletzt aufgrund der zahlenmäßig starken Diasporagruppen im eigenen Land (Türken, Kurden, Tschetschenen, sunnitische Araber, sunnitische Glaubensangehörige aus dem ehemaligen Jugoslawien) Auswirkungen auf die innere Sicherheit und die soziale Kohäsion.

Key messages

- Poverty, a lack of prospects and corruption will lead to continued protests and a continuation of the well-known armed conflicts in the Middle East and North Africa.
- The general socio-economic situation is worsening due to the crude oil markets, the disputes over gas production and the global COVID-19 crisis.
- Saudi Arabia's confrontational stance towards the Islamic Republic of Iran entails massive potential for military escalation.
- The strategic rivalry between the USA, Russia and the People's Republic of China will continue, and the change in the US administration from Trump to Biden will have an impetus on the current political fronts.
- The crisis developments in the immediate European neighbourhood will continue to imply that Europe must react politically.
- The crisis developments in the region have implications for Austria's internal security and social cohesion, not the least because of the numerically strong diaspora groups in the country (Turks, Kurds, Chechens, Sunni Arabs, and Sunnis from former Yugoslavia).

Autoreninformation

Oberst **Stephan Reiner**, MA, ist seit 2019 wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Friedenssicherung und Konfliktmanagement der Landesverteidigungsakademie Wien mit dem Forschungsschwerpunkt Sicherheitspolitik und Dynamiken auf der Arabischen Halbinsel. Reiner ist seit 1998 Berufsoffizier des Österreichischen Bundesheeres und seit 2016 Orientalist mit Schwerpunkt Islamwissenschaften.



Türkei

Zusammenfassung

Der Aufstieg der Türkei zur Regionalmacht von globaler Bedeutung ist nicht aufzuhalten. Zur Ausweitung seines Einflusses setzt Ankara seit 2015 auf das Militär. Diese Expansionspolitik schadet europäischen und allgemein westlichen Interessen. Solange das Bündnis der Regierungspartei AKP mit den rechtsextremen Nationalisten der MHP besteht, ist nicht mit einer Änderung dieser Politik zu rechnen.

Autor:
Günter Seufert

Verfestigung des neuen Selbstverständnisses der Türkei

Die Türkei sieht sich als Regionalmacht, ja als potenzielle Weltmacht und nicht mehr als ein Anhängsel Europas. Ermöglicht haben diesen Wandel das Ende des Kalten Krieges, die Stellung der Türkei als vorherrschende Industrie- und Militärmacht der Region sowie der Aufstieg Asiens und die damit einhergehende Infragestellung der ökonomischen, technologischen und kulturellen Hegemonie des Westens. Es sind diese wohl nicht umkehrbaren Entwicklungen, die dafür sorgen, dass die Türkei heute Europa auf gleicher Augenhöhe gegenübertritt. Wie eine so erstarkte Türkei ihr Verhältnis zu Europa jedoch gestaltet, hängt davon ab, wie dieses Land regiert wird.

Militarisierung der Außenpolitik

Bis 2015 vergrößerte die Türkei ihren Einfluss mit Hilfe multilateraler Diplomatie, wirtschaftlicher Kooperation und kulturellem Austausch. Doch seit 2015/16 greift Ankara zum Einsatz des Militärs. Stationen sind der Abschuss eines russischen Jets über dem türkisch-syrischen Grenzgebiet, die Schaffung einer Vielzahl militärischer Stellungen im Nordirak, der Einmarsch und die Besetzung von vier Regionen in Syrien, die militärische Intervention in Libyen und Bestrebungen, dort Luftwaffen- und Marinestützpunkte zu errichten, die Restrukturierung der Armee Aserbaidschans und ihre Anleitung im jüngsten Krieg mit Armenien sowie die – so die EU – fortgesetzte Verletzung der nationalen Souveränität Griechenlands und der Republik Zypern durch türkische Forschungsschiffe, die im östlichen Mittelmeer von starken Marineverbänden begleitet werden.

Der einheimischen Bevölkerung erklärt die Regierung das Streben nach Expansion mit einer Doktrin der Vorwärtsverteidigung. Mit dem Konzept des »Blauen Vaterlands« (»Mavi Vatan«) gewinnt diese Doktrin eine maritime Dimension, die heute in der Ägäis und im östlichen Mittelmeer zur Anwendung kommt.

Ausdehnung des Einflusses auf Kosten westlicher Akteure

Die sprunghafte Erhöhung der militärischen Fähigkeiten des NATO-Mitglieds Türkei schlagen sich nicht in einer Stabilisierung der betreffenden Regionen, in einer Stärkung der NATO oder in der Bewahrung des bestehenden Einflusses westlicher Akteure in der Nachbarschaft Europas nieder. Im Gegenteil, die konfliktvolle aber stetige Kooperation Ankaras mit Moskau, symbolisiert durch das russische Raketenabwehrsystem S-400, hat in Syrien und Aserbaidschan zur graduellen Verdrängung westlicher Akteure geführt. In Libyen konnte einer solchen Entwicklung nur durch verstärkte internationale Kooperation entgegengewirkt werden. Die türkische Politik schwächt die Kohäsion in der NATO und vergrößert den außenpolitischen Spielraum Moskaus.

Türkische Politik im östlichen Mittelmeer

Gegenüber Europa wird die Türkei ihre konfrontative Politik 2021 weiterführen. In der Zypernfrage hat sich die türkische Regierung von dem international vorgegebenen Rahmen für die Lösung des Zypernproblems – ein föderaler, bi-kommunaler und bi-zonaler Staat – offiziell verabschiedet, und die Türkei will jetzt die Anerkennung der Türkischen Republik Nordzypern. Unmittelbar nach der Sitzung des Europäischen Rates vom 10. Dezember 2020 hat Ankara seine Absicht bekräftigt, seine Forschungsschiffe erneut in die umstrittenen Gewässer des östlichen Mittelmeers zu entsenden. Ankara lehnt ein von Griechenland vorgeschlagenes Moratorium ab und weigert sich, letztendlich ein Urteil des Internationalen Gerichtshofs in Den Haag zu akzeptieren. Auch will Ankara Verhandlungen nicht auf die Festlegung maritimer Zonen beschränken. Stattdessen stellt die Türkei den Status bewohnter und unbewohnter griechischer Inseln in Frage und macht plötzlich die Militarisierung griechischer Inseln in der Ägäis zum Problem. Sie hatte dies seit 1974 – türkische Invasion auf Zypern – stillschweigend hingenommen. Auf diese Weise schnürt Ankara einen durch Verhandlungen nahezu unentwirrbaren Knoten. Gleichzeitig wird die Türkei Anfang 2021 ihr erstes Träger-

schiff für Hubschrauber in Betrieb nehmen, das Kampflandungsschiff TCG Anadolu, das nach Meinung von Experten die Machtverhältnisse auf See fundamental verändern wird. All das kreiert den Eindruck, dass Ankara nicht an einer Lösung des Konflikts gelegen ist. Die türkische Regierung nutzt den Streit, um maritime Zonen, um die Ausrüstung ihrer Marine zu rechtfertigen. Tatsächlich spielt die Flotte in den Planspielen der türkischen Strategen für regionale Vorherrschaft eine zentrale Rolle.

Zwischen Fragilität und Verhärtung: die Innenpolitik

Die aggressive Außenpolitik der Türkei ist das Werk des Bündnisses von AKP und MHP. Das Duo hat nach dem Putschversuch vom Juli 2016 zusammengefunden. Es setzt heute eine Politik um, die von Teilen des Militärs seit langem vertreten wird. Doch die türkische Wirtschaft leidet an strukturellen Problemen, die heute durch Korruption, COVID-19, fehlende Rechtssicherheit für ausländische Investoren sowie die Lähmung der Wirtschaftsbürokratie verstärkt werden. Der Rückhalt beider Parteien in der Bevölkerung schwindet, sodass bei einer Wahl die absolute Mehrheit mit großer Sicherheit verloren gehen würde. Die Regierung reagiert bisher darauf in einer Weise, dass mit der Kriminalisierung der gesamten Opposition gerechnet werden muss.

Was kann die Europäische Union tun?

Brüssel muss die strategische Neuausrichtung der Türkei zur Kenntnis nehmen und darf sich keinen Hoffnungen hingeben, dass die Türkei in naher Zukunft zu einem partnerschaftlichen Verhältnis mit Europa zurückkehren wird. Die heutige türkische Staatselite rechnet mit dem Niedergang Europas und ist entschlossen, davon zu profitieren.

Kernaussagen

- Die Türkei ist eine Regionalmacht von globaler Bedeutung.
- Ankara setzt auf Expansion mit militärischen Mitteln.
- Die Türkei hat momentan kein Interesse an einer Lösung des Konflikts in der Ägäis und im östlichen Mittelmeer.
- Die neue militärische Stärke der Türkei bedeutet kein Zuwachs für die Sicherheit Europas.
- Die Regierung wird keinen Ausweg aus der strukturellen Krise der türkischen Wirtschaft finden.

Key messages

- Turkey is a regional power of global importance.
- Ankara relies on expansion with military means.
- Currently, Turkey is not interested in a solution of the conflicts in the Aegean and eastern Mediterranean Seas.
- Turkey's new military strength does not mean more security for Europe.
- The government will not be able to find a way out of the structural crisis that the Turkish economy is going through.

Autoreninformation

Dr. **Günter Seufert**, geboren 1955, leitet das Centrum für Angewandte Türkeistudien (CATS) am Deutschen Institut für Internationale Politik und Sicherheit in Berlin. Zu früheren Stationen seines beruflichen Werdegangs zählen eine Postdoc-Forschung an der Universität Lausanne, die Leitung der Abteilung Istanbul des Instituts der Deutschen Morgenländischen Gesellschaft, ein Visiting Associate Professorship an der University of Cyprus in Nikosia und Jahre freier Publizistik.



Iran

Autor:
Walter Posch

Zusammenfassung

Es gibt nur noch geringe Chancen auf eine Wiederbelebung des Atomabkommens und die für die iranische Wirtschaft wichtige Aufhebung der Sanktionen. Daher ist mit zunehmenden innen- und regionalpolitischen Spannungen zu rechnen, die zum einen die Weichen zur »Nordkoreanisierung« des Iran stellen, zum anderen eine neue Konfliktdynamik in die schiitisch-sunnitischen Spannungen bringen. Ein verstärktes Engagement in der irakischen Sicherheitssektorreform wird das Verhältnis Europas und Österreichs zur Islamischen Republik Iran weiter verschlechtern.

Atomabkommen

Wie auch die anderen Regionalmächte erwartete der Iran den im Jänner 2021 erfolgten Amtswechsel im Weißen Haus. Mit einer endgültigen Beurteilung werden die Iraner allerdings so lange zuwarten, bis das Ausmaß des israelischen Einflusses auf die Biden-Administration klar wird. Teheran ist daher in seinen Erwartungen zurückhaltend, dennoch erklärte Präsident Hassan Rohani Mitte Dezember vor der internationalen Presse, dass der Iran im Falle einer Rückkehr der USA in das Atomabkommen mit dem Iran (Joint Comprehensive Plan of Action – JCPOA) alle Punkte des Vertrages penibel erfüllen würde. Anders ausgedrückt, der Iran will die mit der internationalen Gemeinschaft erzielte Einigung umsetzen und hofft auf Sanktionserleichterungen.

Isolationismus

Die Wirtschaft wird weiterhin das Hauptproblem des Iran bleiben. Dabei stehen einander zwei wirtschaftspolitische Lager gegenüber: die zurzeit von Rohani angeführten wirtschaftlichen Realisten, denen es um die Integration Irans in die Weltwirtschaft geht, und die Isolationisten, die vor allem dem Westen misstrauen. Dieses Lager sah sich durch den Austritt der USA aus dem JCPOA und durch die ihrer Ansicht nach zaudernde Haltung der Europäer bestätigt. Sollte das JCPOA nicht mit Leben erfüllt werden und die iranische Wirtschaft weiterhin isoliert bleiben, dann wird der iranische Isolationismus nicht auf eine politische Strömung beschränkt bleiben, sondern sich als einzig gangbarer politischer Weg durchsetzen. Einer Entwicklung bis hin zum nordkoreanischen Modell – Ausstieg aus internationalen Verträgen, Massenarmut und Nukleararsenal – würde dann nichts mehr im Wege stehen.

Volkgruppen

Ein weiterer, die inneren Verhältnisse betreffender Faktor ist die Volksgruppenfrage, die im Iran oft auch eine Frage der sunnitischen

Konfession ist. Reformversuche unter Rohani, im Rahmen der Verfassung muttersprachlichen Unterricht einzuführen, sind bei vielversprechenden Ansätzen steckengeblieben. Zwar sind die meisten Initiativen bei den Volksgruppen kulturpolitischer Natur, doch gibt es gerade bei den großen Volksgruppen wie den Azeris, Kurden und Arabern auch entschlossene und teilweise bewaffnete separatistische Gruppen. Die größere Gefahr geht jedoch von jenen Volksgruppen wie den Balutschen und einem Teil der Araber aus, wo bereits starke dschihadistische Strömungen existieren, die immer wieder Anschläge im Land verüben und mit der internationalen dschihadistischen Szene gut vernetzt sind.

Konfrontation im Irak

Hier tut sich eine weitere Front für Teheran auf. Gab es bis vor einem Jahr noch die Hoffnung, dass der Westen und Iran ihre Kräfte zwar nicht bündeln, aber doch parallel gegen den sogenannten Islamischen Staat vorgehen und in enger Abstimmung mit der irakischen Regierung seine Reorganisation verhindern, kann nach der Tötung von General Qasem Soleimani und seinem Vertrauten Abu Mahdi al-Muhandis im Jänner 2020 davon keine Rede mehr sein.

Teheran muss damit rechnen, dass radikale sunnitische Gruppen des von Afghanistan bis nach Syrien reichenden Dschihadistengürtels angesichts des internationalen Drucks, der auf Teheran lastet, sowie des zu erwartenden Handlungsspielraums, den die internationale Gemeinschaft den Taliban einräumt, vermehrt gegen iranische Interessen im Irak oder gar auf iranischem Staatsgebiet aktiv werden. Damit werden die irakischen Partner des Iran, also ein Teil der Volksmobilisierungseinheiten, aus Sicht Teherans immer wichtiger. Gegen diese richtet sich aber die von den USA und ihren Partnern betriebene Sicherheitssektorreform im Irak, sodass aufgrund der Schwäche der irakischen Regierung mit der Möglichkeit einer direkten Konfrontation zwischen dem Iran und dem Westen im Irak zu rechnen ist.

Isolation in der Region

Die regionale Konstellation verstärkt den Trend zur Konfrontation. Die offizielle Anerkennung Israels durch wichtige arabische Staaten, dessen gute Beziehungen zur Regionalmacht Saudi-Arabien, der militärische Druck auf die libanesische Hisbollah, die verworrene Lage in Afghanistan und schließlich der neue aggressive Ton aus Ankara über die azerische Volksgruppe im Iran belegen die regionale Isolation Teherans. Diese Isolation lässt sich durch die iranische Kooperation mit den Huthis oder anderen kleineren radikalen Akteuren nicht ausgleichen. Es bietet sich also die Gelegenheit, den iranischen Einfluss in der Region zurückzurollen oder wenigstens signifikant zu reduzieren. Der Kampf gegen den IS wird vor diesem Hintergrund als sekundäres Problem behandelt.

Teheran befindet sich nun in einer Zwickmühle. Einerseits muss der Iran gegen den sich aufbauenden Druck auf allen Ebenen rasch handeln, andererseits lassen die eigene Überdehnung, die Isolation und vor allem die wirtschaftlichen Probleme radikale Maßnahmen unwahrscheinlich erscheinen. Das könnte sich bei den für 2021 geplanten Präsidentschaftswahlen ändern, sofern ein radikaler Kandidat gewählt wird. Erfahrungsgemäß ist mit einem Kurswechsel erst frühestens in sechs Monaten nach der Wahl zu rechnen. Mit hoher Wahrscheinlichkeit wird Teheran sich jedoch strategischer Geduld befleißigen – also abwarten.

EU und Österreich

Die wichtigsten Entscheidungen hinsichtlich des Iran dürften im Westen, dem auch Israel und einige arabische Staaten zuzurechnen sind, schon gefallen sein: Der Druck auf den Iran wird zunehmen, sodass die Möglichkeiten traditioneller Vermittlungsdiplomatie begrenzt bleiben. Das trifft auch die EU und Österreich.

Dennoch bleibt die EU und der von ihr initiierte EU/E3+3-Mechanismus nach wie vor der einzige Rahmen für Nachverhandlungen bzw.

die Vorbereitung einer möglichen Rückkehr der USA in das JCPOA. Dieses Format bleibt somit das stärkste diplomatische Instrument der EU.

Größeres Augenmerk muss auf europäischer Ebene dem Engagement von EU-Mitgliedstaaten im Irak gewidmet werden. Zwar ist die EU selbst mit EUAM-Iraq kein zentraler Akteur im Land, doch spielt Europa gesamt betrachtet eine wichtige Rolle in der irakischen Sicherheitssektorreform. Hier besteht Bedarf an besserer politischer Abstimmung hinsichtlich des iranischen Faktors, insbesondere der Art und Weise, wie mit pro-iranischen Akteuren im irakischen Sicherheitsapparat umzugehen ist.

Für Österreich ergeben sich wenig Handlungsoptionen, weil das bisherige Hauptinteresse, der bilaterale Handel, ohne Aufhebung oder Erleichterung der Sanktionen nicht sinnvoll betrieben werden kann und Teheran durch die Geiselnahme österreichischer Staatsbürger die Republik demütigt.

Dazu kommt, dass das internationale Interesse an den österreichisch-iranischen Beziehungen in den nächsten Monaten zunehmen wird, weil der Prozess gegen den iranischen Residenten in Wien, Asadollah Asadi, in Belgien begonnen hat. Asadi wird ein versuchter Bombenanschlag in Paris gegen US-Außenminister Pompeo vorgeworfen. Aufgrund der Schwere des Vorwurfs werden die betroffenen EU-Mitgliedstaaten von Wien größere Solidarität, vielleicht sogar eine Neu-urteilung der österreichischen Iranpolitik erwarten.

Autoreninformation

Dr. **Walter Posch**, geb. 1966, ist Forscher am Institut für Friedenssicherung und Konfliktmanagement der Landesverteidigungsakademie Wien. Der Orientalist forscht über sicherheitspolitische Fragen mit Schwerpunkten Türkei, Iran, Irak und Kurden. Zuvor war er als Nahostexperte an der Stiftung Wissenschaft und Politik in Berlin und am EU Institute for Security Studies in Paris tätig.

Kernaussagen

- Trotz einer neuen Administration im Weißen Haus ist die Wahrscheinlichkeit groß, dass die Isolation Teherans weiter zunimmt und die Weichen für eine »Nordkoreanisierung« des Iran gestellt werden.
- Die EU wird versuchen, das JCPOA aufrechtzuerhalten, für ein allfälliges Scheitern letztendlich aber die Iraner verantwortlich zu machen.
- Die von den USA initiierte Sicherheitssektorreform im Irak wird zur Verschlechterung des europäisch-iranischen Verhältnisses beitragen.
- Ethnische und ethnokonfessionelle Konflikte werden im Iran sowie in seiner unmittelbaren Nachbarschaft zunehmen.
- Österreich wird sein Verhältnis zum Iran vor den Augen einer wachsameren westlichen Öffentlichkeit neu evaluieren müssen.

Key messages

- Despite a new administration in the White House, it is highly likely that Tehran's isolation will continue to increase and that the course will be set for a »North Koreanisation« of Iran.
- The EU will try to maintain the JCPOA, but ultimately blame the Iranians should it fail.
- The security sector reform in Iraq initiated by the USA will contribute to the deterioration of the European-Iranian relations.
- Ethnic and ethno-confessional conflicts will increase in Iran and in its immediate neighbourhood.
- Austria will have to re-evaluate its relationship with Iran before the eyes of a vigilant Western public.



Syrien und Irak

Herausforderungen für Europa

Autor:
Daniel Gerlach

Zusammenfassung

Die europäischen Staaten haben die Wahl, ob sie sich gemeinsam mit den USA und unter Wahrung der Sicherheitsinteressen regionaler Staaten in Syrien und im Irak engagieren, oder ob sie anderen das Feld überlassen, etwa Russland oder der Türkei. Es ist nicht im Interesse der EU-Staaten, in Syrien daneben zu stehen und darauf zu warten, dass das Regime unter Sanktionsdruck kollabiert. Sie müssen daher eine genuine Syrienpolitik formulieren und in Gang setzen. Die Interessen der EU-Staaten im Irak sind weitgehend deckungsgleich und haben viele Gemeinsamkeiten mit denen der fragilen, aber derzeit erfolgreichen irakischen Regierung. Deshalb sollte der Irak ein Schwerpunktland europäischer Außenpolitik werden.

Herausforderungen für Europa

Syrien und der Irak werden 2021 zwei große außenpolitische Herausforderungen für Europa darstellen. Viel hängt dabei von der Beantwortung folgender Fragen ab: Wird die neue US-Administration unter Präsident Joseph Biden einen neuen Anlauf unternehmen, um amerikanischem Einfluss mehr Geltung zu verschaffen und ihn konstruktiv zu nutzen, und wird der Nahe Osten als ein Arbeitsfeld für europäisch-amerikanische Kooperation in der internationalen Politik definiert?

Derzeit treten Russland und die Türkei angesichts eines bedeutenden Machtvakuumms zum Teil als Rivalen, zum Teil im Stil einer Entente Cordiale auf, wo sie zwar ihrem Wesen nach antagonistisch handeln, aber ihre wechselseitigen Machtinteressen mehr oder weniger respektieren und öffentlich Harmonie zur Schau stellen. Hier stellt sich die Frage, ob Europa sich mit dieser Entwicklung abfindet und versucht, die Wahrnehmung bestimmter Sicherheitsinteressen stillschweigend an diese Akteure zu delegieren, oder ob es selbst gemeinsam mit den USA außenpolitische Macht in der Region projizieren möchte.

Syrien

Zehn Jahre nach Ausbruch des verheerenden Krieges in Syrien ist ein Ende der Gewalt nicht in Sicht, wobei es dem syrischen Regime immerhin gelungen ist, den bewaffneten Konflikt auf eine niedrigere Schwelle zu drücken. Vermutlich wird das Regime im Frühling oder Sommer 2021 einen Anlauf unternehmen, um die großenteils von Aufständischen kontrollierte Provinz Idlib einzunehmen. Das Regime hat die Wahl: Entweder es überlässt Idlib weiterhin den Aufständischen und deren Kontrolle langfristig der Türkei, oder aber es riskiert, sich und seine Ressourcen aufzureiben. Bei jenem Teil der Bevölkerung, der sich dem Regime bislang loyal gegenüber verhalten hat, ist ein Waffengang wenig populär. In den südlichen Gebieten, u. a. im Umland der Stadt Daraa, hat das Regime zwar die Herrschaft erlangt. Aber Warlords und bewaffnete Gruppen fordern dieses immer wieder her-

aus. Gleiches gilt für die östlichen Gebiete am Euphrat. Die Zukunft der mehrheitlich kurdischen Gebiete im Nordosten bleibt unklar.

Baschar al-Assad beabsichtigt offenbar, sich im Sommer abermals zum Präsidenten wählen zu lassen, sofern die Schutzmacht Russland dies nicht vereitelt. Ein militärischer Sieg käme da gelegen. Der so genannte politische Prozess unter UN-Führung in Genf zeitigt keine erkennbaren Erfolge. Gleichzeitig ist die Bevölkerung im Regimegebiet von – durch die US-Sanktionen weiter verschärft – wirtschaftlicher Not betroffen. Kritik am Regime und seinen handelnden Personen wird zunehmend laut.

Europa und andere Mächte, die an einer Befriedung des Konflikts interessiert sind, können Syrien nicht sich selbst überlassen. Trotz oder gerade aufgrund der komplizierten Lage ist ein europäischer Plan zur Konfliktbearbeitung und -lösung notwendig; weder Russland noch die Türkei oder das syrische Regime werden einen solchen entwickeln. Anstatt die Syrienpolitik wie bisher allein über die (Nicht-) Beziehungen zum Regime zu definieren und alle anderen Faktoren diesem unterzuordnen, müssen die europäischen Staaten strategische Beziehungen zu gesellschaftlichen, nicht-staatlichen Akteuren knüpfen und dafür Sorge tragen, dass Syrien langfristig Teil der europäischen, mittelmeerischen Nachbarschaft bleibt.

Es ist nicht im Sinne Europas, buchstäblich daneben zu sitzen und darauf zu warten, dass das Regime irgendwann unter Sanktionsdruck kollabiert. Sollte dies überraschend geschehen, ohne dass eine europäische Politik darauf umgehend reagieren kann, könnte Syrien weiter territorial fragmentiert werden – und ein blutiger Verteilungskampf mit weiteren schwerwiegenden Folgen für die europäische Nachbarschaft eskalieren.

Irak

Für 2021 stehen im Irak vorgezogene Parlamentswahlen bevor, die von Forderungen nach einem tiefgreifenden Wandel des politischen Systems und bestimmter Wahlrechts- und Verfassungsnormen begleitet werden. Im Januar 2021 steht noch nicht fest, ob dies im Sommer oder Herbst geschehen soll. Einige der großen Parteien bzw. Parlamentsblöcke, insbesondere des schiitischen Spektrums, das seit 2003 maßgeblich die irakische Politik beherrscht und Zugriff auf Ressourcen und paramilitärische Kräfte hat, befürchten aufgrund der Unzufriedenheit großer Teile der Bevölkerung starke Verluste.

Die besonders seit Oktober 2019 aufflammenden Straßenproteste in Bagdad und vor allem in den schiitischen Provinzen sind Ausdruck der Ablehnung gegenüber der sogenannten politischen Klasse. Einzig die aus der Anhängerschaft des Geistlichen Muqtada al-Sadr hervorgegangene Sa'irun-Bewegung scheint mit einer Mischung aus Populismus und machtorientierter Parteiarbeit daraus Nutzen zu ziehen. Darüber hinaus entwickelt sich eine zersplitterte, dynamische Parteienlandschaft über konfessionelle Grenzen hinweg.

Der seit dem Frühjahr 2020 amtierende Regierungschef Mustafa Kadhim hat sich mit einer Reihe ordnungspolitischer Maßnahmen Respekt verschafft und den ausgreifenden Ansprüchen nichtstaatlicher Kräfte gewisse Grenzen gesetzt. Auch international hat er Vertrauen gewonnen. Er scheint drei Politikziele zu verfolgen: die Stärkung der staatlichen Ordnung und ihrer Organe, die Befriedung der öffentlichen Proteste durch eine Verbesserung der wirtschaftlichen Lage und des Arbeitsmarkts sowie die Herstellung der Balance in internationalen Beziehungen, um die Folgen geopolitischer Machtkämpfe zwischen den USA, dem Iran, der Türkei und Saudi-Arabien auf irakischem Gebiet zu lindern.

Die Regierung unter Trump hat die US-freundliche Regierung Kadhim durch Militäroperationen und Sanktionsbeschlüsse dem Zorn schiitischer Kräfte ausgesetzt; der Chef der paramilitärischen Volksmobilisierungskräfte wurde auf die Sanktionsliste gesetzt, sein Stell-

vertreter zum »Global Terrorist« erklärt. Andererseits hat sie damit auch den Druck auf die eingeschworenen Gegner Kadhimis erhöht. Innerhalb des vom Westen argwöhnisch beäugten und teils unter starkem iranischen Einfluss befindlichen paramilitärischen Verbands gab es zuletzt Brüche und Absetzungsbewegungen. Diese Kräfte bleiben aber eine bedeutende militärische, politische und gesellschaftliche Macht.

Für Europa bieten sich im Irak aufgrund der oben beschriebenen politischen Ziele Chancen für eine konstruktive Betätigung. Nicht nur decken sich europäische Interessen größtenteils mit denen Kadhimis. Anders als etwa in Libyen oder anderen Konfliktfeldern sind die europäischen Interessen (einschließlich derer des Vereinigten Königreichs) hier auch miteinander deckungsgleich.

Iraks Stabilität ist fundamental für die Stabilität der Region. Gelingt es, die irakische parlamentarische Demokratie zu reformieren, das Land sicherer und rechtsstaatlicher zu machen und global agierende, dschihadistische Gruppen einzudämmen, wird dies die Region stabilisieren. Deshalb können die Union und Mitgliedsstaaten durch unterstützende Programme tätig werden, etwa für den Nationalen Dialog zwischen politischen und gesellschaftlichen Kräften, der 2021 im Irak beginnen soll.

Autoreninformation

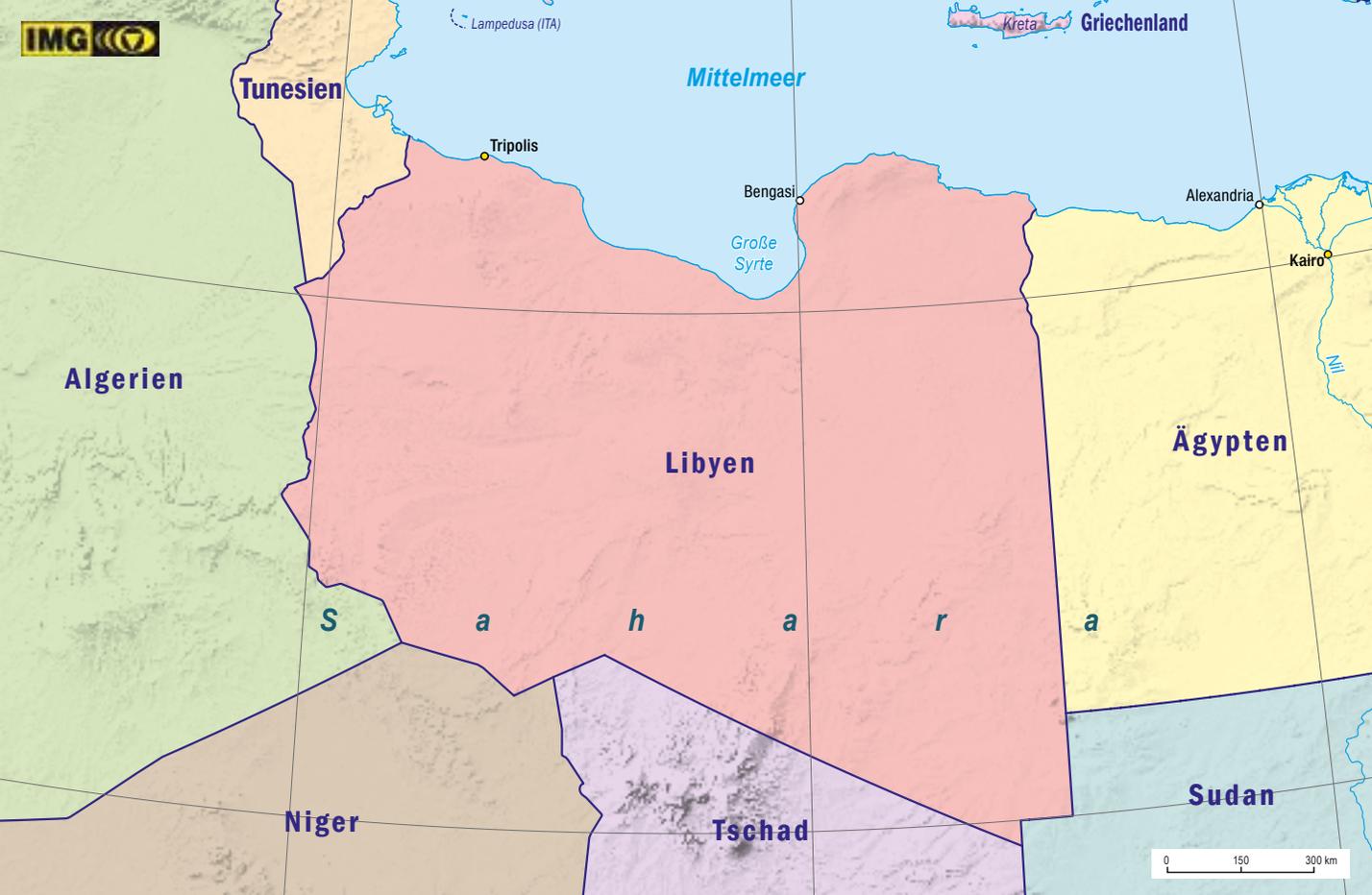
Mag. **Daniel Gerlach**, geboren 1977, ist Chefredakteur des Nahost-Magazins zenith. Er hat einen Magister Artium der Universität Hamburg und Licence der Universität Paris IV Sorbonne, ist Direktor der Candid Foundation in Berlin und Leiter der Nahost-Experten-gruppe zenithCouncil.

Kernaussagen

- Syrien und der Irak werden 2021 große außen- und sicherheitspolitische Herausforderungen für Europa darstellen.
- Die europäischen Staaten haben die Wahl, ob sie sich gemeinsam mit den USA in Syrien und im Irak engagieren, oder ob sie anderen das Feld überlassen, etwa Russland oder der Türkei.
- Die EU-Staaten müssen eine genuine Syrienpolitik formulieren und in Gang setzen.
- Der Irak sollte ein Schwerpunktland europäischer Außenpolitik werden.

Key messages

- Syria and Iraq will pose a major challenge to Europe's foreign and security policies in 2021.
- The European states have the option to either become involved in Syria and Iraq jointly with the USA or leave the field to others, e.g. Russia or Turkey.
- The EU states have to formulate and implement a genuine Syria policy.
- Iraq should become a focus country of European foreign policy.



Libyen

Ein Land kommt nicht zur Ruhe

Autorin:
**Inga Kristina
Trauthig**

Zusammenfassung

Im Frühjahr 2021 jährt sich der Beginn des sogenannten Arabischen Frühlings zum zehnten Mal. Libyens Entwicklung hat eine besondere Relevanz für Europa. Erstens, weil das Land eine zentrale Rolle für die Migration nach Europa hat und zweitens, da die Aufstände in Libyen im Jahr 2011 in eine Revolution und somit zum Sturz des Regimes führten – mit Hilfe vor allem auch europäischer militärischer Unterstützung unter dem Schirm der NATO. Europa hat eine außenpolitische Verantwortung für Libyen, einerseits im Eigeninteresse, etwa bei der Kontrolle von Migrationsbewegungen, aber auch im Sinne der Schutzpflicht für ein Land, das mit europäischer Militärhilfe aus der Diktatur unter Muammar al-Gaddafi befreit wurde. Die

andauernde und aktuelle Fragilität Libyens bringt Sicherheitsrisiken für die Region, aber auch für Europa. Für das Jahr 2021 besteht ein Hoffnungsschimmer, falls sich die fragile Waffenruhe in einen stabilen Waffenstillstand verfestigt und die initiierten politischen Einigungsprozesse weiter vorangetragen werden.

Libyen zum Jahreswechsel 2020/21

Die aktuelle Lage Libyens ist geprägt von einem fragilen Waffenstillstand sowie mehreren parallelen diplomatischen Initiativen. Diese versuchen erstens, den Waffenstillstand zu stabilisieren und zweitens, die gespaltenen politischen Institutionen in Libyen zusammenzubringen. Mit dem Scheitern der Offensive der sogenannten Libyschen Nationalarmee (LNA) Richtung Hauptstadt Tripolis im Sommer 2020 war politisch entschieden, dass der Kopf der LNA, Chalifa Haftar, seine Ambitionen, über ganz Libyen zu herrschen, nicht militärisch erreichen konnte. Ein wichtiger Punkt in dieser Bilanz nach über einem Jahr militärischer Kämpfe um und in Tripolis ist, dass Libyens Entwicklung auch von jener wohlbekannteren gesellschaftlichen Dynamik geprägt ist, in der ein gemeinsamer Feind unterschiedliche Kräfte zusammenschweißt, sobald dieser aber beseitigt ist, die inneren Differenzen zu Tage treten. Diese Differenzen überschatten Libyens aktuelle Entwicklungsperspektiven und werden als Konstanten auch in naher Zukunft bestehen bleiben.

Aktuelle Initiativen und deren Zukunftstauglichkeit

Konkret bedeutet das für die aktuellen Initiativen zum Jahreswechsel 2020/21, dass verschiedene Interessen von einer Mehrzahl an Akteuren berücksichtigt werden müssen, weil gleichzeitig die Herkulesaufgabe angegangen wird, das Land politisch und militärisch zu einen. Neben bilateralen Initiativen wird Hoffnung vor allem auf international geleitete Fora wie das Libyan Political Dialogue Forum (LPDF) und die 5+5 Joint Military Commission (5+5 JMC) gesetzt. Die größten Herausforderungen, nämlich die beträchtliche militärische Aufrüstung,

die ständigen Brüche des Waffenstillstands und die durch Online-Kampagnen befeuerte Polarisierung der Gesellschaft zeigen die Multi-dimensionalität einer möglichen Lösung für ein friedliches Libyen.

Ausländische Einflussnahme und Konsequenzen für Europa

Die regionale Einmischung in die libyschen Gefechte ist offensichtlich und außerdem gut dokumentiert. Die LNA erfährt vor allem von Ägypten und den Vereinigten Arabischen Emiraten militärische Unterstützung, die Haftar als Partner im Kampf gegen vermeintliche Islamisten Vertrauen schenken und durch einen zuverlässigen Waffenzufluss sowie Einsätze der Luftwaffe direkt in den Machtkampf in Libyen eingreifen. Aber auch die Gegenseite, gekoppelt an die Regierung der Nationalen Übereinkunft (GNA) in Tripolis, bekommt militärische Unterstützung aus dem Ausland, vor allem von der Türkei. Insgesamt ist Libyen zu einem Hauptspielfeld regionaler Dynamiken geworden, die seit 2017 ihren Ursprung in der Blockade Katars durch andere Staaten der Region (Saudi-Arabien, die Vereinigten Arabischen Emirate, Bahrain und Ägypten) haben. Außerdem sind die libyschen Kämpfe der letzten Jahre auch am Boden nicht allein von Libyern getragen worden. Unter anderem stützen Söldner aus afrikanischen Ländern die lokalen Bataillone, aber auch Kämpfer des privaten russischen Sicherheits- und Militärunternehmens »Gruppe Wagner« mit engen Verbindungen zum russischen Staat. Die Vereinten Nationen haben diese Verstöße gegen das libysche Waffenembargo mehrfach offengelegt, wirkliche Konsequenzen lassen aber bis heute auf sich warten.

Die Mission Irini und ihr Ausbaupotenzial

Die Mission Irini (EUNAVFOR MED IRINI) ist seit März 2020 für die EU im östlichen Mittelmeer unterwegs und soll das Waffenembargo für Libyen durchsetzen. Die Nützlichkeit dieser Mission liegt vor allem in ihrem Potenzial zu beobachten und zu dokumentieren, um auf die-

ser Basis Unternehmen und halbstaatliche Organe zu sanktionieren. Allerdings leidet Irini unter den unterschiedlichen europäischen Interessen, die sich auch in verschiedenen politischen Ambitionen ausdrücken, was den Abschreckungseffekt der Mission beeinträchtigt.

Irini ist aber ausbaufähig. Die Mission könnte zusätzlich mit der Kontrolle des Waffenstillstands oder der Demilitarisierung in Libyen beauftragt werden. Die daraus resultierenden Konsequenzen würden allerdings ein großes Risiko darstellen, da durch einen Einsatz unter dem Dach entweder der EU oder der VN das Ziel der Schaffung einer Pufferzone verfolgt werden sollte. Doch das genannte hohe Level der Militarisierung des Landes, verbunden mit einer unsicheren lokalen Akzeptanz, würde für ausländische Truppen ein sehr hohes Engagement erfordern sowie eine immense politische Verpflichtung bedeuten.

Kernaussagen

- Für die europäische Sicherheit zählt auch 2021 die Fragilität in Libyen zu den großen Herausforderungen.
- Die Entwicklung Libyens ist gekoppelt an regionale und internationale Dynamiken.
- Die militärische Befriedung des Landes ist zentral für eine positive politische Entwicklung.
- Die Politisierung der Ölindustrie und die Spannungen an der Großen Syrte sind mögliche Zündfunken einer neuen militärischen Eskalation.
- Für Europa ist eine koordinierte Libyenpolitik von zentraler Bedeutung.

Key messages

- For European security, fragility in Libya will remain one of the major challenges in 2021.
- Libya's development is linked to regional and international dynamics.
- Military pacification of the country is central to positive political development.
- The politicization of the oil industry and tensions along the Gulf of Sirte are potential sparks for a new military escalation.
- For Europe, a coordinated Libya policy is of central importance.

Autoreninformation

Inga Kristina Trauthig, geboren 1991, ist Doktorandin am King's College in London und wissenschaftliche Mitarbeiterin am Internationalen Zentrum zur Erforschung der Radikalisierung (ICSR) in London.



Afghanistan

Zusammenfassung

Die afghanische Regierung steht 2021 vor der Herausforderung, die Friedensverhandlungen mit den Taliban aufrecht zu erhalten und eine Verringerung der eskalierenden Gewalt zu erreichen. Der Schlüsselfaktor dafür ist die Fortsetzung der Unterstützung der US-Truppen für die afghanische Armee. Nur dadurch kann der wachsenden Kampfkraft der Taliban begegnet und die militärische Patt-Situation erhalten werden. Es ist zu erwarten, dass der bewaffnete Konflikt auf hohem Niveau fortgeführt und die menschliche Sicherheit weiter abnehmen wird. Internationale Unterstützung ist weiterhin dringend erforderlich.

Autor:
Markus Gauster

Zwischen Bürgerkriegsökonomie und humanitärer Hilfe

Afghanistan hat sich seit 2001 zu einer florierenden Bürgerkriegsökonomie entwickelt, von der die Taliban, viele weitere Milizen, die organisierte Kriminalität und nicht zuletzt Regierungskreise maßgeblich profitieren. Relevante Akteure haben daher wenig Interesse an einem Friedensprozess und bevorzugen aus machtpolitischen, ideologischen und wirtschaftlichen Gründen ein unsicheres Umfeld. COVID-19 trägt zudem zu einer weiteren Verschlechterung der humanitären Sicherheit bei, sodass 2021 eine Hungerkatastrophe droht.

Das Jahr 2021 wird für die Akteure in Afghanistan und den sicherheitspolitisch betroffenen Ländern Russland und China von der strategischen Unsicherheit geprägt sein, ob die USA ihre Truppenpräsenz und Unterstützung für die afghanische Regierung beibehalten oder komplett abziehen werden, was zu einer Eskalation des Konfliktes führen könnte.

Konfliktdynamiken verstärken sich

Der von den USA geförderte Friedensprozess zwischen der afghanischen Regierung und der Taliban-Bewegung kommt nur sehr schleppend voran, da die Taliban deutliche Vorteile im Kraft-Raum-Zeit-Informationen-Kalkül erzielt haben. Sie sind in der Lage, effektiven militärischen Druck auf die afghanischen Sicherheitskräfte und die US-Truppen auszuüben. Es ist 2021 daher von einer Fortsetzung des internationalisierten und ethnisch dominierten Konfliktes auszugehen, der mit systematischer, geplanter und beträchtlicher Gewaltanwendung durch die Taliban und andere Gruppierungen weitergeführt wird. Solange die US-Truppen präsent bleiben, kann die Patt-Situation zwischen afghanischer Regierung und den Taliban erhalten werden. Die afghanische Armee ist von der aktiven militärischen Unterstützung der USA abhängig, die weiterhin durch Luftschläge, Spezialkräfte und Geheimdienstaktivitäten im Rahmen der US-Operation Freedom's Sentinel erfolgt.

Die Taliban etablieren sich als politisch-militärische Kraft

Das Risiko einer Eskalation des begrenzten Krieges in Richtung eines unbegrenzten Krieges 2021 ist hoch und ergibt sich durch die Absicht der Taliban, eine militärische Lösung zur Erreichung ihrer machtpolitischen und territorialen Ansprüche herbeizuführen. Diese Ambition beinhaltet auch, auf den möglichen Abzug der USA zu warten und gleichzeitig den Friedensprozess zu verzögern bzw. zu verwerfen. Es stellt sich daher die Frage, ob die Taliban in Richtung Waffenstillstand und Beendigung der strukturellen Gewalt einlenken. Dies wird nicht der Fall sein, solange die Taliban von außen – v. a. aus Pakistan und Saudi-Arabien – unterstützt werden und Erträge aus der Opiumwirtschaft erzielen. Tragfähige Zugeständnisse sind von den Taliban daher nur mit niedriger Wahrscheinlichkeit zu erwarten.

Quo vadis Resolute Support Mission?

Die Präsenz europäischer Friedenstruppen, Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe wären weiterhin sehr notwendig und sinnvoll, da eine fortgesetzte Destabilisierung auch für Europa und Österreich negative Auswirkungen hätte. 2021 steht jedoch die Beendigung der Resolute Support Mission der NATO – mit österreichischer Beteiligung – im Raum. Zuletzt konnten, verstärkt durch COVID-19, immer weniger Ausbildungsmaßnahmen durchgeführt werden. Für die Zukunft der NATO wäre die Einstellung der Mission von Nachteil, daher ist auch eine Weiterführung denkbar. Viele Truppensteller werden sich jedoch mehr mit dem logistischen Abzugsprozedere als mit dem Aufbau von Kapazitäten der afghanischen Armee befassen.

USA auch 2021/22 in Afghanistan präsent

Für das Erreichen einer politischen Lösung spricht die langjährige Hartnäckigkeit der USA bei der Unterstützung des Friedensprozesses und der Druckausübung auf die Konfliktparteien. Diese Strategie ist bisher aufgegangen. Positiv ist auch, dass die Stabilität Afghanistans im vitalen Sicherheitsinteresse Chinas und Russlands steht. Beide Akteure haben bereits Akzente für den Friedensprozess gesetzt und dürften das auch weiterhin tun. Was ebenfalls für eine fortgesetzte US-Präsenz spricht, ist der Umstand, dass Terrorismusbekämpfung und permanente Basen mit relativ geringem Aufwand weitergeführt werden können, wodurch geostrategische Vorteile im Hinblick auf eine Konfrontation mit dem Iran, China und Russland bestehen bleiben. Ein Komplettabzug der USA erscheint daher vorerst unwahrscheinlich.

Konsequenzen für die EU und Österreich

Die Möglichkeit negativer Einflussnahmen auf Europa durch eine weitere Destabilisierung Afghanistans kann mit mittlerer Eintrittswahrscheinlichkeit signifikante Auswirkungen auf die EU und ihre Mitgliedsstaaten haben. Das betrifft den Aspekt der Terrorismusfinanzierung durch die Unterstützung von Anschlägen und Förderung des Dschihadismus, die Stärkung der transnationalen organisierten Kriminalität sowie den steigenden Drogenexport und Migrationsdruck.

Negative Spill-Over-Effekte aus Afghanistan könnten die Sicherheitsrisiken Massenmigration, islamistische Subversion, Terrorismus sowie die Instrumentalisierung der afghanischen Diaspora in Österreich verstärken und damit die Handlungsfähigkeit durch signifikante Auswirkungen auf das Teilsystem innere Sicherheit mit mittlerer Eintrittswahrscheinlichkeit einschränken.

Kernaussagen

- Die USA werden aus geostrategischen Kalkülen auch 2021/22 in Afghanistan stationiert bleiben und ausgewählte Stützpunkte unterhalten.
- Die Taliban werden 2021 ihren Status als politisch-militärische Kraft festigen und substanzielle Teile des Territoriums und der Bevölkerung kontrollieren.
- Die Afghanische Armee wird auch 2021 keineswegs in der Lage sein, das Land eigenständig gegen Aufständische zu verteidigen.
- Die Fortsetzung der US-Militärpräsenz 2021 ist essenziell für konstruktive Friedensverhandlungen und den Erhalt der militärischen Patt-Situation.
- Europäische Friedenstruppen mit speziellen Beiträgen des Österreichischen Bundesheeres sind weiterhin erforderlich.
- Entwicklungspolitische und humanitäre Engagements der EU und Österreichs sollten angesichts der katastrophalen Sicherheits- und Versorgungslage verstärkt werden.

Key messages

- In 2021/22, the USA will remain stationed, and maintain selected bases, in Afghanistan due to geostrategic considerations.
- In 2021, the Taliban will consolidate their status as a political-military power and control substantial parts of the territory and the population.
- The Afghan Armed Forces will continue to be unable to defend the country on their own against insurgents also in 2021.
- The continuation of the U.S. military presence in 2021 is essential for constructive peace negotiations and the maintenance of the military standoff situation.
- European peace support troops with special contributions by the Austrian Armed Forces continue to be necessary.
- Involvement of the EU and Austria in terms of development policy and humanitarianism should be stepped up in view of the disastrous security and supply situation.

Autoreninformation

Dr. **Markus Gauster**, geboren 1969, ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Friedenssicherung und Konfliktmanagement der Landesverteidigungsakademie Wien. Er forscht und publiziert u. a. über innovative Ansätze für internationale Friedenseinsätze sowie zur Konflikttransformation in Afghanistan. Spezialthemen sind zivil-militärische Interaktion, Whole of Nation-Ansätze und die Rolle von Streitkräften und nicht-staatlichen Akteuren in Stabilisierungsszenarien. Aufenthalte und Feldforschungen in Afghanistan, u. a. als EU-Wahlbeobachter, und seinem strategischen Umfeld.



Bild: KeyFame/Shutterstock.com

Die regionalen Konflikte

Eine Zusammenschau

Zusammenfassung

Die Sicherheit Europas hängt maßgeblich von der Stabilität seiner Nachbarschaft ab, die 2021 zunehmend volatiler wird. Mit dem Ausbrechen neuer Konflikte in der europäischen Nachbarschaft ist jederzeit und jedenfalls in der nächsten Dekade zu rechnen, bestehende werden andauern bzw. sich verschärfen, wie das Wiederaufflammen des Konflikts in der Westsahara zwischen Marokko und der Frente Polisario zeigt. Der Bedarf an Friedens- und Stabilisierungsbeiträgen wird damit weiter steigen und die EU massiv herausfordern. Ein anhaltender geopolitischer Rückzug der USA, wie er auch unter der Regierung Joe Biden in abgeschwächter Dimension erwartet wer-

Autor:
Günther Barnet

den muss, wird lokale Konflikte weiter dynamisieren und gibt nicht-westlichen Akteuren wie Russland, China oder der Türkei, aber auch Regionalmächten wie den Golfstaaten, Ägypten oder dem Iran, neue Handlungsoptionen. Deren Einfluss wirkt nicht nur in den Regionen des Krisenbogens vom Kaukasus bis Afrika, sondern manifestiert sich zunehmend auch durch hybride Angriffe und andere Spill-Over Effekte in der EU und Österreich.

Das Risikobild bis 2030

Das österreichische Bundesministerium für Landesverteidigung hat im Jahr 2020 auf Empfehlung des Nationalen Sicherheitsrates unter Einbindung zahlreicher Experten und Institutionen das »Risikobild 2030« erstellt. Dieses erweitert die Perspektive der Sicherheitspolitischen Jahresvorschau um den Betrachtungszeitraum einer Dekade. Die vorangehenden Länder- und Regionenbeiträge gehen auf eine Vielzahl dieser Risiken ein und beschreiben die aktuellen Entwicklungen. Die generelle Tendenz des Risikobildes 2030, eine zunehmend konfrontative geopolitische Lage und vermehrte regionale Konflikte, wird durch Indikationen aus diesen Beiträgen eindrücklich bestätigt.

Das Risikobild 2030 zeigt mit 13 miteinander in Verbindung stehenden »Risiken im Umfeld der EU« die Auswirkung auf die Sicherheit Österreichs. Diese sind über »Wirkungsketten« mit anderen, etwa globalen Risiken verbunden. Dies wird am Beispiel lokaler Konflikte in Afrika, die ihren Ursprung vielfach in traditionellen Auseinandersetzungen zwischen Ackerbauern und Viehzüchtern oder Religionen haben, deutlich. Diese Konflikte werden durch die »Folgen des Klimawandels« (globale Systemebene) verschärft und sind mit »transnationalem Terrorismus« (globalstrategische Ebene) verbunden. Eine Folge dieser Wirkungsketten auf Österreich wäre beispielsweise eine massive Migration nach Österreich, oder, wenn ein solcher Konflikt durch Regionalmächte intensiviert und über die Region hinausgetragen wird, Terroranschläge oder islamistische Subversion in Österreich.

Wechselwirkung zwischen Lage im Krisenbogen und innerer Sicherheit

Die auch 2021 konflikthafte Konkurrenz mit der Türkei äußert sich in allen Subregionen des Krisenbogens und in einer möglichen Instrumentalisierung der Diaspora. Der anhaltende Konflikt um die Erdgasvorkommen im östlichen Mittelmeer birgt das Potenzial für eine militärische Eskalation und eine Auslösung der Beistandsgarantie im Sinne des Artikels 42/7 des EU-Vertrags. Dies stellt durch die NATO-Mitgliedschaften und das komplexe, teils angespannte Verhältnis zu den USA eine besondere Herausforderung für die Europäer dar. Österreich wäre dann gefordert, sich hinsichtlich Zypern und anderen EU-Staaten solidarisch zu positionieren.

Für die österreichische Sicherheit bleibt die Lage am Westbalkan, wo sich eine stabilitätsgefährdende Entwicklung abzeichnet, von besonderer Bedeutung. Ein Scheitern der EU-Konsolidierungspolitik hätte zur Konsequenz, dass mit der EU konkurrierende geopolitische Akteure den Westbalkan instrumentalisieren.

Die bewaffneten Konflikte in Nordafrika (v. a. in Libyen) und im Nahen und Mittleren Osten (v. a. in Syrien, im Jemen und im Irak) sowie Zerfallerscheinungen von fragilen »Ankerstaaten« bergen mittelfristig das größte Risiko für die EU und Österreich. Die fehlende politische Mitbestimmung und der steigende ökonomische Druck, auch durch COVID-19, werden die politisch angespannte Lage negativ beeinflussen. Die Unterstützung von Konfliktparteien und der Einsatz von Söldnern durch die Türkei spielt hier eine zu wenig beachtete Rolle und destabilisiert die Region.

In der Levante spielt der ungelöste Israel-Palästina-Konflikt zuletzt eine geringere Rolle. Offen ist, ob die neue Dynamik der Annäherung zwischen einzelnen arabischen Staaten und Israel zur Konfliktberuhigung beitragen kann. Vielmehr besteht die Gefahr des Wiedererstarkens terroristischer Gruppierungen vor Ort und deren Wirkung nach Europa.

Im Sahel scheint die um Mali ausgehende Abwärtsspirale unaufhaltbar. Dies wird Druck auf Nordafrika und die ökonomisch besser entwickelten Küstenregionen Afrikas bedeuten, deren Entwicklung durch den Rückgang von Investitionsabsichten gekennzeichnet ist. Damit einher geht die islamistische Radikalisierung einzelner Bevölkerungsteile.

Überregionale Interessensgegensätze und ökonomische Dominanz als Konfliktverschärfer

Generell wirkt sich eine Destabilisierung des europäischen Umfeldes negativ auf die wirtschaftlichen Verflechtungen mit den Märkten Ostasiens, Afrikas und des Nahen und Mittleren Ostens aus. Die Unterbrechung von Versorgungs- und Lieferketten auf dem Land- und Seeweg hätte für Europa schwerwiegende Nachteile. In Ostafrika bestehende regionale Konflikte in Bezug auf die Nutzung des Nils, Seezugänge und andere Ressourcen werden durch globale Interessensgegensätze – etwa zwischen China und den USA (Neue Seidenstraße) – verschärft.

In der Region Osteuropa–Schwarzmeer–Kaukasus dominieren die konfliktreichen Beziehungen NATO–EU–Russland sowie Türkei–Russland–Iran–Israel mit ihren wechselnden Koalitionen. Das Aufflammen eingefrorener Konflikte bis zur Schwelle begrenzter Kriege erscheint realistisch und fordert die EU geopolitisch sowie in Hinblick auf ihre Erdöl- und Gasversorgung heraus.

Das klassische Krisenmanagement der EU kann in all diesen Konflikten kaum effektive Maßnahmen setzen, da selbst politische Lösungen mit transformatorischem Effekt aufgrund von Faktoren wie Klimawandel, Überbevölkerung, Ressourcenmangel und durch den Finanzsektor angeheizte Globalisierungseffekte selten von Erfolg gekrönt sind. Wo immer Friedensprozesse wirksam unterstützt werden sollen, bedarf es der Neuorientierung fairer Handelsregime und Mechanismen, um den Handelskriegen anderer Mächte wirkungsvoll zu begegnen.

Kernaussagen

- Das Wiederaufleben alter und das Entstehen neuer Konflikte ist in den Umfeldregionen Europas höchst wahrscheinlich.
- Die EU wird zunehmend von regionalen und globalen Mächten herausgefordert.
- Der stabilisierende Einfluss von USA und NATO ist rückläufig.
- Die Türkei ist, mehr als Russland, der zentrale Gegenspieler Europas.
- Die Instrumentalisierung außereuropäischer Diaspora ist wahrscheinlich.
- Die globale Dominanz der Ökonomie über die Politik verschärft die Konfliktlagen und macht Lösungen unwahrscheinlich.

Key messages

- A flaring-up of old and new conflicts is highly probable in Europe's neighbouring regions.
- The EU is evermore challenged by regional and global powers.
- The stabilising influence of the USA and NATO is waning.
- Turkey is more of a principal antagonist of Europe than Russia.
- The instrumentalisation of the non-European diaspora is very likely.
- The economy's global dominance over policy intensifies conflict situations and renders solutions improbable.

Autoreninformation

Mag. **Günther Barnet**, geboren 1967, ist Angehöriger der Direktion für Sicherheitspolitik im Bundesministerium für Landesverteidigung. Neben der Tätigkeit zur Koordinierung gesamtstaatlicher sicherheitspolitischer Planungen leitet er seit 2012 eine Projektgruppe für regionale Sicherheitskooperationen. Darüber hinaus ist er Milizoffizier der Spezialeinsatzkräfte des Österreichischen Bundesheers.



04

Systemebene EU

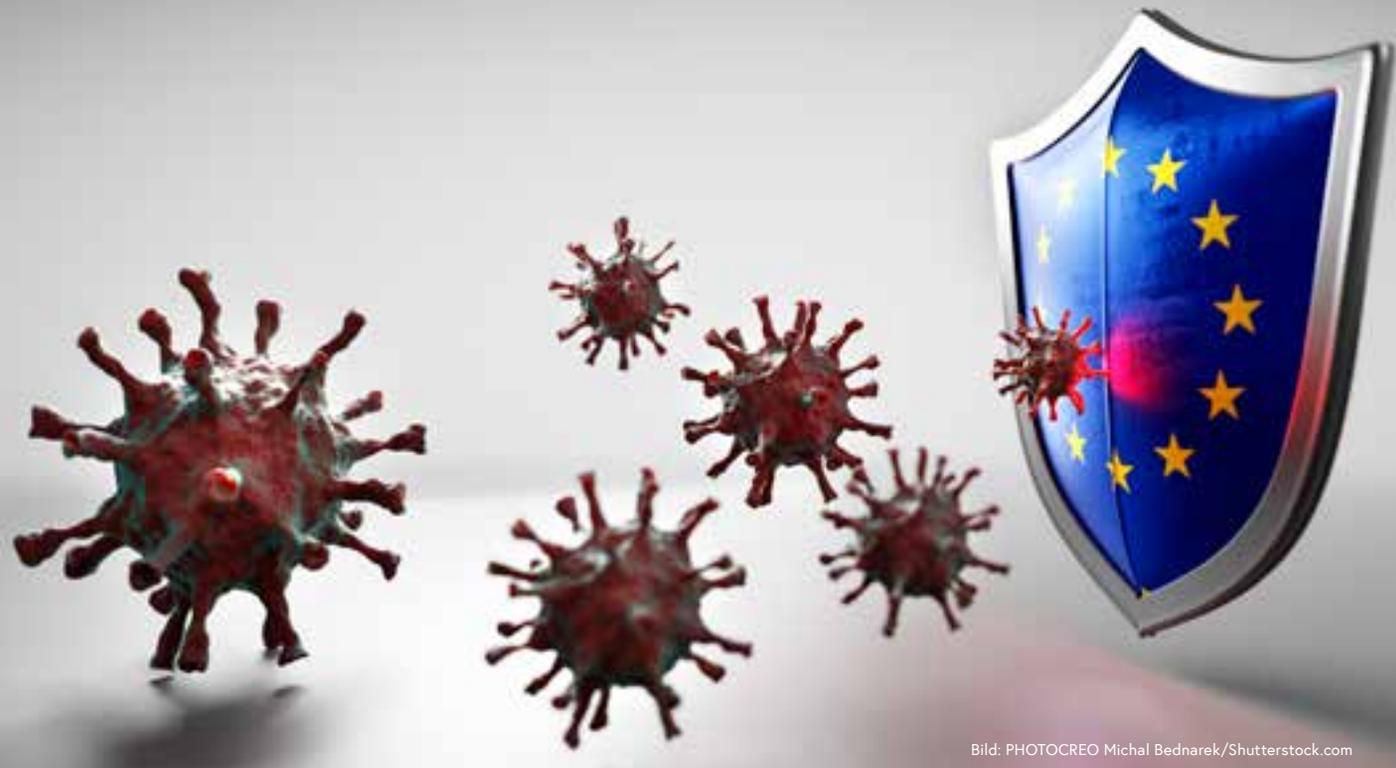


Bild: PHOTOCREO Michal Bednarek/Shutterstock.com

Die EU im globalen System

Autor:
Ivan Krastev

Zusammenfassung

Ein Virus hat unsere Welt auf den Kopf gestellt und die internationale liberale Ordnung gestürzt. Die Europäer erleben im Augenblick eine doppelte Krise: die Krise der von Amerika abhängigen, internationalen Ordnung und die Krise der von der Europäischen Union abhängigen europäischen Ordnung. Die Führungsrolle der USA bricht weg, und in der eskalierenden Konfrontation zwischen den USA und China entsteht eine neue Bipolarität. Die USA werden die EU auffordern, für regionale Sicherheit zu sorgen und gemeinsam mit ihnen eine Front gegen China zu bilden. Die zentrale Entwicklung bzw. Herausforderung im Jahr 2021 wird darin bestehen, dass die mittleren Mächte die neue geopolitische Landschaft realisieren.

Ende der liberalen Ordnung

Es gibt Momente in der Geschichte, in denen alles, was wir für gegeben halten, in die Brüche geht und sich die kollektive Vorstellung davon, was möglich ist, dramatisch wandelt. Ein solcher Moment ist jetzt gekommen. Es bedurfte eines Virus, um unsere Welt auf den Kopf zu stellen und die internationale liberale Ordnung zu stürzen. Was wir derzeit an vielen Orten der Welt erleben, ist eine Rückkehr zu verschiedenen Formen des Protektionismus und des politischen Nationalismus.

Wegbrechende Führungsrolle der USA

Die Führungsrolle der USA ist nicht nur im Schwinden, sondern in Auflösung begriffen. Die Pandemie hat die Schwächen des amerikanischen Politik- und Wirtschaftsmodells offengelegt, und wenn vor ihrem Ausbruch die Hoffnung bestanden hatte, ein Amerika nach Trump würde sich wieder jene globale Führungsrolle sichern können, die es davor innehatte, so ließ Washingtons Versagen bei der Handhabung der Pandemie bei seinen traditionellen Verbündeten Skepsis aufkommen, dass die USA ihren globalen Einfluss wiederherstellen können würden.

Zwar werden die USA der einflussreichste Global Player bleiben, jedoch mit Einschränkungen. Das Land wird weiterhin eine militärische Supermacht sein, allerdings werden nationale Entwicklungen ihre Bereitschaft, sich an weit entfernten Orten zu engagieren, beträchtlich mindern. Amerikas Allianzen existieren zwar noch, ihre Effektivität und interne Funktionalität sind jedoch fraglich. Die Attraktivität des amerikanischen bzw. westlichen Politik- und Wirtschaftsmodells ist gesunken.

Ich habe allen Grund anzunehmen, dass – aufgrund der wachsenden Wirtschaftskrise sowie der ungelösten Krise des öffentlichen Gesundheitssystems und des Widerstrebens Amerikas, als Garantie letzter Instanz aufzutreten – die Instabilität von Staaten und somit auch die

zwischenstaatliche Konfliktgefahr weltweit dramatisch ansteigen wird. Ich stelle ebenfalls die Hypothese auf, dass der neue Status der Ungeordnetheit keinen neuerlichen Wunsch nach der Führungsrolle Amerikas erzeugen wird.

Fragmentierung und Polarisierung

Das Versagen der internationalen Gemeinschaft, eine gemeinsame, koordinierte Antwort bei der Pandemiebekämpfung zu finden, befeuerte gleichzeitig zwei Tendenzen, die es bereits in der Welt vor COVID-19 gab, die jedoch während der letzten Monate noch viel stärker geworden sind. Erstens eine der Fragmentierung: Die Aufspaltung des globalen Internets sowie die wachsende Attraktivität des Konzepts »digitale Souveränität« zeigen diesen Trend am deutlichsten. Und zweitens das Entstehen einer neuen Bipolarität, hervorgerufen durch die eskalierende Konfrontation zwischen den USA und China. Die Art und Weise, wie diese beiden Staaten die Pandemie, aber auch globale, für die Bekämpfung der Pandemie essentielle Organisationen wie die WHO instrumentalisieren und in die Konkurrenz treiben anstatt sie zur Zusammenarbeit anzuhalten, zeigt eindringlich die Verschiebung vom Traum einer regelbasierten Ordnung hin zur Kraftprobe zwischen Supermächten.

Im Hinblick auf die politische, wirtschaftliche und geopolitische Dynamik, welche die Welt im nächsten Jahrzehnt bestimmen wird, liegen drei Annahmen nahe:

Erstens ist die Rückkehr zu einer funktionierenden, liberalen Ordnung unwahrscheinlich. Die Machtkrise Amerikas wird sich, ungeachtet des Ergebnisses der Präsidentschaftswahlen in den USA, fortsetzen, und die Natur der transatlantischen Beziehungen wird sich verändern.

Zweitens könnte der Prozess der geopolitischen Polarisierung, hervorgerufen durch die Konfrontation zwischen den USA und China, abgeschwächt, aber nicht rückgängig gemacht werden. Gleichzeitig wird sich diese globale Konfrontation sehr von jener zwischen den

USA und der Sowjetunion im Kalten Krieg unterscheiden. Sie wird in einer wirtschaftlich vernetzteren Welt stattfinden, denn die Globalisierung kann nicht vollständig rückgängig gemacht werden und die Technologie wird für die Supermächte letztlich eine größere Rolle bei der Herstellung ihrer »Einflusssphären« spielen als die Ideologie.

Drittens werden die einander widersprechenden Tendenzen der Fragmentierung und der geopolitischen Polarisierung das nächste Jahrzehnt als Periode der »Entrepreneurship der mittleren Mächte« definieren. Letztlich werden diese Staaten und ihre widerstreitenden geopolitischen Ambitionen der wichtigste Faktor bei der Gestaltung der internationalen Ordnung sein. Es werden die Reaktionen der USA und in einem bestimmten Ausmaß auch jene Chinas auf die Aktivitäten der mittleren Mächte sein, die die Welt gestalten.

Krisen der internationalen und europäischen Ordnung

Die Europäer erleben im Augenblick eine doppelte Krise: die Krise der von Amerika abhängigen, internationalen Ordnung und die Krise der von der Europäischen Union abhängigen europäischen Ordnung. Europa ist durch zwei Schockerlebnisse aus dem Gleichgewicht geraten, durch die Verschiebung von einer auf Regeln zu einer auf Macht basierenden Welt und durch die Verlagerung dieser Macht von Europa nach Asien. Diese beiden Verschiebungen stellten schwere Angriffe auf die europäischen Ordnungsvorstellungen dar. Traumatisiert von der Trump-Ära, können die Europäer die durch Amerika bestehenden Sicherheitsgarantien nicht mehr als selbstverständlich betrachten. Die Polarisierung der derzeitigen amerikanischen Politik birgt das Risiko, dass jegliche Änderung in der US-Regierung eine wesentliche Änderung der amerikanischen Außenpolitik nach sich ziehen kann. Die sich mehrenden Rufe nach europäischer Eigenständigkeit sind Ausdruck dieser neuen Unsicherheit betreffend die Zukunft der transatlantischen Beziehungen.

Es ist das Zusammenspiel zwischen steigendem Druck der Bipolarität und dem Trend zur Fragmentierung, das im kommenden Jahrzehnt zu einem beträchtlichen Ausmaß außenpolitische Aktivitäten von Ländern wie Russland, der Türkei, Deutschland und dem Vereinigten Königreich nach sich ziehen wird. Die innenpolitische Instabilität dieser Mächte wird diesen Aktivitäten mehr Vorschub leisten als sie einzudämmen. Wenn Außenpolitik traditionell als die Mobilisierung nationaler Ressourcen zur Erreichung geopolitischer Ziele galt, so zeigt sich derzeit in vielen Fällen, dass Außenpolitik eher globale Ressourcen mobilisiert, um sich politische Unterstützung im eigenen Land zu sichern.

Russland und Türkei

Das Ziel der Annektierung der Krim durch Russland und der Aktivitäten der Türkei in Syrien war die Änderung nicht nur externer, sondern auch interner Machtverhältnisse.

Die aktuellen wirtschaftlichen und politischen Probleme Russlands werden die außenpolitischen Aktivitäten eher steigern als mäßigen. Das Land wurde schwer von der Pandemie getroffen. Die Sanktionen des Westens zusammen mit der wirtschaftlichen Rezession, die Hinwendung Europas zu grüner Politik sowie Putins in die Jahre gekommener Autoritarismus werden die geopolitischen Ambitionen des Kremls beeinflussen. Trotz seiner steigenden technologischen und wirtschaftlichen Abhängigkeit von China ist Russland bestrebt, ein unabhängiges Machtzentrum zu bleiben. Zusammenfassend werden Russlands außenpolitische Aktivitäten dazu führen, sowohl die russische Gesellschaft mittels nationalistischer Mobilisierung zu disziplinieren als auch sein asymmetrisches Verhältnis zu China zu verbessern. Die Festigung der russischen Vorherrschaft in den Ex-Sowjetländern außerhalb Zentralasiens (dort ist es gemeinsam mit China vertreten) sowie die Nutzung jeder Gelegenheit, die Stellung Russlands als Weltmacht geltend zu machen, wird weiterhin Strategie des Kremls bleiben. Jedoch werden die Reaktionen Amerikas und der Europäischen Union auf Russlands Versuche, sich Weiß-

russland dienstbar zu machen und den Einfluss des Westens in der Ukraine sowie im Kaukasus zu beschränken, zeigen, wie weit Moskau zu gehen bereit ist.

Die Logik des außenpolitischen Aktivismus der Türkei ist ähnlich jener Russlands. Wie ein Berater Erdogans vor zwei Jahren anmerkte: »Der Zweite Weltkrieg ist vorbei, der Erste Weltkrieg geht weiter.« Obwohl die Türkei NATO-Mitglied bleibt, schmiedet Erdogan sich ständig ändernde, strategische Bündnisse außerhalb der NATO, um die regionalen Ansprüche seines Landes zu sichern. Die Türkei betrachtet ihre NATO-Mitgliedschaft weniger als Garant denn als Hindernis für seine Souveränität.

Neue geopolitische Landschaft

Der letzte Vorstoß Richtung europäische Integration, der am neuen Budget der EU ersichtlich wird, ist ein Zeichen für die Entrepreneurship der mittleren Mächte. Er ist das Ergebnis von Deutschlands grundlegend veränderter Vision einer internationalen Ordnung in der Zukunft. Deutschland hat zwar der traditionellen transatlantischen Partnerschaft nicht den Rücken gekehrt; es hofft nach wie vor auf eine regelbasierte internationale Ordnung. Aber es hat akzeptiert, dass jene auf den Kalten Krieg folgende Ordnung nicht mehr haltbar ist. Joe Bidens Angebot an Europa ist nicht die Wiederherstellung des amerikanischen Sicherheitsprotektorats auf dem Alten Kontinent. Sein Angebot wird eine Aufforderung an die EU sein, für regionale Sicherheit zu sorgen und gemeinsam mit den USA eine Front gegen China zu bilden. Das stellt eine wesentliche Änderung für Europa dar. Die zentrale Entwicklung bzw. Herausforderung im Jahr 2021 wird darin bestehen, dass die mittleren Mächte die neue geopolitische Landschaft erforschen werden, und wenn wir die geopolitische Dynamik im nächsten Jahrzehnt verstehen wollen, sollten wir sowohl die Aktivitäten dieser Mächte als auch die Reaktionen Amerikas und Chinas darauf im Auge behalten.

Kernaussagen

- Die internationale liberale Ordnung bricht in sich zusammen.
- Die Europäer erleben eine doppelte Krise der internationalen und der europäischen Ordnung.
- Die Führungsrolle der USA bricht weg.
- In der eskalierenden Konfrontation zwischen den USA und China entsteht eine neue Bipolarität.
- Die USA werden die EU auffordern, für regionale Sicherheit zu sorgen und gemeinsam mit ihnen eine Front gegen China zu bilden.
- Die zentrale Entwicklung bzw. Herausforderung im Jahr 2021 wird darin bestehen, dass die mittleren Mächte die neue geopolitische Landschaft realisieren.

Key Messages

- The liberal international order collapses.
- The Europeans experience a double crisis of both the international and European orders.
- The U.S. leadership role erodes.
- A new bipolarity is developing in the escalating confrontation between the USA and China.
- The USA will urge the EU to provide regional security and to form a common front against China.
- The central development, or rather challenge, in 2021 will be that the medium powers implement the new geopolitical landscape.

Autoreninformation

Ivan Krastev, geboren 1965, ist Vorsitzender des Centre for Liberal Strategies in Sofia und ständiger Fellow am Institut für Humanwissenschaften in Wien. Er ist Gründungsmitglied des European Council on Foreign Relations (ECFR), Mitglied des Kuratoriums der International Crisis Group (ICG) und schreibt Beiträge für die New York Times. 2018 bis 2019 hatte er den Henry-A.-Kissinger-Lehrstuhl für Außenpolitik und Internationale Beziehungen am John W. Kluge Center, Library of Congress, inne.



Bild: FoxPictures/Shutterstock.com

Eine geopolitische Europäische Union

Zusammenfassung

Stabilität und Wohlstand Europas hängen mehr denn je von globalen Einflussfaktoren und Entwicklungen ab. Die Europäische Union muss sich heute als geopolitisch verstehen, um relevant zu bleiben und ihre Erfolgsgeschichte weiterzuschreiben. Ein geeintes Auftreten auf der Weltbühne ist kein internationalistischer Luxus, sondern pure Notwendigkeit, um unser Gesellschaftsmodell in Zeiten neuer Bruchlinien und Bedrohungen zu sichern.

Was müssen die EU und ihre Mitgliedstaaten konkret tun, um in einem multipolaren Umfeld ihre Interessen und Werte effizienter zu verteidigen? Für 2021 sind drei besondere Aktionsfelder zu nennen:

Autor:
**Michael
Karnitschnig**

1. Eine Neudefinition der transatlantischen Partnerschaft auf Augenhöhe, aber mit einem höheren Grad an europäischer Eigenverantwortung.
2. Ein stärkerer Auftritt der EU in multilateralen Organisationen und eine fokussierte Reform dieser, nicht zuletzt im Lichte des anhaltenden Aufstiegs Chinas.
3. Das Fördern eines neuen, robusten europäischen Selbstbewusstseins; Europa muss die Sprache der Macht global sprechen lernen.

Transatlantische Partnerschaft und Eigenverantwortung Europas

Die US-Präsidentenwahl im November 2020 ebnet den Weg zu einer Neuordnung der transatlantischen Partnerschaft. Es gibt jedoch keinen Weg zurück zu einer »Achse der Guten«, keine simple Rückkehr des »Westens« an sich. Derlei romantische Wunschvorstellungen verkennen die komplexe internationale und inneramerikanische Realität. Geteilte Grundwerte, Erfahrung und Berechenbarkeit, statt Isolation und Provokation in den Echokammern sozialer Medien sind ein wichtiger Beitrag zur internationalen Stabilität. Genauso wichtig ist, dass Europa selbst aktiver wird.

Das heißt zum einen, in unserer Nachbarschaft (Libyen, Syrien, Ukraine, Westbalkan) mehr Verantwortung zu übernehmen, zum anderen, mit den USA eine konkrete Agenda anzugehen, wie sie die EU-Kommission im Dezember 2020 vorgeschlagen hat: bei der Kooperation gegen COVID-19 und der Stützung der Weltkonjunktur; durch einen transatlantischen Green New Deal, der auch die globale Klimapolitik nach vorne bringt; in der sensiblen Schnittmenge von Freihandel, Technologie und Datenschutz, wo wir auch ideologisch bedingte Meinungsverschiedenheiten lösen müssen, und nicht zuletzt bei der Bewältigung diverser regionaler Krisen.

Die Europäische Union und die Vereinigten Staaten sind alte Freunde und für einander unentbehrliche Partner. Dieser Partnerschaft neue Relevanz und Tiefe zu geben, wird eine zentrale Aufgabe im Jahr 2021 sein.

Die Stärkung der offenen strategischen Autonomie Europas steht zur Belebung der transatlantischen Partnerschaft nicht im Widerspruch. Hier ist das Gegenteil der Fall. Eine EU, die mehr Verantwortung übernimmt und die dafür die notwendigen Mittel gibt, trägt zur besseren Arbeitsteilung mit Washington bei.

Multilateralismus neu denken, Interessen besser definieren

In einer Wendezeit, in der die »westliche« Dominanz neuer Multipolarität und Machtpolitik weicht, reicht die rhetorische Beschwörung des Multilateralismus nicht aus. Natürlich war das Verteidigen internationaler Strukturen und Abkommen in den letzten Jahren wichtig. Der Grund dafür ist, dass die Globalisierung keine Einbahnstraße, kein Automatismus ist, sondern täglicher Kultivierung und gemeinsamer Regeln bedarf.

Die Rolle als Mahner reicht jedoch nicht aus. Europa muss seine Belange klarer definieren, in Koalitionen gleichgesinnter Partner umsetzen und die dafür nötigen globalen Ordnungsrahmen reformieren. (Siehe dazu die am Anfang des Jahres 2021 erscheinende EU-Multilateralismus-Strategie.) Wir müssen alle Instrumente der Werkzeugkiste der Union als Markt- und Handelsmacht, globaler Standardsetzer und größter Geber gezielter einsetzen. Die EU muss sich als Spieler verstehen, nicht bloß als Schiedsrichter oder Kommentator.

Als Beispiele seien die dringenden Reformen der Welthandelsorganisation WTO und der Weltgesundheitsorganisation WHO genannt, die beide effektiver auf Verzerrungen im Welthandel bzw. im Bereich der grenzüberschreitenden Pandemien und Gesundheitsrisiken eingehen müssen. Internationale Organisationen müssen in der Lage sein,

öffentliche Kerngüter zu liefern, gerade weil diese nicht mehr selbstverständlich von »Sponsoren« wie den USA zur Verfügung gestellt werden.

Bei dieser Reform des multilateralen Systems geht es im Kern auch um das strategische Management unserer Beziehungen zu China. Die EU-China-Strategie aus dem Jahr 2019, die Peking situationsabhängig als Partner, wirtschaftlichen Konkurrenten und Systemrivalen charakterisiert, wird durch das Screening ausländischer Direktinvestitionen in allen EU-Staaten, strengere Regeln für Subventionen durch Drittstaaten, eine transparente Politik der EU-Länder zu 5G-Telekommunikationsnetzen etc. bei gleichzeitiger Einbindung Chinas in internationale Allianzen, etwa im Klimabereich, umgesetzt.

Die Sprache der Macht sprechen

Klarere Prioritäten, bessere Koordination und schnellere Entscheidungen sind wichtig. All jene brauchen politischen Willen und ein Selbstverständnis unserer Union als globaler Akteur als Voraussetzung. Bei der geopolitischen Neuverortung der EU geht es somit um eine Mentalitätsverschiebung:

Um weltpolitikfähig zu werden, müssen die EU und viele ihrer Mitgliedstaaten die Sprache der Macht neu sprechen lernen, die sie – vielleicht sogar aufgrund unserer erfolgreichen inneren Integration – fast verlernt haben. Bekanntermaßen bleibt die geopolitische Landschaft des Jahres 2021 kompliziert und die Außenpolitik funktioniert nicht auf Autopilot.

Kernaussagen

- In einer vernetzten Welt ist die außenpolitische Handlungsfähigkeit der EU wichtiger denn je.
- Es bedarf einer Stärkung der gemeinsamen strategischen Kultur in der EU.
- Die Stärkung der strategischen Autonomie Europas steht nicht im Widerspruch zur gebotenen Vertiefung der transatlantischen Partnerschaft.
- Die Union muss mehr Verantwortung übernehmen, v.a. aber in der eigenen Nachbarschaft.
- Die EU sollte einen gewichtigen Beitrag zur Reform multilateraler Organisationen leisten, auch im Lichte der expansiven Politik Chinas.

Key messages

- In an interconnected world, the EU's ability to act in foreign policy is more important than ever.
- There is a need to strengthen the EU's common strategic culture.
- Strengthening Europe's strategic autonomy does not contradict the need to deepen the transatlantic partnership.
- The Union must assume more responsibility, especially in its own neighbourhood.
- The EU should make a significant contribution to the reform of multilateral organisations, also in the light of China's expansionist policy.

Mag. **Michael Karnitschnig**, MA, geboren 1974, ist Direktor für Außenbeziehungen im Generalsekretariat der EU-Kommission. Von 2014 bis 2019 war er Kabinettschef von Kommissar Hahn, zuständig für Europäische Nachbarschaftspolitik und EU-Erweiterung, davor politischer Berater und Sprecher von Präsident Barroso (2010 – 2014) sowie Mitglied des Kabinetts von Außenkommissarin Ferrero-Waldner (2004 – 2010). Vor seinem Wechsel nach Brüssel Anfang 2000 war er im Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten tätig.



Bild: symbiot/Shutterstock.com

EU-Reformperspektiven 2021

Autor:
Stefan Lehne

Zusammenfassung

Die Konferenz zur Zukunft Europas wird 2021 Gelegenheit zu einem umfassenden öffentlichen Dialog über die zukünftige Orientierung der Union bieten. Obwohl die Voraussetzungen für weitreichende Reformschritte nicht gegeben sind, können von der Konferenz Impulse für die verschiedenen Politikfelder der Union ausgehen. Auch eine Einigung über eine Reform des Wahlprozesses zum Europäischen Parlament könnte zustande kommen.

Das veränderte Reformverständnis in der EU

Mit einjähriger, durch die Pandemie erzwungener Verzögerung wird die Konferenz zur Zukunft Europas Anfang 2021 ihre Arbeit aufnehmen. An den Beratungen werden die EU-Institutionen und die Mitgliedstaaten teilnehmen, aber auch eine aktive Einbindung der Unionsbürger ist vorgesehen. Bis zum Frühjahr 2022 sollen Empfehlungen für die Weiterentwicklung der Europäischen Union ausgearbeitet werden.

Lange Jahre war der Gedanke von EU-Reformen eng mit dem Konzept von Vertragsänderungen verbunden. Maastricht, Amsterdam, Nizza und Lissabon markieren wichtige Etappen in der Weiterentwicklung des EU-Vertrages. Aufgrund der Heterogenität der erweiterten Union und des Aufstiegs EU-skeptischer politischer Parteien sind die Erfolgsaussichten solcher umfassenden Vertragsprojekte stark gesunken. Die Union hat sich daher darauf verlegt, durch Anpassung der Sekundärgesetzgebung, durch neuartige Finanzierungsinstrumente und durch Regelungen außerhalb des Vertragsrahmens Fortschritte in den verschiedenen Bereichen der Integration zu erzielen. Derzeit existieren zahlreiche derartige »Baustellen« nebeneinander. Sie reichen von der Vollendung des Binnenmarkts über die Weiterentwicklung der Währungsunion und den Wiederaufbaufonds bis zur Reform der Asylpolitik und zur Stärkung der militärischen Zusammenarbeit.

Dieser Ansatz hat durchaus Erfolge gezeitigt und wird zweifellos weitergeführt werden. Er hat aber zwei Nachteile: Erstens sind die überwiegend technokratisch geführten Verhandlungen für den Bürger schwer verständlich, und zweitens fehlt die Gesamtschau auf die künftige strategische Orientierung der Union. Diese Defizite sollen durch den umfassenden, die Öffentlichkeit einbeziehenden Dialog der Zukunftskonferenz ausgeglichen werden.

Die Positionen der EU-Institutionen

Das EU-Parlament hat die höchsten Ambitionen. Die Konferenz sollte alle wesentlichen Politikbereiche, aber auch demokratiepolitische und institutionelle Fragen behandeln. Entscheidungen sollten durch Mehrheitsbeschluss gefasst werden. Alle EU-Partner sollten sich verpflichten, die Ergebnisse umzusetzen, falls erforderlich auch durch Vertragsänderungen.

Der Rat, in dem auch einige EU-skeptische Regierungen vertreten sind, verhält sich entsprechend zurückhaltender. Im Vordergrund sollten Themen stehen, die für die Bürger vorrangig sind. Die maßgebliche Rolle der Mitgliedstaaten ist zu berücksichtigen. Die Konferenz ist nicht auf Änderungen des Vertrages ausgerichtet.

Die Kommission nimmt eine Zwischenposition ein. Neben inhaltlichen Themen wie Klima, soziale Fairness, digitale Transformation und EU-Außenpolitik soll sich die Konferenz auch institutionellen Fragen widmen, wobei das »Spitzenkandidaten-Prinzip« und die Einführung transnationaler Listen für EU-Parlamentswahlen hervorgehoben werden.

Institutionelle Reformen als Schwerpunkt

In den substanziellen Fragen können die Debatten der Zukunftskonferenz Impulse geben und Akzente setzen, die konkreten Inhalte von Reformvorhaben werden aber weiterhin außerhalb der Konferenz im Dreieck zwischen Kommission, Rat und Europäischem Parlament ausgehandelt werden. Dies ist anders bei den institutionellen Fragen, bei denen es kein eigenes Forum dafür gibt. Zweifellos wird eine Reihe weitreichender Vorschläge vorgebracht werden. Ideen für einen radikalen Umbau der EU wie z. B. die Aufwertung der Kommission zur EU-Regierung oder die Verwandlung des Rates in eine zweite Kammer des Parlaments dürften an der mangelnden Einigkeit unter den Mitgliedstaaten und an der Hürde der Vertragsänderung scheitern. Auch bei der Forderung nach Mehrheitsentscheidungen in verschiedenen Bereichen wie Steuern oder Außenpolitik ist mit Gegenwehr zu rechnen.

Im Mittelpunkt der Arbeit der Union wird die Umsetzung des 750 Mrd. schweren Wiederaufbaufonds stehen. Der Zugang zu diesen Finanzmitteln ist an Reformen geknüpft, wobei eine Regierung, die annimmt, dass diese Reformverpflichtung nicht eingehalten wird, die Auszahlung blockieren kann. Falls von dieser Möglichkeit Gebrauch gemacht wird, würden die durch den Fonds entschärften Nord-Süd-Spannungen sofort wieder aufflackern, was die Zusammenarbeit in vielen Feldern der EU-Politik erschweren würde. Hinsichtlich der Handels- und Technologiepolitik wird Washington Druck in Richtung einer gemeinsamen Front gegen China ausüben. Für manche EU-Länder, die intensive Wirtschaftsbeziehungen zu China unterhalten, wie etwa Deutschland, könnte das große Probleme mit sich bringen. In der Frage der Reform des EU-Asylsystems deuten die bisherigen Reaktionen der Mitgliedstaaten auf den neuen Kommissionsvorschlag nicht auf eine rasche Einigung hin.

Falls es in nächster Zeit zu einem neuerlichen Einströmen von Asylwerbern kommt, werden die Spannungen zwischen den Mitgliedstaaten wieder massiv zunehmen. In der militärischen Sicherheitspolitik drängt eine Reihe von EU-Staaten unter Führung Frankreichs auf rasche Fortschritte in Richtung strategischer Autonomie. Vor allem die östlichen Mitgliedstaaten leisten Widerstand, weil sie eine Verminderung des US-Engagements für die europäische Sicherheit befürchten. In der Frage der Erweiterung ist schon in den letzten Jahren wenig vorangegangen. Auch für die nächste Zeit ist zu erwarten, dass eine Reihe von Hauptstädten auf der Bremse stehen wird. Was die EU-Außenpolitik anbelangt, deutet wenig darauf hin, dass die gegensätzlichen Positionen gegenüber der Türkei und Russland bald überwunden werden können. Die Neugestaltung der Beziehungen der EU zu Großbritannien wird mit Sicherheit auch 2021 enorme Probleme bereiten.

Kernaussagen

- Die Zukunftskonferenz bietet eine Chance für einen umfassenden Dialog über die zukünftige Orientierung der Union.
- Intensive Einbindung der Öffentlichkeit soll die Konferenz von früheren Reformansätzen abheben.
- Das Blockadepotenzial ist angesichts kontroverser Positionen zu wichtigen Themen hoch.
- Voraussetzungen für weitreichende EU-Reformen sind derzeit nicht gegeben.
- Leistbar sind Impulse für die Politik der Union und eine Reform des Wahlprozesses für das europäische Parlament.

Key messages

- The Conference on the Future offers an opportunity for comprehensive dialogue on the future orientation of the Union.
- Intensive involvement of the public shall set the conference apart from previous approaches to reform.
- The potential for blockades is high in view of controversial positions on important issues.
- The preconditions for far-reaching EU reforms are currently not in place.
- What can be achieved are impulses for the Union's policies and a reform of the electoral process for the European Parliament.

Autoreninformation

Stefan Lehne, geboren 1951, ist derzeit Visiting Scholar beim Think Tank Carnegie Endowment for International Peace und Lektor an der Diplomatischen Akademie in Wien.



Bild: Ink Drop/Shutterstock.com

Die gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU 2021

Zusammenfassung

Die Europäische Union sollte sich auf ein turbulentes Jahr 2021 einstellen, da sie sich wahrscheinlich im Gefolge der Corona-Pandemie sowohl in Afrika als auch im Nahen Osten auf neue Art und Weise engagieren wird. Die GSVP wird in der Welt nach Corona ein Werkzeug von unschätzbarem Wert darstellen, da mit ihrer Hilfe die EU-Mitgliedstaaten am besten sicherheits- und außenpolitischen Einfluss ausüben können. Doch warten die Post-Corona-Welt und die von der Pandemie ausgelösten Krisen nicht so lange, bis sich die EU entschließt, zu handeln. Deshalb kann sie es sich nicht leisten, hinsichtlich ihrer Investitionen in die Verteidigung nachzulassen und sie muss sich auf ihre operative Glaubwürdigkeit konzentrieren. Der Strategische Kompass, der im Jahr 2021 erstellt werden soll, ist ein guter Weg, Ideen und Anstrengungen zu bündeln und in Sachen Sicherheit und Verteidigung einen merkbaren Schritt vorwärts zu tun. Wir brauchen ihn, jetzt mehr denn je.

Autor:
Daniel Fiott

Alles ändert sich – alles bleibt beim Alten

Die US-Präsidentschaftswahlen und der neue Präsident Joe Biden wurden bereits vielerorts kommentiert. Zahlreiche Kommentatoren betrachten Biden als Europas bevorzugten Kandidaten (auch wenn keine Europäer an der Wahl teilnehmen). Dies ist nach vier Jahren Trump-Regierung nicht erstaunlich. Vieles wird sich zweifelsfrei ändern, vor allem was Sprache und Umgangston anbelangt. Es scheint, dass die USA zu multilateralen Foren zurückkehren werden, was hinsichtlich globaler Herausforderungen wie Handel und Klimawandel auch dringend nötig ist.

Russland stellt nach wie vor einen Aggressor im Osten dar, im Süden herrscht Chaos und China setzt seinen Vormarsch unvermindert fort. Jedoch wird eine gesplante amerikanische Gesellschaft es Joe Biden kaum leichter machen, den Europäern grünes Licht für ihre Sicherheits- und Verteidigungspläne zu geben. Ungeachtet des Wahlausgangs herrscht über Parteigrenzen hinaus Konsens, dass Europa auf den Gebieten Sicherheit und Verteidigung nicht länger die Rolle des Handlangers spielen können. Das einzig Positive an Trumps Vermächtnis ist wohl, dass er – mehr als jeder seiner Vorgänger – dazu beitrug, Europa eine (seit langem ausstehende) Schocktherapie zu verabreichen.

Entgegen der Erwartung, dass mit dem Ende der Trump-Ära zahlreiche europäische Hauptstädte aufatmen werden, besteht auch die Gefahr, dass Europa den Sieg Bidens zum Anlass nehmen könnte, zur Vergangenheit zurückzukehren. Es wäre ein strategisches Versäumnis – und zudem potenziell gefährlich – die europäische Sicherheit alle vier Jahre vom Ausgang der US-Präsidentschaftswahlen abhängig zu machen. Tatsächlich rufen bereits einige Regierungsvertreter und Denkfabriken Europa dazu auf, sich vom Begriff der »strategischen Autonomie« zu verabschieden. Natürlich definiert sich eine strategische Autonomie Europas nicht nur im Hinblick auf Amerika. Obwohl es das langfristige Ziel Europas sein sollte, auf eigenen Beinen zu stehen, herrscht derzeit zunehmend Konsens darüber, dass sich die EU auf ihre Verteidigungsfähigkeit und operative Stärke konzentrieren

sollte. Sie kann sich nicht einfach kurzfristig hinsichtlich Sicherheit und Verteidigung als autonom bezeichnen, ohne über die entsprechenden Kapazitäten zu verfügen.

Strategische Autonomie: gekommen, um zu bleiben

Daher ist es gut, dass die EU während der vergangenen vier Jahre in ihre Sicherheit und Verteidigung investiert hat. Tatsächlich spielen viele der Motivationen, die dem Entwurf der Globalen Strategie für Außen- und Sicherheitspolitik von 2016 zugrunde lagen, auch heute noch eine Rolle, und die Notwendigkeit für eine größere Autonomie der EU in Angelegenheiten der Sicherheit und Verteidigung besteht nach wie vor. Die Lage in den östlichen und westlichen Nachbarländern ist extrem angespannt und Washington wird es zunehmend Europa überlassen, mit der Lage im Sahel und in den östlichen Mittelmeerländern zurechtzukommen. Deshalb sind Instrumente wie der Militärische Planungs- und Durchführungsstab (MPCC), die Ständige Strukturierte Zusammenarbeit (PESCO), der Europäische Verteidigungsfonds (EDF) und die Koordinierte Jährliche Überprüfung der Verteidigung (CARD) von entscheidender Bedeutung. Diese Initiativen bieten den Mitgliedern der Europäischen Union eine echte Gelegenheit, gemeinsam zu handeln und zu planen sowie in Sicherheit und Verteidigung zu investieren. Darüber hinaus kommt eine Investition in Verteidigungsfähigkeiten der Technologie- bzw. Industriebasis zugute.

Der Einfluss von PESCO, EDF und CARD auf den EU-Verteidigungssektor macht sich bereits bemerkbar. Zum Beispiel zeigte CARD auf, dass trotz der außergewöhnlichen Belastungen des Verteidigungsbudgets aufgrund der Pandemie derzeit 55 Kooperationsmöglichkeiten zum Aufbau gemeinsamer Fähigkeiten sowie 56 Kooperationsmöglichkeiten auf dem Gebiet der Verteidigungsforschung bestehen. CARD befürwortet die Investition in Kampfpanzer, Soldatenausrüstung, Patrouillenboote, die Abwehr von Bedrohungen aus der Luft, die Verteidigung im Weltraum sowie in die militärische Mobilität. Die kürzlich erfolgte Überprüfung der PESCO 2020 zeigt, dass

etwa 55 Prozent der 47 auf gemeinsame Fähigkeiten ausgerichteten PESCO-Projekte bis 2025 voll einsatzfähig sein werden. Darüber hinaus setzte die EU 2020 ihre Finanzierung vorbereitender Programme zur Entwicklung im Verteidigungsbereich fort, einschließlich der Bereitstellung von 205 Mio. Euro für ABC-Abwehrmaßnahmen, Überwachung der Lageentwicklung im Weltraum, Cyberabwehr, Präzisionskampfmittel, Luftkampffähigkeiten u. v. m. Diese Maßnahmen leisten einen merkbaren Beitrag zur strategischen Autonomie Europas.

Strategischer Kompass

Der wichtigste Entwicklungsschritt für die GSVP 2021 wird der Strategische Kompass sein. Ein solches Dokument muss mehr Klarheit bezüglich des Ausmaßes der militärischen Ambitionen der EU schaffen, zumal die Globale Strategie für Außen- und Sicherheitspolitik keinen Aufschluss darüber bietet, was Konzepte wie »Schutz der Union und ihrer Bürger« in der Praxis bedeuten. Die Entwicklung des Kompasses begann 2020, als die EU ihren Mitgliedstaaten ihre allererste Bedrohungsanalyse präsentierte. Damit begann auch die Debatte darüber, was die Prioritäten des Kompasses sein sollten. Auf diese Bedrohungsanalyse wird 2021 eine strategische Bestandsaufnahme darüber folgen, welche Vorstellung die EU von der Zukunft der GSVP hat. Danach werden die jeweiligen nationalen Positionen in einem einzigen Dokument zusammengefasst, das Anfang 2022 präsentiert werden wird. So gesehen ist der Kompass nicht nur ein weiteres Dokument, sondern ein Instrument, um zu definieren, zu welcher Art von Verteidigungsakteur die EU sich entwickeln möchte.

Der Kompass wird nicht der einzige Entwicklungsschritt für die GSVP im Jahr 2021 sein. Zuerst müssen mehr PESCO-Projekte gebilligt werden und der EDF wird – nach der Vereinbarung des Arbeitsprogramms – beginnen, Projekte zu Verteidigungsfähigkeiten und Verteidigungsforschung zu finanzieren. Derzeit steht nicht fest, ob neue Einsätze stattfinden werden, jedenfalls wird es aber Gespräche über die Zukunft der EUNAVOR Operation Atalanta geben. Die-

se Operation läuft bereits seit zwölf Jahren und während sie vor allem die Piraterie am Horn von Afrika bekämpft hat, besteht nun die Möglichkeit, ihr durch Ausweitung des Mandats eine wichtigere Rolle im indopazifischen Raum zukommen zu lassen und damit die Verbindungswege der EU zu sichern. Es sollte davon ausgegangen werden, dass die militärischen Einsätze im Rahmen der GSVP nach einer Einigung auf die Europäische Friedensfazilität (EFF) an Effektivität gewinnen werden. 2021 wird ein Jahr der Reflexion über die operative Dimension der GSVP sein.

Anmerkung:

Die in diesem Artikel zum Ausdruck gebrachten Ansichten entsprechen nicht notwendigerweise jenen des Instituts der Europäischen Union für Sicherheitsstudien.

Autoreninformation

Dr. **Daniel Fiott**, geboren 1982, ist am European Union Institute for Security Studies zuständig für Sicherheit und Verteidigung sowie Gastprofessor an der Freien Universität Brüssel und der University of Kent. Er befasst sich seit 2009 mit Sicherheit und Verteidigung in der EU und hält ein Doktorat der Freien Universität Brüssel.

Kernaussagen

- Der Strategische Kompass 2021 soll einer klaren Definition der operativen Ambitionen der GSVP, der Wegbereitung für eine strategische Kultur der EU sowie der Herstellung ihrer strategischen Autonomie dienen.
- Die EU-Mitgliedstaaten sollten die neuen sicherheits- und verteidigungspolitischen Werkzeuge dazu nützen, durch COVID-19 verursachte, negative wirtschaftliche und operative Auswirkungen zu vermeiden.
- Das Jahr 2021 wird höchstwahrscheinlich eine höhere Instabilität in EU-Nachbarländern und somit mehr Nachfrage nach dem Krisenmanagement im Rahmen der GSVP mit sich bringen.

Key messages

- The Strategic Compass 2021 should serve to clearly define the operational ambitions of CSDP, pave the way for an EU strategic culture and establish its strategic autonomy.
- EU member states should use the new security and defence policy tools to avoid negative economic and operational impacts caused by COVID-19.
- The year 2021 will most likely be marked by higher instability in EU neighbouring countries and thus by increased demand for CSDP crisis management.



Bild: Triff/Shutterstock.com

Der strategische Kompass

Kerninhalte und Folgerungen für Österreich

Zusammenfassung

Der Strategische Kompass soll als zentrales Grundlagendokument auf Basis der Globalstrategie der Europäischen Union (EUGS) aus dem Jahr 2016 und der Bedrohungsanalyse aus dem Jahr 2020 Vorgaben für die weitere strategische Ausrichtung der EU im Bereich Sicherheit und Verteidigung formulieren. Auf Basis der Bedrohungsanalyse soll gemeinsam festgelegt und in Folge umgesetzt werden, was die EU im Bereich Sicherheit und Verteidigung leisten soll bzw. welcher Grad militärischer Handlungsfähigkeit zum Schutz der EU und ihrer Bevölkerung erforderlich ist. Der Strategische Kompass könnte somit nach Finalisierung im Jahr 2022 die Qualität einer EU-Teilstrategie Sicherheit und Verteidigung der EU erlangen.

Autor:
Klaus Anderle

Geopolitische Entwicklungen 2025 – 2030

Folgend der Bedrohungsanalyse ist von einer Intensivierung des geopolitischen Wettkampfes, einer damit verbundenen Zunahme globaler Instabilität und einer Schwächung der regelbasierten Weltordnung, des Multilateralismus und der internationalen Organisationen auszugehen. Ein Rückgriff auf militärische Kräfte zur Interessensdurchsetzung kann nicht ausgeschlossen werden.

Mit dem neuen US-Präsidenten Joe Biden wird sich die Rhetorik gegenüber der EU bzw. Europa zwar verbessern, inhaltlich wird die US-Forderung gegenüber der EU, mehr für die eigene Sicherheit tun zu müssen, aber aufrecht bleiben bzw. sogar verschärft werden.

Vor diesem Hintergrund erscheint die Entscheidung für eine Vertiefung der EU-Verteidigungskooperation als richtig. Die EU und ihre Mitgliedstaaten werden den bereits eingeschlagenen Weg zur Optimierung der strategischen Autonomie und Handlungsfähigkeit im Bereich Sicherheit und Verteidigung konsequent weiterverfolgen müssen.

Strategische Autonomie und Handlungsfähigkeit der EU

Die Ausarbeitung der Themenbereiche Krisenmanagement und Resilienz, die festlegen wird, was die EU im militärischen Bereich leisten soll, wird Klarheit über die erforderlichen Fähigkeiten und notwendigen Partnerschaften schaffen. Eine folgende Einigung der EU-Mitgliedstaaten über diese Kernaspekte wird erst in der darauffolgenden Dekade eine notwendige strategische Autonomie und Handlungsfähigkeit der EU im militärischen Bereich ermöglichen.

Krisenmanagement

Das nähere und weitere Umfeld der EU ist mittlerweile sehr instabil geworden und hat direkte Auswirkungen auf die EU (Terrorismus,

hybride Angriffe, Cyber-Bedrohungen, Migration, geo- und machtpolitische Ambitionen regionaler Akteure etc.).

Von einer zunehmenden Notwendigkeit von EU-Missionen und -Operationen zur Stabilisierung fragiler und instabiler Staaten und Regionen als Voraussetzung für eine prosperierende Entwicklung im Umfeld der EU bzw. im Interessensgebiet der EU ist auszugehen.

Für ein glaubhaftes militärisches Krisenmanagement wird die Krisenreaktionsfähigkeit der EU erheblich verbessert werden müssen: Implementierung eines EU-Sicherheitsrates und rascherer Entscheidungsabläufe im Bereich der GSVP, Aufbau einer Kommandostruktur für alle Missionen und Operationen, Optimierung der raschen militärischen Reaktionsfähigkeit durch verbesserte Truppenbeistellungsmechanismen etc.

Resilienz

Resilienz ist die Fähigkeit, jegliche Art von Krisen und Konflikten erfolgreich zu bewältigen. Für den Bereich der Sicherheit und Verteidigung bedeutet dies den Auf- und Ausbau von Fähigkeiten und Fertigkeiten inklusive Implementierung eventueller weiterer erforderlicher Instrumente (z. B. EU-Sicherheitsrat), Strukturen und Politiken, die die internationalen Organisationen und Drittstaaten als glaubhafte Resilienz werten. Dazu sind Maßnahmen in Bezug auf das gesamte Spektrum an Bedrohungen aus allen Richtungen einschließlich immer wahrscheinlich werdender hybrider und Cyber-Bedrohungen durch staatliche und nichtstaatliche Akteure erforderlich. Auch Kapazitäten zur glaubhaften Verteidigung im europäischen Kontext wären letztendlich zu berücksichtigen. Letzteres könnte u. a. eine pragmatische Auseinandersetzung mit Art. 42.7 EUV (Beistandsklausel) und Art. 222 AEUV (Solidaritätsklausel) auf nationaler Ebene erforderlich machen.

Fähigkeiten

Abgeleitet aus den Themenbereichen Krisenmanagement, Resilienz und Einigung der EU-Mitgliedstaaten über die tatsächliche militärische Ambition wird Klarheit über die erforderlichen militärischen EU-Fähigkeiten geschaffen. Im Bereich der Fähigkeitsentwicklung wird man in der Union künftig enger zusammenarbeiten müssen. In Anbetracht der Auswirkungen der COVID-19-Pandemie auf die Staatshaushalte der EU-Mitgliedstaaten wird letztlich eine Bündelung der verteidigungsrelevanten Ressourcen wohl die einzige Option sein.

Folglich wird der Nexus zwischen Fähigkeitsplanung, Rüstungspolitik und permanenter struktureller Verschränkung von bereits bestehenden Fähigkeiten der EU-Mitgliedstaaten (etwa im Wege des SSZ-Projektes Crisis Response Operation Core) künftig umso wichtiger werden. Streitkräfteentwicklung und Streitkräfteprofile innerhalb der EU werden enger als bisher abzustimmen sein. Eine enge Kooperation zwischen der Europäischen Kommission, dem Europäischen Auswärtigen Dienst, der EU-Verteidigungsagentur, dem EU-Militärstab und den EU-Mitgliedstaaten in der Festlegung, Priorisierung und Finanzierung der zu entwickelnden Fähigkeiten bzw. Technologien ist notwendig.

Partnerschaften

Kooperationen mit internationalen Organisationen und Drittstaaten (z.B. mit den USA und dem Vereinigten Königreich), die sich den Werten der EU verpflichtet fühlen, wären weiterhin im Rahmen der bestehenden Möglichkeiten und notwendig zu optimieren.

Eine verstärkte EU-US-Zusammenarbeit im Bereich Sicherheit und Verteidigung könnte sich als ergänzende Alternative zur EU-NATO-Kooperation anbieten. Eine Optimierung der strategischen Autonomie und militärischen Handlungsfähigkeit der EU würde einerseits ermöglichen, seitens der USA als glaubhafter Partner wahrgenommen zu werden, und andererseits eine Stärkung der internationalen Organisationen und des Multilateralismus bewirken.

Kernaussagen

- In Anbetracht der zunehmenden Instabilitäten im Umfeld der EU als auch auf globaler Ebene erscheint eine Vertiefung der EU-Verteidigungskooperation geboten.
- Initiativen zur Stärkung der strategischen Autonomie, der militärischen Handlungsfähigkeit und der Krisenreaktionsfähigkeit der EU wären auch im Interesse Österreichs.
- Die nationale Streitkräfteentwicklung und das nationale Streitkräfteprofil wären enger als bisher im europäischen Kontext abzustimmen.
- Eine pragmatische Diskussion zu Beistandsklausel und Solidaritätsklausel erscheint erforderlich.

Key messages

- In view of the increasing instability both in the EU's environment and on a global level, it seems to make sound sense to deepen the EU's defence cooperation.
- Initiatives for strengthening strategic autonomy, military capacity to act, and the EU's emergency response capacity would also be in the interest of Austria.
- The development of national armed forces and their respective profiles need to be better coordinated in a European context.
- A pragmatic discussion on the mutual assistance and the solidarity clauses seems to be required.

Autoreninformation

Oberst des Generalstabdienstes MMag. **Klaus Anderle**, geboren 1967, ist seit 2016 Leiter der Abteilung Europäische Union an der Militärvertretung Brüssel und stellvertretender österreichischer Militärvertreter zur Europäischen Union. Er erstellt Vorschläge für Ressortpositionen zu sicherheits- und verteidigungspolitischen Fragen auf EU-Ebene.



Bild: K_E_N/Shutterstock.com

Europäische Streitkräfteentwicklung

Autor:
Franz-Stefan Gady

Zusammenfassung

Europas Verteidigungsausgaben werden 2021 im Vergleich zu 2020 moderat steigen. Europäische Streitkräfte investieren nach wie vor hauptsächlich in konventionelle Mehrzweck-Plattformen und Waffensysteme in limitierter Stückzahl. Dieser Trend wird auch im Jahr 2021 fortgesetzt. Defizite in den Bereichen Drohnenabwehr, Kurz-, Mittel- und Langstrecken-Flugabwehr, Cyber Defense, elektronische Kampfführung sowie Langstrecken- und Präzisionsmunition werden bleiben. Gleichzeitig ist in den meisten Ländern eine Transformation von einer Plattform-fokussierten zu einer Netzwerk-zentrierten Streitkräftestruktur, welche die sogenannte »Multidomain-Operation« ermöglicht, bis jetzt nur in Konturen erkennbar. Die Entwicklung und Beschaffung von unbemannten, halb-autonomen oder autonomen Waffensystemen wird in mehreren europäischen Staaten auch 2021 politisch kontrovers bleiben.

Budgets

Europa wird 2021 trotz anhaltender globaler Pandemie und eines reduzierten Wirtschaftswachstums auf Teilen des europäischen Kontinents mehr Mittel für seine Streitkräfte aufwenden. Die Verteidigungsetats der Mehrzahl der führenden Militärmächte des Kontinents werden im Vergleich zu 2020 und den Jahren zuvor teilweise deutlich ansteigen. In Großbritannien wird das Verteidigungsbudget laut internen Berechnungen des Institute for International Strategic Studies (IISS) um rund zwölf Prozent von 50,81 auf 57,13 Mrd. Euro wachsen. In Frankreich wird der Anstieg elf Prozent von 45,45 Mrd. Euro auf 50,64 Mrd. Euro betragen. Der Verteidigungshaushalt Deutschlands wird 2021 eine Steigerung um etwas über zwölf Prozent von 42,41 auf 47,7 Mrd. Euro erfahren. Auch Schweden, Spanien, die Türkei, Polen, die Niederlande und Norwegen werden 2021 im Vergleich zum Vorjahr mehr Geld für die Verteidigung ausgeben. Die große Ausnahme unter den zehn wichtigsten Militärmächten Europas ist Italien, dessen Wehrbudget 2021 nach Kalkulation des IISS um circa vier Mrd. von 24,24 auf 20,4 Mrd. oder knapp 18 Prozent schrumpfen wird, was auf die negativen wirtschaftlichen Konsequenzen der COVID-19-Pandemie zurückzuführen ist.

Rüstungsprojekte

Ein Blick auf die Top 15 der laufenden Rüstungsprojekte des Kontinents – berechnet vom IISS nach dem Gesamtwert der unterzeichneten Rüstungserträge in Euro – zeigt, dass vor allem die Modernisierung der europäischen See- und Luftstreitkräfte für die Beschaffungsbudgets der führenden Militärstaaten für die nächsten Jahre finanziell anspruchsvoll sein wird. Zum Beispiel wird die Einführung der Dreadnought-Klasse bestehend aus vier strategischen Unterseebooten im nächsten Jahrzehnt Großbritannien fast 30 Mrd. Euro kosten. Großbritannien, Frankreich, Deutschland und Spanien planen die Anschaffung moderner Fregatten in den 2020er-Jahren. Die Türkei und Spanien bieten zusätzliche Mittel für neue Jagdunterseeboote auf. Deutschland unterzeichnete im November 2020 einen Vertrag

für 38 zusätzliche Mehrzweck-Kampfflugzeuge vom Typ Eurofighter Typhoon. Berlin will auch die Marine mit 31 neuen Hubschraubern für die U-Boot-Abwehr ausstatten. Daneben investierte die Türkei in 109 Transporthelikopter Modell Black Hawk I; die erste Tranche soll im kommenden Jahr ausgeliefert werden. Unter den Top 15 der europäischen Rüstungsprojekte ist der Kauf von 523 Schützenpanzern durch die britische Armee das einzige große Anschaffungsprojekt europäischer Landstreitkräfte. Investitionen in neue Fähigkeiten, die »Multidomain-Operations«, vernetzte synchronisierte Operationen in allen militärischen Räumen inklusive Weltall und Cyberspace, ermöglichen, sind im Vergleich unterdotiert. So gibt es unter den Top 15 mit Syracuse IV nur ein einziges Satelliten-Rüstungsprojekt. Unter den 33 größeren Rüstungsprojekten, die in Europa 2020 unterzeichnet wurden, finden sich nur zwei für unbemannte Plattformen und nur eines für Satelliten.

Anhaltende Fähigkeitsdefizite

Trotz zusätzlicher Investitionen in neue technologische Fähigkeiten, wie etwa in den Bereichen Cyber oder Drohnen, wird der größte Teil der Beschaffungsbudgets für modernisierte Varianten von bereits existierenden Mehrzweck-Plattformen und Waffensystemen ausgegeben werden. Das bedeutet, dass der finanzielle Spielraum zur Behebung von Fähigkeitsdefiziten und für den Aufbau von Strukturen einer vernetzteren Operationsführung in Europa 2021 gering sein wird. Der kurze blutige Krieg um Bergkarabach hat gezeigt, dass moderne Streitkräfte ohne elektronische Kampfmittel, Drohnenabwehrsysteme und die Fähigkeit zu Präzisionsschlägen aus der Luft und vom Land aus gegen einen Gegner, der solche Fähigkeiten besitzt, erhebliche Verluste erleiden würden. Doch wie etwa die wieder aufgeflamte Debatte in Deutschland über die Anschaffung von Kampfdrohnen zeigt, sind unbemannte Waffensysteme in Teilen Europas nach wie vor politisch äußerst kontrovers. Die Entwicklung, es genügt ein Blick auf die gemeinsamen PESCO-Projekte der EU, geht aber unweigerlich in Richtung autonomere Waffensysteme, ob analog oder im Cyber-

space. Eine neuerliche und besser informierte Grundsatzdebatte zu diesen Fähigkeiten auf politischer Ebene wäre also dringend nötig.

Der Konflikt um Bergkarabach untermauerte auch die anhaltende Bedeutung des Kampfes der verbundenen Waffen. In Zukunft bedarf dies einer Netzwerk-zentrierten Streitkräftestruktur, um synchronisierte Operationen in allen Räumen (Domains) inklusive des Cyberspace und des Weltalls durchführen zu können. Großbritannien und Frankreich setzten hierzu 2020 erste Akzente. Der Großteil der europäischen Streitkräfte wird aber auch in den kommenden Jahren nicht die Fähigkeiten besitzen, einen vernetzten Kampf der verbundenen Waffen synchronisiert in allen Räumen durchzuführen. Letztendlich zeigte der Krieg in Bergkarabach auch, dass in künftigen militärischen Operationen die Informationskriegsführung von größter Bedeutung sein wird, vor allem im Cyberspace. Dass europäische Streitkräfte in einem zukünftigen konventionellen Krieg mit enormen Verlusten an Menschen und Material zu rechnen haben, stellt den stetigen quantitativen Rückbau bei Plattformen, Systemen und Mannstärken in Frage.

Autoreninformation

Franz-Stefan Gady, geboren 1982, ist Politikberater und Militär-analyst am International Institute for Strategic Studies (IISS) in London. Er berät Regierungen und Streitkräfte in Europa und den Vereinigten Staaten zu Themen der Strukturreform, organisatorische, doktrinelle Weiterentwicklung, sowie der Zukunft des Krieges.

Kernaussagen

- Europas Verteidigungsausgaben werden 2021 moderat ansteigen.
- Der Großteil der Beschaffungsbudgets wird für modernisierte Varianten von bereits existierenden Mehrzweck-Plattformen und Waffensystemen vor allem für die See- und Luftstreitkräfte aufgewendet werden.
- Die Einführung unbemannter, halbautonom oder autonomer Waffensysteme wird auch 2021 auf politischer und gesellschaftlicher Ebene kontrovers bleiben.
- Die Fähigkeit zu einer stärker vernetzten Kriegsführung ist bei der Mehrzahl der europäischen Streitkräfte nur geringfügig bis gar nicht vorhanden; daran wird sich auch 2021 ohne zusätzliche Finanzmittel gepaart mit dem politischen Willen zur Reform wenig ändern.

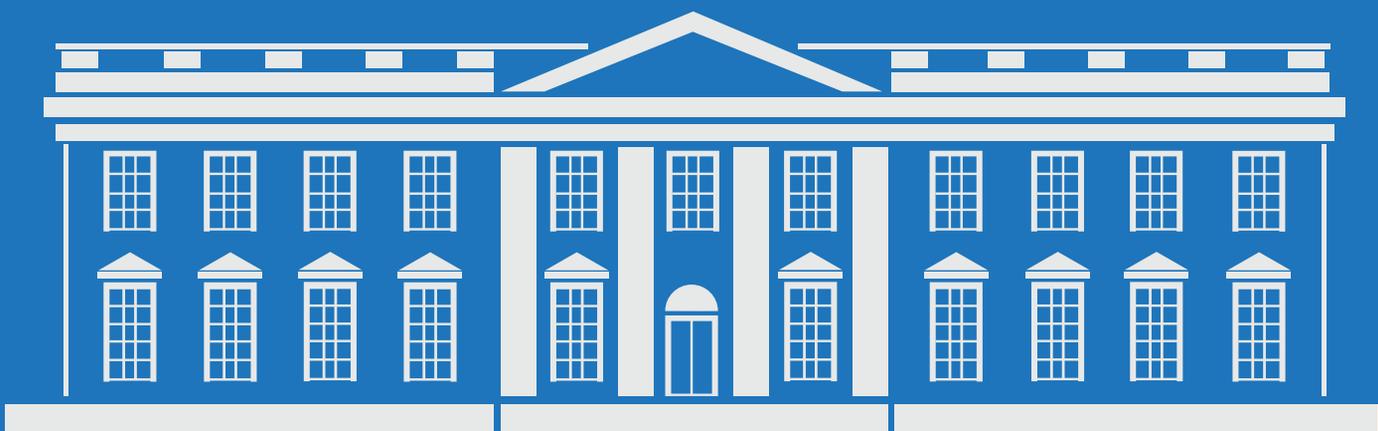
Key messages

- Europe's defence spending will increase moderately in 2021.
- The bulk of the procurement budget will be spent on modernised variants of existing multi-role platforms and weapon systems, especially for naval and air forces.
- The introduction of unmanned, semi-autonomous or autonomous weapon systems will remain controversial at the political and societal level in 2021.
- The capability for more networked warfare is minimal to non-existent in the majority of European armed forces; this will only change little in 2021 without additional funding coupled with the political will to reform.

05

Fokusthemen 2021





The White House Washington D.C.

Bild: Tanarch/Shutterstock.com

Die Außen- und Sicherheitspolitik der neuen US-Administration

Autor:
Reinhard Heinisch

Zusammenfassung

Der neue US-Präsident Joe Biden muss von Beginn an dem Eindruck entgegenwirken, Übergangspräsident zwischen zwei Trump-Administrationen zu sein. Alle außenpolitischen Initiativen werden wohl von innerpolitischen Konflikten und der Bewältigung der aktuellen Krisen überlagert werden. Das Biden-Team in der Außenpolitik ist durch Pragmatismus, Erfahrung und intellektuelle Kohärenz gekennzeichnet und wird versuchen, visionäre globale Ambitionen mit Pragmatismus und traditioneller Bündnispolitik zu verknüpfen. Russland, der Nahe Osten und China bleiben die großen Herausforderungen, wobei es im letzteren Fall vor allem darum geht, eine Abwärtsspirale zu verhindern. Die bestehenden Krisen und US-Sanktionen gegen diverse Widersacher bieten der Biden-Administration jedoch auch gewisse Chancen zu einem neuen Problemlösungsansatz.

Der lange Schatten der Ära Donald Trump

Die Wahl von Präsident Joe Biden muss zunächst im Sinne von nicht eingetretenen Kosten und Folgewirkungen für das westliche Bündnis und Europa verstanden werden. Die zunehmende Unberechenbarkeit der Trump-Administration in Verbindung mit radikalen Brüchen in der Außenpolitik, dem Ausscheren aus dem traditionellen Kooperationsverhalten sowie der fehlenden Paktfähigkeit und der Tendenz zum exzessivem Unilateralismus hätte die europäische Sicherheitspolitik vor nahezu unlösbare Probleme gestellt. Trump wird aller Voraussicht nach ein zentraler Faktor der US-Politik bleiben und könnte zeitnah zu Bidens Amtseinführung sein eigenes Antreten 2024 verlautbaren. Die Delegitimierung der Wahl und der Präsidentschaft Bidens laufen weiter. 77 Prozent der Trump-Wähler halten die Wahlen 2020 für gefälscht. Außenpolitisch wird eine anhaltend hohe Skepsis der US-Bevölkerung gegenüber der traditionellen US-Außenpolitik – ein wesentlicher Grund des Wahlerfolges Trumps – und ihrer vermeintlichen Unzulänglichkeiten ein Problem bleiben.

Institutionalismus und Multilateralismus

Als Institutionalist und Multilateralist strebt Biden einen Gipfel unter Teilnahme zivilgesellschaftlicher Organisationen aller westlichen Demokratien mit den nachstehenden Zielen und Verpflichtungen an: Bekämpfung der Korruption, Verteidigung gegen Autoritarismus inkl. Wahlsicherheit sowie Förderung der Menschenrechte im eigenen Land und im Ausland. Diese Initiative mit hoher Symbolkraft ist zwar gegen autoritäre Regime wie Russland, China oder Saudi-Arabien gerichtet, soll aber auch gegen deviante Verbündete wie Ungarn, Polen oder die Türkei ebenso wie nach innen wirken. Daher ist mit Widerstand und Kritik aus den USA selbst zu rechnen, vor allem von jenen Kräften, die dem liberalen Internationalismus skeptisch bis feindselig gegenüberstehen: souveränitätsorientierte Konservative, außenpolitische Realpolitiker, Nationalisten und Isolationisten.

Biden ist jedoch auch als Pragmatiker und Zentrumspolitiker bekannt. Seine bisher bekannten außenpolitischen Grundsätze sind ein Zugeständnis sowohl an die klassischen Transatlantiker und realpolitischen Pragmatiker («Verteidigung der vitalen Interessen», «Vorrang für die Diplomatie», «Rüstungskontrolle für eine neue Ära», «Partnerschaften wiederherstellen und neu erfinden») als auch an visionäre Internationalisten («globale Mobilisierung gegen globale Bedrohungen») und den progressiven Parteiflügel («Bewältigung der existentiellen Klimakrise», «Beenden ewiger Kriege»).

Experten, Insider und Pragmatiker

Die zentralen Personen des Biden-Teams in der Außenpolitik sind Pragmatiker der politischen Mitte, allesamt Insider, jedoch über Washington hinaus wenig bekannt. Die Gruppe umfasst Antony Blinken (designierter Außenminister), Linda Thomas-Greenfield (UNO-Botschafterin) und Jake Sullivan (Nationaler Sicherheitsberater), die allesamt Teil des Stabes im Weißen Hauses unter Obama waren und als Biden-Loyalisten gelten.

John Kerry, Außenminister unter Obama und nun designierter Sondergesandte für Klimafragen, wird auf Kabinettsstufe tätig sein und im Nationalen Sicherheitsrat sitzen. Ebenfalls eine Insiderin ist Avril Haines (Juristin und ehemalige Nummer zwei bei der CIA), die als erste Frau Director of Central Intelligence wird und somit zukünftig das oberste Aufsichts- und Koordinierungsorgan der 17 US-Geheimdienste leitet. Laut jüngsten Medienberichten soll der pensionierte 67-jährige General Lloyd Austin, der während der Obama-Präsidentschaft eng mit Biden zusammengearbeitet hat, Verteidigungsminister werden. Dieser wäre somit der erste Afroamerikaner an der Spitze des Pentagons.

Insgesamt kann gesagt werden, dass es sich hierbei keinesfalls um ein Team von Rivalen handelt, sondern um Experten, die sich durch erprobte Zusammenarbeit und umfangreiche Praxis, aber auch durch komplementäre Sichtweisen und Lebenserfahrungen auszeichnen.

Weniger augenscheinlich ist deren Fähigkeit, die US-Außenpolitik effektiv nach innen gegenüber der Bevölkerung, den Medien und dem Kongress zu vertreten.

Europa und Russland

Von überragender Bedeutung für Europa ist die Ankündigung Bidens, dem Wiederaufbau von Allianzen eine zentrale Bedeutung beizumessen. Hierbei zeichnet sich eine deutliche Verbesserung der Beziehungen zur EU und eine Gewichtsverlagerung von Großbritannien zu Deutschland ab.

Biden hatte sich skeptisch gegenüber einem Handelsabkommen mit Großbritannien geäußert, da er aus Rücksicht auf seine Parteibasis derzeit keine Vereinbarungen dieser Art anstrebt und außerdem in Johnson einen Politiker mit großer ideologischer Affinität zu Trump sieht. Doch ist Biden auch ein Pragmatiker und weiß, dass in Sicherheitsfragen im asiatischen Raum unter den Europäern auf die Briten aufgrund ihrer Erfahrungen und militärischen Ressourcen noch am ehesten Verlass ist.

Andere europäische Regierungen, die Trump unterstützten, wie Ungarn, Slowenien und Polen, werden von Washington eher kühl behandelt werden. Man wird sehen, ob auch **Österreich** dazuzählt, da sich Wien einerseits nie deutlich von Russland zu distanzieren vermochte und andererseits die Nähe zu Trump und dessen Umfeld suchte. Bei den Osteuropäern wird Biden stärker die Einhaltung der Rechtsstaatlichkeit und liberaldemokratischen Spielregeln betonen. Polen wird dennoch positiv vermerken, dass Biden eine harte Haltung zu Moskau einnehmen wird und Nordstream 2 ebenfalls ablehnt. Andererseits wird die Biden-Administration im Gegensatz zu Trump auf Warschau Druck ausüben, enger mit Berlin zusammenzuarbeiten.

Für Biden wird **Deutschland** wieder ins Zentrum der Europapolitik rücken. In Bündnisfragen ist es verlässlicher als Frankreich, und sein Einfluss auf den Rest des Kontinents ist größer. Hierbei blickt

Washington jedoch mit Sorge auf den bevorstehenden Abtritt Merks, da derzeit alle gehandelten Nachfolge-Optionen als suboptimal angesehen werden (zu rechts, zu technokratisch, zu provinziell), was eine Chance für Macron und **Frankreich** öffnen würde, die amerikaskkeptische Position in Europa zu stärken. Hier fürchten die USA auch, dass Frankreich andere Staaten und selbst Deutschland dazu bewegen könnte, gegen US-amerikanische Internet- und Technologie-Firmen sowie Arbeitgeber vorzugehen.

In Sachen europäischer Verteidigung bleibt aus amerikanischer Sicht das Dilemma, dass Deutschland zwar einerseits der politisch verlässlichste und stabilste Partner in Europa ist, aber andererseits die Verteidigungs- und Wirtschaftsbeziehungen zu den USA extrem asymmetrisch sind (geringe Verteidigungsanstrengungen und hohe Exportüberschüsse). Das für Washington unabdingbare Minimalziel von zwei Prozent des BIP ist einem Großteil der politischen Klasse und den meisten Wählern in Deutschland ein Dorn im Auge. Es sind jedoch dieselben deutschen Wähler und Politiker, die auch dem Konzept der »strategischen Autonomie« von Präsident Macron eine Absage erteilen und somit wiederum hilfreich sind. Die Herausforderung für Biden wird sein, mit Nachdruck deutsche Verteidigungsanstrengungen einzufordern und gleichzeitig die Deutschen bei der Stange zu halten sowie französische Ambitionen zu blockieren.

Auf Aussagen aus dem Umfeld Macrons, dass die Zukunft Europas nicht von einigen 1.000 Wählern in Nevada oder Arizona abhängen könne, konterten Biden-Berater damit, dass Berlin wenig Alternativen zu den USA habe, denn immerhin habe Frankreich bisher seinen nuklearen Schutzschirm nicht auf Deutschland ausgeweitet. Generell wird man in Washington genau verfolgen, ob Europa auf den Wiederaufbau der Allianz reziprok reagieren wird und seinen finanziellen und strategischen Beitrag zur gemeinsamen Verteidigung leistet. Zentrale Themen, die Biden mit den Europäern behandeln wird, werden die Zukunft der NATO (eine Neubelebung des Bündnisses) und die Beziehungen mit Russland sein.

Die EU-Pläne für eine ständige strukturierte Zusammenarbeit (PESCO) werden von Washington skeptisch bewertet. In den Beziehungen mit Russland dürfte Biden auf Härte setzen und versuchen, Moskaus Einfluss in definierten amerikanischen Interessenszonen zurückzurollen – dazu gehören zweifellos der große Teil Europas und weite Gebiete des Nahen und Mittleren Ostens. Zwar werden weder militärische Konfrontationen noch eine Rückkehr zur Unipolarität angestrebt. Dennoch könnte Milliarden Biden durch eine flexiblere Positionierung bei den Sanktionen gegen Moskau und in der Atomwaffendiplomatie (anlässlich des Auslaufens von New START am 5. Februar 2021) die Beziehungen zum Kreml neugestalten. Hier könnte Bidens Wahl einige der aus europäischer Sicht negativen Tendenzen in der US-Außenpolitik Trumps umkehren.

Unter Biden dürfte eine kohärentere US-Politik die Chancen auf eine Erneuerung des Russland-NATO-Dialogs erhöhen. Dies würde die Möglichkeit bieten, mit Moskau bei Themen wie Klimawandel, Corona-Virus, Terrorismusbekämpfung und dem iranischen Atomprogramm zu kooperieren.

Der Nahe Osten

Donald Trump hat die Situation im Nahen Osten grundlegend verändert. Er beendete die Hilfe für die Palästinenser, unterstützte die Annexionspläne der Regierung Benjamin Netanyahu und erkannte Jerusalem als Israels Hauptstadt an, was von Biden ebenfalls akzeptiert wird. Gleichzeitig warb Trump um die Golfstaaten und setzte sich für die Anerkennung Israels ein. Somit wird es für Biden deutlich schwieriger, die Friedensgespräche zwischen Israelis und Palästinensern und eine Zwei-Staatenlösung wieder auf den Weg zu bringen.

Die jüngsten Schläge Israels und der Trump-Regierung gegen den Iran spielen revanchistischen Tendenzen und den Hardlinern in Teheran in die Hände. Dies wiederum begrenzt den Handlungsspielraum der neuen US-Regierung für eine allfällige Lockerung der Sanktionen gegen Teheran. Bei kaum einem Thema sind die Widerstände

im Kongress selbst auf Seiten der Demokraten größer als in dieser Frage. Der Iran gilt weithin als existenzielle Bedrohung Israels, Gegner der verbündeten Saudis und regionaler Sponsor des Terrorismus. Dennoch dürfte unter Biden weit größerer Druck auf Saudi-Arabien zukommen als bisher. Hierbei hat sich die strategische Situation insofern geändert, als die USA mittlerweile als Konkurrent zum saudischen Ölexporteur auftreten statt als dessen Kunde. Auch blieben saudische Rüstungskäufe in den USA weit hinter den Ankündigungen Riads zurück.

China und Ostasien

Kein Land stellt für die USA eine größere Herausforderung dar als China. Die Palette der Konflikte reicht vom Handelskonflikt und der Technologiespionage über die rapide Aufrüstung und die Bedrohung amerikanischer Verbündeter und internationaler Handelsrouten bis hin zur repressiven Vorgehensweise gegenüber den Uiguren und der Demokratiebewegung in Hongkong. Dass Biden dem Vernehmen nach die ausgewiesene Chinaexpertin und Spezialistin für Handelsrecht, Katherine Tai, zur Handelsbeauftragten der Vereinigten Staaten machen möchte, unterstreicht einmal mehr die Rolle Chinas und die strategische Dimension der Handelsbeziehungen. Dennoch könnte Biden analog zur Situation mit Russland die bestehenden Sanktionen ausnützen und durch eigene Flexibilität Handlungsspielraum gewinnen. Konkret bietet das bestehende bilaterale Handelsabkommen mit drohenden Strafzöllen, falls China in den nächsten zwei Jahren nicht 200 Mrd. Dollar an US-Gütern und Dienstleistungen kauft, die Möglichkeit, einerseits Druck auszuüben und andererseits Wohlverhalten auch zu belohnen und daher zu deeskalieren.

Kernaussagen

- Joe Biden muss den Eindruck vermeiden, Übergangspräsident zwischen zwei Trump-Administrationen zu sein.
- Die Außenpolitik der USA wird von schwerer innenpolitischer Polarisierung und isolationistischen Tendenzen belastet sein.
- Es zeichnet sich eine Rückkehr von Institutionalismus und Multilateralismus unter amerikanischer Führung ab.
- Die Politik Bidens intendiert die Verknüpfung von klassischer transatlantischer Bündnispolitik und Pragmatismus in Verbindung mit progressiven globalen Ambitionen.
- Bidens Außenpolitik wird in den Händen von Experten, Insidern und Pragmatikern liegen.
- Es ist ein Wiederaufbau der alten Allianzen zu erwarten.
- Dem Ausbau der strategischen Partnerschaft mit Deutschland stehen die gegenwärtigen Asymmetrien entgegen.

Key Messages

- Joe Biden has to avoid the impression of being a transitional president between two Trump administrations.
- U.S. foreign policy will be hampered by severe internal political polarisation and isolationistic tendencies.
- A return of institutionalism and multilateralism under U.S. leadership becomes apparent.
- Joe Biden's politics intend to link the classic transatlantic policy of alliances and pragmatism with progressive global ambitions.
- Biden's foreign policy will be in the hands of experts, insiders and pragmatists.
- The reestablishment of old alliances is to be expected
- The expansion of the strategic partnership with Germany is impeded by the current asymmetries.

Autoreninformation

Univ.-Prof. Dr. **Reinhard Heinish**, geboren 1963, ist seit 2009 Professor für Politikwissenschaft und Fachbereichsleiter an der Universität Salzburg. In seiner Forschung beschäftigt er sich mit vergleichender Politik, der Demokratie sowie der Populismus- und Extremismusforschung. Durch seine jahrelange Forschungs- und Lehrtätigkeit in den USA ist er auch ein ausgewiesener Experte zur amerikanischen Politik.



Bild: Viacheslav Lopatin/Shutterstock.com

Rüstungskontrolle und neue Technologien

Zusammenfassung

Neue Technologien haben starken Einfluss auf militärische Fähigkeiten und Szenarien. Aktuell sind Autonomie, Biotechnologien sowie sich intensivierende Cyber-Konflikte im Fokus. Rüstungskontrolle muss auf die daraus resultierenden Herausforderungen reagieren, damit die Chancen und nicht die Risiken des technologischen Fortschrittes überwiegen. 2021 bringt in dieser Hinsicht relevante Weichenstellungen mit sich. Österreich und die EU sind sicherheitspolitisch gefordert.

Autor:
Michael Retter

It's the technology, stupid!

Die Rüstungskontrolle wird auch 2021 vor zahlreichen Herausforderungen stehen. Technologische Fortschritte, die immer häufiger ihren Ursprung im zivilen Bereich haben, spielen dabei eine zentrale Rolle. Diese liegen veränderten militärischen Fähigkeiten zugrunde und bilden somit einen wesentlichen Faktor zukünftiger Bedrohungs- und Risikoszenarien. Disruptives Potenzial wird von Autonomie und Biotechnologien erwartet. Auch Cyber-Konflikte, Resultat einer sich intensivierenden Digitalisierung, könnten eine neue Qualität erreichen und rasch von der digitalen in die analoge Sphäre überspringen.

Um mithilfe von Regulierungen militärischer Fähigkeiten dazu beizutragen, dass zwischenstaatliche Konflikte, humanitäres Leid sowie die Weitergabe von Waffen verhindert werden, muss sich die Rüstungskontrolle dieser Entwicklungen annehmen.

Autonomie – Mensch und Maschine

Die Vorstellung einer »Army of None« (Paul Scharre) hat beträchtliche Aufmerksamkeit in sicherheitspolitischen Diskussionen auf sich gezogen. Risiken bei der Nutzung von Autonomie treten insbesondere dort auf, wo Systeme ohne menschlichen Einfluss Ziele auswählen und bekämpfen können. Diese autonomen Waffensysteme fordern die Rüstungskontrolle doppelt:

Erstens muss der Ausbruch unbeabsichtigter Konflikte verhindert werden. Die Begrenzung und Verlangsamung von Krisendynamiken, die zu Ergebnissen führen, die niemand wollte, ist seit der Erfindung der Atombombe ein Hauptanliegen der Rüstungskontrolle. Wie steht es darum in Szenarien, in denen ein autonomes Waffensystem zum Einsatz kommt? Dessen operative Vorteile wie Schnelligkeit bei der Entscheidungsfindung könnten hier zu Problemen werden, die die Schwelle für den Ausbruch von Konflikten senken. Geeignete Antworten der Rüstungskontrolle fehlen derzeit noch.

Zweitens zeigen sich zahlreiche Staaten, das Internationale Komitee vom Roten Kreuz sowie weitere NGOs darüber besorgt, dass autonome Waffensysteme zu einer Distanzierung zwischen menschlichen Entscheidungen und der konkreten Gewaltanwendung führen. Darunter könne die Einhaltung des Humanitären Völkerrechts sowie ethischer Grundsätze leiden. Die Gruppe von Regierungsexperten der Konventionellen Waffenkonvention (KWK) soll zu dieser Problematik im Konsens Vorschläge ausarbeiten. Fortschritte sind nur auf lange Sicht zu erwarten. Die Ergebnisse der für 2021 geplanten Überprüfungskonferenz der KWK werden maßgeblich über den weiteren Verlauf des Prozesses entscheiden.

Biotechnologien – COVID-19-Pandemie 2.0?

Anwendungen aus dem Bereich der Biotechnologie wie Genom-Editierung bringen zahlreiche zivile Vorteile mit sich. In den falschen Händen ermöglichen sie jedoch die Veränderung von Krankheitserregern, um diese sowohl schädlicher als auch ansteckender zu machen – nicht erst seit der COVID-19-Pandemie eine beunruhigende Vorstellung. Biologische Waffen sind durch die Biotoxinwaffenkonvention (BTWK) verboten, und die Australische Gruppe soll sicherstellen, dass mit Hilfe von Exportkontrollen Biotechnologien dort landen, wo sie hingehören: bei Forschern und Medizinern, aber nicht in den Händen von Terroristen. Diese Rüstungskontrollinstrumente müssten an die technologischen Entwicklungen angepasst werden. Die Einrichtung eines Scientific Advisory Board im Rahmen der BTWK wäre ein Schritt in diese Richtung, der bei der Überprüfungskonferenz 2021 gesetzt werden könnte.

Cyberraum – Digitaler Wilder Westen

Der Cyberraum als digitaler Wilder Westen, wo keine Regeln gelten und derjenige sich durchsetzt, der möglichst rücksichtslos seine militärischen Cyber-Fähigkeiten zum Einsatz bringt, ist kein wünschenswerter Zustand. Seit 2004 versuchen die Vereinten Nationen, zwi-

schenstaatliche Spielregeln auszuarbeiten, um diesem Szenario entgegenzuwirken. Die Rüstungskontrolle muss hierbei Sorge tragen, dass der Aufbau und Einsatz militärischer Cyber-Fähigkeiten nicht zum Risiko für die internationale Stabilität werden. 2018 traten die Aktivitäten der Vereinten Nationen in eine neue Phase ein. Erstmals ist es zur Etablierung zweier Foren gekommen, einer exklusiven Gruppe von Regierungsexperten und einer inklusiven Open-ended Working Group (OEWG). Beide beschäftigen sich mit ein und derselben Thematik. Diese problematische Zweiteilung wird sich 2021 fortsetzen, da eine neuerliche OEWG mit einem Fünfjahresmandat eingerichtet werden soll.

Auswirkungen auf Österreich und die EU

Für die Wahrung ihrer Sicherheit sind Österreich und die EU auf internationale Institutionen und einen funktionierenden Multilateralismus angewiesen. Rüstungskontrolle ist ein wichtiger Teil davon. Somit ist das aktive Eintreten dafür, dass die Herausforderungen für die Rüstungskontrolle im Bereich der neuen Technologien bewältigt werden, ein sicherheitspolitisches Gebot. Sollte dies gelingen, ist ein Beitrag dazu geleistet, Chancen des technologischen Fortschrittes zu nutzen und daraus resultierende Risiken zu vermeiden – 2021 und darüber hinaus.

Kernaussagen

- Neue Technologien sind wesentliche Triebfedern militärischer Fähigkeiten und Szenarien. Rüstungskontrolle muss darauf reagieren.
- Autonomie, Biotechnologien und eine neue Qualität von Cyber-Konflikten stellen konkrete Herausforderungen dar.
- Autonomie von Waffensystemen könnte mit Risiken für die zwischenstaatliche Stabilität, das Humanitäre Völkerrecht und ethische Grundsätze einhergehen. Konkrete Antworten der Rüstungskontrolle fehlen bis jetzt.
- Biologische Waffen sind nicht erst seit der COVID-19-Pandemie beunruhigend. Rüstungskontrollinstrumente verhindern deren Herstellung, Einsatz und Verbreitung, hinken technologischen Entwicklungen jedoch hinterher.
- Cyber-Konflikte zwischen den Staaten sollen durch die Ausarbeitung klarer Spielregeln begrenzt werden. Die Einrichtung zweier zuständiger Foren auf VN-Ebene erschwert dies.
- Österreich und die EU sind sicherheitspolitisch gefordert, dazu beizutragen, dass die Herausforderungen für die Rüstungskontrolle durch neue Technologien bewältigt werden.

Key messages

- New technologies are key drivers of military capabilities and scenarios. Arms control must respond to them.
- Autonomy, biotechnologies, and a new quality of cyber conflicts pose concrete challenges.
- The autonomy of weapon systems could entail risks to interstate stability, international humanitarian law, and ethical principles. There have been no concrete arms control responses so far.
- Biological weapons have been a concern not only since the COVID-19 pandemic. Arms control instruments prevent their production, use, and proliferation, but lag behind technological developments.
- Cyber conflicts between states are to be limited by developing a set of clear rules. The establishment of two competent forums at the UN level makes this more difficult.
- In terms of security policy, Austria and the EU are called upon to help meet the challenges of arms control through new technologies.

Autoreninformation

Michael Retter, BA, geboren 1991, hat Politikwissenschaft in Wien studiert. Er ist seit 2017 Referent in der Abteilung Militärpolitik im Bundesministerium für Landesverteidigung, wo er für die OSZE, regionale Rüstungskontrolle sowie rüstungskontrollpolitische Aspekte neuer Technologien zuständig ist.



Bild: Lightspring/Shutterstock.com

Wirtschaftspolitische Auswirkungen von COVID-19 in Österreich

Zusammenfassung

COVID-19 hat die österreichische Wirtschaft auf breiter Front getroffen. Die heimische Wirtschaftsleistung wird 2020 in einem historischen Ausmaß schrumpfen. In dieser Phase ist es besonders wichtig, dass sich die Wirtschaft auf die durch die Tiefenkrise induzierten –künftig neuen – Rahmenbedingungen gezielt vorbereitet und dabei unterstützt wird. Dazu braucht es eine Regierung, die nicht nur finanzielle Unterstützungen schnell anbietet, sondern auch den Umschwung rechtzeitig einleitet und die Budgets ab 2022 zügig zu sanieren beginnt. Überdies sollten sich die österreichischen Unternehmen vor allem bemühen, an robusten globalen Wertschöpfungsketten teilzunehmen, die bereits in der Pandemie getesteten neuen Arbeitsweisen weiterzuentwickeln und die Digitalisierung in ihren Prozessabläufen voranzutreiben.

Autor:
Kurt Pribil

Auswirkungen der Tiefenkrise auf die österreichische Wirtschaft

Die seit März 2020 getroffenen Maßnahmen zum Schutz der öffentlichen Gesundheit haben nachhaltige negative Auswirkungen auf die österreichische Wirtschaft. Die heimische Wirtschaftsleistung ist im ersten Halbjahr 2020 in einem historischen Ausmaß geschrumpft: minus 8,7 Prozent im Vorjahresvergleich. Die Eindämmungsmaßnahmen haben insbesondere Unternehmen aus konsumnahen Dienstleistungsbranchen in Mitleidenschaft gezogen. Einige mussten ihre Geschäftstätigkeit erheblich einschränken oder sogar gänzlich einstellen. Insgesamt reduzierten die Unternehmen ihre Investitionen und die privaten Haushalte kürzten ihre Konsumausgaben deutlich. Da die Konjunktur in unseren Partnerländern Deutschland und Italien ebenfalls einbrach, ging auch die Auslandsnachfrage zurück. Die exportorientierte Industrie in Österreich wurde durch COVID-19 stark erschüttert.

Seit August 2020 sind die Infektionszahlen nach einem Hoffnung bereitenden Sommer erneut und deutlich angestiegen. Die im darauf ausgerufenen zweiten Lockdown verhängten strengeren Schutzbestimmungen, Ausgangsverbote und Lokalsperren dürften die Konjunktur bis Mitte nächsten Jahres weiter belasten. Sie gefährden insbesondere die Erholung im Tourismus, im Einzelhandel, in der Kultur und in der Gastronomie. Die österreichische Wirtschaft wird dennoch weiter atmen und sollte noch im Jahr 2021 Tempo aufnehmen.

Umgang mit den stark gestiegenen Staatsschulden

Im Einklang mit der internationalen Entwicklung hat die österreichische Bundesregierung zahlreiche fiskalpolitische Maßnahmen gesetzt, um den Wirtschaftseinbruch abzumildern und das spätere Hochfahren der Wirtschaft zu unterstützen. Ihr Hilfspaket trägt vier Maßnahmen: Arbeitsplätze erhalten, Liquidität sichern, Soforthilfe für Selbständige ermöglichen und Geschäftseinbußen abfedern. Die Palette der Hilfsmaßnahmen reicht vom Corona-Kurzarbeitsmodell über nicht rückzahlbare Zuschüsse und Kreditförderungen bis zu Garantien. Die

Kosten der Krisenbewältigung werden im Sog des ersten und zweiten Lockdowns eine Höhe von rund 50 Mrd. Euro erreichen. Zwar sind die staatlichen Maßnahmen notwendig, um die Wirtschaft zu stabilisieren und um sie auf einen stabilen Wachstumskurs vorzubereiten, allerdings bedeuten sie eine massive Belastung des Budgets. Das Budget 2021 prognostiziert ein Defizit von 6,3 Prozent des BIP. Im Hinblick darauf dürfen die Hilfsmaßnahmen nur einmaligen Charakter haben. Die Budgetdefizite in den Jahren nach der Pandemie müssen wieder rasch gegen Null tendieren, sonst verlieren wir den Spielraum für staatliche Investitionen in Infrastruktur, Gesundheit und Sicherheit.

Beteiligung an den globalen Wertschöpfungsketten

Viele Experten sind der Ansicht, dass – mit den Erfahrungen aus der Pandemie – die globale Just-in-Time-Produktion mit riesigen verzweigten Wertschöpfungsketten, bei denen Millionen Einzelteile über den Planeten gekarrt werden, überlebt haben wird. Bei kritischer Analyse erscheint das aber nicht so sicher.

In der Corona-Krise schnellte die Nachfrage nach bestimmten Produkten in die Höhe, insbesondere nach medizinischen Erzeugnissen und IT-Ausrüstungen. Diese Produkte werden in weltweiten Wertschöpfungsketten produziert. Die zahlreichen Lockdowns behinderten aber diese bisher flüssig ineinandergleitenden Produktions- und Lieferketten. Die Welthandelsorganisation schätzt beispielsweise, dass rund 20 Prozent der globalen Exporte von Schutzkleidung und Desinfektionsmitteln von der Behinderung betroffen waren, einschließlich Lieferengpässen. Dennoch ist nicht davon auszugehen, dass diese Erfahrungen in der Pandemie zu einer Auflösung der weltweit verzweigten Wertschöpfungsketten führen werden. Dafür sind sie zu stabil und zu wichtig für die Wiederbelebung und für das Atmen der Volkswirtschaften. Vielmehr müssen die Wertschöpfungsketten robuster und elastischer werden. Das heißt: Lieferengpässe aus der Krise sind zu analysieren und durch eine breitere Palette von Anbietern zu beseitigen, Zwischenlager für lebenswichtige Güter sind verstärkt aufzubauen und die europäischen Regierungen sollten dafür

Sorge tragen, dass die Substituierbarkeit von Gütern und Dienstleistungen aus Drittländern erleichtert wird. Ein Ansatzpunkt könnte hier die weitere Harmonisierung von Normen und Standards sein.

Öffnung neuer Arbeitsweisen

Die Pandemie dürfte auch nachhaltig die Art und Weise verändern, wie wir arbeiten. Bill Gates prognostiziert, dass mehr als 50 Prozent der Geschäftsreisen und 30 Prozent der Bürotage wegfallen werden. Wir sollten also vermehrt von zuhause aus arbeiten und wesentlich weniger geschäftlich reisen, als es vor der Pandemie der Fall gewesen ist. Zu dieser Einschätzung passt das Ergebnis einer aktuellen Umfrage der Unternehmensberatung Deloitte: 66 Prozent der befragten Finanzvorstände erklärten auf die Frage nach den langfristigen Auswirkungen der Pandemie für ihr Unternehmen, dass sie planen, vermehrt auf Remote Working zu setzen. 37 Prozent betonten überdies, dass in der Folge auch die Büroflächen reduziert werden sollen. Diese Umstellung wird eine große Herausforderung für die österreichischen Unternehmen und Arbeitnehmer sein. Die Sozialpartner werden gefordert sein, gemeinsam nachhaltige Regeln für Homeoffice und für flexiblere Arbeitszeiten zu entwickeln.

Zunehmende Digitalisierung

Ein entscheidender Hebel für eine zu neuen Kräften kommende österreichische Wirtschaft wird die digitale Transformation sein. Bereits die Corona-Krise selbst hat einen Digitalisierungsschub in Österreich ausgelöst. Der Haupttreiber dafür war – gerade in der Akutphase der Pandemie – die Aufrechterhaltung der Geschäftstätigkeit. So beschleunigten Unternehmen die Digitalisierung von Geschäftsprozessen, viele stiegen in kürzester Zeit auch auf Homeoffice um. Dies hat vielerorts erstaunlich gut funktioniert und die kritische Infrastruktur in Österreich hat der außergewöhnlichen Belastung standgehalten. Die österreichische Wirtschaft muss auch in den kommenden Jahren dem Weg zur Digitalisierung hartnäckig folgen.

Kernaussagen

- Die heimische Wirtschaftsleistung ist im ersten Halbjahr 2020 pandemiebedingt in einem historischen Ausmaß geschrumpft.
- Die österreichische Wirtschaft sollte noch im Jahr 2021 Tempo aufnehmen.
- Die österreichische Wirtschaft wird weiterhin finanzielle Impulse von der Regierung brauchen.
- Allerdings sollte schon im zweiten Halbjahr 2021 ein sparsamerer Kurs eingeschlagen werden, um die Staatsschulden nicht explodieren zu lassen.
- Entscheidende Hebel in den kommenden Jahren werden sein, dass möglichst viele Unternehmen ihre Prozesse digitalisieren, dass sie weiterhin den Zugang zu internationalen Wertschöpfungsketten anstreben und gemeinsam mit den Arbeitnehmern eine umfassend flexible Arbeitswelt verwirklichen.

Key messages

- Due to the pandemic, domestic economic output contracted to a historic extent in the first half of 2020.
- The Austrian economy should pick up speed in 2021.
- The Austrian economy will continue to need financial stimulus from the government.
- However, a more austere course should be adopted already in the second half of 2021 in order not to let national debts explode.
- Decisive actions in the oncoming years will be that as many companies as possible digitalise their processes, that they continue to strive for access to international value-added chains, and that they realise a comprehensively flexible working world together with the employees.

Autoreninformation

Dr. **Kurt Pribil**, geboren 1957, war von 2001 bis 2013 Vorstandsdirektor der österreichischen Finanzmarktaufsicht (FMA) und von 2013 bis 2019 Mitglied des Direktoriums der Österreichischen Nationalbank. Seit seiner Pensionierung ist er Mitglied in den Aufsichtsräten der Wüstenrot Versicherung, der Vakif Bank International und der Addiko Bank.



Bild: Creativa Images/Shutterstock.com

Wirtschafts- und finanzpolitische Auswirkungen von COVID-19 in Europa

Autorin:
**Margit
Schatzenstaller**

Zusammenfassung

Die wirtschaftliche und finanzpolitische Entwicklung in der Europäischen Union wird auch in den nächsten Jahren durch die COVID-19-Krise geprägt sein. Die EU erfährt die schwerste Rezession ihrer Geschichte, die Wertschöpfung wird auch 2022 das Vorkrisenniveau noch nicht erreicht haben. Die umfangreichen staatlichen Hilfsmaßnahmen begrenzen den Anstieg der Arbeitslosigkeit, erhöhen aber Defizite und Verschuldung auf Rekordniveau. Die EU ist 2021 mit einer Reihe von Herausforderungen konfrontiert. Diese stehen einerseits im Zusammenhang mit der gesundheits- und wirtschaftspolitischen Bekämpfung der COVID-19-Pandemie. Andererseits sind die Maßnahmen zu forcieren, die

zur Umsetzung des europäischen Green Deal und zur Erreichung des jüngst verschärften Klimaziels der EU, die CO₂-Emissionen in der EU bis 2030 um 55 % zu reduzieren, erforderlich sind.

Die EU in der schwersten Rezession seit ihrem Bestehen

Die Volkswirtschaften der EU wurden 2020 von der COVID-19-Pandemie schwer getroffen. Nach einem deutlichen Einbruch in der ersten Jahreshälfte war zwar im dritten Quartal eine kräftige Erholung zu verzeichnen. Die zweite Welle der Pandemie, die im Herbst allenthalben einsetzte, erforderte jedoch neuerliche gesundheitspolitische Restriktionen zur Eindämmung der weiteren Ausbreitung des Virus, die auch die Wirtschaftstätigkeit entsprechend negativ betreffen. Die Europäische Kommission geht in ihrer (Ende Oktober abgeschlossenen) Herbstprognose für 2020 von einem Rückgang der Wirtschaftsleistung in der EU von 7,4 % aus. Für 2021 wird ein Wachstum von 4,1 % und für 2022 von 3 % erwartet. Dabei sind die Mitgliedstaaten vom COVID-19-Schock in sehr unterschiedlichem Ausmaß betroffen: in Abhängigkeit von der Ausbreitung des Virus, der Striktheit der gesundheitspolitischen Restriktionen, der Sektorstruktur und dem Ausmaß der nationalen Hilfsmaßnahmen.

Aufgrund umfangreicher Hilfsmaßnahmen der Mitgliedsländer, vor allem in Form von Kurzarbeitsregelungen, schlägt die Rezession nur teilweise auf die Arbeitslosigkeit durch. Nach einem Anstieg von 6,7 % 2019 auf 7,7 % 2020 wird die Arbeitslosenquote auch 2021 weiter auf 8,6 % steigen, da die Hilfsmaßnahmen auslaufen und das Arbeitsangebot abnimmt. Für 2022 wird im Zuge der wirtschaftlichen Erholung ein leichter Rückgang auf 8 % – deutlich über dem Vorkrisenniveau – prognostiziert.

Die aufgrund der Rezession automatisch steigenden Sozialausgaben und sinkenden Steuereinnahmen erhöhen zusammen mit den budgetären Kosten der umfangreichen Hilfsmaßnahmen Defizite und Verschuldung der europäischen Volkswirtschaften auf Rekordniveau.

Ausgehend von 0,5 % des BIP 2019 erhöht sich das gesamtstaatliche Defizit 2020 in der EU auf 8,4 % und bleibt mit 6,1 % 2021 und 4,5 % 2022 auch in den nächsten Jahren über der Maastricht-Obergrenze von 3 % des BIP. Entsprechend steigt die Staatsschuldenquote, die in den letzten Jahren kontinuierlich gesunken war, sprunghaft von 79,2 % des BIP 2019 auf ein Rekordniveau von 93,9 % 2020. Sie wird mit 94,6 % 2021 bzw. 94,9 % 2022 auf hohem Niveau – und damit weit über der Maastricht-Obergrenze von 60 % des BIP – verharren. Dank der Niedrigzinspolitik und weiterer krisenbedingter Interventionen der Europäischen Zentralbank ist allerdings – anders als im Gefolge der Finanz- und Wirtschaftskrise 2008/09 – die Schuldentragfähigkeit der europäischen Volkswirtschaften derzeit grundsätzlich nicht bedroht. Dies gilt auch für Österreich, wo laut WIFO-Prognose vom Dezember 2020 nach einem Budgetüberschuss von 0,7 % des BIP 2019 die Neuverschuldung des Staates 2020 auf etwa 10 % steigen und auch 2021 mit etwa 6 % hoch bleiben dürfte. Entsprechend wird sich die Schuldenquote auf über 85 % des BIP erhöhen. Da sich Österreich derzeit zu historisch günstigen Finanzierungskonditionen verschuldet, setzt sich gleichzeitig der längerfristige Trend einer sinkenden Zinsbelastung fort.

Wirtschaftsprognosen für die EU sind aktuell mit außergewöhnlich großer Unsicherheit behaftet. Ein Hauptrisiko ist eine Verschlimmerung der Ausbreitung der COVID-19-Pandemie, die eine Verschärfung der gesundheitspolitischen Restriktionen erfordern und die wirtschaftlichen und sozialen Folgen des COVID-19-Schocks vertiefen würde. Nach dem Auslaufen der staatlichen Hilfsmaßnahmen könnten die EU-Länder mit einer deutlichen Zunahme von Insolvenzen und Langzeitarbeitslosigkeit konfrontiert werden.

Herausforderungen für die EU

Die EU sieht sich 2021 einer Reihe von Herausforderungen gegenüber. Diese stehen einerseits im Zusammenhang mit der gesundheits- und wirtschaftspolitischen Bekämpfung der COVID-19-Pandemie. Unmittelbar ist das breite Ausrollen der Impfungen, die kurz vor Jahresende 2020 begonnen haben, sicherzustellen, als wesentliche Voraussetzung für eine rasche und nachhaltige wirtschaftliche Erholung in der EU. Daneben ist die Umsetzung des vereinbarten einheitlichen Rahmens für COVID-19-bedingte Reisebeschränkungen in der EU auch aus ökonomischer Sicht von Bedeutung. Die Niedrigzinsphase erlaubt es, stark auf ein »Herauswachsen« aus der Verschuldung zu setzen, wiewohl längerfristig die stark gestiegene Verschuldung zurückgeführt werden sollte: erstens, um die Ausgangsposition für etwaige künftige Krisen zu verbessern; zudem kann zweitens ein Wiederanstieg des Zinsniveaus dauerhaft nicht ausgeschlossen werden. Österreich sollte jedenfalls die überfälligen Reformen im öffentlichen Sektor (Föderalismus, Fördersystem etc.) vorantreiben, auch um Spielraum für notwendige Investitionen, etwa in den Klimaschutz, aber auch in den Bereichen Sicherheit und Verteidigung zu schaffen.

Andererseits sind die Maßnahmen zur Umsetzung des europäischen Green Deal und zur Erreichung des jüngst verschärften Klimaziels der EU, die CO₂-Emissionen in der EU bis 2030 um 55 % zu reduzieren, zu forcieren. Dabei spielt der europäische Aufbauplan im Umfang von 1,8 Billionen Euro und hierbei insbesondere das Aufbaupaket NextGenerationEU von 750 Mrd. eine besonders wichtige Rolle. Das EU-Hilfspaket NextGenerationEU kann als historisches EU-Projekt gelten: Es wird durch gemeinsame Schuldenaufnahme durch die EU finanziert, und 390 Mrd. Euro fließen an die ärmeren Mitgliedsländer in Form von nicht-rückzahlbaren Zuschüssen. Das wichtigste Instrument ist die Aufbau- und Resilienzfazilität (RRF) im Umfang von 672,5 Mrd. Euro. 37 % der über die RRF bereitgestellten EU-Mittel sollen von den Mitgliedstaaten für Investitionen in Dekarbonisierung und 20 % für Investitionen in Digitalisierung genutzt werden, um kurzfristige Konjunkturbelebung mit einer längerfristigen nachhaltigkeitsorientierten Transformation zu verbinden.

Kernaussagen

- Der COVID-19-Schock hat in der EU die schwerste Rezession seit ihrem Bestehen ausgelöst.
- Die EU ist 2021 mit einer Reihe von gesundheits-, wirtschafts- und klimapolitischen Herausforderungen konfrontiert.
- Die Niedrigzinsphase erlaubt es, stark auf ein »Herauswachsen« aus der Verschuldung zu setzen, wiewohl langfristig die stark gestiegene Verschuldung zurückgeführt werden sollte.
- Das breite Ausrollen der Impfungen gegen COVID-19 ist eine wesentliche Voraussetzung für eine nachhaltige wirtschaftliche Erholung in der EU.
- Die EU-Hilfsmaßnahmen sind konsequent für die Dekarbonisierung und Digitalisierung der europäischen Volkswirtschaften zu nutzen.

Key messages

- The COVID-19 shock has brought about the worst recession in the EU since its establishment.
- In 2021, the EU faces a number of challenges in the fields of health and the economy as well as political aspects linked to climate change.
- The low-interest phase makes it possible to rely on »growing out« of indebtedness, although the massively risen debt situation should be remedied in the long run.
- The large-scale roll-out of the COVID-19 vaccinations is a significant precondition for a sustainable economic recovery in the EU.
- The EU's aid measures are to be used in a consistent manner for decarbonisation and digitisation of European political economies.

Autoreninformation

Dr. **Margit Schratzenstaller**, geboren 1968, ist Ökonomin und arbeitet seit 2003 im Forschungsbereich »Makroökonomie und Europäische Wirtschaftspolitik« des WIFO. Sie war 2006/2008 sowie 2015/2019 stellvertretende Leiterin. Margit Schratzenstaller ist Mitglied im Österreichischen Fiskalrat und im Vorstand der ÖGfE – Österreichischen Gesellschaft für Europapolitik, Lehrbeauftragte an der Universität Wien, Mitglied im Kuratorium des Europäischen Forum Alpbach und des KDZ – Zentrum für Verwaltungsforschung. Sie arbeitet zu Fragen der (europäischen) Steuer- und Budgetpolitik, EU-Budget, Steuerwettbewerb und Steuerharmonisierung sowie Familienpolitik und Gender Budgeting.

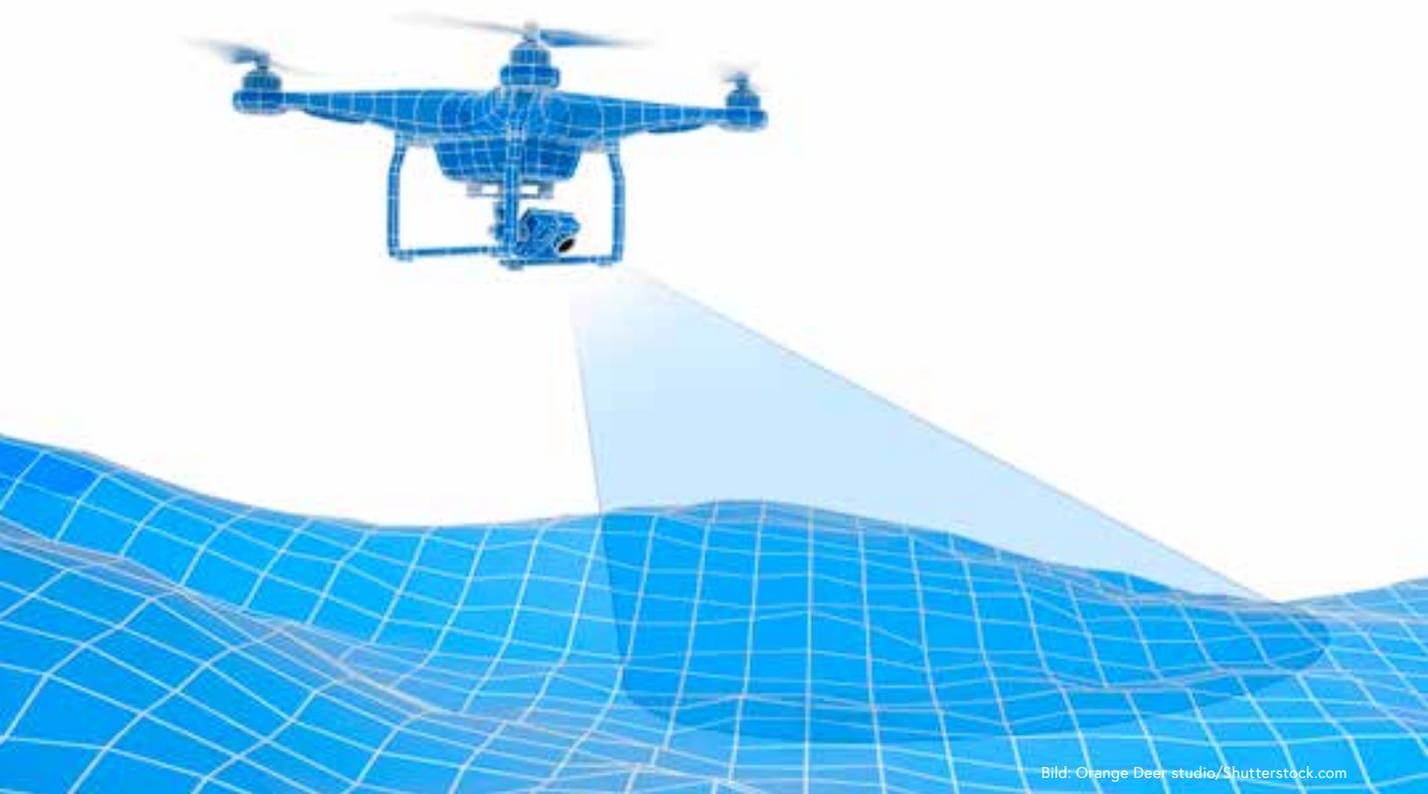


Bild: Orange Deer studio/Shutterstock.com

Drone Wars

Zur zukünftigen Neuausrichtung der Kriegsführung

Autor:
Markus Reisner

Zusammenfassung

Die gewaltsamen Auseinandersetzungen und Unruhen an der Peripherie der Europäischen Union nehmen zu. In Syrien, im Libanon, in Libyen, Marokko, Eritrea, in der Ukraine und in Weißrussland sowie im Südkaukasus herrschen tödliche Konflikte vor oder entstehen gefährliche neue Krisen. Europa ist mit der Eindämmung der COVID-19-Pandemie beschäftigt, während sich neue disruptive technologische Entwicklungen ankündigen. In den Räumen, wo aktuelle Auseinandersetzungen bereits jetzt gewaltsam ausgefochten werden, zeigt sich langsam aber stetig ein nachhaltiger und umfassender Wandel in der Kriegsführung: Die Bedeutung von unbemannten Aufklärungs- und Waffensystemen nimmt rasant zu.

Die ersten Drohnenkriege

Die Ereignisse in Armenien und Aserbaidshjan im September und Oktober 2020 zeigen die neue Realität. Der Krieg der Zukunft wird vor allem mit Drohnen geführt werden. Die Kämpfe in Bergkarabach wurden bereits unter Einsatz einer ganzen Reihe unterschiedlicher Drohnensysteme geführt. So setzte man vor allem sogenannte Loitering-Drohnen (umgangssprachlich auch Kamikaze-Drohnen genannt) vom Typ Harop, Orbiter 1K oder SkyStriker ein. Zusätzlich waren u.a. Medium Altitude High Endurance (MALE)-Drohnen vom Typ Hermes 900 und bewaffnete türkische TB2 Bayraktar-Drohnen (Unmanned Combat Aerial Vehicle –UCAV) im Einsatz. Die von den türkischen TB2 eingesetzten MAM-L Luft-Boden-Raketen waren neben den eingesetzten Loitering-Drohnen für die verheerenden Verluste der Streitkräfte Armeniens bzw. Bergkarabachs verantwortlich. Und es zeigte sich wie zuvor bereits in Libyen, Syrien und in den Kurdengebieten auch hier die Leistungsfähigkeit der türkischen TB2. Es war den armenischen Fliegerabwehrsystemen aufgrund des kleinen Radarquerschnitts der angreifenden Drohnen nicht gelungen, diese zu detektieren. Zusätzlich sorgten unterstützende Störmaßnahmen im elektromagnetischen Feld für das Ausbleiben einer effektiven Luftabwehr.

Im September 2020 spielten Drohnen nicht nur in Bergkarabach eine wichtige Rolle. Anfang September 2020 verkündete ein Sprecher der von den Huthis unterstützten jemenitischen Armee in einer Pressekonferenz, dass es neuerlich gelungen wäre, den saudischen Flughafen von Abha mit weitreichenden eigenen Drohnen anzugreifen. Diese Meldung wirft Licht auf einen Konfliktherd, der von der öffentlichen Berichterstattung gerne vernachlässigt wird. Während amerikanische MALE-Drohnen vom Typ MQ-9 Reaper Jagd auf Al-Qaida-Kämpfer auf jemenitischem Staatsgebiet machen, wehren sich Huthi-Rebellen gegen die Angriffe einer von Saudi-Arabien geführten Koalition, indem sie selbst mit Sprengstoff beladene aus dem Iran angelieferte Drohnen einsetzen. Diese Kampfführung führt immer wieder zu spektakulären Erfolgen. So gelang es im September 2019 in ähnlicher Weise, die bedeutenden Erdölproduktions- und Verteileranlagen Khurais und Abqaiq mitten in der saudischen Wüste anzugreifen. Ein-

schlagige Fachzeitschriften bezeichneten die Folgen als die größte tägliche Unterbrechung der Ölversorgung in der Geschichte der Menschheit. Tatsächlich soll der durch den Ausfall der saudischen Anlagen verursachte Gesamtversorgungsverlust rund 5,7 Mio. Barrel Ölproduktion pro Tag – mehr als die Hälfte der jüngsten Produktion Saudi-Arabiens und rund sechs Prozent des weltweiten Angebots – sowie zwei Mrd. Kubikfuß Gasproduktion pro Tag umfasst haben.

Die »Luftwaffe« nichtstaatlicher Akteure und Terroristen

Die rasanten technischen Entwicklungen der folgenden Jahre führten dazu, dass Mini-Drohnsysteme bald für jedermann nutzbar wurden. Diese neuen Möglichkeiten blieben Terrororganisationen nicht verborgen. Und so war es schließlich der Islamische Staat (IS), der damit begann, im großen Umfang handelsübliche Mini-Drohnen einzusetzen; zuerst vorrangig zur Aufklärung möglicher Angriffsziele für von Selbstmordattentätern gesteuerte fahrende Autobomben. Doch rasch hatte man noch innovativere Ideen entwickelt. So wurden von den IS-Kämpfern erfolgreich kleine Sprengsätze mit handelsüblichen Drohnen abgeworfen, oder man ließ mit Sprengstoff beladene Mini-Drohnen Kamikaze-gleich auf Ziele stürzen. Diese Fähigkeiten sprachen sich rasch herum und führten dazu, dass der Einsatz von leicht zu beschaffenden Drohnensystemen in allen Konfliktregionen zunahm. Aus dem Nahen und Mittleren Osten wanderten diese Taktiken in die Sahelzone, nach Libyen und in die Ukraine. Dem Vorbild des Einsatzes von Mini-Drohnen durch den IS folgten viele andere terroristische Organisationen. So tauchten erste Videos der Taliban auf. Diese filmten ihre spektakulären Anschläge nun praktischerweise mit Mini-Drohnen.

Drohnen ermöglichen es auch nichtstaatlichen Akteuren, über große Entfernung zuzuschlagen. Es ist nur eine Frage der Zeit, bis die erste von Terroristen gesteuerte Drohne Menschenansammlungen (z.B. in einem Fußballstadion) oder kritische Infrastruktur (z.B. ein Umspannwerk) in vermeintlich sicheren Staaten ansteuern wird.

Bedeutung für das Österreichische Bundesheer

Das zukünftige Fähigkeitsportfolio des Österreichischen Bundesheeres muss die dargestellten Entwicklungen mitberücksichtigen. Die bereits eingeführten Systeme stellen dabei eine erste Basis dar. Ausgehend von dieser sind in den nächsten Monaten weitere richtungsweisende Überlegungen anzustellen. Dabei sind die folgenden Fragen zu klären: Wieweit ist das Bundesheer bereit und dazu in der Lage, die laufend durchgeführten technologischen und militärischen Entwicklungs- und Einführungsschritte von unbemannten Systemen und deren Abwehr in seinen Streitkräften umzusetzen? Welche neuen Beschaffungen sind sinnvoll, und in welche Richtung sollen diese gehen? Soll der Einsatz dieser Systeme vorrangig dem Schutz der eingesetzten Soldaten dienen oder ebenfalls die Möglichkeit eines Waffeneinsatzes inkludieren?

Autoreninformation

Oberst des Generalstabdienstes **Markus Reisner**, PhD, geboren 1978, ist Leiter der Entwicklungsabteilung der Theresianischen Militärakademie in Wiener Neustadt. Seine Forschungsschwerpunkte sind der Einsatz und die Zukunft von unbemannten Waffensystemen, sowie historische und aktuelle militärische Themenstellungen. Reisner absolvierte Auslandsaufenthalte und -einsätze in Bosnien und Herzegowina, im Kosovo, in Afghanistan, im Irak, im Tschad, in Zentralafrika und Mali.

Kernaussagen

- Leistungsfähige unbemannte Waffensysteme sind zum Mittel der ersten Wahl in der modernen Kriegsführung geworden.
- Drohnen werden von staatlichen und nichtstaatlichen Akteuren in den für Europas Sicherheit relevanten Konfliktgebieten eingesetzt.
- Drohnen sind ein billiges und effizientes Mittel und können bei richtigem Einsatz strategische Wirkung erzielen.
- Drohnen ermöglichen es nichtstaatlichen Akteuren, über große Entfernung Anschläge zu verüben, und bergen die Gefahr zukünftig von Terrororganisationen für Anschläge verwendet zu werden.

Key messages

- Powerful unmanned weapons systems have become the asset of choice in modern warfare.
- Drones are used by state and non-state actors in conflict areas which are relevant for Europe's security.
- Drones are a cheap and efficient means that may achieve a strategic effect if used in the right way.
- Drones make it possible for non-state actors to launch attacks at large distances, and they entail the danger of being used for terrorist attacks in the future.



Bild: stock vector/Shutterstock.com

Hybride Bedrohungen

Zusammenfassung

Eine vernetzte Welt schafft verstärkt Komplexität und steigert Chancen, Risiken und Bedrohungen. Hybrid agierende Akteure benützen komplexe Bedingungen, um die strategische Zielsetzung, Staaten zu beeinflussen, effizient zu realisieren. Der konzertierte Einsatz etwa von Technologien in Verbindung mit Fake News vor dem Hintergrund von Pandemieauswirkungen haben das Potenzial, kaskadenartig einen hohen Druck auf Regierungen und Gesellschaften auszuüben. Um dies einzudämmen, ist gesamtstaatliche und EU-weite Resilienz gefragter denn je.

Autor:
Anton Dengg

Analyse hybrider Bedrohungen

Beim Einsatz von hybriden Mitteln können je nach erreichtem Effekt drei Phasen unterschieden werden:

1. Schaffung von Voraussetzungen für eine entsprechende Einflussnahme (Spionage, Einschleusen von Schadsoftware in IT-Geräten etc.),
2. Einsatz von nichtmilitärischen Mitteln (wirtschaftliche, diplomatische, informationstechnologische etc.) und
3. Rückgriff auf militärähnliche oder gar militärische Mittel (paramilitärische Kräfte, bewaffnete Kräfte ohne staatliche Hoheitsabzeichen etc.).

Wie in anderen europäischen Staaten sind auch in Österreich Phase eins und zwei von hybriden Bedrohungen erkennbar.

Für eine effiziente Abwehr von hybriden Bedrohungen sind vier Phasen bedeutend: Bewusstseinsbildung, Früherkennung, Bewältigung und Wiederherstellung.

Die Bewusstseinsbildungsphase war vor allem durch die Vorgänge rund um die Ukraine-Krise geprägt. Das gegenwärtig erhöhte Bewusstsein der EU gegenüber hybriden Bedrohungen zeigt sich in über 800 EU-Dokumenten der EU-Kommission, in denen »hybrid threats« thematisiert werden. In Ministertreffen diskutierte man, wie die EU ihre Mitgliedsstaaten in der Wahrnehmung und bei Gegenmaßnahmen entsprechend synergetisch unterstützen kann.

Die Früherkennungsphase stellt nicht nur für die EU eine Herausforderung dar. Gerade in den letzten Jahren waren Staaten und Institutionen durch unzählige sicherheitspolitisch relevante Ereignisse diverser Ausprägungsformen gefordert. Als Beispiele seien genannt: Extremismus, Cyberattacken, der Einfluss wachsender Big-Tech-Konzerne (mit einer enormen Kundenzahl und Marktmacht), Sanktionsmaßnahmen sowie die gegenwärtige COVID-19-Pandemie. Die Früherkennung einer Bedrohung wird erschwert, je komplexer sich sicherheitspolitische Krisensituationen darstellen. Der Cyberangriff auf das österreichische Außenministerium Anfang 2020 ist ein Beispiel dafür.

Der erst Mitte Dezember 2020 zutage getretene Cyberangriff auf unterschiedliche US-Institutionen, bei dem der Angreifer sich nach bisherigen Informationen schon seit Monaten eingeschleust hatte, verdeutlichen die Expertise und Optionen der handelnden Aggressoren. Die USA bezichtigten eine ausländische Regierung als Drahtzieher. Begleitet werden derartige hybride Ansätze von unzähligen Verschwörungstheorien und Falschmeldungen, vorwiegend verteilt über soziale Netzwerke. Ungeachtet eventueller Auswirkungen auf die Glaubwürdigkeit von Entscheidungsträgern sowie von Medien erzeugen Fake News gem. Bernhard Weidenbach in *statista.com* jährlich einen wirtschaftlichen Gesamtschaden in Höhe von 78 Mrd. US-Dollar. Ein Schaden von neun Mrd. Dollar fällt allein auf das Gesundheitswesen. Diese Zahl zeigt die Dimension negativer Folgen von Desinformation. Die Möglichkeiten Künstlicher Intelligenz (KI) stellen auch im Medienbereich eine der größten Herausforderungen für Gesellschaften dar. Mit KI können Meinungen nicht nur manipuliert, sondern auch erzeugt werden. Mit einem ständig erleichterten Zugang zu technologischen Produkten wächst diese Form der hybriden Machtprojektion. Aufgrund der hohen und umfassenden Effizienz von Falschinformationen ist ein vermehrter Einsatz derartiger Machtmittel in den nächsten Jahren zu erwarten.

Krisen – lohnende Multiplikatoren

Pandemische Krisen dienen als Musterbeispiel für hybride Bedrohungsmöglichkeiten. Fake News beispielsweise zu Infektionszahlen, zum angeblichen Ursprung der Pandemie oder zur Wirkung und Verfügbarkeit medizinischer Produkte verstärken in einem hohen Ausmaß gesellschaftspolitische Auswirkungen weltweiter Seuchen. Eine mögliche Verschärfung einer pandemischen Krise durch vernetzte Einflussmöglichkeiten auf gesellschafts- und gesundheitspolitische Prozesse zeigte sich beispielsweise beim Hackerangriff auf die Europäische Arzneimittel-Agentur (EMA) im Dezember 2020. Nach offiziellen Angaben soll auf Dokumente zum Impfstoff gegen das Coronavirus zugegriffen worden sein.

Das globale Wettrennen um Impfstoffe birgt zusätzliche hybride Einflussmöglichkeiten. So sicherten sich z. B. It. Marina Zapf auf Capital.de mehr als die Hälfte der zur Verfügung stehenden Impfserven solche Staaten, die nur 13 Prozent der Weltbevölkerung ausmachen. Es bestünde die Möglichkeit, ein Überangebot an Impfstoffdosen machtpolitisch multipel zu nutzen.

In der EU muss es gelingen, etwaige wirtschaftliche Auswirkungen der COVID-19-Krise möglichst abzufedern. Andernfalls könnten Aggressoren eine diesbezügliche Schwächung mit einer Reihe hybrider Machtprojektionen zum Nachteil der EU ausnutzen.

Technologie – Weichensteller für Fortschritt

Schnellere Internetverbindungen haben einen vielfachen Nutzeffekt. Die 5G-Kommunikationstechnologie ist ein elementarer Teil davon. Das notwendige Know-how dafür beschränkt sich auf eine geringe Anzahl von Anbietern. Eine Prognose der Firma T-Systems zeigt auf ihrer Homepage, dass 2020 weltweit zwei Mrd. Smartphones und ca. 50 Mrd. andere Geräte mit dem Web verbunden waren. Nur eine leistungsfähige 5G-Technologie vermag eine stabile Netzleistung sicherzustellen. Das bedeutet aber auch, dass sich durch entsprechende elektronische Zugänge beträchtliche Wissens- und Einflussfaktoren ergeben. Der Einstieg in dieses neue Technologiezeitalter bedingt allerdings enorm hohe Kosten für den Aufbau und noch höhere bei einem Lieferantenwechsel. Cybersicherheitsfragen wie z. B. jene nach Spionagemöglichkeiten können negative Konsequenzen etwa für heimische Forschungseinrichtungen mit sich ziehen. Sie spielen bei wirtschaftlichen Überlegungen eine entscheidende Rolle. Nicht außer Acht zu lassen sind mögliche Gegenreaktionen von Staaten, deren Firmen bei einem 5G-Anbieterwechsel Aufträge verlieren. Handelsbarrieren oder Sanktionen könnten dabei zum Nachteil der eigenen Gesellschaft geraten. Die im Dezember 2020 aufgetretenen Verwerfungen zwischen China und Australien (Strafzölle, Importverbote, Reisewarnungen, Einsatz von Fake News etc.) geben ansatzweise eine Vorstellung von möglichen Einsätzen hybrider Strategien.

Zur Früherkennung von hybriden Bedrohungen braucht es eine detaillierte Prozessmodellierung über das Wie, ebenso eine Analyse, welche Experten dazu notwendig sind. Und es sind Handlungsoptionen für eine effektive Bewältigungs- und Wiederherstellungsphase auszuarbeiten.

Kernaussagen

- Der Trend zur Zunahme hybrider Bedrohungen hält ungebrochen an und bleibt in den nächsten Jahren ein zentrales sicherheitspolitisches Thema.
- Auch Österreich ist zunehmend hybriden Bedrohungen ausgesetzt.
- Hybride Gegenstrategien sind ausschließlich mit gesamtstaatlichen Ansätzen gemeinsam mit der EU und interdisziplinärer vernetzter Expertise erfolgversprechend.
- Hybriden Bedrohungen zu begegnen heißt nicht nur gesamtstaatlich, sondern auch kooperativ wie kollaborativ zu handeln.

Key messages

- The trend towards an increase in hybrid threats continues unabated and will remain a central security policy issue in the years to come.
- Austria too is increasingly exposed to hybrid threats.
- Hybrid counter-strategies can only be successful if they are based on a nationwide approach together with the EU and a network of interdisciplinary expertise.
- Countering hybrid threats means not only acting by taking a whole-of-government approach, but also acting cooperatively and collaboratively.

Autoreninformation

Oberst Dr. **Anton Dengg**, geboren 1962, ist seit 2004 am Institut für Friedenssicherung und Konfliktmanagement der Landesverteidigungsakademie Wien tätig. Als Leiter des Referats Konflikt- und Bedrohungsbild beschäftigt er sich mit den Forschungsschwerpunkten hybride Bedrohungen und zukünftige technologische Herausforderungen.



Bild: jijomathaidesigners/Shutterstock.com

Cybersicherheit und Cyberverteidigung 2021

Zusammenfassung

Die bereits über Jahre anhaltenden Trends werden sich auch in den kommenden Jahren fortsetzen: äußerst dynamische Entwicklung der Digitaltechnologien, forcierte Digitalisierung und Vernetzung aller Gesellschaftsbereiche, damit einhergehend massive Zunahme der Abhängigkeit vom Funktionieren der IKT-Systeme, von der Verfügbarkeit und Integrität von Netzwerken, Prozessen und Daten, der Anfälligkeit für technische Katastrophen und der Verwundbarkeit durch vorsätzliche Angriffe mit Cyber-Tools und Methoden.

Autor:
Walter Unger

Dem sind auf globaler, europäischer und nationaler Ebene ein Bündel von Maßnahmen sowohl im strategischen als auch im operativen Bereich entgegenzusetzen. An der Spitze stehen die Rechtssetzung und Rechtsdurchsetzung im globalen Maßstab durch politische und diplomatische Verhandlungen. Die Einrichtung globaler Instanzen und die Sanktionierung unkooperativen Verhaltens sind dringend erforderlich.

Dynamische Entwicklung der Cyberbedrohung

Die rasant fortschreitende Digitalisierung aller Lebensbereiche hat durch die Pandemie zusätzlich Tempo aufgenommen. Behörden und Unternehmen sind gezwungen, Produktion und Dienstleistungen trotz zeitweiser Isolation von Teilen des Schlüsselpersonals und der Belegschaft zu organisieren. Diese Maßnahmen führ(t)en zu einer raschen Ausrollung der IKT-Systeme und zur Etablierung von Home-Office-Modellen auch in sicherheitskritischen Bereichen. Damit sind die Abhängigkeit und die Verwundbarkeit von Unternehmen und Behörden, auch der strategisch bedeutsamen Infrastruktur, potenziell stark angestiegen. Organisationen müssen daher ihre neu ausgerollten Netzwerke und Cloud-Lösungen für die Remote-Arbeit und flexibles Arbeiten optimal absichern, damit ihre Anwendungen und Daten geschützt sind.

Mehr als 70 Prozent der Sicherheitsexperten beobachteten eine Zunahme der Cyber-Bedrohungen seit Beginn der Lockdown-Maßnahmen. Neben den wegen der Aussicht auf rasche und gefahrlose Erlangung finanzieller Beute agierenden Cyberkriminellen attackieren aggressive staatliche Akteure – hierbei werden durchgängig drei Staaten genannt – oder deren Handlanger ungeniert und skrupellos im Cyberraum. Es hat den Anschein, dass Staaten zur Erreichung von politischen Zielen im relativen Frieden bewusst unterhalb der Schwelle bewaffneter Konflikte operieren. Die Unterschiede zu der oft geäußerten Analogie zum Kalten Krieg finden sich in der großen Zahl an Cyber-Akteuren, in den nicht vereinheitlichten Cyber-Allianzen sowie in der wesentlich bedeutsameren Rolle der Industrie.

Cyber-Angriffe von Nationalstaaten werden weiter zunehmen. Als strategische Absichten der Aggressoren sind Machtprojektion und Abschreckung, die Unterminierung und Beeinflussung (westlicher) Demokratien, die Beeinflussung der öffentlichen und globalen Meinung, die Testung und Entwicklung der eigenen Fähigkeiten, (Wirtschafts-)Spionage und Staatskriminalität (zur Erbeutung von Devisen für leere Staatskassen) auszumachen. Als Mittel der hybriden Konfliktaustragung sowie im Vorfeld und während bewaffneter Konflikte werden Cyberattacken, trotz der potenziellen Eskalationsgefahr, bereits im relativen Frieden, in Spannungsfällen sowie als Begleitung von und in militärischen Auseinandersetzungen im Cyberraum ausgetragen.

Ein beunruhigendes Szenario wäre ein Cyber-Blitzkrieg: Die zeitgleiche Durchführung mehrerer feindlicher Cyberangriffe über militärische und nicht-militärische Sektoren hinweg auf die staatlichen, finanziellen und industriellen Systeme der strategischen Infrastruktur. Kleine Staaten, insbesondere jene, die nicht durch den Schutzschirm eines Bündnisses geschützt werden, könnten – angesichts der Schwierigkeiten bei der Verteidigung gegen solche Angriffe und der Unwahrscheinlichkeit von Vergeltungsmaßnahmen – vorrangig ins Visier von Aggressoren geraten.

Cyberverteidigung und Cybersicherheit

Der globalen Cyberbedrohung muss auch im globalen Maßstab entgegengetreten werden. Es ist daher das internationale Recht auf den Cyberraum umzulegen und anzupassen. Die Ächtung von Cyberwaffen, der Schutz von auch in Kriegsfällen nicht anzugreifender Ziele, die Zusammenarbeit bei der Verfolgung Krimineller und Kontroll- und Sanktionsmechanismen sind wesentliche Punkte, die auf Ebene der UNO ausgehandelt werden sollten.

Da aufgrund gravierender Meinungsunterschiede wesentlicher Akteure nicht davon auszugehen ist, dass schon im kommenden Jahr Durchbrüche erzielt werden, sollten die auf europäischer Ebene laufenden Initiativen zur Erhöhung der Cybersicherheit und zum Aufbau

von Cyberverteidigungsfähigkeiten mit hoher Priorität fortgeführt werden. Die Anstrengungen zur Erreichung der digitalen Souveränität und strategischen Autonomie sollten intensiviert werden. Dazu zählen Maßnahmen zur Stärkung der Fähigkeit, autonome Entscheidungen zu Technologien zu treffen, und widerstandsfähige, sichere Infrastrukturen, Produkte und Dienste. Damit kann das erforderliche Vertrauen der Bürger in den digitalen Binnenmarkt und innerhalb der europäischen Gesellschaft aufgebaut und der Grundwertebestand der Europäischen Union, insbesondere die Privatsphäre, Sicherheit, Gleichberechtigung, die Menschenwürde, Rechtsstaatlichkeit sowie das offene Internet gestärkt werden.

Zahlreiche Maßnahmen wie die Forcierung der Forschung, der Aufbau europäischer Strukturen, die Bereitstellung von Risikokapital, die Ausbildung und Gewinnung von hochqualifiziertem Personal und die Vertiefung der sicherheitspolizeilichen und militärischen Kooperation sind unabdingbar. Schließlich muss zur Erzielung einer Abhalte-wirkung eine effektive Cyberverteidigung auch mit offensiven Wirk-mitteln aufgebaut werden. Beispielsweise spricht das United States Cyber Command von »dauerhaftem Engagement« und »Vorwärts-verteidigung« im Cyberraum. Mit der zusätzlichen Androhung von Hard Power könnte eine wirksame Abschreckung erreicht werden.

Für kleine Staaten stellt sich die Frage, wie die Kosten für Aggres-soren – sowohl operativ als auch finanziell – erhöht werden können. Hierzu zählt die Sicherung der nationalen strategischen Infrastruk-tur, insbesondere die für die militärische Landesverteidigung und die innere Sicherheit. Operativ entscheidend sind die Sicherstellung eines aktuellen Bedrohungsbildes, die Automatisierung von Früherkennung und Alarmierung sowie der Bedrohungsabwehr an allen Punkten der kritischen Netzwerke sowie der Aufbau nationaler Fähigkeiten, offen-siv gegen Angriffe vorzugehen.

Kernaussagen

- Infolge Digitalisierung und Vernetzung nimmt die Abhängigkeit vom Funktionieren der IKT-Systeme massiv zu.
- Cyber-Angriffe von Nationalstaaten zur Erreichung politischer Ziele im relativen Frieden bewusst unterhalb der Schwelle bewaffneter Konflikte werden weiter zunehmen.
- Die Anstrengungen zur Erreichung digitaler Souveränität und strategischer Autonomie sollten auf europäischer Ebene intensiviert werden.
- Kleinstaaten müssen Maßnahmen zur Erhöhung der Kosten für Aggressoren treffen.

Key messages

- The dependence on functioning ICT systems is massively increasing due to digitalisation and cross-linking.
- Cyberattacks conducted wilfully by nation states with the purpose to achieve political goals in relative peace below the threshold of armed conflict will continue to increase.
- The efforts to achieve digital sovereignty and strategic autonomy should be intensified at the European level.
- Small states must take measures to increase the costs for potential aggressors.

Autoreninformation

Oberst des Generalstabdienstes Mag. **Walter Unger**, geboren 1959, ist Leiter der Abteilung Cyber Defence & IKT-Sicherheit im Abwehramt des Österreichischen Bundesheeres. Derzeit wirkt er u. a. an der Entwicklung der österreichischen Cyber-Strategie 2.0 und bei der Neuausrichtung der Cyberverteidigung mit.



Bild: Sergey Ryzhov/Shutterstock.com

Internationale sicherheitspolitische Kooperationen

Autoren:
Matteo Natlacen
Peter Vorhofer

Zusammenfassung

Die COVID-19-Pandemie hat gezeigt, dass Staaten in Krisenzeiten nach wie vor nationale Interessen und Entscheidungsprozesse über internationale Kooperationen stellen. Daran wird sich auch im Jahr 2021 nichts ändern. Dennoch bietet die Rückkehr zu den gewohnten Abläufen die Möglichkeit, eine Profilschärfung vorzunehmen, vor allem auf europäischer Ebene. Ob diese Möglichkeit wahrgenommen werden wird, hängt stark von der strategischen Relevanz der jeweiligen Projekte für die teilnehmenden Staaten ab. Jedoch können sicherheitspolitische Kooperationen entscheidende Vorteile bringen.

Sicherheitspolitische Kooperationen am Scheideweg

Historisch bedingt haben wir in den letzten 75 Jahren einen Trend der Institutionalisierung sicherheitspolitischer Kooperationen erlebt. Wurden von der Antike bis zum Zweiten Weltkrieg Allianzen meist ad hoc, im Angesicht einer konkreten Gefahr geschlossen, so sehen wir heute eine Vielzahl an Organisationen, die zumindest eine sicherheitspolitische Komponente besitzen, ohne Teil eines kalten oder

aktiven Konflikts zu sein. Die langfristigen Auswirkungen dieser Entwicklung bleiben offen; das Jahr 2021 bringt jedoch in gewisser Weise einen Scheideweg. Nach einer temporären Reduktion der Kooperationen auf ein operatives Minimum bietet das Wiederaufleben internationaler Projekte die Möglichkeit, den zukünftigen Weg nachhaltig neu zu definieren.

Organisationen wie die NATO oder die EU betonten in den letzten Monaten vermehrt ihre Bedeutung beim Erhalt der Sicherheit in Europa und darüber hinaus, gerade in Zeiten erhöhter Volatilität. Mit Schlagwörtern wie Resilienz und Einbindung der Zivilgesellschaft wird versucht, den Führungsanspruch in der Sicherheitspolitik zu erlangen. Gleichzeitig scheinen auch Nationalstaaten erkannt zu haben, dass sie von einem gestärkten Multilateralismus profitieren können. Das von Deutschland, Slowenien und Portugal gemeinsam erarbeitete Programm für die jeweiligen EU-Ratspräsidentschaften, die unter anderem das gesamte Jahr 2021 umfassen, unterstreicht die Notwendigkeit einer starken EU in einer multilateralen Welt. Diese Stärke bezieht sich sicherlich auch auf sicherheitspolitische Kooperationen. Der Erfolg gemeinsamer Projekte hängt aber immer vom Nutzen für die einzelnen Teilnehmer ab.

PESCO

In diesem Sinne ist die Ständige Strukturierte Zusammenarbeit, auch bekannt als PESCO, ein wichtiges Format für sicherheitspolitische Kooperationen. Im Rahmen der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik können Staaten sich je nach dem nationalen Bedarf an diversen Projekten beteiligen. Österreich leitet gegenwärtig das Projekt Chemical, Biological, Radiological and Nuclear (CBRN) Surveillance as a Service, und es ist an den Projekten Military Mobility, GeoMETOC Support Coordination Element, Deployable Military Disaster Relief Capability Package, EU Radionavigation Solution und Cyber and Information Domain Coordination Centre (CIDCC) beteiligt. Zusätzlich wird Österreich 2021 voraussichtlich am Projekt EUFOR Crisis Response Operation Core teilnehmen.

Bi- oder multilaterale Kooperationen

Die meisten sicherheitspolitischen Kooperationen finden aber nach wie vor außerhalb des PESCO-Rahmens statt. So schließt das Bundesheer jährlich diverse Zusammenarbeitsprogramme für den Zeitraum eines Jahres mit internationalen Partnern ab, in denen zum Beispiel Ausbildungskooperationen oder die gemeinsame Beschaffung von Rüstungsgütern vereinbart werden. Ziel dieser Programme ist es stets, die Interessen verschiedener Akteure zusammenzubringen und so einen positiven Mehrwert für alle Beteiligten zu schaffen. Im Idealfall können so Ressourcen eingespart und Fähigkeitslücken geschlossen werden.

Besonders hervorzuheben sind aus österreichischer Sicht hier die Kooperation im sogenannten D-A-CH-Format mit Deutschland und der Schweiz, die Zusammenarbeit in der Westbalkan-Initiative sowie die Central European Defence Cooperation (CEDC). Diese Partnerschaften leisten einen entscheidenden Beitrag zur Sicherung des österreichischen Luftraums sowie zur Aufrechterhaltung und Erweiterung des strategischen Handlungsspielraums in der unmittelbaren Nachbarschaft Österreichs, und sie sichern den fachlichen Austausch mit wichtigen Partnern.

Bei sicherheitspolitischen Kooperationen bedeutet „mehr“ nicht unbedingt „besser“. Zwar ist eine Integration auch in Fragen der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik wünschenswert, doch dabei sollte der Mehrwert für den einzelnen Teilnehmer im Auge behalten werden. Gleichzeitig bedarf es einer gewissen Flexibilität in der Interpretation dieses Mehrwerts. So ergibt sich zum Beispiel aus der Westbalkaninitiative kein finanzieller Benefit für Österreich, die Ausgaben müssen allerdings als Investition in die regionale Stabilität sowie in den Einfluss Österreichs dort gesehen werden.

Ausblick auf 2021

Die COVID-19-Pandemie hat gezeigt, dass Sicherheitspolitik in einer globalisierten Welt auch globale Antworten braucht. Die Bedeutung von Kooperationen ist unbestreitbar. Der Erfolg dieser Kooperationen hängt jedoch stark von deren Fähigkeiten ab, einen Mehrwert für alle Beteiligten zu generieren. Konkret bedeutet das für das Jahr 2021, dass Staaten beim Wiederaufleben internationaler Kooperationen strategisch handeln müssen, um Chancen für Kooperationen zu erkennen, anstatt voreilig an Vorhaben mit kurzfristigen Vorteilen teilzunehmen. Es bedarf also einer Kooperationsstrategie, die den eigenen Bedarf mit jenem der internationalen Partner vergleicht und so ein sicherheitspolitisches Plussummenspiel ermöglicht.

Autoreninformation

Matteo Natlacen, M.A.I.S., geboren 1996, ist Verwaltungspraktikant und Länderbearbeiter in der Abteilung Militärdiplomatie im Bundesministerium für Landesverteidigung. Davor war er als Gastforscher am Institut für Friedenssicherung und Konfliktmanagement an der Landesverteidigungsakademie Wien tätig. Er hat einen Bachelor of Arts in Geschichte vom University College London und einen Master in Advanced International Studies der Diplomatischen Akademie Wien.

Brigadier Ing. Dr. **Peter Vorhofer**, geboren 1967, ist seit 2009 Leiter der Abteilung Militärdiplomatie im Bundesministerium für Landesverteidigung. Seit 2020 ist er stellvertretender Leiter der Direktion für Sicherheitspolitik. Vor seiner Tätigkeit in der Militärdiplomatie war er sicherheitspolitischer Berater des Bundesministers, leitete das Institut für militärische Führung der Militärakademie und hatte führende Positionen bei EUFOR ALTHEA in Bosnien und Herzegowina inne. Er hält ein Doktorat in Politikwissenschaften der Universität Wien.

Kernaussagen

- Internationale sicherheitspolitische Zusammenarbeit generiert einen Mehrwert für die Sicherheitsvorsorge von Kooperationspartnern.
- Österreich und sein Bundesheer haben ein breites sicherheitspolitisches Kooperationsportfolio.
- Die COVID-19-Pandemie hat gezeigt, dass Staaten in Krisenzeiten nationale Interessen und Entscheidungsprozesse über internationale Zusammenarbeit stellen.
- Ob das Jahr 2021 auch in der Sicherheitspolitik eine Kehrtwende in Richtung verstärkter und vor allem fruchtbarer Kooperationen bringen wird, hängt maßgeblich davon ab, ob Staaten die Zusammenarbeit als Plussummenspiel verstehen.

Key messages

- International security cooperation generates an added value for the security provision of cooperation partners.
- Austria and its armed forces have a broad security policy cooperation portfolio.
- The COVID-19 pandemic has shown that in times of crisis states prioritize national interests and decision-making processes over international cooperation.
- Whether the year 2021 will bring about a U-turn in security policy in the direction of increased and, above all, more fruitful cooperation depends largely on whether states understand cooperation as a comparative advantage.



Bild: Julio Lovera/Shutterstock.com

Strategische Lehren aus der Corona-Pandemie

Zusammenfassung

Die Dynamik der Corona-Pandemie war schwer vorstellbar, aber nicht unvorhersehbar. Mit strategischem Weitblick hätte ein höheres Maß an proaktiver Resilienz erreicht werden können. Autoritäre oder fundamentalistische Regime könnten das Wirkungsprinzip der derzeitigen unbeabsichtigten Ausbreitung des Virus in eine vorsätzliche Schädigungshandlung überführen, die westlich-pluralistische Systeme unverhältnismäßig härter trifft als den Aggressor.

Autor:
Wolfgang Peischel

Die strategisch nutzbare Vorwarnzeit

Die Ausbreitung des Corona-Virus hat Europa und die gesamte Welt vor eine Herausforderung bisher schwer vorstellbaren Ausmaßes gestellt, die aber mit Blick auf ihre Eintrittswahrscheinlichkeit nicht so unvorhersehbar war, wie das medial dargestellt wird. Bereits der Bericht zur Risikoanalyse im Bevölkerungsschutz 2012 des Deutschen Bundestages hat ein Szenario beschrieben, das auf der Verbreitung eines neuartigen Erregers basiert. Diesem Szenario wurde der hypothetische, aber mit realistischen Eigenschaften versehene Erreger »Modi-SARS« zugrunde gelegt, weil die natürliche Variante 2003 gezeigt hatte, dass sie unterschiedliche Gesundheitssysteme rasch an ihre Grenzen bringen kann. Am Höhepunkt der ersten von drei Erkrankungswellen hätte es nach der Modellierung rund sechs Millionen an Modi-SARS erkrankte Menschen in Deutschland geben können, wodurch das Gesundheitssystem vor eine kaum bewältigbare Aufgabe gestellt worden wäre. Die strategisch nutzbare Vorwarnzeit hätte also die Entwicklung nationaler sowie europaweit koordinierter Vorkehrungen und Vorgehenspläne durchaus erlaubt.

Eine Gefährdung als Muster für eine strategische Bedrohung

Bedrohungen durch nukleare oder biologische Einsatzmittel gelten als »irrational« und deshalb als höchst unwahrscheinlich. Nunmehr zeigen aber die Erfahrungen aus der Corona-Krise, welche katastrophale Wirkung erzielt werden könnte, wenn ein strategischer Akteur das aus einer solchen Epidemie erwachsende Gefährdungspotenzial – im Gegensatz zur derzeitigen unbeabsichtigten Ausbreitung – vorsätzlich, d. h. im Sinn einer Bedrohung freisetzen würde. Gelänge es einem solchen Akteur, die Schadensfolgen für ihn selbst deutlich geringer zu halten als für den Gegner, entfielen auch das Argument der »Irrationalität« eines solchen Ansatzes, aus dem sich zuvor die beurteilte geringe Eintrittswahrscheinlichkeit ableiten ließ. Nicht vom europäischen Werteverständnis geleitete strategische Akteure wie z. B. autokratische oder fundamentalistische Systeme, die sich

durch eine weniger verwundbare Wirtschaft und eine geringere Wertschätzung gegenüber dem Individuum auszeichnen, könnten die fatale »Lehre« ziehen, dass durch die (hypothetische) Entwicklung und Freisetzung eines solchen Virus pluralistisch-demokratische Staaten wirkungsvoll in die wirtschaftliche und soziale Dauerkrise gestürzt werden könnten.

Wertewandel und Strategiedefizit

Ein wesentlicher Grund für die hinsichtlich der Strategiefähigkeit gegebene Asymmetrie zwischen den »verwundbaren« westlich-pluralistischen Demokratien und autoritär verfassten bzw. fundamentalistischen Systemen könnte in der progressiven postmodernen Werteentwicklung zu finden sein, die insbesondere Europa vor ein Paradoxon stellt. Die Pandemie und die sich aus ihr entwickelnde Schadensdynamik zeigt, dass die demokratischen Freiheiten, die über die Aufklärung mühevoll erkämpft worden sind, jetzt ihrer eigenen effektiven Verteidigung im Wege zu stehen scheinen. Wo autoritäre Systeme mit einer vergleichsweise geringeren langfristigen Schadensbelastung durchkommen, dürften gerade die Werte, für die Europa steht, eine Eindämmung der Ausbreitungsdynamik und die Begrenzung der Dauer der Schadenswirkung behindern.

Da diese Hypothese natürlich nicht dazu führen darf, die europäischen Grundrechte und Werte in Frage zu stellen, könnte eine Lösung in einer alle Schichten umfassenden, erweiterten humanistischen Allgemeinbildung liegen. Ziel ist, Werte bewusst zu machen, den Willen zu deren Verteidigung zu fördern und die Menschen dazu zu bewegen, die im Hinblick auf die langfristige Sicherheit des Staates notwendigen Einschränkungen im Jetzt in Kauf zu nehmen, um so die Voraussetzung für die Überwindung derzeit bestehender systemischer Strategiedefizite zu schaffen.

Verschwimmende Grenzen zwischen Gefährdung und Bedrohung

Weil die Wirkung einer »absichtslosen« Gefährdung als Muster für eine gezielte, kaum zurechenbare strategische Bedrohung genutzt werden könnte, wird es zunehmend schwieriger, zwischen beiden zu unterscheiden. Strategische Führung steht damit vor der zweiseitigen Herausforderung, Vorkehrungen für den Fall zu treffen, dass ein tatsächliches Bedrohungsmoment spät erkannt wird, dadurch aber keine unbeabsichtigte Eskalation auszulösen.

Europas transatlantische Bindung

Indirekt sollte sich aus der Erkenntnis, dass eine einseitige wirtschaftliche Abhängigkeit von China (z. B. im Bereich von Arzneimitteln) spätestens dann nachteilig auf die Resilienz Europas einwirkt, wenn die Volksrepublik selbst durch eine Epidemie gelähmt ist, eine gewisse Sensibilität für die Bedeutung der transatlantischen Bindung Europas entwickeln. Europa sollte erkennen, dass der mit dem Seidenstraßenprojekt in Aussicht gestellte größte Binnenmarkt der Erde zu einer zumindest als solcher wahrgenommenen Marginalisierung der USA führen könnte, damit zu einer abnehmenden Bereitschaft, die erweiterte Abschreckung aufrecht zu erhalten bzw. das Rückgrat für eine konventionelle kollektive Verteidigung Europas zu bilden, und letztlich zu einer erhöhten Wahrscheinlichkeit einer militärischen Auseinandersetzung zwischen China und den USA.

Kernaussagen

- Der strategische Planungshorizont sollte durch Szenarienanalysen, aber vor allem auch durch Rückgriff auf wissenschaftliche Studien und Prognosen deutlich erweitert werden.
- Es erweist sich die Notwendigkeit eines »gesamtstaatlichen Lagebildes/-zentrums«, das strategisch, präventiv, langfristig sowie die innere und äußere Sicherheit verknüpfend angelegt ist und damit keine Duplizierung des operativ-reaktiven Krisenmanagements im Rahmen des Staatlichen Krisen- und Katastrophenschutzmanagements darstellt.
- Die strategische Vorausplanung sollte Antworten auch auf ein spät erkanntes Bedrohungsmoment von Schadensereignissen bereithalten, ohne damit unbeabsichtigt eine Eskalation auszulösen.
- Über eine erweiterte humanistische Bildung könnte neues Wertebewusstsein geschaffen und dazu beigetragen werden, bestehende Strategiedefizite auszugleichen.
- Die in der Pandemie zutage getretene nachteilige Auswirkung einseitiger wirtschaftlicher Abhängigkeiten auf die eigene Resilienz zeigt die Bedeutung der transatlantischen Bindung.

Key Messages

- The strategic planning horizon should be expanded considerably to include scenario analyses, but especially by relying on scientific studies and projections.
- A national situation picture and joint situation centre is required, to be designed with a strategic, preventive and long-term view and to link both internal and external security aspects. These interministerially coordinated efforts should further prevent duplication within the operational-reactive crisis management in the context of national crisis and disaster relief management.
- Strategic foresight and planning should provide answers to a threat of possible damage or effects, which have been detected at a late stage, without setting off an escalation inadvertently.
- Through an expanded humanistic education, a new conscience of values could be created and contribute to balancing existing strategy deficits.
- The detrimental effects of one-sided economic dependencies on one's own resilience, which have appeared in the course of the pandemic, underline the significance of the transatlantic link.

Autoreninformation

Brigadier Dr. **Wolfgang Peischel**, geboren 1956, ist seit 2009 Chefredakteur der Österreichischen Militärischen Zeitschrift (ÖMZ). Er absolvierte ein Studium der Politikwissenschaft in Wien und einen PhD in Militärwissenschaft an der National University of Public Services in Budapest. Von 2002 bis 2008 war er Leiter der Gruppe Struktur- und Programmplanung im Bundesministerium für Landesverteidigung.



Bild: TheaDesign/Shutterstock.com

Organisierte Kriminalität 2021

Zusammenfassung

Die Organisierte Kriminalität (OK) veränderte in der COVID-19-Pandemie ihr Geschäftsmodell. Die am meisten betroffenen Bereiche sind Cyberkriminalität, die illegale Verbreitung von gefälschten oder minderwertigen medizinischen Gütern und Eigentumskriminalität. Durch die anhaltende Pandemie setzt sich dieser Trend weiter fort. Die wirtschaftlichen Opfer der Pandemie sind lohnenswerte Rekrutierungsziele für die OK.

Autoren:
Dieter Csefan
Christian
Jechoutek

Die Organisierte Kriminalität in Österreich

OK fällt in Österreich unter die Tatbestände der kriminellen Vereinigung (§ 278 StGB) oder der kriminellen Organisation (§ 278a StGB). Die OK verfolgt heute keine starren Strukturen mehr. Es arbeiten Ethnien und OK-Gruppen arbeitsteilig. Das kriminelle Portfolio wird dynamisch der aktuellen Lage angepasst. Man spricht daher auch von polykriminellen Gruppen. Bei der Organisierten Kriminalität in Österreich kann man typisch unterscheiden:

Die italienische Mafia. Ursprünglich bezeichnete der Begriff Mafia kriminelle Organisationen aus Süditalien. Heutzutage werden mittlerweile auch in anderen Ländern kriminelle Organisationen als Mafia bezeichnet – die russische Mafia, die japanische Mafia (Yakuza), die chinesische Mafia (Triaden). Die italienische Mafia ist in allen Kriminalitätsfeldern aktiv. Die Mafia hat sich auch in Österreich festgesetzt. Typische Anknüpfungspunkte sind Gastronomiebetriebe, Hotels sowie Wettbüros. Gewalt kommt in italienischen Mafiakreisen nur selten vor. Unauffälligkeit und Anpassungsfähigkeit stehen im Vordergrund.

Rockerbanden. In den vergangenen Jahren wurde eine Zunahme der Aktivitäten krimineller Rockerbanden beobachtet. Als Rocker werden Mitglieder einer motorradfahrenden Subkultur bezeichnet, die sich oftmals in Vereinen oder Clubs (Motorcycle-Clubs – MCs), organisieren. Die Outlaw Motorcycle Gangs, kurz OMCGs, sind streng hierarchisch organisierte Verbindungen. Die Mitglieder der Rocker-Motorradclubs stehen häufig mit Menschen-, Drogen- und Waffenhandel in Verbindung. Die Motorradclubs versuchen, ihren Einfluss auf legale Geschäfte- und Wirtschaftszweige auszubauen.

Syrische und irakische Tätergruppen befassen sich vorrangig mit Schlepperei. Als Nebengeschäft wird Suchtgifthandel betrieben.

Afghanische Tätergruppen sind mittlerweile im Suchtmittelhandel, in der Schutzgelderpressung und mit Raubüberfällen auf offener Straße

aktiv. Immer wieder gibt es gewalttätige Revierkämpfe, vor allem mit tschetschenischen Gruppierungen.

Organisierte Gruppen aus dem Balkan, die in Österreich aktiv sind, stammen aus Albanien, dem Kosovo, Nordmazedonien, Bosnien und Herzegowina, Slowenien, Kroatien, Serbien und Montenegro. Zu den aktivsten Gruppierungen zählen die beiden montenegrinischen KAVAČ- und ŠKALJARI-Clans. Deren Revier- und Konkurrenzkämpfe erstrecken sich beinahe über ganz Europa und haben bis dato über 70 Opfer gefordert, etwa beim »Wiener Figlmüller-Mord«.

Serbische Tätergruppen sind sehr gut vernetzt. Sie verfügen weltweit über Niederlassungen. Beim Handel mit Heroin, Kokain und Cannabis tun sich die serbischen Tätergruppen durch ihre ausgezeichnete Logistik hervor. Am Balkan sind die Kriminellen gut mit Polizei und Politik vernetzt.

Diebe im Gesetz. Eine spezielle Art von organisierter Kriminalität im Gebiet der ehemaligen Sowjetunion stellt die Bruderschaft der Diebe im Gesetz dar, auch bekannt als Großer Bruder oder Sportsmen. Dieses System beherrscht die gesamte russischsprachige OK und deckt sämtliche Kriminalitätsfelder ab, vom Ladendiebstahl bis hin zur Weitergabe von Massenvernichtungswaffen. Es handelt sich um eine seit mehr als hundert Jahren bestehende Organisation von Berufsverbrechern, die geschworen haben, ihr gesamtes Leben auf die Ausführung von Straftaten auszurichten und andere Kriminelle bei Straftaten zu unterstützen.

COVID-19

Die COVID-19-Pandemie bestimmt auch 2021 die Aktivitäten der OK in Europa und Österreich. Cyberkriminalität bleibt eine der größten Bedrohungen. Die durch die COVID-19-Pandemie verstärkte Abhängigkeit von digitaler Infrastruktur ist eine der Einfallstore für Aktivitäten der OK, z. B. durch Schadsoftware oder Ransomware.

OK-Gruppierungen werden weiterhin die Ängste der Bevölkerung und den Engpass bei medizinischer Ausrüstung nutzen, um gefälschte Test-Kits, Impfstoffe und COVID-19-Medikamente zu handeln. Eine Möglichkeit, aus der Pandemie Profit zu ziehen, ist auch das Verbreiten von Fake News zu angeblichen Arzneimitteln oder Präventivmitteln. Solche betrügerischen Desinformationskampagnen helfen kriminellen Gruppierungen, diese Ware zu verkaufen.

Wirtschaftliche Opfer der Pandemie sind leichter bereit, dubiose Finanzierungsangebote anzunehmen, z. B. Diskotheken und Nachtclubs, die vor der Pleite stehen. Damit unterwandert die OK weiter die Wirtschaft. Die Krise und anhaltende wirtschaftliche Not macht auch junge Menschen anfälliger für Rekrutierungsversuche der OK.

Herausforderungen für die Strafverfolgungsbehörden

Die OK nützt zunehmend kommerzielle Verschlüsselung. Strafverfolgungsbehörden müssen rasch ihre Strategien anpassen, um in diesem Technologiewettbewerb nicht ins Hintertreffen zu geraten.

Überall in Europa besteht Nachholbedarf im Bereich der Vermögensabschöpfung. Nachdem die OK profitorientiert arbeitet, trifft man sie auch am härtesten mit Gewinnabschöpfung. Europaweit liegt diese im einstelligen Prozentbereich. Finanzermittlungen werden durch neue Zahlungssysteme wie Bitcoin immer komplexer.

Die dynamische Veränderung krimineller Portfolios müsste sich auch auf Seiten der Strafverfolgungsbehörden widerspiegeln. Es bedarf multidisziplinärer Teams bzw. Sonderkommissionen, wo die Experten der jeweiligen Fachbereiche eng kooperieren, um ein vollständiges Bild zu erarbeiten. Die Finanzströme sollten dabei im Zentrum der Ermittlungen stehen. Die Justizbehörden sind ebenfalls eng einzubinden.

Kernaussagen

- Die COVID-19-Pandemie wird das Geschäftsmodell der Organisierten Kriminalität auch 2021 bestimmen. Kriminelle Portfolios werden dynamisch angepasst.
- Die Cyberkriminalität wird weiter zunehmen.
- Die zunehmende »gesellschaftliche Digitalisierung« stellt die Strafverfolgungssysteme der EU-Mitgliedstaaten vor enorme Herausforderungen und verlangt einen immer höheren Spezialisierungsgrad.
- Vermögensabschöpfung sollte mehr ins Zentrum der Ermittlungen rücken.

Key messages

- The COVID-19 pandemic will continue to determine the business model of organised crime also in 2021. Criminal portfolios will be dynamically adapted.
- Cybercrime will continue to increase.
- The increasing digitalisation of society is an enormous challenge for the law enforcement systems of the EU member states, and requires an ever-increasing degree of specialisation.
- The recovery of assets is to be placed more into the centre of investigations.

Autoreninformation

Dieter Csefan, MA, geboren 1978, arbeitet als Führungskraft im Bundeskriminalamt in Wien. Nach langjähriger kriminalpolizeilicher Erfahrung und den absolvierten Studien »Polizeiliche Führung« sowie »Strategisches Sicherheitsmanagement« leitet er derzeit die Bekämpfung der nationalen und internationalen organisierten Kriminalität in Österreich.

Mag. **Christian Jechoutek**, geboren 1968, ist seit 2016 österreichischer Verbindungsbeamter bei Europol, der Europäischen Strafverfolgungsbehörde. Er ist der österreichische Koordinator für den EU Policy Cycle und für Österreich in zahlreichen Projekten bei Europol tätig.



Bild: vchal/Shutterstock.com

Herausforderung Blackout

Die nächste Systemkrise in Österreich?

Zusammenfassung

In der Sicherheitspolitischen Jahresvorschau 2020 wurden die Probleme im europäischen Stromversorgungssystem sowie die erwartbaren Folgen eines europaweiten Strom-, Infrastruktur- sowie Versorgungsausfalls (Blackout) beleuchtet. Die getroffenen Aussagen sind unvermindert gültig, so auch, dass binnen der nächsten fünf Jahre mit dem Eintritt eines solchen Ereignisses zu rechnen ist. Dabei geht es nicht um ein konkretes Datum, sondern um die unmittelbare Bedrohung.

Die Coronakrise hat dazu geführt, dass viele Blackout-Vorsorgevorhaben aufgeschoben wurden. Daher gilt weiterhin der Appell für eine ganzheitliche und gesellschaftliche Vorbereitung und Vorsorge auf erwartbare schwerwiegende Versorgungsunterbrechungen infolge eines Blackouts oder durch andere mögliche Ereignisse.

Autor:
Herbert Saurugg

Die Negativspirale setzt sich fort

Während des ersten Corona-Lockdowns führte die gesunkene Wirtschaftsleistung zu einem Stromüberangebot in Europa. Dieses wirkte sich unmittelbar negativ auf die Verfügbarkeit der systemkritischen Momentanreserve aus. Dieses Phänomen wird mit dem weiteren Ausbau von volatilen und dem gleichzeitigen Rückbau von konventionellen Erzeugungsanlagen verstärkt auftreten. Ein erwartbarer Wirtschaftseinbruch in Folge der Coronakrise könnte dies zusätzlich beschleunigen.

Hinzukamen ein erfolgreicher Sabotageangriff auf eine 220-kV-Höchstspannungsleitung in der Schweiz und der Ausfall von mehreren polnischen Kohlekraftwerken in Folge von Extremwetterereignissen Ende Juni 2020.

Zusätzlich mussten durch die Coronakrise wichtige Wartungsarbeiten in französischen Atomkraftwerken aufgeschoben werden. Infolgedessen müssen nun 13 von 57 Reaktoren Ende Februar 2021 vom Netz genommen werden. Eine Strommangellage mit notwendigen Flächenabschaltungen wird nicht ausgeschlossen.

Absehbare Wetterextreme werden die Strominfrastruktur und -produktion weiter unter Stress setzen. Sinkende Flusspegelstände wirken sich nicht nur auf die Stromproduktion von Wasserkraftwerken negativ aus. Auch die Kühlleistung für kalorische Kraftwerke sinkt drastisch.

Bis Ende 2022 werden die letzten sechs deutschen Kernkraftwerke stillgelegt. Hinzu kommen eine Reihe von Kohlekraftwerken mit einer ähnlich hohen Leistungskapazität. Polen will in den nächsten Jahren ebenfalls eine Reihe von Kohlekraftwerken und Frankreich mehrere Atomkraftwerke stilllegen. Geplante Netzprojekte sind oftmals erheblich verzögert. Besonders kritisch sind die fehlenden Speicherkapazitäten, um die volatile Stromerzeugung zu puffern. Die erforderlichen Dimensionen werden deutlich unterschätzt.

Hinzu kommt, dass immer mehr Länder auf Stromimporte setzen wollen und gleichzeitig überall die Kapazitäten heruntergefahren werden. Darüber hinaus müssen bis 2025 70 Prozent der grenzüberschreitenden Stromverbindungen in der EU für den europäischen Stromhandel geöffnet werden. Dies ermöglicht einerseits einen verbesserten Austausch, bedeutet jedoch andererseits auch, dass sich mögliche Störungen viel leichter und schneller ausbreiten können, also ein Blackout begünstigen.

Die europäischen und österreichischen Blackout-Vorsorgemaßnahmen sind unzureichend

Mittlerweile gibt es zahlreiche Aktivitäten zur Blackout-Vorsorge in Österreich. Aus der Gesamtsicht sind die bisher getroffenen Maßnahmen jedoch unzureichend, da diese häufig nur Teilaspekte wie etwa die Notstromversorgung oder einzelne Organisationen betreffen. Die Folgen eines Stromausfalls gehen aber weit darüber hinaus. Es zeigt sich immer wieder: Der Teufel steckt im Detail.

Bei einer längeren Stromabschaltübung eines Bundesheerverbandes wurden zahlreiche bisher kaum beachtete Erfahrungen gemacht, die sich auch in vielen anderen Bereichen negativ auswirken würden. So versagten etwa binnen der ersten zwölf Stunden Notstrombetrieb fünf von sechs Kleinnotstromaggregaten. Die stromabhängigen berührungslosen Armaturen in den Sanitärräumen gaben kein Wasser mehr ab, was auch viele andere Einrichtungen wie Hotels, Raststätten oder Bürogebäude betreffen wird. Trotz funktionierender Wasserversorgung gibt es kein Wasser. Elektronische Zutrittsanlagen verriegelten und konnten nicht umgangen werden.

Auch in anderen kritischen Einrichtungen gibt es ähnlich schwerwiegende Erfahrungen. In einem Krankenhaus wurde festgestellt, dass die Versorgungsreichweite bei Reinigungsmaterialien oder bei der OP-Bekleidung gerade einmal einen Tag reicht. Auch bei anderen kritischen Versorgungsgütern würde bereits nach wenigen Tagen ein nicht beherrschbarer Engpass auftreten und einen Notbetrieb

gefährden. Viele Gesundheitseinrichtungen haben Lebensmittel nur für wenige Tage vorrätig. Zudem gibt es in diesem Bereich zahlreiche transnationale Abhängigkeiten. Ohne funktionierende Versorgung droht rasch ein Chaos, wie das auch bei der Versorgung mit wichtigen Schutzausrüstungsgütern während der Coronakrise zu beobachten war. Dabei hat hier die Logistik noch funktioniert, auch wenn bei einzelnen Gütern kurzfristige Versorgungslücken aufgetreten sind.

Ableitungen

Die Coronakrise hat offengelegt, wovor Experten seit Jahren warnen: Unsere moderne Gesellschaft ist kaum auf weitreichende vernetzte Krisen und Versorgungsunterbrechungen vorbereitet. Es fehlt nicht nur an Schutzausrüstung und realistischen Vorbereitungsmaßnahmen, sondern vor allem an einer alltagstauglichen Sicherheitskommunikation, die über die unmittelbare Krisenbewältigung hinausgeht und immer wieder die notwendigen Präventionsmaßnahmen und die Eigenvorsorge adressiert, um mit unerwarteten Ereignissen und Unsicherheiten besser umgehen zu können. Diese Kluft und die mangelnde Selbstwirksamkeit vieler Menschen führt zu einem zunehmenden Vertrauensverlust in staatliche Strukturen und zu einer wachsenden Polarisierung und Reaktanz.

Sollte es in den kommenden Jahren erwartungsgemäß zu weiteren gravierenden Krisen kommen, könnte dies zu schwerwiegenden sozialen Verwerfungen führen. Um diesen Entwicklungen vorzubeugen, wäre eine offene und ehrliche Sicherheitskommunikation erforderlich: Die Wahrheit ist den Menschen zumutbar. Die erwartbaren Krisen erfordern ein sehr hohes Maß an Selbstwirksamkeit und dezentrale Selbstorganisationsfähigkeit, denn niemand kann Millionen Menschen notversorgen. Soziale Stabilität kann nur bottom-up aufrechterhalten oder wiederaufgebaut werden. Eine adaptierte und gelebte umfassende Landesverteidigung, wie sie in der österreichischen Verfassung verankert ist, könnte hier einen wichtigen Beitrag leisten.

Kernaussagen

- Binnen der nächsten fünf Jahre ist mit einem Blackout zu rechnen.
- Eine weitreichende Versorgungskrise, wie sie etwa nach einem Blackout zu erwarten ist, ist ohne eine selbstwirksame und vorbereitete Bevölkerung sowie vorbereitete Gemeinden nicht beherrschbar.
- Die bisherige Sicherheitskommunikation zur Bewältigung der Coronakrise, aber auch eines möglichen Blackouts ist stark verbesserungswürdig.
- Schlimmer als Unsicherheit ist Scheinsicherheit.

Key messages

- A blackout can be expected in the next five years.
- A far-reaching supply crisis, as it is to be expected after a blackout, cannot be controlled without a self-effective and prepared population and prepared municipalities.
- The crisis communication regarding the Corona crisis and a possible blackout have considerable room for improvement.
- An illusion of security is worse than insecurity.

Autoreninformation

Major a. D. **Herbert Saurugg**, MSc, geboren 1974, ist internationaler Blackout- und Energiewende-Experte, Präsident der Österreichischen Gesellschaft für Krisenvorsorge (GfKV), Autor zahlreicher Fachpublikationen sowie ehemaliger Berufsoffizier des Österreichischen Bundesheeres im Bereich Cyber-Sicherheit.



Bild: Bumble Dee/Shutterstock.com

COVID-19 und das internationale Krisenmanagement

Autor:
Thomas Pillmeier

Zusammenfassung

Insgesamt hat sich gezeigt, dass die Strukturen der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) sowie die Missionen und Operationen der Europäischen Union widerstandsfähig und zur weiteren Aufgabenerfüllung in der Lage waren. Im Allgemeinen hat COVID-19 die langfristigen Bedürfnisse der Staaten in den Krisenregionen der europäischen Peripherie nicht verändert, sondern die bereits bestehenden Herausforderungen verstärkt. Für das Internationale Krisenmanagement (IKM) sind daher die als große Beschleuniger wirkenden geopolitischen Trends und Herausforderungen ausschlaggebend. Neben vordergründig rein militärischen sind dabei auch soziale und gesellschaftliche Fragen zu beachten.

Auswirkungen und Trends

Im operationellen Bereich waren die unmittelbaren Auswirkungen der Pandemie erheblich. Insbesondere die unzureichenden Gesundheitssysteme in den Einsatzräumen und die durch COVID-19 bedingten Einschränkungen der Bewegungsfreiheit stellten das Hauptproblem dar. Die erforderliche physische Distanzierung und die temporäre Rückführung von Personal hatten Einfluss auf die Aktivitäten in den Missionen und Operationen, jedoch keine wesentlichen Folgen für die operativen Ziele. Im Allgemeinen hat COVID-19 die Bedürfnisse der Staaten in den Krisenregionen nicht verändert, sondern die bereits bestehenden Herausforderungen verstärkt.

Unter der Annahme einer Eindämmung der Pandemie ab Mitte 2021 bleibt für das IKM kurzfristig als primäre Herausforderung die Bereitschaft der Staaten, die erforderlichen Kräfte und Mittel dafür zur Verfügung zu stellen. Auch für die Auslandseinsätze des Österreichischen Bundesheeres ist für 2021 nicht zu erwarten, dass sich pandemiebedingt die Situation anders darstellt als in der Vergangenheit. Die Personalgestellung kann im Großen und Ganzen sichergestellt werden. Dies könnte sich jedoch ändern, sollte sich im Laufe des Jahres nicht eine Entspannung der Situation abzeichnen, etwa durch eine Etablierung von klaren COVID-Regelungen und eine erfolgreiche Umsetzung der beginnenden Impfkampagne.

Für Reaktionsmöglichkeiten auf mögliche mittel- und langfristige Auswirkungen – sowohl in den Aufnahmestaaten als auch in den Entsendestaaten – zur Bewältigung potenziell aufkommender sicherheitsrelevanter Herausforderungen sind weitere Detailüberlegungen erforderlich, insbesondere auch hinsichtlich der erkannten Wichtigkeit der Zusammenarbeit zwischen zivilen und militärischen Akteuren auf allen Ebenen.

Die in der Globalstrategie der EU dargestellten Bedrohungen besitzen weiterhin Gültigkeit. Eine Verschärfung dieser Herausforderungen zeichnet sich ab. Diesem generellen Trend wird seitens der EU u. a. durch die Diskussionen im Zusammenhang mit der strategischen

Autonomie der EU und der gemeinsamen Analyse der Bedrohungen und Herausforderungen als Basis für die Erstellung eines strategischen Kompasses Rechnung getragen.

Herausforderungen

Sowohl kurz- als auch langfristig ist und bleibt das zentrale Problem des IKM die Aufbringung der personellen Ressourcen und insbesondere der kritischen Fähigkeiten wie etwa Aufklärung, nachrichtendienstliche Informationsbeschaffung, strategischer Lufttransport, medizinische Versorgung und Evakuierung. Auch hier kann bei einem längeren Anhalten der COVID-Krise mit einer Verschärfung der Situation gerechnet werden. Zusätzlich können die erkennbaren weiteren Problemfelder – wirtschaftliche Folgen, Zunahme sozialer Ungleichheit, hybride Bedrohungen, Bedeutungsgewinn Sozialer Medien, Beschränkungen der Pressefreiheit, Anstieg von Fundamentalismus und Extremismus, psychologische Auswirkungen, gesellschaftliche Dynamik und nicht zuletzt geopolitische Faktoren – bei Fortdauer der Pandemie eine zusätzliche Beschleunigung erfahren.

Militärische Aufgaben und Problemlösungen

Es hat sich gezeigt, dass Streitkräfte ein wesentlicher Bestandteil der Reaktion auf COVID-19 sind. Der Rückgriff auf militärische Ausrüstung und Personal war in vielen Ländern unbedingt erforderlich. Dies hat jedoch Auswirkungen auf die Fähigkeit der Streitkräfte zur Erfüllung ihrer Kernaufgaben. Diese wichtige Schutz- und Hilfsfunktion des Militärs bei Krisen außergewöhnlichen Umfangs steht nun in Konkurrenz zu weiterhin bestehenden Verpflichtungen im Bereich des IKM. Unverändert sind »Boots on the ground« bei den weltweiten Krisenherden gefragt.

Neben den zunehmenden geopolitischen Herausforderungen, technischen Innovationen und Änderungen unterworfenen Einsatz- und

Kampfverfahren ist auch die soziale Dimension beim Militär bedeutsam. Die vielen sozial bedingten Bedrohungen, verstärkt durch Auswirkungen der Pandemie, sind eine zusätzliche Herausforderung für die gesamte Gesellschaft, die Streitkräfte als Teil davon und somit auch für das IKM. Entscheidend für Streitkräfte könnte eine Ausgewogenheit zwischen der Nutzung neuer Technologien, der Aufrechterhaltung der Kernkompetenz für Einsätze in Krisenregionen und zur klassischen Landesverteidigung sowie der Unterstützung bei der gesamtstaatlichen Krisenbewältigung sein. Vor diesen Herausforderungen stehen die Streitkräfte aktuell und kurzfristig, sie müssen dies insbesondere für die zukünftige Streitkräfteplanung und die dieser zugrundeliegenden Szenarien berücksichtigen.

Die Bekämpfung wachsender gemeinsamer Bedrohungen und die Sicherstellung eines effizienten Krisenmanagements werden gemeinsames Handeln, Geschlossenheit, Widerstandsfähigkeit, Solidarität und sehr viel Geld erfordern. Die aktuelle Erstellung des Strategischen Kompasses für die Ziele und Interessen der EU im Bereich Sicherheit und Verteidigung bietet die Chance, konkrete Schritte einzuleiten. Neben vielen anderen Maßnahmen sollten wir uns für eine verstärkte Verteidigungskooperation auf europäischer Ebene und den Aufbau kollektiver europäischer Fähigkeiten entscheiden. Debatten über Konzepte und Terminologien werden uns nicht weiterbringen.

Autoreninformation

Oberst **Thomas Pillmeier**, geboren 1962, ist Referent im Bereich Internationales Krisenmanagement der Abteilung Verteidigungspolitik im Bundesministerium für Landesverteidigung. Ab 2002 war er GSVP-Referent in der Abteilung Militärpolitik mit zwei mehrjährigen Verwendungen in Brüssel. Er machte Auslandseinsätze in Zypern und wurde als Verbindungsoffizier im britischen Verteidigungsministerium während des britischen EU-Ratsvorsitzes 2005 eingesetzt.

Kernaussagen

- Beim Internationalen Krisenmanagement haben sich die bereits bestehenden langfristigen Herausforderungen in den Krisenregionen verstärkt.
- Die geopolitischen Trends sind der entscheidende Faktor für die Konfliktentwicklung.
- Es bedarf eines stärkeren Fokus auf soziale und gesellschaftliche Auswirkungen und Einflüsse der COVID-19-Pandemie.
- Neben militärischen sind beim Krisenmanagement auch soziale und gesellschaftliche Fragen zu beachten.
- Die Kooperation im Bereich Sicherheit und Verteidigung ist auf Unionsebene weiter zu vertiefen.

Key messages

- The already existing long-term challenges for international crisis management have intensified in crisis regions.
- The geopolitical trends are the decisive factor for conflict development.
- A stronger focus on social and society-related impacts and effects of the COVID-19 pandemic is required.
- In addition to military issues, also social and society-related matters are to be taken into account when it comes to crisis management.
- Cooperation in the fields of security and defence is to be expanded further at Union level.



Bild: Tero Vesalainen/Shutterstock.com

Liegt Sicherheit im Trend?

Zusammenfassung

Die Bevölkerung misst einzelnen Bedrohungsszenarien wesentlich geringere Bedeutung bei, als die ExpertInnen. Ebenso ist der Trend der Entsolidarisierung verstärkt bemerkbar und wird sich ohne wesentliche Änderung der sicherheitspolitischen Kommunikationsmaßnahmen weiter verstärken. Diese Schieflage kann ihrerseits zu einer veritablen Sicherheitsbedrohung mutieren, der durch adäquate Informationsvermittlung von Seiten politischer EntscheidungsträgerInnen sowie der Behörden entschieden entgegengetreten werden muss.

Autoren:
Wolfgang H. Prinz
Stefan Rakowsky

Bedrohungswahrnehmung der Bevölkerung

Während im Juli 2019 noch 15 Prozent der österreichischen Bevölkerung die weltweite Sicherheitslage als sehr sicher oder eher sicher einschätzten, sind es im Juli 2020 nur mehr elf Prozent, die dieser Meinung sind. Männliche Befragte stufen die Lage dabei als sicherer ein.

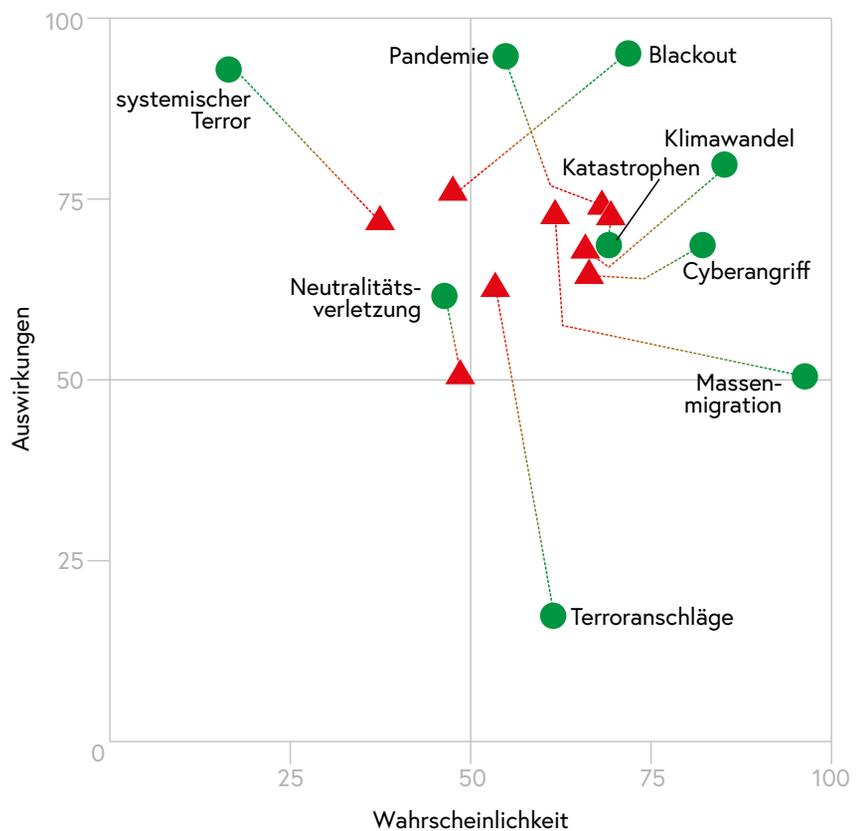
Die Sicherheit der Republik Österreich wird höher eingeschätzt. 66 Prozent der Bevölkerung sind 2020 der Meinung, dass die Lage in Österreich sehr sicher oder eher sicher ist. Damit sank dieser Anteil jedoch im Vergleich zum Vorjahr um zehn Prozent. Noch höher wird das persönliche Sicherheitsempfinden eingeschätzt. So fühlen sich 2020 71 Prozent der Bevölkerung sehr sicher oder eher sicher (Männer 75, Frauen 67 Prozent), und auch hier ist ein Rückgang im Vergleich zu 2019 von zehn Prozent evident.

Erläuterungen:

- ▲ Beurteilung einer Bedrohung gem. Risikobild 2020
- Beurteilung einer Bedrohung durch die Bevölkerung

Strichlierte Linien verbinden jeweils die Beurteilung einer Bedrohung gem. Risikobild 2020 mit der entsprechenden Beurteilung der Bevölkerung.

Befragung:
Juni 2020, N = 1000
Demox Research



Verhältnis zur Europäischen Union

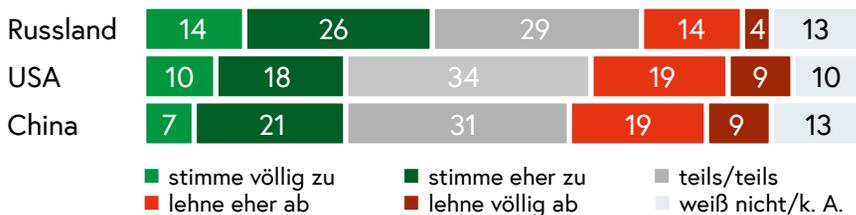
Die gemeinsame europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik stößt mehrheitlich auf Zustimmung, ebenso wie die Forderung, dass die EU als eigenständiger verteidigungs- und sicherheitspolitischer Akteur auftreten und sich Österreich sicherheits- und verteidigungspolitisch vorrangig gemeinsam mit den Staaten der EU engagieren soll. Mehr als ein Drittel der Befragten spricht sich dafür aus, dass die EU eine gemeinsame europäische Armee haben sollte.

Das Bekenntnis der österreichischen Bevölkerung zur EU hat sich allerdings, zumindest in Fragen der Sicherheitspolitik, im Jahresvergleich verringert. Nahezu gleichgeblieben ist dagegen die Zustimmung zur Neutralität. Dieser Trend der Entsolidarisierung ist nicht nur bei sicherheitspolitischen Themen evident, sondern betrifft auch andere Lebensbereiche, etwa Gesundheit oder Finanzen.

Verhältnis zu anderen sicherheitspolitisch relevanten Staaten

Die österreichische Bevölkerung hat eine differenzierte Sicht auf sicherheitspolitisch relevante Staaten.

**Frage: Die Außen- und Sicherheitspolitik von ...
ist keine Bedrohung für die Sicherheit Österreichs**
(Angaben in Prozent)



Die geringste Bedrohung wird im Juli 2020 Russland zugesprochen, wobei die Werte im Jahresvergleich 2019/2020 relativ stabil sind. 19 Prozent sind der Meinung, Österreich sollte seine Wirtschaftsbeziehungen zu Russland einschränken, ebenso viele meinen, das Vorgehen Russlands in Syrien bedroht die Sicherheit Österreichs, und 15 Prozent sehen die Sicherheit Österreichs durch Russlands Vorgehen in der Ukraine bedroht.

Immerhin 20 Prozent der österreichischen Bevölkerung sind dafür, die wirtschaftlichen Beziehungen zu den USA einzuschränken, und nur neun Prozent halten die USA für einen zuverlässigen Partner. Knapp ein Viertel der Befragten spricht sich für eine Einbindung der USA in die Verteidigung Europas aus.

China wird von 18 Prozent der Befragten als zuverlässiger Partner anerkannt, und 28 Prozent sind der Meinung, dass die Außen- und Sicherheitspolitik Chinas keine Bedrohung für die Sicherheit Österreichs darstellt. Ein Viertel der Befragten meint, Österreich sollte seine wirtschaftlichen Beziehungen zu China einschränken.

Polarisierung und Fragmentierung der Gesellschaft

Durch die Pandemie kam es im Frühjahr zu einem schlagartigen Anstieg der Arbeitslosigkeit in Österreich. Teile der Arbeitstätigen mussten und müssen weiterhin Kurzarbeit versehen und dadurch Gehaltseinbußen hinnehmen. Die zukünftigen Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt sind nur schwer abschätzbar. Dazu kommt das mittlerweile geringe Commitment bei der Bekämpfung der Pandemie, das bei Teilen der Bevölkerung zumindest zu Unverständnis führt. Bei den betroffenen Personen (Arbeitslosen oder etwa Personen, die Testung oder Impfung ablehnen) kam und kommt es dadurch neben der Exklusion aus zahlreichen Lebensbereichen auch zu einer Beeinträchtigung der Lebensqualität. Die Zunahme von Ziel- und Ressourcenkonflikten führt zu einer Gefahr der Polarisierung mit potenziellen Spannungen in der Gesellschaft.

Bedrohungsperzeption

Der Rückgang des allgemeinen Sicherheitsgefühls der Bevölkerung kann sich auch 2021 fortsetzen. Dies ist vor allem auf die Unsicherheiten im Hinblick auf die Entwicklung von COVID-19 sowie die latente Terrorbedrohung zurückzuführen. Hier ist vonseiten der politischen EntscheidungsträgerInnen entschiedenes Handeln mit Augenmaß gefordert, damit das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung nicht weiter abnimmt.

Die Bevölkerung hat eine diffuse Bedrohungsperzeption. Bei den meisten Bedrohungsszenarien deckt sich die ExpertInnenmeinung nicht mit der Meinung der österreichischen Bevölkerung. Wesentliches Ziel der politischen EntscheidungsträgerInnen für 2021 sollte die Kongruenz dieser beiden Meinungsbilder darstellen, damit Entscheidungen auch vom Großteil der Bevölkerung mitgetragen werden können. Die Notwendigkeit der Sinnvermittlung von Maßnahmen liegt mittlerweile bei einem Pandemieszenario offensichtlich auf der Hand. Wesentlich wahrscheinlichere Szenarien wie etwa ein Black-out bedürfen allerdings auch umfangreicher Planungen und Kommunikationsmaßnahmen im Voraus, um im Anlassfall rasch reagieren zu können.

Die Bevölkerung muss Imstande sein und sich imstande fühlen, adäquat auf Bedrohungen reagieren zu können. Dieses Gefühl der Selbstwirksamkeit trägt auch zur Sicherheit Österreichs in den kommenden Jahren bei.

Verhältnis zur Europäischen Union

Das Verhältnis zur Europäischen Union ist von Entsolidarisierung geprägt. Nationales Vorgehen ohne Abstimmung mit der EU – etwa die Beschaffung von Schutzmasken und anderer Ausrüstungsgegenstände oder die missglückte gemeinsame Flüchtlingsaufteilung – ist nicht dazu angetan, diesen Trend zu stoppen. Um das positive Verhältnis der Bevölkerung zur EU wieder zu stärken, ist die Kommunika-

tion erfolgreicher Projekte, die solidarisch und im besten Fall über die parteipolitischen Grenzen hinweg entstanden sind, notwendig. Damit kann der Entsolidarisierungstrend über die kommenden Jahre hinweg gestoppt und eventuell umgekehrt werden.

Kernaussagen

- Das Sicherheitsgefühl der österreichischen Bevölkerung hat im Laufe der letzten Jahre abgenommen.
- Damit einhergegangen ist vor allem auch ein Trend der Entsolidarisierung, also die Fokussierung auf das Wohlergehen des eigenen Haushaltes, der eigenen Gemeinde, des eigenen Staates.
- Dadurch ist auch Gefahr einer weiteren Polarisierung bzw. Fragmentierung der Gesellschaft gestiegen.
- Dieser Entwicklung kann nur mit gesamtstaatlichen Maßnahmen – und hier im besten Falle auch über die (partei-)politischen Grenzen hinweg – begegnet werden.

Key Messages

- The Austrian population's sense feeling of security has decreased over the last years.
- This has come along with a trend of desolidarisation, i.e. the focusing on the wellbeing of one's own family, community, and the state.
- This increases the danger that society will further polarise and fragment.
- This development can only be dealt with overall national measures – and in the best of cases across party-political boundaries.

Autoreninformation

Oberrat Mag. **Wolfgang Prinz**, Bakk, geboren 1978, ist seit 2017 an der Landesverteidigungsakademie. Er ist Referatsleiter für empirische Sozialforschung, Forscher und Hauptlehroffizier mit den Schwerpunkten Militär und Gesellschaft, Resilienz von Einsatzkräften und Methodik sozialwissenschaftlicher Forschung im Militär.

Oberst Mag. Stefan **Rakowsky**, MSc, geboren 1973, ist Forscher und Leiter des Hauptreferates Innere und Soziale Lage an der Landesverteidigungsakademie. Die Schwerpunkte seiner sozialwissenschaftlichen Forschung liegen derzeit im Bereich Integration, Führungspsychologie sowie der Schnittstelle zwischen Militär und Gesellschaft.



Bild: tomertu/Shutterstock.com

Sicherheitspolitische Jahrestage 2021

Autor:
Erwin A. Schmidl

Runde Jahrestage

Mehr oder weniger »runde« Jahrestage sind Anlass zum Gedenken und zur Erinnerung. Der Historiker steht diesem Phänomen ambivalent gegenüber: Positiv, weil das öffentliche Interesse an einem bestimmten Ereignis größer ist als sonst und, damit verbunden, auch die wissenschaftliche Beschäftigung mit dem jeweiligen Thema neue Impulse erhält – man denke nur an die vielen Publikationen, Dokumentationen und Tagungen anlässlich des 100. Jahrestages des Beginns des Ersten Weltkrieges 2014. Skeptisch allerdings, weil die historische Bedeutung eines Ereignisses natürlich von den Jahrestagen unabhängig ist: Das Geschehen von 1914 und seine Folgen bis heute waren 2013 oder 2015 nicht weniger wichtig als 2014, standen aber eben gerade in diesem Jahr im Zentrum.

Mit diesen Vorbehalten werden im Folgenden einige Jahrestage erwähnt, die 2021 von Bedeutung sind. Dabei beginnen wir mit den zeitlich näherliegenden Daten und gehen chronologisch 150 Jahre zurück.

Vor fünf Jahren – 2016

In einem Referendum über den Verbleib des Vereinigten Königreichs in der Europäischen Union am 23. Juni 2016 stimmen 51,9 Prozent der Teilnehmenden für ein Ausscheiden aus der EU. Am 15. Juli scheitert ein angeblicher Putschversuch von Teilen des Militärs in der Türkei; dem folgt eine massive Repression. Bei der Präsidentschaftswahl in den USA am 8. November erhält Donald Trump 302 Wahlmännerstimmen, er wird am 20. Januar 2017 als 45. US-Präsident angelobt.

Vor zehn Jahren – 2011

Am 25. Jänner 2011 (»Tag des Zorns«) beginnen die Unruhen in Ägypten. Damit erfasst der »Arabische Frühling«, der im Dezember 2010 in Tunesien begonnen hat, ein weiteres Land. Weitere Unruhen gibt es in Algerien (5. Jänner), Jordanien (7. Jänner), Saudi-Arabien (26. Jänner), im Jemen (27. Jänner), in Bahrain (14. Februar), Kuwait, Libyen und im Oman (18. Februar), in Marokko (20. Februar), im Irak (ab 22. Februar), in Syrien (ab Februar) und Mauretanien.

Die Proteste führen in den meisten Ländern – aus unterschiedlichen lokalen Anlässen – zum Rücktritt oder zur Umbildung von Regierungen, beruhigen sich in der Regel aber bald. In Ägypten tritt Staatspräsident Husni Mubarak am 11. Februar zurück. In Libyen eskalieren die Kämpfe; es kommt zu ausländischen Interventionen, und am 20. Oktober wird der langjährige Staatschef Muammar al-Gaddafi getötet. Auch in Syrien eskalieren die Proteste zum Bürgerkrieg, der – wie jener in Libyen – unter massiver ausländischer Beteiligung bis heute andauert.

Vor 20 Jahren – 2001

Hier sind vor allem die terroristischen Anschläge des 11. September 2001 gegen Ziele in New York und Washington D.C. zu nennen (»9/11«). In der Folge erklärt die NATO erstmals in ihrer Geschichte den Verteidigungsfall. Ende 2001 beginnen die Einsätze in Afghanistan, an denen sich auch Österreich in verschiedener Form beteiligt (militärisches Personal bei den Missionen ISAF und RSM, Polizisten zur EU-Polizeimission). Außerdem endet mit Jahresende 2001 die Verwendung der jeweiligen nationalen Währungen im Euro-Raum. Mit 1. Jänner 2002 wird der Euro als Bargeld eingeführt.

Vor 25 Jahren – 1996

Im Zuge der Implementierung des Dayton-Paris-Abkommens für Bosnien und Herzegowina (1995) beteiligt sich Österreich mit einem Logistik-Kontingent an der Peace Implementation Force (IFOR). Diese wird Ende 1996 zur Stabilization Force (SFOR) und im Dezember 2004 in die EU-Operation »Althea« übergeführt. Diese wird seit 2009 von einem Österreicher als Force Commander geführt. Österreich beteiligt sich auch an der bis 2002 von der UNO geführten Polizeitruppe in Bosnien und Herzegowina (IPTF).

Ebenfalls 1996 beginnt die UN Transitional Administration for Eastern Slavonia, Baranja and Western Sirmium (UNTAES), zu der Österreich ein Polizeikontingent stellt. Als Police Commissioner dieser UN-Mission fungiert von 1996 bis 1998 ebenfalls ein Österreicher.

Vor 30 Jahren – 1991

Mit den Unabhängigkeitserklärungen von Slowenien und Kroatien am 27. Juni 1991 beginnen die kriegerischen Auseinandersetzungen in Jugoslawien. Für Österreich bedeuten die Kämpfe in Slowenien erstmals einen Krieg in unmittelbarer Nachbarschaft; bisher zum einzigen Mal wird das Bundesheer gemäß § 2 lit. a des Wehrgesetzes an der

Grenze in Kärnten und der Steiermark eingesetzt. Es kommt zu Überflügen und Geschosßeinschlägen auf österreichischem Gebiet.

International bringt 1991 mit den Operationen »Desert Storm« und »Desert Sabre« gegen den Irak einen Krieg, dessen Nachwirkungen bis heute anhalten. Österreich bleibt in diesem Konflikt neutral, wirkt aber an den danach einsetzenden UN-Missionen in dieser Region mit (UN Iraq-Kuwait Observation Mission, UN Guards Contingent Iraq, UN Special Commission zur Inspektion und Vernichtung irakischer Massenvernichtungswaffen). Außerdem entsendet Österreich ein Feldspital zur Versorgung kurdischer Flüchtlinge im Iran (UNAFHIR).

Vor 55 Jahren – 1966

Das Entsendegesetz von 1965 ermöglicht die Aufstellung eines UN-Bataillons als Reserveverband im Jahr 1966, das der UNO als Stand-by-Verband gemeldet wird. 1972 bildet es den Grundstock für die erstmalige Entsendung eines Truppenkontingents zu einer UN-Mission (United Nations Peacekeeping Force in Cyprus – UNFICYP).

Vor 60 Jahren – 1961

Mit der Entsendung des zweiten österreichischen Sanitätskontingents zur UN-Operation im Kongo (ONUC) im Juli 1961 wird aus der zunächst einmaligen Beteiligung an internationalen Einsätzen (1960) eine fortlaufende Beitragsleistung.

Am 3./4. Juni wird Wien zum Schauplatz des wichtigen Gipfeltreffens zwischen Nikita Chruschtschow und John F. Kennedy.

In Österreich legt der Ministerrat am 17. Juli fest, dass sich die Landesverteidigung auf militärische, zivile, wirtschaftliche und geistige Bereiche zu erstrecken habe. Dies ist die erste Festschreibung der Umfassenden Landesverteidigung (ULV).

Mit 1. Oktober wird das »Kommando der höheren Offizierskurse Wien« zur »Stabsakademie« des Bundesheeres, heute Landesverteidigungsakademie.

Vor 80 Jahren – 1941

Mit dem Ausgreifen des Dritten Reiches nach Südosteuropa und der britischen Intervention im Irak, vor allem aber mit dem Überfall auf die Sowjetunion am 22. Juni 1941 und dem Kriegseintritt der USA nach dem japanischen Überfall auf Pearl Harbor am 7. Dezember wird aus dem seit 1939 vor allem in Europa geführten Krieg tatsächlich ein Weltkrieg.

Vor 100 Jahren – 1921

Mit der Inbesitznahme des zuvor ungarischen Gebietes des heutigen Burgenlandes erreicht Österreich im Wesentlichen seine heutige territoriale Gestalt; lediglich Thörl-Maglern ist bis 1924 unter italienischer Kontrolle. Das 1920 entstandene Bundesheer spielt bei der Besetzung des Burgenlandes eine wesentliche Rolle; dazu werden Truppen aus dem ganzen Bundesgebiet nach Niederösterreich und in die Steiermark verlegt. Bei der Abwehr eines Überfalls ungarischer Freischärler bei Kirchschlag in der Buckligen Welt am 5. September 1921 fallen zehn Soldaten des Wiener Infanterie-Regiments Nr. 5, 17 werden verwundet. Dies ist der bisher einzige gefechtsmäßige Einsatz des Bundesheeres zur Verteidigung österreichischen Hoheitsgebietes.

Vor 150 Jahren – 1871

Mit Wirksamkeit vom 1. Jänner 1871 entsteht das (zweite) Deutsche Kaiserreich; die Proklamation des preußischen Königs Wilhelm I. zum deutschen Kaiser findet am 18. Jänner im Spiegelsaal von Versailles statt. Damit hat sich die »kleindeutsche« Lösung – die Einigung Deutschlands ohne Österreich – durchgesetzt. Diese Entwick-

lung wurde fünf Jahre zuvor durch die österreichische Niederlage bei Königgrätz (Hradec Králové) 1866 eingeleitet.

Die wichtigsten Ereignisse, die sich 2021 jähren

- Vor 10 Jahren: Arabischer Frühling
- Vor 20 Jahren: Terroranschläge in den USA
- Vor 30 Jahren: Beginn der Zerfallskriege in Jugoslawien

The most important events that will mark their anniversary in 2021

- 10 years ago: Arab Spring
- 20 years ago: Terrorist attacks in the USA
- 30 years ago: Start of the disintegration wars in Yugoslavia

Autoreninformation

Univ.-Doz. Dr. **Erwin A. Schmidl**, geboren 1956, leitet seit 2014 das Institut für Strategie und Sicherheitspolitik an der Landesverteidigungsakademie Wien und lehrt am Institut für Zeitgeschichte der Universität Innsbruck. Der Historiker kann zahlreiche Publikationen zur österreichischen Militärgeschichte und zu internationalen Operationen vorweisen:

Autoren

Oberst des Generalstabsdienstes MMag. **Klaus Anderle**, geboren 1967, ist seit 2016 Leiter der Abteilung Europäische Union an der Militärvertretung Brüssel und stellvertretender österreichischer Militärvertreter zur Europäischen Union. Er erstellt Vorschläge für Ressortpositionen zu sicherheits- und verteidigungspolitischen Fragen auf EU-Ebene.

Mag. **Günther Barnet**, geboren 1967, ist Angehöriger der Direktion für Sicherheitspolitik im Bundesministerium für Landesverteidigung. Neben der Tätigkeit zur Koordinierung gesamtstaatlicher sicherheitspolitischer Planungen leitet er seit 2012 eine Projektgruppe für regionale Sicherheitskooperationen. Darüber hinaus ist er Milizoffizier der Spezialeinsatzkräfte des Österreichischen Bundesheers.

Christoph Bilban, MA, geboren 1991, ist Forscher am Institut für Friedenssicherung und Konfliktmanagement der Landesverteidigungsakademie Wien. Seine Forschungsschwerpunkte umfassen u. a. die Konflikte im post-sowjetischen Raum und die Außen- und Sicherheitspolitik der Russischen Föderation.

Oberst Dr. **Bernhard Christandl**, geboren 1961, ist Referatsleiter NATO in der Abteilung Militärpolitik im Bundesministerium für Landesverteidigung. Von 2006 bis 2010 war er nationaler Verbindungsoffizier zum NATO Allied Command Transformation in Norfolk/USA. Er studierte Geschichte, promovierte in Politikwissenschaft und absolvierte mehrere internationale Ausbildungen in Genf, Rom, Hamburg und Stockholm.

Dieter Csefan, MA, geboren 1978, arbeitet als Führungskraft im Bundeskriminalamt in Wien. Nach langjähriger kriminalpolizeilicher Erfahrung und den absolvierten Studien »Polizeiliche Führung« sowie »Strategisches Sicherheitsmanagement« leitet er derzeit die Bekämpfung der nationalen und internationalen organisierten Kriminalität in Österreich.

Leyla Daskin, M.Litt, geboren 1991, ist Mitarbeiterin der Direktion für Sicherheitspolitik im Bundesministerium für Landesverteidigung. Derzeit arbeitet sie als sicherheitspolitische Analytikerin am Institut für Friedenssicherung und Konfliktmanagement der Landesverteidigungsakademie Wien. Sie hat am französischen Institut d'Etudes Politiques (Sciences Po) und der Universität Wien studiert und hält einen Masterabschluss in Terrorism Studies and Political Violence der University of St Andrews.

Oberst Dr. **Anton Dengg**, geboren 1962, ist seit 2004 am Institut für Friedenssicherung und Konfliktmanagement der Landesverteidigungsakademie Wien tätig. Als Leiter des Referats Konflikt- und Bedrohungsbild beschäftigt er sich mit den Forschungsschwerpunkten hybride Bedrohungen und zukünftige technologische Herausforderungen.

Univ.-Prof. Dr. **Peter Filzmaier**, geboren 1967, ist Professor für Politikwissenschaft an der Donau-Universität Krems und der Universität Graz sowie geschäftsführender Gesellschafter des Instituts für Strategieanalysen (ISA) in Wien. Seine Arbeitsschwerpunkte umfassen u. a. politische Kommunikation, Wahlanalysen sowie den Vergleich politischer Systeme.

Dr. **Daniel Fiott**, geboren 1982, ist am European Union Institute for Security Studies zuständig für Sicherheit und Verteidigung sowie Gastprofessor an der Freien Universität Brüssel und der University of Kent. Er befasst sich seit 2009 mit Sicherheit und Verteidigung in der EU und hält ein Doktorat der Freien Universität Brüssel.

Generalmajor Dr. **Johann Frank**, MAS, geboren 1969, ist Direktor des Instituts für Friedenssicherung und Konfliktmanagement an der Landesverteidigungsakademie Wien. Von 2014 bis 2020 war er Sicherheitspolitischer Direktor im Bundesministerium für Landesverteidigung. Er war beratendes Mitglied im Nationalen Sicherheitsrat der Republik Österreich und ist Mitglied der Wissenschaftskommission beim BMLV. Er ist Verfasser zahlreicher wissenschaftlicher Publikationen zur europäischen und österreichischen Sicherheitspolitik.

Franz-Stefan Gady, geboren 1982, ist Politikberater und Militär-analyst am International Institute for Strategic Studies (IISS) in London. Er berät Regierungen und Streitkräfte in Europa und den Verei-nigten Staaten zu Themen der Strukturreform, organisatorische, dok-trinelle Weiterentwicklung, sowie der Zukunft des Krieges.

Dr. **Markus Gauster**, geboren 1969, ist wissenschaftlicher Mitarbei-ter am Institut für Friedenssicherung und Konfliktmanagement der Landesverteidigungsakademie Wien. Er forscht und publiziert u. a. über innovative Ansätze für internationale Friedenseinsätze sowie zur Konflikttransformation in Afghanistan. Spezialthemen sind zivil-militä-rische Interaktion, Whole of Nation-Ansätze und die Rolle von Streitkräften und nicht-staatlichen Akteuren in Stabilisierungsszenarien. Aufenthalte und Feldforschungen in Afghanistan, u. a. als EU-Wahl-beobachter, und seinem strategischen Umfeld.

Mag. **Daniel Gerlach**, geboren 1977, ist Chefredakteur des Nahost-Magazins zenith. Er hat einen Magister Artium der Universität Hamburg und Licence der Universität Paris IV Sorbonne, ist Direk-tor der Candid Foundation in Berlin und Leiter der Nahost-Experten-gruppe zenithCouncil.

Dr. **Gerald Hainzl**, geboren 1970, forscht seit 2004 am Institut für Friedenssicherung und Konfliktmanagement an der Landesverteidi-gungsakademie Wien. Er beschäftigt sich mit Konflikten in Afrika, lokalen, regionalen und internationalen Konfliktlösungsmechanismen sowie afrikanischer Sicherheitspolitik und deren Institutionen. Zahl-reiche Forschungsaufenthalte, unter anderem in Tansania, Südafrika, Botswana, Äthiopien, Somaliland, Eritrea und Ghana.

Univ.-Prof. Dr. **Reinhard Heinisch**, geboren 1963, ist seit 2009 Profes-sor für Politikwissenschaft und Fachbereichsleiter an der Universität Salzburg. In seiner Forschung beschäftigt er sich mit vergleichender Politik, der Demokratie sowie der Populismus- und Extremismusfor-schung. Durch seine jahrelange Forschungs- und Lehrtätigkeit in den USA ist er auch ein ausgewiesener Experte zur amerikanischen Politik.

Mathias Humenberger, M.A.I.S., geboren 1993, ist Referent in der Abteilung Verteidigungspolitik der Direktion für Sicherheitspolitik im Bundesministerium für Landesverteidigung. Er ist Absolvent der Diplomatischen Akademie Wien und der Universität Innsbruck.

Mag. **Christian Jechoutek**, geboren 1968, ist seit 2016 österreichischer Verbindungsbeamter bei Europol, der Europäischen Strafverfolgungsbehörde. Er ist der österreichische Koordinator für den EU Policy Cycle und für Österreich in zahlreichen Projekten bei Europol tätig.

Oberst Dr. **Herwig Jedlaucnik**, MBA, geboren 1969, ist Berufsoffizier, Politikwissenschaftler und Unternehmensberater. Er ist Mitarbeiter am Institut für Strategie und Sicherheitspolitik an der Landesverteidigungsakademie Wien mit dem Forschungsschwerpunkt strategischer Entscheidungsfindungen.

Dr. **Predrag Jureković**, geboren 1969, ist Leiter des Referats Konfliktanalyse im Institut für Friedenssicherung und Konfliktmanagement der Landesverteidigungsakademie Wien. Er ist außerdem österreichischer Co-Chair in der Studiengruppe Regional Stability in South East Europe des Partnership for Peace Consortium (PfP) of Defence Academies and Security Studies Institutes.

Dr. **Arnold H. Kammel**, geboren 1981, ist seit Juni 2019 Kabinettschef und seit April 2020 auch (mit der Führung beauftragter) Leiter der Direktion für Sicherheitspolitik im Bundesministerium für Landesverteidigung in Wien. 2018/19 Berater im Kabinett des Bundesministers für EU, Kunst, Kultur und Medien im Bundeskanzleramt; 2004 bis 2018 Research Fellow, Generalsekretär und Direktor des Austria Institut für Europa- und Sicherheitspolitik (AIES); 2002 bis 2004 Junior Researcher am Institut für Österreichisches, Europäisches und Vergleichendes Öffentliches Recht, Politikwissenschaft und Verwaltungslehre der Karl-Franzens-Universität Graz. Zahlreiche Lehrtätigkeiten und Mitgliedschaften in wissenschaftlichen Gesellschaften.

Dr. **Mykola Kapitonenko**, geboren 1979, ist außerordentlicher Professor am Institut für Internationale Beziehungen in Kiew. Er ist außerdem Experte am Internationalen Zentrum für Politikstudien, einem in Kiew ansässigen Think Tank, und Mitherausgeber von UA: Ukraine Analytica. Mykola ist Berater des Ausschusses für Außenpolitik und interparlamentarische Zusammenarbeit des Parlaments der Ukraine.

Mag. **Michael Karnitschnig**, MA, geboren 1974, ist Direktor für Außenbeziehungen im Generalsekretariat der EU-Kommission. Von 2014 bis 2019 war er Kabinettschef von Kommissar Hahn, zuständig für Europäische Nachbarschaftspolitik und EU-Erweiterung, davor politischer Berater und Sprecher von Präsident Barroso (2010 – 2014) sowie Mitglied des Kabinetts von Außenkommissarin Ferrero-Waldner (2004 – 2010). Vor seinem Wechsel nach Brüssel Anfang 2000 war er im Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten tätig.

Prof. Dr. **Mouhanad Khorchide**, geboren 1971, ist seit 2010 Professor für Islamische Religionspädagogik an der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster und seit 2011 Leiter des Zentrums für Islamische Theologie Münster. Seit 2020 ist er Leiter des wissenschaftlichen Beirats der Dokumentationsstelle Politischer Islam.

Dr. **Joachim Klerx** arbeitet seit Jahrzehnten in der Forschung an Methoden der künstlichen Intelligenz zur Unterstützung von Zukunftsanalysen, Foresights und Horizon Scanning. Sein Hauptfokus liegt derzeit in der Erforschung automatisierter Methoden zur Analyse geopolitisch relevanter Gruppen und deren strategischen Innovationsverhalten. Dabei verwendet er deren Methoden aus dem Bereich der Big Data Analyse (Topic Mining und Emotion Mining) und der Netzwerkanalyse.

Gerald Knaus, geboren 1970, ist Vorsitzender des Thinktanks Europäische Stabilitätsinitiative (ESI) in Berlin. 2011 schrieb Knaus das Buch »Can Intervention Work?«, er ist Gründungsmitglied des European Council on Foreign Relations, war fünf Jahre Fellow am Carr Center for Human Rights Policy der Harvard Kennedy School. 2018/19 war er Fellow am Institut für die Wissenschaften vom Menschen in

Wien. 2020 veröffentlichte er das Buch »Welche Grenzen brauchen wir?« zur Zukunft europäischer und globaler Flüchtlings- und Migrationspolitik.

Ivan Krastev, geboren 1965, ist Vorsitzender des Centre for Liberal Strategies in Sofia und ständiger Fellow am Institut für Humanwissenschaften in Wien. Er ist Gründungsmitglied des European Council on Foreign Relations (ECFR), Mitglied des Kuratoriums der International Crisis Group (ICG) und schreibt Beiträge für die New York Times. 2018 bis 2019 hatte er den Henry-A.-Kissinger-Lehrstuhl für Außenpolitik und Internationale Beziehungen am John W. Kluge Center, Library of Congress, inne.

Oberst Dr. **Hans Lampalzer**, geboren 1968, ist seit 2019 am Institut für Friedenssicherung und Konfliktmanagement an der Landesverteidigungsakademie Wien tätig. Darüber hinaus wurde er mit Oktober 2020 vom Vorsitz des OSZE Forums für Sicherheitskooperation (FSK) zum Koordinator für Assistenzprojekte für Kleinwaffen und leichte Waffen & Lagerbestände konventioneller Munition bestellt.

Stefan Lehne, geboren 1951, ist derzeit Visiting Scholar beim Think Tank Carnegie Endowment for International Peace und Lektor an der Diplomatischen Akademie in Wien.

Roland Marchal ist Senior Research Fellow am National Center for Scientific Research (CNRS), mit Sitz am Center for International Researches (CERI/Sciences-Po Paris). Von 2002 bis 2006 war er Chefredakteur der französischen akademischen Vierteljahresschrift *Politique Africaine*. Er hat zu den Konflikten und der Politik am Horn von Afrika und in Zentralafrika geforscht und publiziert und war als Berater für verschiedene Regierungen, die Weltbank und die Europäische Union tätig. Seine aktuelle Expertise konzentriert sich auf Somalia, die Zentralafrikanische Republik, den Tschad und einige Länder der Sahelzone sowie auf die Politik der Großmächte auf dem afrikanischen Kontinent.

Mag. **Martin Muchitsch**, M.A.I.S., geboren 1982, ist Referent im Bundesministerium für Landesverteidigung. Er hält einen Masterabschluss der Diplomatischen Akademie Wien und absolvierte ein Studium der Betriebswirtschaft an der Universität Graz.

Prof. Dr. **Herfried Münkler**, geboren 1951, war von 1992 bis 2018 Inhaber des Lehrstuhls für Theorie der Politik an der Humboldt-Universität zu Berlin. Er ist Mitglied der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaft. Seine Forschungsschwerpunkte sind Politische Ideengeschichte der Frühen Neuzeit, Theorie und Geschichte des Krieges sowie Politische Kultur-Forschung.

Matteo Natlacen, M.A.I.S., geboren 1996, ist Verwaltungspraktikant und Länderbearbeiter in der Abteilung Militärdiplomatie im Bundesministerium für Landesverteidigung. Davor war er als Gastforscher am Institut für Friedenssicherung und Konfliktmanagement an der Landesverteidigungsakademie Wien tätig. Er hat einen Bachelor of Arts in Geschichte vom University College London und einen Master in Advanced International Studies der Diplomatischen Akademie Wien.

Oberst Mag. **Camillo Nemeč**, arbeitet in der Abteilung für Verteidigungspolitik. Er ist Absolvent der Theresianischen Militärakademie und hat Politikwissenschaft an der Universität Wien studiert. Er machte Auslandseinsätze bei UNDOF, UNIKOM und ISAF. Außerdem arbeitete er von 2004 bis 2012 im Kabinett des Bundesministers für Landesverteidigung und in der EU-Abteilung der Militärvertretung Brüssel.

Brigadier Dr. **Wolfgang Peischel**, geboren 1956, ist seit 2009 Chefredakteur der Österreichischen Militärischen Zeitschrift (ÖMZ). Er absolvierte ein Studium der Politikwissenschaft in Wien und einen PhD in Militärwissenschaft an der National University of Public Services in Budapest. Von 2002 bis 2008 war er Leiter der Gruppe Struktur- und Programmplanung im Bundesministerium für Landesverteidigung.

Oberst Dr. iur. **Michael Pesendorfer**, geboren 1961, ist Leiter der Projektgruppe Westbalkan der Direktion für Sicherheitspolitik im Bundesministerium für Landesverteidigung. Er hat in leitenden Funktionen an EU- und NATO geführten Operationen und Missionen am Westbalkan teilgenommen und war bis Sommer 2019 als österreichischer Verteidigungsattaché in Bosnien und Herzegowina akkreditiert. Zuvor wurde er mehrere Jahre als Rechtsexperte im Generalsekretariat des Rates der EU in Brüssel verwendet.

Oberst **Thomas Pillmeier**, geboren 1962, ist Referent im Bereich Internationales Krisenmanagement der Abteilung Verteidigungspolitik im Bundesministerium für Landesverteidigung. Ab 2002 war er GSVP-Referent in der Abteilung Militärpolitik mit zwei mehrjährigen Verwendungen in Brüssel. Er machte Auslandseinsätze in Zypern und wurde als Verbindungsoffizier im britischen Verteidigungsministerium während des britischen EU-Ratsvorsitzes 2005 eingesetzt.

Dr. **Daniela Pisoiu**, geboren 1981, ist Senior Researcher am Österreichischen Institut für Internationale Politik (OIIP) in Wien und Dozentin an der Universität Wien mit dem Forschungsschwerpunkt Terrorismus, Extremismus und Radikalisierung. Sie promovierte am Centre for the Study of Terrorism and Political Violence der University of St Andrews.

Dr. **Walter Posch**, geb. 1966, ist Forscher am Institut für Friedenssicherung und Konfliktmanagement der Landesverteidigungsakademie Wien. Der Orientalist forscht über sicherheitspolitische Fragen mit Schwerpunkten Türkei, Iran, Irak und Kurden. Zuvor war er als Nahostexperte an der Stiftung Wissenschaft und Politik in Berlin und am EU Institute for Security Studies in Paris tätig.

Dr. **Kurt Pribil**, geboren 1957, war von 2001 bis 2013 Vorstandsdirektor der österreichischen Finanzmarktaufsicht (FMA) und von 2013 bis 2019 Mitglied des Direktoriums der Österreichischen Nationalbank. Seit seiner Pensionierung ist er Mitglied in den Aufsichtsräten der Wüstenrot Versicherung, der Vakif Bank International und der Addiko Bank.

Oberrat Mag. **Wolfgang Prinz**, Bakk, geboren 1978, ist seit 2017 an der Landesverteidigungsakademie. Er ist Referatsleiter für empirische Sozialforschung, Forscher und Hauptlehroffizier mit den Schwerpunkten Militär und Gesellschaft, Resilienz von Einsatzkräften und Methodik sozialwissenschaftlicher Forschung im Militär.

Oberst Mag. Stefan **Rakowsky**, MSc, geboren 1973, ist Forscher und Leiter des Hauptreferates Innere und Soziale Lage an der Landesverteidigungsakademie. Die Schwerpunkte seiner sozialwissenschaftlichen Forschung liegen derzeit im Bereich Integration, Führungspsychologie sowie der Schnittstelle zwischen Militär und Gesellschaft.

Oberst **Stephan Reiner**, MA, ist seit 2019 wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Friedenssicherung und Konfliktmanagement der Landesverteidigungsakademie Wien mit dem Forschungsschwerpunkt Sicherheitspolitik und Dynamiken auf der Arabischen Halbinsel. Reiner ist seit 1998 Berufsoffizier des Österreichischen Bundesheeres und seit 2016 Orientalist mit Schwerpunkt Islamwissenschaften.

Oberst des Generalstabsdienstes **Markus Reisner**, PhD, geboren 1978, ist Leiter der Entwicklungsabteilung der Theresianischen Militärakademie in Wiener Neustadt. Seine Forschungsschwerpunkte sind der Einsatz und die Zukunft von unbemannten Waffensystemen, sowie historische und aktuelle militärische Themenstellungen. Reisner absolvierte Auslandsaufenthalte und -einsätze in Bosnien und Herzegowina, im Kosovo, in Afghanistan, im Irak, im Tschad, in Zentralafrika und Mali.

Mag. **Teresa Reiter**, geboren 1988, ist Visiting Fellow am Institut für die Wissenschaften vom Menschen in Wien. Sie war drei Jahre lang Fachreferentin für EU, Außenpolitik, Landesverteidigung und Migration im NEOS-Parlamentsklub und leitete anschließend die Kommunikation des Europäischen Forums Alpbach.

Michael Retter, BA, geboren 1991, hat Politikwissenschaft in Wien studiert. Er ist seit 2017 Referent in der Abteilung Militärpolitik im Bundesministerium für Landesverteidigung, wo er für die OSZE, regionale Rüstungskontrolle sowie rüstungskontrollpolitische Aspekte neuer Technologien zuständig ist.

Oberst Dr. **Bernhard Richter**, geboren 1969, ist seit 2005 Referent für Zukunfts- und Trendanalyse in der Abteilung Verteidigungspolitik im Bundesministerium für Landesverteidigung. Er promovierte in Politikwissenschaft an der Universität Wien.

Oberst **Erwin Richter**, MA, geboren 1962, ist Leiter des Referates Höhere Fachausbildung und Referent Wissensmanagement im ABC-Abwehrzentrum des Österreichischen Bundesheeres. Er war Berater bei den VEREX-Verhandlungen zur Biotoxinwaffenkonvention und als UN-Waffeninspektor für Biologische Waffen der UN im Irak. Er ist Chefredakteur der wissenschaftlichen Schriftenreihe des ABC-Abwehrzentrums.

Major a. D. **Herbert Saurugg**, MSc, geboren 1974, ist internationaler Blackout- und Energiewende-Experte, Präsident der Österreichischen Gesellschaft für Krisenvorsorge (GfKV), Autor zahlreicher Fachpublikationen sowie ehemaliger Berufsoffizier des Österreichischen Bundesheeres im Bereich Cyber-Sicherheit.

Univ.-Doz. Dr. **Erwin A. Schmidl**, geboren 1956, leitet seit 2014 das Institut für Strategie und Sicherheitspolitik an der Landesverteidigungsakademie Wien und lehrt am Institut für Zeitgeschichte der Universität Innsbruck. Der Historiker kann zahlreiche Publikationen zur österreichischen Militärgeschichte und zu internationalen Operationen vorweisen.

Dr. **Margit Schratzenstaller**, geboren 1968, ist Ökonomin und arbeitet seit 2003 im Forschungsbereich »Makroökonomie und Europäische Wirtschaftspolitik« des WIFO. Sie war 2006/2008 sowie 2015/2019 stellvertretende Leiterin. Margit Schratzenstaller ist Mitglied im Österreichischen Fiskalrat und im Vorstand der ÖGfE –

Österreichischen Gesellschaft für Europapolitik, Lehrbeauftragte an der Universität Wien, Mitglied im Kuratorium des Europäischen Forum Alpbach und des KDZ – Zentrum für Verwaltungsforschung. Sie arbeitet zu Fragen der (europäischen) Steuer- und Budgetpolitik, EU-Budget, Steuerwettbewerb und Steuerharmonisierung sowie Familienpolitik und Gender Budgeting.

Dr. **Günter Seufert**, geboren 1955, leitet das Centrum für Angewandte Türkeistudien (CATS) am Deutschen Institut für Internationale Politik und Sicherheit in Berlin. Zu früheren Stationen seines beruflichen Werdegangs zählen eine Postdoc-Forschung an der Universität Lausanne, die Leitung der Abteilung Istanbul des Instituts der Deutschen Morgenländischen Gesellschaft, ein Visiting Associate Professorship an der University of Cyprus in Nikosia und Jahre freier Publizistik.

Inga Kristina Trauthig, geboren 1991, ist Doktorandin am King's College in London und wissenschaftliche Mitarbeiterin am Internationalen Zentrum zur Erforschung der Radikalisierung (ICSR) in London.

Oberst des Generalstabsdienstes Mag. **Walter Unger**, geboren 1959, ist Leiter der Abteilung Cyber Defence & IKT-Sicherheit im Abwehramt des Österreichischen Bundesheeres. Derzeit wirkt er u. a. an der Entwicklung der österreichischen Cyber-Strategie 2.0 und bei der Neuausrichtung der Cyberverteidigung mit.

Dr. **Doris Vogl**, geboren 1961, ist Politikwissenschaftlerin und Sinologin mit den Forschungsschwerpunkten China, Südkaukasus, Human Security in Krisengebieten und Europäische Sicherheitspolitik. Sie wurde in den GSVP-Missionen EUMM Georgia (2008 – 2010), EUPOL Afghanistan (2011 – 2013) sowie EUCAP Sahel Mali (2014 – 2015) eingesetzt. Zudem wurde sie von der OSZE nach Armenien (2010 – 2011) und in die Ukraine (2015 – 2017) entsandt. Darüber hinaus war sie mehrfach als Lektorin an den Universitäten Wien und zuletzt Salzburg tätig.

Brigadier Ing. Dr. **Peter Vorhofer**, geboren 1967, ist seit 2009 Leiter der Abteilung Militärdiplomatie im Bundesministerium für Landesverteidigung. Seit 2020 ist er stellvertretender Leiter der Direktion für Sicherheitspolitik. Vor seiner Tätigkeit in der Militärdiplomatie war er sicherheitspolitischer Berater des Bundesministers, leitete das Institut für militärische Führung der Militärakademie und hatte führende Positionen bei EUFOR ALTHEA in Bosnien und Herzegowina inne. Er hält ein Doktorat in Politikwissenschaften der Universität Wien.

Obersteutnant Mag. (FH) **Daniel Wurm**, geboren 1980, ist seit 2017 Referent in der Abteilung Verteidigungspolitik im Bundesministerium für Landesverteidigung. Sein Tätigkeitsbereich umfasst die Analyse und Bewertung der sicherheitspolitischen Auswirkungen neuer Technologien sowie die Erstellung von Strategie- und Policydokumenten.

ISBN: 978-3-903359-20-8